

(Beginn: 10.00 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Mein Damen und Herren! Ich eröffne hiermit die 19. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses der 15. Wahlperiode.

Auf der Tagesordnung steht heute die Vernehmung des Bundesministers des Auswärtigen, Herrn Joseph Fischer.

Vor Beginn der Vernehmung möchte ich noch einige Hinweise zur heutigen Sitzung geben. Zuvor bitte ich aber die Damen und Herren der Medien, uns zu verlassen, damit wir mit der Sitzung ordnungsgemäß beginnen können.

Der Ausschuss hat beschlossen, dass keine Fotoaufnahmen während der Sitzung gemacht werden. Ich darf Sie daher bitten, dass Sie sämtliche Film-, Ton- und Bildaufnahmegeräte entfernen und gegebenenfalls ausschalten. Ebenso bitte ich, Ihre Handys auszuschalten.

Sie wissen ja, dass der Ausschuss beschlossen hat, dass für die heutige Vernehmung des Zeugen Bundesminister Fischer Ton- und Bildübertragung der Beweisaufnahme zugelassen werden. Der Zeuge hat die erforderliche Zustimmung hierzu auch bereits erteilt.

Die Aufnahmen und die Bildregie werden durch das Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages vorgenommen und allen interessierten Sendern kostenlos zur Verfügung gestellt. Aufnahmen, die nicht durch das Parlamentsfernsehen erfolgen, sind vom Ausschuss ausdrücklich nicht autorisiert worden.

Können wir jetzt mit der eigentlichen Sitzung beginnen? - Das ist der Fall.

Ich stelle zunächst fest, dass die Beschlussfähigkeit des Ausschusses erkennbar hergestellt ist.

Vernehmung des Zeugen Fischer

Eine Aussagegenehmigung für den Zeugen Fischer liegt vor. Ich darf sie zur Verlesung bringen, weil sie möglicherweise bei der Vernehmung eine Rolle spielt:

Die Bundesregierung erteilt

Herrn Bundesminister Joschka Fischer

gemäß § 6 Abs. 2 Bundesministergesetz die Genehmigung, vor dem 2. Untersuchungsausschuss des

15. Deutschen Bundestages zum Untersuchungsgegenstand ... als Zeuge auszusagen...

Die Aussagegenehmigung erstreckt sich nur auf bereits abgeschlossene Vorgänge.

Von der Aussagegenehmigung ausgenommen sind Angaben über die Willensbildung der Bundesregierung durch Erörterungen im Kabinett oder ressortübergreifende und -interne Abstimmungsprozesse zur Vorbereitung von Kabinetts- und Ressortentscheidungen...

- Das nennt man den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung der Bundesregierung. -

Genehmigt werden aber Angaben über die Willensbildung

- zu der Anwendung des Ausländerrechts

- Visaerteilungspraxis durch die deutschen Auslandsvertretungen seit Oktober 1998...

Ausgenommen sind ferner Angaben über Informationen streng persönlichen Charakters, deren Weitergabe für die Betroffenen unzumutbar ist...

Angaben und Erklärungen,

- die unter Geheimhaltungsgrade fallen, weil besondere Gründe des Wohles des Bundes oder eines Landes entgegenstehen, insbesondere, wenn Nachteile für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder ihre Beziehungen zu anderen Staaten zu besorgen sind, oder

- die Umstände aus dem persönlichen Lebensbereich bzw. Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse Privater betreffen,

dürfen nur in nichtöffentlicher Sitzung, erforderlichenfalls in Anwendung der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages, erfolgen.

So weit die Aussagegenehmigung der Bundesregierung.

Bevor ich jetzt zur Belehrung komme, die für jeden Zeugen gilt, darf ich Sie im Untersuchungsausschuss ganz herzlich willkommen heißen, Herr Außenminister.

Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Danach kann derjenige, der vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, gemäß § 153 des Strafgesetzbuches bestraft werden.

Sie können allerdings die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sein, so bitte ich Sie um einen Hinweis, damit wir diesen Teil dann in nicht öffentlicher Sitzung behandeln können.

Herr Minister, ich darf Sie nunmehr bitten, sich dem Ausschuss der Ordnung halber vorzustellen mit vollständigem Namen, mit Alter, Beruf und Wohnort oder gegebenenfalls Dienort. Bitte schön.

Zeuge Fischer: Mein Name ist Joseph Martin Fischer, genannt auch Joschka Fischer; das hängt mit der Herkunft meiner Familie zusammen. Ich bin 57 Jahre alt - jüngst geworden -, Bundesaußenminister. Der Dienort ist hier in Berlin das Auswärtige Amt am Werderschen Markt.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Minister, Sie sind mit dem Gegenstand Ihrer heutigen Zeugenvernehmung vertraut. Aus der Erfahrung der zurückliegenden Vernehmungen muss ich dennoch an dieser Stelle auf den Kern unseres Untersuchungsauftrags kurz zu sprechen kommen.

Tausende von Ausländern haben sich in deutschen Botschaften Schengen-Visa unter dem Vorwand einer touristischen Reise erschlichen. Dieser Ausschuss soll klären, wie es zu dieser groß angelegten Schleuserkriminalität kam, in deren Folge Schwarzarbeit,

Prostitution und auch Frauenhandel nach Deutschland gebracht wurden.

Angesichts des steigenden Migrationsdrucks wird auch zu klären sein, wie derart schwerwiegende Sicherheitsmängel in Zukunft zu vermeiden sind. Eines ist uns allen bewusst: Missbräuche hat es im Massengeschäft der Visavergabe immer gegeben und wird es immer geben. Ziel der Politik muss es jedoch sein, dies möglichst zu verhindern und nicht zu erleichtern.

Ich möchte auf eines aufgrund der bisherigen Zeugenvernehmungen auch ganz deutlich hinweisen und aufgrund des Umstands, dass aus der Ukraine auch Pressevertreter hier sind: Diesem Ausschuss liegt es völlig fern, das Volk der Ukrainer in irgendeiner Weise zu stigmatisieren. Wir alle haben ihren demokratischen Aufbruch, die „orangene Revolution“, begrüßt und gerade für die früheren Ostblockstaaten ist die Reisefreiheit ein hohes Gut. Wenn die Reisefreiheit aber missbraucht wird, entsteht ein Einfallstor für illegale Migration, für Schleuserkriminalität.

Wir waren uns hier auch einig, Herr Minister: In humanitären Einzelfällen müssen Visa selbstverständlich vergeben werden. Es ist auch völlig unbestritten, dass für die Wirtschaftsförderung und den Wissensaustausch die Visavergabe reibungslos funktionieren muss. Was uns hier und heute beschäftigt, ist allein der systematische Missbrauch von Besuchervisa.

Als Außenminister sind Sie für die Ausgabe von Visa politisch verantwortlich. Es ist Ihr Recht als Zeuge, heute Ihre Sicht der Dinge vorweg, bevor die Befragung beginnt, im Zusammenhang darzustellen. Deswegen möchte ich Ihnen jetzt, Herr Minister, das Wort erteilen. Bitte schön.

Zeuge Fischer: Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Bevor ich mich ausführlich zur Sache äußere, und zwar aufgrund der Kenntnisse, die ich mittlerweile durch intensives Aktstudium gewonnen habe, von Bruchstücken von Erinnerungen - ich komme zur Erinnerungsfähigkeit nachher noch zu sprechen - und auf der Grundlage dessen, was ich für wahr und richtig halte - wie Sie zu Recht darauf hingewiesen haben und wie es im Gesetz heißt: ich werde nichts hinzufügen und nichts weglassen, sondern wahrheitsgemäß den Ausschuss von meiner Sicht der Dinge und von den Vorgängen unterrichten;

daran habe ich großes Interesse, weil ich nichts zu verbergen habe -, gestatten Sie mir drei Vorbemerkungen.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, was der Untersuchungsauftrag des Ausschusses ist. Herr Vorsitzender, wenn Sie immer so gesprochen hätten - auch in der Öffentlichkeit -, wie Sie gerade hier gesprochen haben, dann hätte ich mir zumindest eine Vorbemerkung schenken können. Hier sprechen Sie von Tausenden. In der Öffentlichkeit sprechen Sie und Ihre Parteifreunde von Millionen illegaler Touristen, die hier eingereist seien. Sie wissen das ganz genau. Es war Ihr Parteifreund Glos, es waren Sie, die hier eine unsägliche Skandalisierung betrieben haben. Es nützt dem Freiheitswillen des ukrainischen Volkes überhaupt nichts, keine Referenz, wenn man gleichzeitig durch Äußerungen das ukrainische Volk in eine Ecke stellt, wo zumindest die öffentliche Wahrnehmung die ist, dass es sich dabei um Kriminelle, Prostituierte oder illegale Schwarzarbeiter handeln würde. So zumindest - das ist meine Erfahrung - kommt das in der Ukraine an und das finde ich schlimm.

Das zeigt auch, dass wir hier auf einer doppelten Ebene agieren. Ich unterstütze jede Sachaufklärung und ich werde nachher klar und präzise über meine Verantwortung sprechen. Denn Sie haben zu Recht darauf hingewiesen: Der Minister trägt die Verantwortung. So will es das Grundgesetz. Da gibt es nichts abzuschieben. Aber die entscheidende Frage wird sein, ob wir uns hier auf dieselben Grundsätze einigen können.

Grundsatz kann nicht sein, dass man den Gegner persönlich herabwürdigt und diffamiert. Sie haben sich immer noch nicht entschuldigt für die unsägliche Äußerung gegenüber dem Kollegen Volmer, er sei ein „einwanderungspolitischer Triebtäter“. Herr Glos hat mich als „Zuhälter“ bezeichnet und sich anschließend entschuldigt. Aber die Entschuldigung war nichts wert, weil die Kampagne von CDU und CSU exakt auf dieser Linie weitergeführt wurde und weitergeführt wird. Dies ist niederträchtig. Dies hat nichts mit Sachaufklärung zu tun.

Zweite Vorbemerkung. Wir sprechen auch über das Agieren des Auswärtigen Amtes. Was ich hier in letzter Zeit mitbekomme, das Bild, das hier von diesem Amt gemalt wird - -

(Zuruf des Abg. Matthias Sehling
(CDU/CSU))

- Ja, ich muss das hier in dieser Klarheit sagen. Offensichtlich schein ich Sie ja recht früh zu Gegenreaktionen zu ermuntern. Schauen Sie, ich habe dem Vorsitzenden ruhig zugehört, ich würde mich freuen, wenn auch ich hier in Ruhe vortragen könnte. Danach werden wir ja lange Stunden der Befragung haben, wo wir dann ins Detail gehen können.

Ich möchte hier nochmals klar sagen: Ich bekomme dieses Amt völlig anders mit, als es in der Öffentlichkeit gegenwärtig dargestellt wird. Wir haben in den sechseinhalb Jahren, in denen ich jetzt Minister in diesem Amt bin, viele Krisen zu meistern gehabt. Wir haben große Herausforderungen - begonnen mit dem Kosovo-Krieg - gemeistert. Wir haben wichtige Initiativen bis auf den heutigen Tag gemeinsam angeschoben.

Wenn ich nur daran erinnern darf: Ohne Kompetenz und Loyalität wäre das gar nicht möglich gewesen, wie dieses Amt aus dem Stand heraus, innerhalb von Stunden am 26. Dezember auf eine Herausforderung weltweit reagiert hat, mit der es deutsche Regierungen bis dato noch nicht zu tun hatten, nämlich mit dem Tsunami im Indischen Ozean. Ich habe erlebt, wie sich die Menschen bei uns im Amt selbstverständlich sofort freiwillig gemeldet haben, wie das an den Botschaften der Fall war, wie sie bereit waren, Urlaube abzurechnen und in die Krisenregion sofort zum Einsatz zu eilen. Ich habe erlebt, wie ein Fraktionskollege von Ihnen mit einem Fernsichteam und einem Geschenkkorb bei uns anklopfte und ins Krisenzentrum wollte. Denn damals war es ja schick, sich mit dem Auswärtigen Amt ablichten zu lassen. Ich kann Ihnen nur sagen: So habe ich dieses Amt kennen gelernt.

Wo Menschen sind, werden Fehler gemacht. Wenn in diesem Amt Fehler gemacht wurden, trage ich die Verantwortung für diese Fehler. Auch das gehört zur Ministerverantwortung. Ich bin der Letzte, der fehlerfrei ist. Aber ich weiß das ja auch von den Kolleginnen und Kollegen hier im Rund und auch von den Kolleginnen und Kollegen der Opposition.

Drittens. In der Öffentlichkeit spielt ja eine große Rolle der Schaden, der entstanden ist. Ihr Parteifreund Glos und Sie selbst sprechen von Millionen, 5 Millionen. Offensichtlich wurden dort sämtliche Personen zusammengezählt in den Jahren von 1999 oder 2000 bis einschließlich 2003, die aus dem GUS-Raum nach Deutschland gekommen

sind, und schlicht behauptet, das waren alles Illegale.

Schauen wir uns doch mal Vorwürfe konkret an.

Erster Vorwurf: Wir hätten die Tür aufgemacht für Kriminalität; es wären in hohem Maße Kriminelle gekommen. Die Kriminalstatistik gibt das nicht her. Der Anteil ukrainischer Straftäter bleibt gleich bleibend niedrig.

Aber ich möchte Ihnen einen Staatsanwalt - - Ich habe das gefunden. In Offenburg - das ist ja nicht gerade sozusagen für rot-grüne Mehrheiten berühmt - schreibt die „Badische Zeitung“: „Sicherheit war nie gefährdet. Visaaffäre: Staatsanwaltschaft überprüfte 5000 Ukrainer.“ Der Staatsanwalt kommt zu dem Ergebnis:

Es gab lediglich eine verschwindend geringe Zahl von bekannt gewordenen strafrechtlichen Verstößen dieser Touristen.

Es seien höchstens einmal kleine Straftaten wie Ladendiebstahl oder dass jemand die 10-tägige Gültigkeitsdauer des Visums überschritten hätte, aktenkundig geworden.

Ich könnte das weiter mit Zitaten aus der Kriminalstatistik darstellen. Das heißt, die These, dass die Sicherheit gefährdet war, dass das Land von Kriminellen überflutet worden ist, ist eine schlichte Propagandathese der Opposition. Auch dem nordrhein-westfälischen Innenminister liegen in der offiziellen Kriminalstatistik, so Herr Behrens, keine entsprechenden Erkenntnisse, die auf einen Aufwuchs von Kriminalität von ukrainischer Seite Rückschlüsse zuließen, vor.

Aber gehen wir noch weiter. Wir kommen dann zu dem Punkt, dass es im Wesentlichen Schwarzarbeit gewesen sei. Da war es Ihr Fraktionskollege Laumann, der von einem zweistelligen Milliarden Schaden, der der deutschen Volkswirtschaft entstanden sei, sprach. Darauf haben Sie Bezug genommen. Er bezog sich dabei auf die Methode und die Berechnungen eines Instituts, des Instituts für angewandte Wirtschaftswissenschaften in Tübingen, und auf Professor Schneider. Ich lese Ihnen hier die dpa-Meldung vom 24.2.2005 vor. Dort heißt es:

Experte: Kein Milliarden Schaden durch Schwarzarbeit.

Die Darstellung der Unionsfraktion im Bundestag, durch den Visaerlass des Außenministeriums sei ein

zweistelliger Milliarden Schaden durch Schwarzarbeit entstanden, wird von Experten als Unfug bezeichnet. Professor Friedrich Schneider vom Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaften in Tübingen bestritt gegenüber dem ARD-Magazin „Monitor“ einen Zusammenhang zwischen Visaerlass und dem Anstieg der Schwarzarbeit in Deutschland. Die CDU hat sich bei Ihrem Vorwurf auf Schneider berufen. „Ich verwehre mich ganz entschieden dagegen, dass meine wissenschaftlichen Untersuchungen hierfür missbraucht werden, zu behaupten, dass durch den Volmer-Erlass die Schattenwirtschaft angestiegen sei“, sagte Schneider dem Magazin.

Auch die Behauptung, auf die Herr Glos mit dem Zuhältervorwurf reagiert hat, dass die Zwangsprostitution durch die Entwicklungen in den Jahren 2000 bis 2003 aus der Ukraine angestiegen sei, lässt sich weder durch die entsprechenden Statistiken, durch das „Lagebild Menschenhandel“ des BKA, noch durch Fraueninitiativen, die mit diesen Frauen arbeiten und versuchen, ihnen in ihrem beklagenswerten Schicksal zu helfen, bestätigen.

Ich kann nur nochmals unterstreichen, was ich schon früher gesagt habe: Jeder Einzelfall ist bei diesen furchtbaren Verbrechen zu viel. Aber es ist infam, es ist nichts als infam, daraus gegenüber unserer Politik einen politischen Vorwurf zu machen. Ich möchte dies nochmals unterstreichen, zumal es in der Sache nicht gerechtfertigt ist.

Mit diesen Vorbemerkungen, Herr Vorsitzender, komme ich nun zu meinem Sachvortrag.

Es steht ja die These im Raum, dass die Grünen, nachdem sie 1998 in die Regierung gekommen sind, aus ideologischen Gründen alles versucht hätten, um eine neue Ausländerpolitik dergestalt zu machen, dass nicht die humanitären Spielräume genutzt werden, dass nicht die durch das Gesetz gegebenen Spielräume für mehr Reisefreiheit im Interesse eines weltoffenen Landes genutzt werden, sondern dass hier sozusagen die ganze Intelligenz dazu eingesetzt worden wäre, dass wir die Grenzen aufmachen können und dass alles, egal ob mit guten oder schlechten Gründen, nach Deutschland reinkommen kann. Herr Stoiber, der Ihnen ja bekannt ist, hat in einer seiner bedeutenden Reden ge-

sagt: Bis 2000 war die Visawelt in Ordnung und danach wurden die Grenzen aufgemacht.

Deswegen möchte ich ganz ausführlich nochmals auf die Intentionen und auf den Erlass selbst eingehen, den so genannten Volmer-Erlass, Fischer/Volmer-Erlass, was auch immer. Fast hätte ich ihn März-Erlass genannt; aber das führte ebenfalls wieder aufgrund des Datums zu einer falschen politischen Assoziation. Also schlage ich Ihnen vor: der Fischer-Erlass. Daran haben Sie hart gearbeitet. Die Medien haben es nicht übernommen. Ich mache den Vorschlag.

Warum mache ich den Vorschlag? Weil jeder Erlass, den ein Minister sich zu Eigen macht, sein Erlass ist. Dafür trägt er die Verantwortung, ob die Inspiration durch den Heiligen Geist gekommen ist, durch einen Mitarbeiter, aus der Partei, aus der Fraktion, in dunklen Kellergewölben, völlig egal. In dem Moment, wo ich meine Paraphen darunter setze, in dem Moment, wo ich dies akzeptiere, ist es mein Erlass.

Deswegen kann man auch diese ganzen wichtigen Fragen - wer hat denn nun „in dubio pro libertate“ da reingeschrieben? - beenden. In dem Moment, wo ich es akzeptiert habe, bin ich das. Ich würde es Ihnen gerne sagen, wenn ich es noch könnte. Aber ich bin dafür verantwortlich. Diese Spekulation können Sie sich schenken. So will es das Grundgesetz; das Ministergesetz ist da ganz eindeutig.

Was war die Absicht? Was war die Intention? Die Intention war: Wir wurden 98 gewählt und wir hatten nicht die Absicht, die Politik von Herrn Kanther einfach fortzuführen - dafür wurden wir nicht gewählt - und auch nicht die des CSU-Kreisverbandes München, Herr Vorsitzender. Auf der anderen Seite war aber auch völlig klar: Die Spielräume waren sehr, sehr eng. Wir bekamen mit - - Das war das letzte Mal in Zweifel gezogen worden. Ich habe mir jetzt noch einmal die ganzen Akten durchgelesen, was es da gibt: Menschenrechtsausschuss und Petitionsausschuss. Kollege Reuter, der dem Hause bedauerlicherweise nicht mehr angehört, hat damals mit anderen Abgeordneten, auch aus unserer Partei, einen nicht unerheblichen Druck gemacht. Aber immer wieder taucht bei den Zusammenschnitten, bei den Zusammenschriften meiner Mitarbeiter des entsprechenden Parlamentsreferates auf, dass Druck aus allen Fraktionen kommt.

Ich möchte jetzt gar nicht ins Detail gehen, ob das so im Protokoll steht. Nur, wenn ich mir auch die Briefe anschau, die ich bekomme: Das ist fraktionsübergreifend. Ob man hier nicht etwas machen kann, da nicht etwas machen kann, warum muss es so sein? Ich kann mich auch erinnern, dass dies in der damaligen Zeit noch intensiver war, auch in der Opposition. Insofern können Sie ruhig davon ausgehen - das ist nichts, was nicht stimmen würde -: Es war dieser Druck, allerdings gemeinsam mit der Absicht, auszuloten, welche neue Politik wir im Rahmen der Gesetze machen können.

Dazu wurde eine Hausbesprechung angesetzt. Wer hat die Hausbesetzung - -

(Heiterkeit)

- „Hausbesetzung“ sage ich schon.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wo man Experte ist, ist man Experte! - Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Die Vergangenheit holt einen immer wieder ein.

Zeuge Fischer: Es freut mich, dass ich hier zur Heiterkeit beitragen kann.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das macht nichts.

Zeuge Fischer: Es war ja Ihr Problem, dass die Hausbesetzung 1998 tatsächlich möglich wurde.

(Heiterkeit)

Aber das versuchen Sie ja zu revidieren, nicht wahr? Das ist doch das eigentliche Problem des Ausschusses, dass Sie Rot-Grün für ein historisches Ungemach halten, eigentlich eine Majestätsbeleidigung immerwährender konservativer Herrschaft in diesem Lande.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Hausbesetzungen gehören nicht zum Prüfungsgegenstand. Wir können gleich wieder zu den Visa kommen.

Zeuge Fischer: Schade, Herr Vorsitzender.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der Wohnort ist ja schon geklärt! - Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Auch vergangene Hausbesetzungen gehören nicht dazu.

Zeuge Fischer: In diesem Fall schon. Wir reden gerade über die Zeit 98 und folgende. Ich würde es nicht als Hausbesetzung bezeichnen; aber in manchem Kopf scheint es tatsächlich so abzulaufen.

Doch zurück zum ernstesten Thema - entschuldigen Sie den Versprecher -: eine Hausbesprechung.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: So war es.

Zeuge Fischer: Dieses Instrument der Hausbesprechung benutze ich oft. Es erweist sich als sinnvoll, vor allen Dingen dann, wenn ein neuer Ansatz diskutiert wird, auf breiter Grundlage. Im Gegensatz zum Küchenkabinett geht es hier mit den Abteilungen, mit der jeweils betroffenen Abteilung oder Abteilungen, mit der Hierarchie, aber auch den Referaten, den Leuten, die die Arbeit vor Ort machen. So war es auch in diesem Fall.

Wer die Hausbesprechung initiiert hat, war ich. Es ist immer so: Wenn der Minister einlädt, macht es der Minister.

Ich habe das Ergebnis rekonstruiert oder versucht zu rekonstruieren am Beispiel der Unterlagen, da meine Erinnerung an diese Hausbesprechung - damit ich nicht wieder Besetzung sage - nicht sehr klar ist. Ich habe einige Bruchstücke. Aber wenn Sie mich zum Beispiel nach der Teilnehmerliste fragen, könnte ich Ihnen aus dem Gedächtnis keine belastbare Aussage machen.

Klar ist: Bei Hausbesprechungen sind in der Regel - sonst machen sie keinen Sinn - nicht nur die engen Mitarbeiter, sondern auch die Referate, die davon betroffen sind, Unterabteilungsleiter, Abteilungsleiter und Staatssekretär dabei. Ich habe aber mitbekommen, dass Staatssekretär Pleuger gesagt hat, er war nicht dabei. Ich kann das weder verneinen noch bestätigen. Ich bitte Sie da um Verständnis, nicht weil ich da irgendetwas zu verbergen hätte, sondern ich kann es schlicht und einfach nicht mehr verlässlich rekonstruieren.

Anhand der Unterlagen allerdings und hier vor allen Dingen einer Unterlage, die ich in den Akten gefunden habe, die sich auf die Hausbesprechung vom 23.11.99 bezieht, auch anhand der vorbereitenden Dokumente,

die damals erarbeitet wurden, kann man, denke ich, einen sehr klaren Überblick bekommen.

Ich habe in den Akten ein Dokument gefunden, das von mir am 1. Februar mit Paraphen abgezeichnet wurde, mit Eingangsstempel, erstellt am 26. Januar 2000, wo von dem Referat 514 die Ergebnisse dieser Hausbesprechung zusammengefasst werden. Dort heißt es auf Seite 2:

Ihrer Weisung in der Hausbesprechung vom 23.11.1999 entsprechend werden die nachstehend beschriebenen Maßnahmen zur Verbesserung der Visumpraxis vorgeschlagen. Die Maßnahmen liegen innerhalb des Geschäftsbereichs des Auswärtigen Amtes;

- Innerhalb! -

sie bringen das Haus nicht in Konflikt mit den Innenbehörden ...

- Was sich nicht als ganz richtig gezeigt hat aufgrund der beiden Briefe, die der Innenminister mir geschrieben hat; aber darauf komme ich noch zu sprechen. -

Diese Maßnahmen bergen auch nicht die Gefahr einer substantiellen Erhöhung von illegalen Zuwanderungsmöglichkeiten.

„...bergen ... nicht die Gefahr einer substantiellen Erhöhung von illegalen Zuwanderungsmöglichkeiten.“

Was haben wir damals diskutiert? Ich versuche, es zu rekonstruieren. Ich meine, mich an den beiden Punkten nun wirklich erinnern zu können.

Das Erste war: Wo liegen die gesetzlichen Spielräume? Wie können wir einerseits die Beschwer, die im Petitionsausschuss auftauchte - - Hier waren es vor allen Dingen die Fragen der Familienzusammenführung und des Familienbesuchs. Deswegen nimmt das in dem späteren Erlass auch einen großen Raum ein, auch was die Visaregelungen anbetrifft, was Familienbesuche betrifft. Hier ein Mehr an Vertrauensschutz bei Wiedereinreise, Wiederausreise, bei Besuchen der Kernfamilie zu schaffen und Ähnliches, spielte dabei ganz offensichtlich, wenn man sich die entsprechenden Unterlagen durchliest, eine große Rolle.

Das Zweite war aber auch völlig klar: Wir können den gesetzlichen Rahmen nicht ändern. Das hat die Koalitionsvereinbarung nicht hergegeben. In der Sache wäre es

vermutlich auch alles andere als klug gewesen. Der gesetzliche Rahmen stand fest.

Dort saß nicht eine grüne Parteiversammlung zusammen, sondern da saßen Beamte; ich glaube, damals fast alle von meinem Vorgänger eingesetzt. Das waren nicht Beamte, die da sozusagen handverlesen zusammengezogen wurden, sondern, wenn ich die Hierarchie durchgehe, waren das im Wesentlichen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ich vorgefunden habe, wie ich generell auf ein hohes Maß an Kontinuität gesetzt habe. In meinem Büro arbeiten heute noch viele, die bereits unter meinem Vorgänger begonnen haben. Für mich war der Maßstab immer Kompetenz und Loyalität und nicht Parteibuch. Das ist für mich der entscheidende Punkt. Insofern können wir doch das abhaken, dass wir da in konspirativer Absicht saßen: Wie tricksen wir die Ausländergesetze aus?

Es ist doch, wenn man die Beamten kennt - - Mir unterstellen Sie an dem Punkt sicher alles Liebe. Herr Vorsitzender, Sie kennen sie ja. Sie schreiben ja auch Briefe.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wir haben sie auch kennen gelernt.

Zeuge Fischer: Sie wollen ja auch von denen auf dem Kulanzwege das eine oder andere einmal erreichen. Wenn ein Freund von Ihrem Sohn nicht bei der Botschaft vorsprechen will, weil das nicht geht, will man schon einmal, dass das dann auf dem Postwege geht. Dann schreibt man. Sie kennen die ja alle. Es ist doch nicht so, dass Sie vermuten, dass das Finsterlinge sind.

Diese Beamten saßen mit mir - Staatsminister Volmer, nehme ich an, war auch dabei - zusammen. Wir diskutierten dort: Wie können wir die Spielräume nutzen, damit wir weniger Probleme bekommen beim Petitionsausschuss und beim Menschenrechtsausschuss? Wo liegen da die richtigen Kritikpunkte? Wo können wir etwas ändern, ohne an die Gesetze heran zu müssen? Und zweitens: Welche Spielräume haben wir für eine liberalere Politik aus unserer damaligen Sicht?

Dabei war für mich ganz klar - daran kann ich mich noch genau erinnern -: Wichtig war, dass es zu keiner substanziellen Erhöhung von illegalen Zuwanderungsmöglichkeiten kommt. Substanziellen! Wenn man großzügiger ist, mag der eine oder die andere schon einmal mit durchrutschen. Aber der eine oder

die andere; das sagten Sie ja vorhin selber. Probleme wird es immer geben. Da stimme ich Ihnen zu. Aber eine substanzielle Erhöhung sollte ausgeschlossen sein.

Das sind die Punkte. Das war die Absicht. Das war die Intention.

Nun wurde an diesem Erlass gearbeitet. Ich kann nur sagen: Wenn man das zugrunde legt, dann fällt es schon schwer, hier von grüner Ideologie zu sprechen. Die Grünen waren daran nun weiß Gott nicht beteiligt. Und mir in damaliger Zeit zu unterstellen, dass ich sozusagen auf dem ideologischen Flügel meiner Partei zu Hause sei - es war die Zeit nach dem Kosovo-Parteitag und Ähnlichem -, ich glaube, selbst aus Ihrer Sicht wird man das nur schwer können. Nein, wir wollten diese neue Politik und wir wollten zugleich Erleichterungen in den Fällen schaffen, die Sie ja mit dem Kollegen Volmer erörtert haben.

Nun lassen Sie mich bitte nochmals diesen Erlass detailliert erläutern. Die Fernsehübertragung hatte den Vorteil, dass ich neben meinem Aktenstudium zugleich verfolgen konnte, wie der Ausschuss hier verhandelt hat. Es war insofern sehr instruktiv. Ich habe es hier ja mit vielen Juristen zu tun. Ich selbst bin kein Jurist. Juristen gehen ja normalerweise durch Texte. Da wird auf jeden Punkt, jedes Komma geachtet. Es wird bewertet. Es werden Schlüssigkeiten überprüft. In der ganzen Diskussion über den Fischer-Erlass fällt mir aber auf, dass es immer nur um einen Satz geht, und der ist lateinisch: „in dubio pro libertate“. Lassen Sie sich das von einem nicht juristischen Fernsehzuschauer einmal so sagen!

Also beginne ich einmal mit der Verlesung etwas weiter vorn. Da heißt es in der Einleitung - - Erst einmal wird das schwierige Spannungsfeld beschrieben. Nun ist das leicht gesagt. Da will ich noch einmal für meine Mitarbeiter eine Lanze brechen. Dieses schwierige Spannungsfeld - ich komme nachher noch ausführlicher darauf zu sprechen - wird von allen konzidiert. Was das aber im tagtäglichen Einzelfall heißt - - Man kann leicht sagen, Herr Abgeordneter von Klaeden: Schaffen wir das Reisebüroverfahren ab! Aber was dann die deutsche Wirtschaft dazu sagen wird!

(Eckart von Klaeden (CDU/CSU):
Das habe ich nie gesagt!)

- Das habe ich in der Zeitung gelesen. Also war das eine falsche Information.

(Eckart von Klaeden (CDU/CSU):
Ich habe es auch nicht in der Zeitung gelesen, dass ich das gesagt habe!)

- Ich habe es gelesen. Noch lesen wir nicht gemeinsam Zeitung.

(Heiterkeit - Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

- Weiß ich nicht mehr. Ich lese am Tag zwölf Zeitungen.

(Weiterer Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

- Okay, ich ziehe die Behauptung zurück. Herr von Klaeden hat das nie gesagt. Er ist für das Reisebüroverfahren.

Sie haben dauernd die Abwägungsnotwendigkeit, und zwar in den konkreten Entscheidungssituationen, in teilweise extrem schwierigen Umfeldern. Wenn ich nur an aktuelle Probleme etwa in einem Land wie Nigeria denke, in einer Stadt wie Lagos, völlig unabhängig vom Visaverfahren: dass von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verlangt wird, allein dort zu leben, von den Familien ganz zu schweigen! Da bitte ich doch noch einmal, den Satz nicht einfach nur so zu überlesen, sondern zu begreifen, unter welchen Bedingungen dies in hohem Maße geschieht.

Da heißt es dann im zweiten Absatz:

Das deutsche Ausländerrecht, das Schengener Durchführungsübereinkommen und die Gemeinsame Konsularische Instruktion der an den Schengen-Acquis gebundenen EU-Partner sind der rechtliche Rahmen für die Erteilung von Visa, an den sich die Auslandsvertretungen zu halten haben.

Dort steht nicht: werden außer Kraft gesetzt; „an den sich die Auslandsvertretungen zu halten haben“, das heißt, das ist zweifelsfrei. Da gibt es überhaupt kein Vertun.

Es wird dann darauf hingewiesen, dass „das Visumverfahren ... aber keine automatische Umsetzung ausländerrechtlicher Regeln“ ist. In der Tat, es ist an vielen Punkten bestätigt worden, dass hier Ermessen stattfindet. Aber vor dem Ermessen gibt es Prüfungsstufen, die Ermessen nicht zulassen, wenn die Fakten so sind, dass sie darunter subsumiert werden können.

Es gibt zwingende Versagungsgründe. Die sind seit 2001, seit dem 11. September und dem Terrorismusbekämpfungsgesetz,

wesentlich härter geworden und gerade im Sicherheitsbereich ausgebaut worden. Es gibt Regelversagungsgründe. Erst dann kommen wir in den Bereich des Ermessens. Das heißt, der Fischer-Erlass, Fischer/Volmer-Erlass legt hier erst einmal den rechtlichen Rahmen fest, und zwar ohne jede Möglichkeit, hier eine andere Interpretation zu haben.

Dann kommen wir zu der „Weisung“, die durch „Bundesminister Fischer ... erteilt“ wurde, dann zur „Kooperation zwischen Auslandsvertretung und Ausländerbehörde“, dann zu dem Aspekt „Familiennachzug“. Da ist ein wichtiger Punkt. Es wird darauf hingewiesen, dass es in Art. 6 Grundgesetz eben nicht heißt: deutsche Ehen und Familien, sondern Ehe und Familie unterliegen dem besonderen Schutz des Grundgesetzes.

Es wird darauf hingewiesen, dass zur Scheineheproblematik - eine ernste Problematik - ein gesonderter Erlass gemacht werden soll.

Wir kommen dann zu dem Begründungstatbestand. In der Tat, es hat sich immer wieder gezeigt: Wenn bei Ablehnung eines Visums zum Familiennachzug - dabei handelt es sich ja um ein nationales Visum, wo die Entscheidung der Ausländerbehörde ganz wesentlich ist - dass sich hier die Begründung doch als notwendig erweist. Es wird gegen eine solche meistens geklagt. Dann muss eh eine Begründung her. Insofern war und ist es besser, hier eine Begründung zu liefern. Ich glaube, das ist im Sinne nicht nur der Beteiligten.

Dann kommen wir zu den Besuchsvisa. Bei den Besuchsvisa handelt es sich um drei Monate ohne Arbeitsaufnahme. Dabei müssen drei Dinge geprüft werden, nämlich der Reisezweck - stimmt der tatsächlich mit den Angaben überein? -, die Bonität - fällt dieser Tourist unter Umständen dem deutschen Steuerzahler zur Last? - und die Rückkehrbereitschaft, die wiederum mit Punkt eins - Reisezweck - eng verbunden ist.

Reisezweck und Bonität kann man prüfen, auch wenn es wie alles auf dieser Welt nicht fälschungssicher ist, wie wir erleben mussten. Mit hoher krimineller Energie lässt sich da vieles als Scheinrealität produzieren.

Bei der Rückkehrbereitschaft hat man es in hohem Maße mit einer Prognoseentscheidung zu tun. Nun kommen wir zu:

Folgende abgestufte Kriterien

- auf Seite 4 -

gelten für die Prüfung der Rückkehrbereitschaft:

Die Rückkehrbereitschaft ist ebendort, wo die Prognoseentscheidung statthat. Dann heißt es - 2. a) -:

§ 7 Absatz 2 Nr. 3 Ausländergesetz (Regelversagungsgrund), Ziffer V der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion: Es besteht ein grundlegendes öffentliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland daran, dass sich Einreise und Aufenthalt in geregelten Bahnen vollziehen. Dazu gehört die Beachtung der Einreisebestimmungen. Eine Interessengefährdung der Bundesrepublik Deutschland und der an den Schengen-Acquis gebundenen EU-Partner liegt insbesondere dann vor, wenn die Zweifel am angegebenen Einreisezweck und der Rückkehrbereitschaft ein solches Gewicht haben, dass die Wahrscheinlichkeit einer Umgehung von Einreisebestimmungen bzw. des längerfristigen oder dauerhaften Verbleibs im Bundesgebiet wesentlich höher einzuschätzen ist als die Wahrscheinlichkeit der Einreise und des Aufenthaltes zum angegebenen Zweck (Besuch) bzw. der Rückkehr.

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, liegt ein Regelversagungsgrund für ein Besuchervisum vor. Ermessen und damit eine Visumerteilung ist in diesen Fällen nur eröffnet, wenn besondere Umstände vorliegen, die eine Abweichung vom Regelversagungsgrund rechtfertigen.

Das heißt, Sie kommen, wenn das vorliegt, überhaupt nicht ins Ermessen bei der Prüfung der Rückkehrbereitschaft. Sie bleiben bereits im Regelversagungsgrund drin. - Mir ist es wichtig, dass wir uns diesen Erlass wirklich einmal detailliert anschauen, und nicht nur an einem Punkt. Ich komme auf diesen einen Punkt auch noch zu sprechen.

Bei der Durchsicht der Akten habe ich jetzt in einem anderen Vermerk, der sich auf den Brief des Innenministers bezieht, festgestellt, dass es sich dabei um die Zusammenfassung der Rechtsprechung handelt, die damals - - Wir gehen noch von Bonn - nein, nicht mehr Bonn - - aber die in der Zeit davor waren. Ich glaube, Obergerverwaltungsgericht Köln und Münster eben für die Entscheidungen in Visafragen, weil Amtssitz

Bonn war in den Jahren, Jahrzehnten davor von großer Bedeutung. Ich entnehme dort, dass dies im Grunde genommen die Zusammenfassung der Rechtsprechung dieser beiden Obergerverwaltungsgerichte ist.

Liegt kein Regelversagungsgrund vor - das ist ja jetzt die nächste Stufe -, dann erst kommen wir ins Ermessen. Das heißt, wir sind jetzt in der dritten Stufe der Prüfung. Die erste Stufe war, zu prüfen: Wie weit geht eine Entscheidung konform mit dem Ausländergesetz, Schengen-Acquis. Die zweite Stufe: Liegt ein Regelversagungsgrund vor? Er ist hier aufgrund richterlicher Rechtsprechung zusammengefasst hineingeschrieben worden. Dann kommt also die Frage Ermessen.

Vertrauensschutz und Gleichbehandlung ist der erste Punkt. Das heißt, wenn jemand öfter gereist ist - - Mir selbst sind als Oppositionsabgeordnetem Briefe geschrieben worden, wo mit großen Problemen immer wieder neue Visa beantragt werden mussten, obwohl jemand öfter eingereist und ausgereist ist, vor allen Dingen im familiären Bereich, etwa die Großmutter, die ständig - einmal, zweimal im Jahr - zu Besuch kommt und Ähnliches mehr. Da wollten wir einen entsprechenden Vertrauensschutz aufbauen, bezogen auch auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei Besuchen der Kernfamilie. - Das ist der zweite Punkt. Also erstens. Wenn jemand öfter ein- und ausgereist ist, kann man unterstellen, dass er sich gesetzeskonform verhält, so nicht andere Erkenntnisse vorliegen. Zweitens. Es gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei Besuchen der Kernfamilie, dass hier ein Mehr an Ermessen geschaffen wird. Dann kommt der dritte Punkt, nämlich: Nicht jeder Zweifel an der Rückkehrbereitschaft, sondern erst die hinreichende Wahrscheinlichkeit der fehlenden Rückkehrbereitschaft rechtfertigt die Ablehnung eines Besuchervisums.

Wenn sich nach pflichtgemäßer Abwägung und Gesamtwürdigung des Einzelfalls die tatsächlichen Umstände, die für und gegen eine Erteilung des Besuchervisums sprechen, die Waage halten - wir sind also in der dritten Stufe, bei der Prüfung der Rückkehrbereitschaft, im Ermessen, wo Vertrauensschutz aufgrund schon mehrfacher Ein- und Ausreise nicht gegeben ist, wo der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit für Kernfamilien nicht gegeben ist; man könnte also fast sagen: beim Ersteinreisenden-Touristen-Visum, wenn sich dort also die pro und kontra, die

für und gegen eine Erteilung des Besuchsvi-
sums sprechenden Fakten die Waage hal-
ten - ich könnte zustimmen, ich kann es aber
auch lassen - -

Ich will Ihnen ein Beispiel aus meiner
eigenen Biografie nennen. Ich bin stark kurz-
sichtig. Ich musste zur Musterung und nach
der Musterung wurde ich gefragt: Wollen Sie
zum Militär oder was wollen Sie machen? Ich
kann Sie Ersatzreserve 2 schreiben nach
meinen Vorschriften, ich kann Sie aber auch
tauglich schreiben. Ich sagte: Ich will verwei-
gern. Also Ersatzreserve 2. Da hielt sich
etwas die Waage, Herr Vorsitzender. Ich
unterstelle dem mir nicht mehr bekannten
Arzt der Bundeswehr, der diese Musterung
vorgenommen hat, hier kein pflichtwidriges
Verhalten, sondern ich war vermutlich einer
dieser Fälle, wo sich die Dinge die Waage
gehalten haben. Da ich verweigern wollte,
hat er gesagt: Geh da hin. - Das ist die Rea-
lität. Genau so steht es hier in diesem Erlass.

Wie man aus diesem Erlass machen
kann - - Ich komme auf die Gründe, die für
Kiew und für den großen Anstieg der Zahlen
sprechen, noch detailliert zu sprechen. Aber
zu meinen, dass daraus in der klaren Festle-
gung - erste Stufe: alle Gesetze, Ausländer-
gesetz, Schengen-Acquis, sind verpflichtend
einzuhalten; zweite Stufe: Regelversagungs-
grund, Zweifel an Rückkehrbereitschaft und
Reisezweck führt überhaupt nicht ins Ermes-
sen, sondern - völlig klar -: Regelversa-
gungsgrund. Da muss schon etwas sehr,
sehr Schwerwiegendes im Einzelfall auftau-
chen, damit das überstiegen werden kann.
Dann kommt erst drittens - und zwar nicht im
familiären Bereich, nicht bei mehrfacher Ein-
und Ausreise - die Abwägung. Da haben wir
eine Öffnung vorgenommen; mehr war nicht
drin, wenn man die Gesetze ernst nimmt. -
was wir getan haben, was meine Beamten
getan haben. Nur dann, wenn sich das die
Waage hält, also wenn man in diese Rich-
tung oder in jene Richtung entscheiden kann,
dann soll in die Richtung „in dubio pro liber-
tate“ entschieden werden.

Zwei andere Themen sind in dem Zu-
sammenhang noch wichtig. Wie man daraus
einen kalten Putsch der Bundesregierung
oder des Auswärtigen Amtes gegen das Ge-
setz machen kann! Ich meine, die Verwal-
tungsgerichte und Oberverwaltungsgerichte
haben mit diesem Erlass gearbeitet - ich
weiß nicht, wie viele Entscheidungen. Ich
muss Ihnen doch nicht sagen, wie Verwal-
tungsrichter arbeiten; das wissen Sie besser

als ich. Die Beamten, die dort saßen, haben
ihre Beamtenpflicht und ihre Juristenpflicht
getan. Das waren nicht Beamte, die ich da
hinbugsiert habe, damit sie mir Gefälligkeits-
entscheidungen machen. Wir müssen doch
einmal auf den Punkt bringen, was hier wirk-
lich verhandelt wird. Zu den anderen Dingen
komme ich noch; aber es wird ja immer be-
hauptet, dieser Erlass wäre das Entschei-
dende gewesen. Ich sage es noch einmal:
Ich bin kein Jurist, das sind Sie. Aber wenn
deutsche Sprache einen Sinn macht, dann ist
die Interpretation doch eindeutig.

Nun haben Sie - ich greife hier vorweg,
ich komme nachher nochmals darauf zu-
rück - mit dem Kollegen Volmer verhandelt,
dass beide Erlasse, die vom 02.09.99 und
die vom 15. Oktober 99, dort erwähnt wür-
den. Richtig! Ich kann aber nur unterstrei-
chen, was ich in öffentlicher Sitzung - - Ich
glaube, Kollege Volmer hat es gesagt, aber
definitiv Staatssekretär Pleuger. Das hat
keine Rolle gespielt. Für mich, Herr Vorsit-
zender, war das statuarisch, sozusagen ju-
ristisch ein Verweis auf etwas, was eh gilt in
der Diskussion. Ich muss Ihnen ehrlich sa-
gen: Natürlich, in Zukunft bin ich wesentlich
misstrauischer. Aber Sie haben natürlich
viele Erlasse, wo Sie immer wieder, auch in
anderen Bereichen, in Gesetzen - - Also,
wenn hier so getan wird, als ob die Damen
und Herren Abgeordneten der Opposition da
so wesentlich besser sind, als wir das früher
in der Opposition waren,

(Zuruf: Das wollen wir mal probie-
ren!)

- das wollen wir im Interesse des Landes
besser nicht probieren; lieber nicht - und
wesentlich besser sind bei der Lektüre der
Gesetze, die die Bundesregierung zur Ab-
stimmung stellt - - Wenn Sie, Herr Abgeord-
neter Grindel, jeden Rechtsverweis und
Rechtsbezug im Detail durchprüfen - ich
unterstelle Ihnen, dass Sie das tun - - Aber
das würde natürlich manches erklären. Kei-
ner macht das. Ich kann Ihnen nur sagen: Es
gab auch keinen Hinweis darauf. Es war - -
Ich kann mich nicht entsinnen, bin mir aber
ziemlich sicher; weil ich würde mich jetzt im
Zusammenhang mit der Rekonstruktion doch
daran erinnern müssen, zumal ich lange
gebraucht habe, meine Damen und Herren,
bis mir die Bedeutung dieser beiden Erlasse,
über die ich nachher ausführlich spreche,
überhaupt klar wurde - ich sage das hier

ganz offen und ungeschützt -, und zwar erst im Nachgang - erst im Nachgang.

Herr Abgeordneter Königshaus, Sie haben gemeint, beim 02.09.-Erlass könnten Sie beim Kollegen Volmer feststellen, dass es eben die Kontinuität nicht gab. Ich werde Ihnen nachher das Gegenteil beweisen - nicht, weil ich Ihnen da etwas Böses will, sondern ich bin bei der Lektüre des Erlasses vom 02.09. auf fünf Bezugserlasse gestoßen, die oben draufstanden, und habe gebeten, mir die einmal herauszuholen. Die sind sehr erhellend; weil Sie dann feststellen können, dass es eben volle Kontinuität gab. Nicht, um Verantwortung abzuschieben. Bitte, wir können uns entspannen, mir geht es - wenn ich mich auf die Vorgängerregierung beziehe - nicht um Verantwortungsabschiebung, sondern ich finde, Sachaufklärung wird nur funktionieren, wenn wir nicht einen doppelten Maßstab haben.

(Zuruf)

- Gar keinen Streit an dem Punkt. An dem Punkt werde ich das ausführlich erläutern.

Ich möchte hier in dem Zusammenhang nur klar machen, Herr Vorsitzender: Es hat keine Rolle gespielt. Sie können mir sagen: Sie hätten da genauer hingucken müssen. Bitte, das akzeptiere ich. Was wäre gewesen, ich hätte genauer hingeguckt? Ich gehe davon aus, dass die rechtskundigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - die ja alle da waren -, respektive die, die daran mitgearbeitet haben, wenn ich die gefragt hätte: „Was bedeutet das?“, mir gesagt hätten: Das sind Instrumente, die die Vorgängerregierung zur Visaerleichterung eingeführt hat. Sie sind damals abgestimmt gewesen zwischen dem Bundesinnenministerium und dem Außenministerium. Das sind gute und richtige Instrumente, die wurden fortentwickelt; deswegen stehen die da drin. An denen halten wir fest. Ich glaube, ich trete mir nicht zu nahe, wenn ich Ihnen dann sage: Ich hätte vermutlich gesagt, dann ist das okay. Aus heutiger Sicht allerdings sehe ich das völlig anders. Darauf komme ich aber nachher noch zu sprechen. Ich wollte nur diese Frage gleich vorneweg erörtert haben. So weit also zum Fischer-Erlass.

Dieser Fischer-Erlass, so wie er hier steht, kann niemals Grund für die Entwicklung in Kiew gewesen sein. Es hat Kritik gegeben. Von über 200 Auslandsvertretungen haben sich zwölf schriftlich gemeldet - teilweise wurden sie in der letzten Sitzung ge-

genüber Kollegen Volmer schon vorgetragen. Die Kritik bezog sich auf Unterschiedliches, unter anderem auch die Linienzusammenführung, je nachdem wo die Problemfelder dieser Auslandsvertretungen hauptsächlich lagen. Es gibt kaum einen Erlass, an dem es nicht eine entsprechende Diskussion gibt, wenn er neu eingeführt wird. Ich werde das nachher gerade auch beim Carnet de Touriste sehr klar bestätigen, wie das von Anfang an, 1995, also lange vor unserer Amtszeit, eingeführt wurde. Sie kennen die Akten ja genauso wie ich; ich muss da nicht ins Detail gehen mit der Aktenverlesung. Die Remonstrationen der Botschaften auf Fachebene begleiten dieses Instrument im Grunde genommen wie eine rote Schnur. Dies war kein kalter Putsch irgendeiner Amtsleitung. Dies war auch nicht ursächlich für Kiew; sonst hätten wir nicht nur Kiew gehabt.

Und kommen Sie mir nicht mit: Anstiege gab es. Ja, die gab es; die gab es aber auch zuzeiten der Vorgängerregierung. Zwischen 92 und 94 hatten wir fast eine Verdoppelung der erteilten Visa in Kiew - auf niedrigerem Niveau, aber fast eine Verdoppelung. Ausschläge gab es auch zu anderen Zeiten. Aber auf der anderen Seite: Wir wollten ja auch liberaler sein - nicht gegen das Gesetz, nicht mit falschem Ermessen. Aber selbstverständlich war es auch Intention - es wäre doch albern, darum herumzureden -, dass wir hier ein weltoffeneres, liberaleres Deutschland wollten.

Dieser Erlass - Sie werden mich gleich danach fragen - hat zu einer schriftlichen Reaktion meines Freundes und Kollegen Otto Schily geführt. Wir kennen uns schon lange und schätzen uns auch; aber wir wissen beide, dass wir so sind, wie wir sind. Er hat mir einen, man könnte ruhig sagen: geharnischten Brief und einen zweiten geschrieben. Nun war also die spannende Frage: Was haben die beiden Freunde und eckigen Charaktere da eigentlich in kollusiver Absicht, ohne die Union zu informieren, besprochen? Und was weiß der Bundeskanzler? Das ist die ganz spannende Frage; es muss ja immer ganz oben angesiedelt werden. Ich kann ganz einfach sagen: Das tägliche Regierungsgeschäft besteht darin - da hätten Sie nur bei Ihren früheren Regierungsmitgliedern nachfragen müssen -, dass sich zwei Ressorts nicht einigen, dass einer sich auf den Schlipps getreten fühlt, dass er sagt: „Was hast du da zu tun? Du hast mich

nicht gefragt! Das ist meine Zuständigkeit“, dass der arme Frank Steinmeier vor Überlastung manchmal gar nicht mehr weiß, wo er als Erstes zupacken soll. Es gehört zum Regierungsgeschäft dazu, dass man dann telefoniert oder sich trifft.

Ob wir telefoniert oder uns getroffen haben, weiß ich gar nicht mehr. Das hat nie im Kabinett - - Wenn es im Kabinett ist, dann hat der Streit andere Konsequenzen. Das hat gar nichts damit zu tun, dass man da drumrum will, sondern das war im Kabinett Kohl, das war im Kabinett Adenauer, Brandt, Schmidt, überall so, dass man versucht, eine Einigung herbeizuführen, was ja durchaus vernünftig ist. Dann gibt es die nächste Stufe, dass diese Einigung, wenn die Kontrahentinnen und Kontrahenten sie nicht hinbekommen, dann unter der Aufsicht von Staatssekretär Steinmeier gemacht wird, der wirklich eine großartige Arbeit macht. Das war in dem Fall nicht nötig.

Ich muss jetzt wirklich wieder aus dem Gedächtnis versuchen zu rekonstruieren. Vieles ist entfallen; aber anhand der Akten konnte ich dann klarmachen, dass es im Wesentlichen die Interpretation war: Das ändert an der bestehenden Rechtslage nichts. Das ist unser eigener Bereich, das greift nicht in einen anderen Bereich hinein. Wir haben dieses gestufte Verfahren. Also bitte, es ist nicht das, was der Bundesinnenminister meinte. - Wir sind verblieben: Lass das doch zwei Juristen, zwei Staatssekretäre aussortieren. Das macht man übrigens öfter. Das ist überhaupt keine kollusive Absicht, nichts Geheimes, gar nichts. Es ist ganz normaler Regierungsalltag, dass die sich zusammensetzen.

Sie kennen diese Diskussion, Sie kennen die Standpunkte. Im Übrigen gab es auch hier volle Kontinuität - wusste ich alles vorher nicht. Aber der Ausschuss hat mich gezwungen, intensiv die Akten zu wälzen. Ich kannte das Verhältnis BMI/AA unter der Vorgängerregierung nicht. Jetzt kenne ich es. Es ist überhaupt nicht anders, was die institutionellen Beziehungen betrifft. Ist das ein Wunder? Natürlich, Sicherheit heißt für das BMI: Sicherheit zuerst. - Überhaupt keine Frage. Nur, so einfach können wir uns das nicht machen. Das ist keine Kritik am BMI, im Gegenteil.

Ich will Ihnen, Herr Vorsitzender, sagen: In meinem letzten Gespräch mit meinem ausscheidenden amerikanischen Kollegen kam er von selbst auf die Frage Übertragung

der Visaangelegenheiten in den USA an das Department of Homeland Security zu sprechen. Er sagt: Es ist überhaupt nicht im Interesse der USA, weil Sicherheit - - Ich meine das mit viel Sympathie, verstehen Sie mich nicht miss. Die Pflicht von Sicherheitsbehörden ist zuerst und vor allem Sicherheit. Dann eine Abwägung zugunsten der Reisefreiheit zu machen, ist verdammt schwierig, weil es sozusagen auch gegen die ganzen berechtigten inneren Instinkte geht. Die Konsequenz können Sie sehen. Die FDP hat eine Kleine Anfrage zur neuen Visapolitik der USA - die auch beantwortet wurde - gestellt, ob wir hier im Wissenschaftsbereich davon profitieren können. Herr Beckstein, der 97 oder 98 einen Brief an Herrn Kinkel geschrieben hat, dass er in tiefer Sorge war, dass die bayerischen Kliniken im Wettbewerb um betuchte Kunden aus dem Nahen Osten hinter die USA zurückfallen könnten, und deswegen damals beschleunigte Visavergabe wollte, kann sich entspannen. Denn wir haben jetzt umgekehrte das Problem: Amerikanische Kliniken, die von Kunden von außerhalb leben, und auch Universitäten überlegen sich, jetzt Dependancen in den Regionen aufzumachen, um nicht gegenüber den Europäern zurückzufallen. Dabei ist vor allen Dingen die Bundesrepublik Deutschland gut aufgestellt.

Ich kann dies also an diesem Punkt schon klar beantworten: Hier eine Neuessortierung vorzunehmen - gerade bei einem Land wie unserem, das so außenwirtschaftlich abhängig ist -, hielte ich für einen großen Fehler, und zwar deswegen, weil die Sicherheitsbehörden immer entlang ihrer ureigensten Instinkte - das heißt: Sicherheit zuerst - entscheiden werden und diese schwierige Abwägung so nicht werden leisten können. Aber bitte, das wird letztendlich eine Entscheidung sein, die politisch zu treffen ist. Ich hoffe, ich habe Sie jetzt ausführlich über das Gespräch mit dem Bundesinnenminister unterrichtet.

Zum Bundeskanzler liegt mir keine Erinnerung vor - tut mir Leid -, und zwar nicht, weil ich nicht wollte. Ich glaube, es wäre völlig harmlos, wenn ich mit ihm darüber gesprochen hätte. Ich kann Ihnen auch nicht einmal sagen, ob ich mit Steinmeier darüber gesprochen - und zwar nicht, weil ich jetzt wieder in Richtung Erinnerungslücke gehe, sondern ich habe so oft mit ihm gesprochen.

Herr Grindel schaut mich so an; er war früher ZDF-Korrespondent in Brüssel. Er hat viele Interviews mit mir gemacht und ich mit ihm; das weiß ich. Aber wenn Sie mich fragen, was ich da erzählt habe und was er mich gefragt hat: Das weiß ich nicht mehr.

(Heiterkeit)

Es wäre spannend, ihn einmal zu vernehmen und dann die Interviews dagegenzuhalten. Dann würde man feststellen, es ist nicht böse - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich weiß noch, was Sie gesagt haben!)

- Sie wissen das noch. Ich sehe, meine Antworten haben bei Ihnen Eindruck hinterlassen. Das gilt für die Fragen nicht, Herr Grindel; es tut mir Leid.

(Heiterkeit)

Ich kann es nicht mehr. Das war jetzt nicht geringschätzig gemeint. Wir hatten, glaube ich, das ein oder andere ganz gute Interview gemacht. Das meine ich jetzt gar nicht abschätzend, sondern ich kann es beim besten Willen nicht mehr hinbekommen. Da ich dauernd lese, dass meinen Beamten Erinnerungslücken vorgeworfen werden, will ich das ganz offen ansprechen. Wenn ich mich erinnern könnte: mit Steinmeier geredet, mit dem Bundeskanzler geredet, würde ich es sagen. Es gibt da kein Geheimnis und da ist nichts Großartiges dabei.

Herr Vorsitzender, ich habe in meinen Vorbemerkungen gesagt: Entweder sagen wir: Das ist hier ausschließlich Kampfinstrument, uns interessiert die Sachaufklärung eigentlich nicht, sondern wie kriegen wir den Fischer und wie kriegen wir Rot-Grün klein. - Legitim. Demnach gelten unterschiedliche Prinzipien: Wenn ihr heute dasselbe oder Ähnliches macht wie wir, als wir in der Regierung waren, ist das völlig anders zu bewerten, wenn wir jetzt in der Opposition sind. Wenn es so ist, soll man es offen sagen, damit die Menschen draußen das mitbekommen. Oder wir wollen Sachaufklärung betreiben. Bei Sachaufklärung aber müssen wir schon dieselben Maßstäbe gelten lassen - dieselben Maßstäbe. Dann darf es nicht einen doppelten Standard geben.

Ich habe in den letzten Tagen und Wochen Dinge gelernt, die ich nicht für möglich gehalten hätte - ich gebe es offen zu -, die ich nicht wusste. Jetzt will ich Ihnen einmal etwas vorlesen:

Bei der Entscheidung, ob ein Visum erteilt wird, sind die Vertretungen angewiesen, von ihrem Ermessen positiv zugunsten der Antragsteller Gebrauch zu machen.

- „von ihrem Ermessen ... zugunsten der Antragsteller Gebrauch zu machen“ -

Die gesetzlichen Auflagen bei der Prüfung müssen eingehalten werden.

Wissen Sie, wo das steht?

(Hellmut Königshaus (FDP): Ja!)

- Sie wissen, wo das steht. - Es ist der Leitfaden von 1993.

(Hellmut Königshaus (FDP): Der war ja auch in Ordnung!)

Der Leitfaden zur Visumerteilung durch die deutschen Auslandsvertretungen. Ich kritisiere das nicht.

(Hellmut Königshaus (FDP): Da ist nichts zu kritisieren!)

- Da ist nichts zu kritisieren. Aber am Fischer-Erlass ist viel zu kritisieren.

(Hellmut Königshaus (FDP): Ja!)

- Ja. Wenn ich das richtig sehe, wird das Ermessen hier wesentlich weiter ausgelegt, wesentlich weiter. Sie sollen „von ihrem Ermessen positiv ... Gebrauch“ machen.

Und dann - man fühlt sich fast zurückversetzt - habe ich in den Unterlagen, mit dem Datum vom 12.10.94 aus Kiew eine Remonstration gefunden - ich dachte, ich lese nicht richtig -:

Botschaft wäre auch interessiert, zu erfahren, ob die auf Wunsch des Auswärtigen Amtes praktizierte liberalere Visapolitik der Botschaft - unter anderem Zulassung von Fax-Einladungen sowie Anwendung des vom Amt gewünschten

- „des vom Amt gewünschten“ -

Grundsatzes für die Visaabfertigung „im Zweifel für den Antragsteller“ - trotz schwieriger Überprüfungs-möglichkeiten für die Botschaft sich in den letzten Monaten in einer Erhöhung der Asylanträge von Touristen aus der Ukraine widerspiegelt.

Ich sage gar nicht - - Ich will da nichts abschieben. Damit ich richtig verstanden werde: Ich rede nachher ausführlich über meine Verantwortung. Darum geht es mir

nicht, sondern mir geht es hier um Kontinuität. Mir geht es um eine Skandalisierung von etwas. Sie mögen das ja unter anderen Bedingungen für nicht richtig halten; aber die Skandalisierung aus ausschließlich machtpolitischen Gründen lässt sich schlicht und einfach nicht durch die Akten belegen, wenn man dieselben Maßstäbe anlegt. Herr von Klaeden, da kann man nicht sagen: Man soll Äpfel und Birnen nicht vergleichen. - Wir sind hier nicht auf dem Viktualienmarkt oder im Obstgeschäft. Es geht hier um dieselben Grundsätze.

Ich werde Ihnen nachher auch die historischen Bezüge erläutern. Ich finde das richtig; ich finde die ganze Zuwanderungspolitik Kohl/Genscher/Kinkel, die damals gemacht wurde, richtig. Ich komme darauf noch ausführlich zu sprechen. Nur, wenn dieselben Leute, die das damals zumindest beschweigend begleitet haben, heute aus dem Fischer-Erlass das große Brecheisen machen, damit wir überschwemmt werden von Kriminellen, Schwarzarbeitern und Ähnliches, dann meine ich, denen geht es tatsächlich nur um kleine parteipolitische und machtpolitische Münze. Beim besten Willen - selbst wenn man es sehr restriktiv interpretiert - könnte man ironischerweise auch sagen: Warum habt ihr das nicht angewandt? Wir wussten davon. Ich wusste es nicht. Das ist vermutlich weitergehend - eine der Ironien. Aber es geht in den Realitäten - - Wiederum, lassen Sie mich das sagen: Ich beziehe mich auf diese Zeit vor 98, weil ja immer gesagt wird: Nach 98 war die Welt nicht mehr in Ordnung.

(Hellmut Königshaus (FDP): Wohl wahr!)

Ich habe mir von meinen Mitarbeitern aus den Akten die Berichte zusammenstellen lassen. Sie kennen sie doch alle. Sie wissen doch, was aus Moskau gekommen ist. Sie wissen ganz genau, dass Prostitution und Menschenhandel etwa am 28.12.93 in einem Schriftbericht aus Riga eine zentrale Rolle spielen. Sie wissen, dass das alles nicht mit Rot-Grün begonnen hat. Sie wissen auch, dass, was die Ausdehnung anbetrifft, die Zahlen nichts hergeben. Das wissen Sie alles; und dennoch laufen Sie durch die Gegend und bezeichnen uns als Zuhälter. Nur, was war das damals? Ich sage, es war damals eine richtige Politik, obwohl es so in den Akten drinsteht. Es war richtig, die Grenzen aufzumachen. Es war richtig; denn heute

sind dies Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Es ist gerade unter dem Gesichtspunkt der inneren Sicherheit das Dümme, was wir machen können, wenn wir abschnitten würden, weil das hieße, diese Länder haben keine Perspektive. Ich komme am Ende auf Weißrussland zu sprechen. Da werde ich die Frage dann zuspitzen.

Wenn ich mir das alles - das geht Seiten um Seiten, Aktenband um Aktenband - durchschaue - - Tun Sie doch nicht so! Nochmals: Ich habe den Kollegen Kinkel und Genscher nichts vorzuwerfen, überhaupt nicht. Sie würden mich missverstehen. Das rechtfertigt nicht Fehler, die ich gemacht habe; auch das muss klar sein. Aber tun Sie doch nicht so, als wenn Rot-Grün hier eine neue Realität geschaffen hätte. Tun Sie doch nicht so!

(Hellmut Königshaus (FDP): Herr Volmer!)

- Nein, auch Herr Volmer nicht. Wir haben und wir wollten - -

Schauen Sie, Herr Königshaus ist ja Mitglied der FDP. Ein großer Freund von Manfred Kanther werden Sie nicht gewesen sein; davon gehe ich einmal aus. Er hat ja im Moment wenige Freunde. - Wir wollten in dem dreigestuften Verfahren die Möglichkeiten, die wir haben, für eine liberalere Politik nutzen; aber doch nicht das, was man uns unterstellt. Ich glaube, Sie haben ein klares Bild in den Medien, in den Zeitungen - ich könnte die Zeitungen jetzt nicht nennen - geäußert, das so unrealistisch gar nicht ist.

Mir geht es nur darum, dass wir die Kontinuität seit dem Fall, seit dem August 89 haben. Da begann die große Transformation und sie hält an. Wir sind damit noch nicht durch. Ich sage Ihnen: Schwarze Löcher in unserer Nachbarschaft, Länder, die sich nicht entwickeln, sind für die innere Sicherheit das Gefährlichste, was es gibt. Wenn die Ukraine das geblieben wäre - eben nicht die „orangene Revolution“, sondern rückständig -, keine europäische Perspektive, dann ist der soziale Druck da: Dann machen Sie da die Visa zu, dann geht es über die grüne Grenze, dann machen Sie die zu, dann geht es woanders. - Weil die Menschen, vor allem die jungen, das auf Dauer nicht akzeptieren werden. Das war doch die ganze Weisheit von Kohl und Genscher. Das ist doch die ganze Weisheit, die wir in die Transformationsperspektive für den Nahen- und Mittleren Osten übernommen haben, dass sich

Gesellschaften verändern müssen. Dazu gehört eben nicht nur, dass die Guten kommen. Da kommen manchmal auch schlimme Finger; das streite ich gar nicht ab. Aber zu sagen: „Wir stehen heute nicht mehr zu dieser Politik, weil wir Fischer attackieren wollen“, zu verschweigen, was damals Realität war - -

Ich habe hier ein Schreiben vom Landrat von Waldeck-Frankenberg, FDP-Hochburg, der sich auch beschwert:

In vielen dieser Fälle sind Bedenken, dass der Besuchsaufenthalt zur Ausübung einer illegalen Erwerbstätigkeit bzw. Prostitution genutzt wird, nicht auszuräumen.

Das ist vom 27. November 1995.

Warum haben wir diese engen Bezüge? Warum wollen so viele nach Deutschland? Weil wir natürlich Zuwanderung aus der früheren Sowjetunion haben, und damit auch aus der Ukraine. Das wissen Sie. Sie kennen auch die Größenordnung. Sie wissen, was es heißt, wenn jeder nur einen aus der Familie einlädt, welche Größenordnung das dann bedeutet. Darüber wird heute nicht mehr geredet. Kollege Kinkel hat gegenüber Kollegen Kanther in einem der Briefwechsel zu Recht darauf hingewiesen, dass es gerade das BMI war, das da immer sehr aktiv ist.

Damit Sie mich nicht missverstehen - ich habe das vorhin gesagt bei meinem Namen: warum Joschka? Ich komme aus einer ungarndeutschen Familie. Ich war in Kasachstan bei den Kasachstandeutschen. Ich habe mir das angeschaut. Ich habe es nicht zu kritisieren - im Gegenteil -, dass diese Menschen zu uns kommen wollten. Aber dann verschweigen Sie die Probleme doch nicht! Dann laden Sie das doch nicht bei den Grünen ab! Das finde ich einfach so billig. Sie wissen, dass wir auch jede Menge Probleme haben, denen wir uns stellen müssen und stellen können. Das verschweigen Sie schlicht und einfach. Deswegen, meine Damen und Herren, finde ich, was die Opposition hier betreibt, wirklich niederträchtig. Sie verabschieden sich auch von einer großen Tradition der Öffnung. Das müssen Sie auch wissen.

Ihre Propaganda - da mögen Sie lachen - kommt bei den Entscheidern natürlich an. Wer will schon mit einer Entscheidung hier vor dem Untersuchungsausschuss auftauchen? Das sind nicht Politiker. Die sind es nicht wie wir gewöhnt, in der Öffentlichkeit

aufzutreten. Der Druck ist für Beamte nicht das Normale. Natürlich überlegen sich das diese Entscheider. Ich war jetzt in Kiew. Natürlich wird dort diskutiert. Wir sind mittlerweile vielleicht schon zu restriktiv, wenn wir das Gesamte betrachten. Das können Sie aber nicht im Individualfall steuern. Wir reden über Menschen, nicht über fremde Wesen, andere Wesen. Insofern finde ich das gegen die Interessen unseres Landes gerichtet, was Sie hier mit Ihrer Skandalisierung tun - nicht mit dem Sachaufklärungsansatz, mit Ihrer Skandalisierung.

Ich komme zu der Lage in Kiew; ich bin schon dabei. Ich habe gesagt: Es begann im August 89. Wenn man sich das anschaut - - Sie können sich das mit diesem Leitfaden nicht so einfach machen. Sie müssen sich einmal die Entwicklung in Polen anschauen: Wir sind in den Spitzenjahren in Polen 90/91 etwa um das Vierfache von dem Spitzenjahr in Kiew 2001 - das Vierfache! Damals hat Hans-Dietrich Genscher - völlig zu Recht, wie ich finde - darauf gedrungen - - Wenn Sie die Beschreibungen lesen, wenn Sie sich die Berichte von Leuten, die dabei waren, anhören, wie es dort in Warschau zugegangen ist: Dagegen war Kiew bei aller Kritikwürdigkeit aber wirklich noch milde. Da kann ich nur sagen: Hans-Dietrich Genscher hat völlig Recht getan, damals die Visumfreiheit, ich glaube, im April 1991 einzuführen. Das war nicht mehr handhabbar. Und wo steht Polen heute? Wie richtig war diese Entscheidung? Mit dieser ganzen Wende sind wir - viele meinen, es ist zu Ende - noch nicht zu Ende.

Ich war jüngst zu einer informellen Sitzung des NATO-Rats im Baltikum. Die Fortschritte sind beeindruckend; aber die Frage war natürlich immer: Was wird aus der Ukraine? Was wird aus Weißrussland? Die Sorge ist groß. Können wir es uns, nicht nur unter außenpolitischen Gesichtspunkten - das wäre schon genug -, sondern auch unter Gesichtspunkten der inneren Sicherheit erlauben, dass sich diese Länder quasi in schwarze Löcher entwickeln, in Zonen des Stillstandes, der chronischen Armut, der Arbeitslosigkeit? Ich muss Ihnen als erfahrenen Innenpolitikern nicht erklären, was das für den Auswanderungsdruck bedeutet und dass es dagegen in einer offenen Gesellschaft kaum Mittel gibt, wenn man dem nicht beizeiten entgegensteuert.

Meine Damen und Herren, insofern spielt die Ukraine hier eine zentrale Rolle. Es wäre ein Riesenfehler, die Osterweiterung der

Europäischen Union, die gegenwärtig bei vielen unter Verdacht gerät, auch nur in Gedanken - im Sinne von Billigkonkurrenz und Ähnlichem - infrage zu stellen. Wir müssen uns den Problemen stellen, wir müssen sie lösen. Sich aber in Europa eine Zone der Instabilität zu erlauben, das würde, was die innere Sicherheit anbetrifft, was aber auch den außenpolitischen Frieden und die Stabilität anbetrifft, so teuer. Es wäre irrwitzig. Deswegen habe ich in der Opposition auch immer die Politik der damaligen Bundesregierung richtig gefunden, auch mit den unschönen Seiten, die es auch gegeben hat und die ich den Akten entnehme. Reden wir nicht drumrum: sehr viele unschöne Seiten, die Sie mir heute links und rechts um die Ohren klatschen. Die unschönen Dinge sind aber haargenau dieselben.

In der Ukraine gab es in dieser stagnativen Phase damals einen großen Druck auf Reisen. Das Reisen spielt eine große Rolle. Die „orangene Revolution“ wäre ohne die Öffnung der Ukraine nicht denkbar gewesen. Das war nie - damit ich da nicht missverstanden werde - unsere Intention, überhaupt nicht. Aber den faktischen Zusammenhang können Sie nicht leugnen.

Lassen Sie mich an dem Punkt noch anführen, dass wir diese erfolgreiche Transformationspolitik fortsetzen müssen. Frau Kollegin Ferrero-Waldner, die frühere Außenministerin der Republik Österreich - sie gehört nicht den Grünen an, sondern der Schwesterpartei, der Union -, arbeitet jetzt an neuen Visaregelungen. Juschtschenko hat das Thema offen angesprochen, als er hier war. Im Europäischen Rat wird es offen angesprochen. Unsere Position ist: Ja, wir werden uns da sehr konstruktiv verhalten, auch wenn wir deswegen gepeitscht, gesteinigt oder sonst was werden, weil wir es für notwendig und richtig halten. Die Sicherheitsfragen - die Grenzregime etc. etc. - müssen allerdings geklärt werden. Aber ansonsten werden wir hier eine Öffnung brauchen. Das sage ich jetzt nicht zur Provokation. Daran arbeitet gegenwärtig die Außenkommissarin. Das wird uns einiges abverlangen.

Also nochmals: Der Rekurs auf die Vergangenheit ist für mich kein Abschieben der Verantwortung. Im Gegenteil: Ich verweise darauf, dass die Vorgänger Recht hatten. Was ich allerdings erwarte, ist, dass bei der Bewertung derselbe Maßstab an unser Verhalten angelegt wird.

Ich komme nun zu der Situation in Kiew. Herr Vorsitzender, ich meine, dass Kiew ein singulärer Fall war. Sie können mit anderen Zahlen kommen. Sie können andere Berichte vorlesen. Dennoch: Nirgendwo hat es zu den Konsequenzen von Kiew geführt. Bei einem weltweit geltenden Erlass spricht schon die Lebenserfahrung - nicht die politische Absicht, aber die Lebenserfahrung - dafür, dass in Kiew ein Sonderfall vorgelegen haben muss. Objektiv lag ein Sonderfall vor.

Schauen Sie, es gibt nicht nur die Mauer. Es gab nicht nur Stacheldraht, Minenfelder, scharfe Hunde und schussbereite Grenzpolizisten. Sie können natürlich auch, wenn ein Land rückständig bleibt, wenn die Regierung in diesem Land so war, wie sie damals unter Präsident Kutschma eben war, wenn die Dinge wirklich nicht vorangehen, natürlich auch eine nicht sichtbare Mauer errichten, die Reisen nicht ermöglicht. Das erhöht den Druck natürlich ganz genauso. Die nicht sichtbare Mauer ist die - ich habe das bei der Vernehmung des Kollegen Volmer gehört; ich komme am Ende wieder darauf zu sprechen -: Einer, der 50 Euro verdient und einen Unterhaltsnachweis über 25 Euro am Tag braucht - das ist doch klar -, wie kann der denn reisen? Was machen wir denn mit dem?

Ich, wenn ich ein junger Mann unter den Bedingungen gewesen wäre, hätte nicht geträumt von Dnipropetrowsk oder von Donetsk oder Krakow. Ich hätte von Berlin, von Paris, von den tollen Dingen, die es da gibt, geträumt. Ich nehme an - wenn Sie ehrlich sind -, die meisten von Ihnen. Ich hätte schon einmal versucht, dahin zu kommen. Es geht nicht darum, dass wir nur die Eliten reisen lassen. Das war die Weisheit von Kohl und Genscher mit der Öffnungspolitik. Was machen wir denn mit denen? Der Missbrauchsverdacht ist groß; das streite ich gar nicht ab. Aber was machen wir mit denen? Sagen wir nur den Geschäftsleuten - wer weiß schon, was ein Geschäftsmann ist; auch bei uns gibt es manchmal viele seriöse, aber auch den ein oder anderen, für den man nicht die Hand ins Feuer legen will -, Wissenschaftlern, Kultur: alles voll unterstützt. - Aber was machen wir mit denen, was machen wir mit der Jugend? Ich will nur das Problem benennen. Ich kann es Ihnen jetzt nicht unmittelbar beantworten. Aber das steckt natürlich mit dahinter. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete - - Das ist der erste Punkt.

Sie haben eine ähnliche Situation in Minsk, wo das Regime nur noch autoritärer ist.

Aber wenn wir die Probleme lösen wollen, müssen die Menschen reisen - die Menschen - und nicht nur einige Eliten.

Meines Erachtens sind die Verquickungen die Ursache für das, was zu diesem hohen Anstieg und meines Erachtens dann auch zu Fehlern, für die ich einzustehen habe, geführt hat, erstens die objektive Lage und zweitens drei Instrumente: das Reisebüroverfahren, die Bonitätsprüfung und die Reiseschutzversicherung, nicht aber der Fischer-Erlass. Wenn es anders wäre, würde ich es sagen. Was sollte ich da verbergen? Das ist doch albern. Man mag mir vieles unterstellen; nur, dass ich abtauche oder im meinem Leben abgetaucht bin, dafür bin ich nicht berühmt.

Wenn ich an dem Punkt wirklich der Meinung gewesen wäre, jawohl, der war es, dann würde ich es doch sagen. Aber ich bin nach dem Aktenstudium mehr denn je - damit beantworte ich schon einen Teil Ihrer Frage: Was wussten Sie? -, weil ich erst einmal die Akten lesen musste - - Damit haben Sie einen Angriffspunkt: Du wusstest es nicht! Ja, dafür muss ich geradestehen. Hier stehe ich.

(Heiterkeit)

Was soll ich sonst tun? Zu meinen Fehlern stehe ich, muss ich stehen. Aber an dem Punkt will ich gar nicht darum herumreden, Herr Abgeordneter Königshaus. Als Richter wissen Sie ja geständige Angeklagte immer sehr zu schätzen, nicht wahr?

(Heiterkeit)

Das gibt dann in der Regel Strafmilderung - nicht immer, aber in der Regel. Ich wollte an dem Punkt nur klarmachen: Ich musste das erst den Akten entnehmen.

Jetzt komme ich zu den Erklärungen: Reisebüroverfahren, Bonitätsprüfung und Reiseschutzversicherung. Es gibt noch einen wichtigen Faktor im Zusammenhang mit dem Reisebüroverfahren, aber auch mit anderem: eine hohe kriminelle Energie. Verdammt noch mal, daran waren sehr viele Deutsche beteiligt. Es geht mir so gegen den Strich, dass „kriminell“ - ich unterstelle keinem oder fast keinem hier im Raum, dass das gewollt ist; aber es kommt so an - immer heißt: die, die nichts in der Tasche haben, die Ukrainer. Dabei stehen hier nicht Ukrainer vor Gericht, die sich da illegal bereichert haben.

An diesem Punkt meine ich und bin ich der festen Überzeugung - singular aufgrund dieser Gründe und nicht wegen dem Fischer/Volmer-Erlass, oder wie auch immer, vom 3. März 2003 -: Das Reisebüroverfahren, das wir noch in etwa 30 Fällen anwenden, halte ich für vernünftig. Es bedarf aber einer intensiven Kontrolle. Ohne diese intensive Kontrolle funktioniert es nicht. Ich kann nur sagen: Der Kollege Koch, Ministerpräsident meines von mir so geliebten Heimatlandes Hessen, hat in einer Debatte im Landtag, bezogen auf China, gesagt: Das Reisebüroverfahren ist unverzichtbar. Ich kann das nicht kritisieren. Ich kritisiere etwas anderes an ihm; aber darauf komme ich später zu sprechen.

Ich halte das an sich für vernünftig. Das setzt nur voraus, dass die Partner sozusagen den Kredit und das Vertrauen haben und dass die Kontrolle funktioniert. Denn das Reisebüroverfahren führt zu keiner direkten Vorsprache. Es ist im Klartext so: Man geht zum Reisebüro, bucht eine Reise, gibt seinen Pass ab, kriegt gesagt, wie viele Lichtbilder, welche Dokumente etc. beizubringen sind, und das Reisebüro macht das dann für einen. Das ist eigentlich eine vernünftige Sache. Vor allen Dingen in der globalisierten Welt mit hohem Touristenaufkommen, wo Visa noch nicht abgeschafft sind, könnte man eigentlich wenig dagegen sagen.

Das setzt allerdings die Vertrauenswürdigkeit der Counterparts voraus. Hier ist eine Mischung aus Kontrolle und Vertrauen angebracht. In Kiew - alles im Nachgang von mir festgestellt - müssen wir feststellen, dass es dort ein kriminelles Netzwerk gab, und zwar dort wie hier, und - das wissen Sie ja aus dem Aktenstudium ganz genau - dass dieses kriminelle Netzwerk dieses ganze Verfahren mit Fälschungen von ganzen Reiseplanungen, Hotelbuchungen etc. ausgehebelt hat.

Aber das ist doch nicht entstanden, meine Damen und Herren von der Union, weil die den Fischer-Erlass gelesen haben. Das war doch schon länger angelegt. Das ist eine zwar kriminelle, aber geniale unternehmerische Leistung gewesen, nach dem 3. März und nach der Kenntnisnahme von diesem Erlass dieses Netzwerk in der Ukraine und in Deutschland aus dem Boden zu stampfen. Das war schon länger angelegt. Da und insofern auch hier stimmt der Bezug nicht. Mir haben diese Erkenntnisse nicht vorgelegen. Aber als dann, wie ich glaube, im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren

beim Gericht in Dresden, sichtbar wurde, dass ein Gutteil der nicht zu Recht Einreisenden respektive der erschlichenen Visa über dieses Verfahren ging, bekam das Amt auf der Fachebene davon Kenntnis und stellte dieses Verfahren am 01.10.2001 ein.

In diesem Bericht war damals noch nicht die Rede von Reiseschutzpass oder Carnet de Touriste, soweit ich mich entsinne, auch nicht in der Bewertung des kriminellen Verhaltens des kriminellen Milieus seitens der Sicherheitsbehörden. Man meinte, das eine gestopft zu haben, während sich parallel dazu etwas ganz anderes aufbaute. Die kriminelle Energie ist dann sehr schnell vom Reisebüroverfahren auf die andere Schiene, die Reiseschutzversicherung, auf die ich nachher zu sprechen komme, übergesprungen.

Der zweite Punkt, das zweite Instrument wurde nicht von Rot-Grün eingeführt; nicht, dass ich die Vorgängerregierung deswegen kritisiere oder in Haftung nehmen möchte. Sie können sagen: Fischer, du hättest es früher feststellen müssen, als du ins Amt kamst. - Das kann ich nicht verneinen. Deswegen kein Abschieben, aber schon ein Feststellen der Kontinuität.

Zweites Instrument: die Bonitätsprüfung. Da gibt es ja den Erlass vom 02.10.99; den kennen Sie sehr gut.

(Volker Neumann (Bramsche)
(SPD): Vom 02.09!)

- Vom 02.09. Entschuldigung, wenn ich da mal einen Versprecher habe. Ich bedanke mich. Das ist nicht absichtlich, sondern kommt vor, wie mit der „Hausbesetzung“.

Dieser Erlass vom 02.09.99 ist auf der Fachebene erarbeitet worden. Dieser Erlass regelt etwas, wo ich mich frage - weil Sie ja immer die Frage der Rechtswidrigkeit aufwerfen - - Ich bin kein Jurist, aber:

Wird im Rahmen des Visumsverfahrens für einen Kurzaufenthalt von bis zu drei Monaten eine Verpflichtungserklärung ohne Bonitätsprüfung durch die Ausländerbehörde vorgelegt,

- „ohne Bonitätsprüfung durch die Ausländerbehörde“ -

so soll

- schlechtes Deutsch, „sollen“ müsste es heißen -

die Auslandsvertretungen in der Regel auf die Vorlage von weiteren Unterlagen im Zusammenhang mit der Bonität des Einladenden verzichten.

In der ganzen Debatte wird dieser Erlass seitens der Opposition merkwürdig behandelt. Fast könnte man meinen, da gelte eine Omerta, ein Schweigegebot. Warum? Weil das natürlich allen Innenministern der Länder zur Kenntnis gegeben wurde. Sie waren ja auch das Problem. Die Ausländerbehörden unterstehen nicht dem Auswärtigen Amt und die Bonitätsprüfung muss von den Ausländerbehörden vorgenommen werden. Das hieße nun sozusagen, uns wirklich endgültig zu überlasten. Das ginge dann gar nicht mehr, wenn wir die Bonitätsprüfung der Auslandsvertretungen auch noch im Inland zu machen hätten. Da ist das Ausländergesetz doch klar und eindeutig, auch in den entsprechenden Verwaltungsvorschriften, dass dies zu machen ist.

Sie haben ja genügend Dokumente darüber, dass dann im Grunde genommen die Debatte war: Wir wollen das nicht und wir schaffen das nicht. Das war vor allen Dingen in den Großkommunen so. Ich sage gar nicht, dass das an der Farbe gehangen hat, von wem sie regiert wurden. Das ging sozusagen quer durch die parteipolitische Farbenpalette. Sie haben das einfach nicht geprüft. Dann war die Frage für unsere Leute, aber auch für den zuständigen Referenten im Innenministerium: Gibt es denn, wenn die Bonität nicht geprüft ist, eigentlich Versagungsgründe? Das ist eigentlich ein Regelversagungsgrund. Aber können wir das dem Antragsteller anlasten, weil die zu Hause nicht wollen, wozu sie gesetzlich verpflichtet sind?

Meine Damen und Herren, das sind die Fragen, die auf der Fachebene zu beantworten versucht wurden. Man kann den Kollegen sagen: Hört mal, da wärt ihr besser dran gewesen, nach oben zu rennen und zu sagen: So geht das nicht; wir können das Problem nicht mehr lösen. Sie werden das das nächste Mal hoffentlich tun. Dann wären sie nämlich fein raus und müssten hier nicht aussagen. Ihnen aber zu unterstellen, sie hätten da etwas Böses beabsichtigt - -

Mir ist völlig klar - ich habe dem Kollegen Königshaus ja gesagt, ich habe mir die Runderlasse, die da vorne draufstehen, mal genau angeschaut -: Sie sind vom 12. Dezember 96, 16. Mai 97, 6. August 97,

7. Juli 98 und 11. November 98. Dann können Sie beim 11. November 98 sagen: Da warst du schon zuständig, aber in einem formalen Sinne, erst wenige Tage.

Also, die ganze Entwicklung kommt im Grunde genommen von der Vorgängerregierung zu uns. Es ist ein Problem, das es in den Ländern und vor allem in den Großkommunen gab, wo dann der Stempel „nicht geprüft“ war. Am Ende haben sie nur noch die Unterschriften geprüft. Erstaunlicherweise kommt da nicht der Vorwurf, das war rot-grünes Missmanagement oder Ideologie - weil wir eigentlich wollten und Sie ja eh immer dagegen sind -, sondern es ist völlig klar, was das war: Sie hatten entweder nicht genug Personal oder anderes zu tun. Auf jeden Fall sind sie ihren Pflichten nicht nachgekommen. Anders kann ich das nicht interpretieren.

Ich will da auf niemanden mit dem Finger zeigen - damit Sie mich nicht missverstehen -, sondern das nur erklären und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch die des Bundesinnenministers in Schutz nehmen, die versucht haben, hier eine Lösung zu finden, weil sie sagten: Verdammt, es kann doch nicht wahr sein, dass demjenigen, der einen Einlader hat - darunter mögen manche krumme Hunde gewesen sein, aber auch viele, die wirklich zur Verwandtschaft und wirklich eine Prüfung wollten -, gesagt wurde: Wir haben ihn nicht angetroffen. Oder: Das wollen wir gar nicht mehr, das machen wir nicht mehr, da gehen wir nicht hin. Es reicht, wenn wir sagen: Ja, er hat unterschrieben. Aber was da abgefragt werden sollte, das wollen wir weiter gar nicht.

Da finde ich unter diesen Bezugserlassen einen Erlass - seien Sie mir nicht böse, dass ich ihn hier vorlese -, der doch sehr, sehr wichtig. Das ist der Erlass vom 16. Mai 97. Dort steht: „In den seltensten Fällen prüfen die Ausländerbehörden die Solvenz der Gastgeber.“ Das war 97, also nicht rot-grünes Chaos. Das wart ihr. Ja, diese Verantwortung müssen Sie sich zurechnen lassen, da Sie die Parteiverantwortung tragen. Dann wissen Sie auch, wie das später mit der Ministerverantwortung ist. Das müssen Sie sich schon zurechnen lassen.

Es gibt auch einen Brief des Innenministeriums Baden-Württemberg - was man in den Akten nicht so alles findet -,

(Heiterkeit)

da schreibt das Innenministerium Baden-Württemberg - ein tiefgrünes Land -:

Allerdings bitten wir, dafür Sorge zu tragen, daß die deutschen Auslandsvertreten nur in begründeten Einzelfällen auch für Besuchsaufenthalte eine Verpflichtungserklärung nach § 84 AuslG verlangen. Nur so ist gewährleistet, daß in allen Fällen jeweils eine Bonitätsprüfung durchgeführt werden kann.

Heißt das jetzt: ein Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg? Sie sagen doch ganz einfach: Vergesst das mit der Bonitätsprüfung mal. Oder übersetze ich das falsch?

(Zuruf: Ja, völlig falsch!)

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, weil der Zeuge mehr angemerkert als vorgelesen hat, würde ich diesen Brief gerne sehen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ja, da haben Sie Recht.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Sind Sie so freundlich, ihn in Kopie zur Verfügung zu stellen?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wir lassen ihn für jedes Mitglied kopieren, damit jeder nachlesen kann, was hier zum Vortrag gekommen ist.

Zeuge Fischer: Aktenblatt 42, Nr. 42.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Minister, Sie müssten wissen, dass Hunderte von Aktenordnern in unseren Ausschuss gekommen sind, zu einem Zeitpunkt, zu dem kein Mensch der Welt diese Akten noch bearbeiten konnte. Wir haben auch keinen Apparat, der uns so zuarbeiten kann, wie es bei Ihnen der Fall ist. Deswegen kann ich nicht behaupten, dass wir dies zur Kenntnis hätten nehmen können, nicht hätten nehmen können oder vielleicht erst noch bekommen werden. Das alles ist völlig offen. Aber fahren Sie ruhig fort. Das ist das Thema Aktenüber-sendung. Das wollen wir hier nicht vertiefen.

Zeuge Fischer: Ja, aber ich will das direkt beantworten, Herr Vorsitzender. Sie können von einem ausgehen: Bei der Akten-

übersendung gab es niemals die Intention, Ihnen das Leben schwer zu machen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Mir kommen die Tränen.

Zeuge Fischer: Darf ich Ihnen ein Taschentuch anbieten?

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich habe selbst eins.

Zeuge Fischer: Ich lasse ungern ein Krokodil weinen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich pflege meine eigenen Taschentücher mitzubringen.

Zeuge Fischer: Das ist schön. Aber sehen Sie, in meiner christlichen Milde hätte ich es Ihnen angeboten.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich will Sie nicht unterbrechen.

Zeuge Fischer: Nein, Sie wollen es nicht. Aber Sie haben es getan.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Bei dieser Gelegenheit, wenn wir schon einmal dabei sind: Sie sprechen jetzt seit einer Stunde und 14 Minuten. Dürfen wir erfahren, wie der Gesamtrahmen ungefähr aussieht, damit man sich darauf einrichten kann?

(Heiterkeit)

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, ich finde es beeindruckend, dass Sie bei mir auf die Uhr schauen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Bei jedem; das müssen wir.

Zeuge Fischer: Das ist gut, aber ich will Ihnen sagen: Ich mache so lange, bis ich mit allen Punkten durch bin.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ja, zwei oder drei Stunden?

Zeuge Fischer: Sehen Sie, ich habe das vorher nicht laut meiner Frau oder sonst jemandem vorgelesen.

(Heiterkeit)

Das werden wir am Ende feststellen, wenn ich und hoffentlich auch Sie dann erschöpft hier im Stuhl sitzen. Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie wissen es selbst nicht?

Zeuge Fischer: Nein. - Ich werde jetzt fortfahren. Ich möchte nur das mit den Akten klarstellen, weil mitnichten - - Ich höre, die Union hat zehn Rechtsanwälte. Jetzt habt ihr noch welche dazugesammelt. Ich weiß nicht, ob das stimmt. Ich habe keinen Rechtsanwalt. Die Frage kommt ja nachher, nicht wahr? Ansonsten arbeiten wir. Ich kann Ihnen sagen: Meine Beamten haben mir die wichtigsten Akten zusammengestellt. Aber den Rest habe ich schon selber gemacht.

Ich komme jetzt zu diesem Punkt. Also, mit diesem Schreiben ist es völlig klar. In diesen Akten kann man das feststellen. Und das geht ja weiter, auch in den Fragen der Einführung dieses einheitlichen Verpflichtungsformulars. Da darf dann daneben noch frei gemalt werden und Ähnliches mehr. Ich mache der Vorgängerregierung, wie gesagt, überhaupt keinen Vorwurf. Mir geht es ausschließlich darum, zu erklären, dass die Frage der Bonitätsprüfung doch nichts ist, was dann durch den Fischer-Erlass, weil sie dort statuarisch aufgeführt ist, auf uns zurückgeht. Sie können sagen: Wir hätten das nicht so machen dürfen und ihr - in diesem Falle ich - hättet das nicht so machen dürfen - im Rückblick. Aber dann müssen Sie diese Reihung meines Erachtens schon akzeptieren.

(Hellmut Königshaus (FDP): Es kommt auf die Unterschiede an!)

- Schauen Sie, Herr Abgeordneter Königshaus - Sie sagten: „Es kommt auf die Unterschiede an!“ - : Diese Erlasse - - Wenn sie jetzt jenseits der Politik - - Wenn Sie sich die Akten als erfahrener Richter anschauen, dann werden Sie feststellen, dass diese Strenge, über die wir jetzt reden, im Grunde genommen völlig unberührt vom Regierungswechsel auf der Fachebene der beiden Häuser weitergeführt wurde. Das geben die Akten her. Mir geht es doch nicht darum, zu sagen: Ihr hättet das nicht machen dürfen.

Mir geht es nur darum, zu sagen: Bewertet mich bitte genauso wie vorher. Das ist alles. Ich plädiere nur für Gerechtigkeit. Aber es ist keineswegs so, dass ich irgendetwas abschiebe. Das ist es, worum es mir in diesem Falle geht. Die Akten geben das meines Erachtens wirklich her.

Ich komme schließlich zum dritten Instrument, das mit der Bonitätsprüfung auf das Engste zusammenhängt. Am heutigen Tag lesen wir die Anklageschrift in der „Berliner Zeitung“: Schleuserprozess Köln, Hauptangeklagter: Bundesregierung, Nebenangeklagter: der Angeklagte. Da lesen wir, dass genau diese Reiseschutzversicherung, hier der Reiseschutzpass der Firma Kübler, für den Angeklagten Kübler das entscheidende Instrument gewesen ist, was ich nicht bestreiten kann. Das hängt mit der Bonitätsprüfung zusammen. Den meisten Menschen, die uns jetzt zuschauen, wird das nichts sagen.

Im Klartext: Jeder Ausländer, der als Tourist einreist, muss Sorge dafür tragen, dass er dem Steuerzahler hier nicht zur Last fällt. Das ist eine vernünftige Lösung. Deswegen ist auch jetzt noch nicht die Frage der Reiseschutzversicherung, sondern die der Reisekrankenversicherung obligatorisch. Auch das ist angesichts unseres exzellenten Gesundheitssystems eine vernünftige Vorsorge, dass, wenn jemand krank wird oder verunfallt, die Voraussetzungen dafür geschaffen sind.

Diese Reiseschutzversicherung hat auch ihre Geschichte. Es tut mir leid, auch hier wieder nicht, um Verantwortung abzuschieben und irgendjemanden zu attackieren, sondern, um auch hier klarzumachen, wie sich diese Instrumente entwickelt haben und wo die Probleme liegen, für die dann ich die Verantwortung zu übernehmen habe.

Die Geschichte begann - ich meine, mich zu erinnern - mit einer Reise des Kollegen Kinkel nach Rumänien. Dort hat er entweder eine Rede gehalten oder eine Pressekonferenz gegeben. Ich meine, das war im Jahr 94, als er meinte, die Rumänen müssten reisen. Recht hatte er, völlig Recht. Das große Problem war, dass diejenigen, die keinen Einlader hatten, schlicht und einfach Schwierigkeiten hatten - auch angesichts der Einkommensdifferenzen -, ihre Bonität entsprechend nachzuweisen.

Da meldete sich der ADAC beim Kollegen Kinkel und sagte: Der Österreichische Automobilclub hat da eine Versicherung, das

jeder, der kommt und dies braucht und keine nachgewiesene Bonität durch den Einlader oder durch eigenes Vermögen hat, dem Visaentscheider klarmachen kann, dass er finanziell stark genug ist, um diese Reise zu machen und dann auch für alle Eventualitäten geradzustehen.

Da kam man auf die Idee: Lasst uns doch eine Reiseschutzversicherung, das so genannte Carnet de Touriste, machen. Das wird ausschließlich durch die Partnerorganisation vertrieben. Also, es begann als eine Versicherung, die nur der Monopolist ADAC über die Partnerorganisation in den dortigen Ländern angeboten hat, und das zu bestimmten Bedingungen, so genannten Bonafide-Bedingungen. Das heißt: nicht jeder, sondern da wird genau hingeguckt. Das war die Voraussetzung. - Das kommt mir alles so bekannt vor.

Da gab es dann eine Vereinbarung zwischen Bundesinnenminister Kanther und Bundesaußenminister Kinkel. Das wurde 95 für die drei baltischen Staaten, Rumänien und Bulgarien eingeführt, wenn ich mich richtig entsinne. Es wurde dann 1997 auf Weißrussland, die Ukraine und Georgien, und 99 - so mein Gedächtnis mich nicht trügt - auf die ganze GUS ausgedehnt. Von Anfang an - das werden Sie ja in den Akten gelesen haben oder Ihre Leute haben es gelesen - gab es Remonstrationen, weil das Instrument so nicht funktionierte. Von Anfang an war die Frage, dass da welche kommen, die das zum Zwecke der Visaerschleichung machen. Der Leumund derer, die da mitkommen, ist nicht der, der er sein müsste. Sie kommen mit sehr guten so genannten, wie ich gelernt habe, Legendierungen, und sind gut vorbereitet. Von Anfang an findet man das in den Akten, nicht nur in Kiew, aber sehr stark auch in Kiew. Von Anfang an gab es diese Probleme. Von Anfang an gab es die Remonstrationen.

Kommen wir zu dem Erlass vom 15.10.99, den ich im Nachgang, aus heutiger Sicht, für einen Fehler halte. Ich habe versucht, zu verstehen, was die damaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Ministerien zu diesem Schritt bewogen hat. Denn der Erlass hat natürlich zu einer Konsequenz geführt, die sehr weitgehend ist, indem er nämlich im Falle des Vorliegens eines Carnet de Touriste auf weitere Prüfungen verzichtet. Es heißt dort:

Das Carnet de Touriste ... soll zu wesentlichen Erleichterungen und mehr Reisefreiheit führen. Bundesministerium des Innern und Auswärtiges Amt bekräftigen diesen Grundgedanken ...

Das Carnet de Touriste begründet keinen Rechtsanspruch auf die Erteilung eines Visums. Es entbindet nicht ... von der AZR-/SIS-Abfrage

- das heißt: Ausländerzentralregister und Schengen-Informationssystem; im Übrigen, diese Abfrage hat immer und bei jedem, der um ein Visum nachgesucht hat, so sagen mir meine Leute, stattgefunden und ist nie ausgesetzt worden -

vor Visumserteilung. Das Carnet de Touriste ist aber ein wesentliches (wesentliches) antragsbegründendes Dokument. Wird im Rahmen des Visumverfahrens für einen Kurzaufenthalt ein Carnet de Touriste vorgelegt, so soll die Auslandsvertretung in der Regel (in der Regel) auf die Vorlage von weiteren Unterlagen zum Zweck der Reise (z. B. Hotelbuchung), zur Finanzierung (einschl. für den Krankheitsfall) sowie im Regelfall auf weitere Nachweise zur Rückkehrbereitschaft verzichten (verzichten).

Das ist ein Erlass mit fatalen Konsequenzen. Er ist vom 15.10.1999. Das fällt in meinen Verantwortungsbereich. Da gibt es gar nichts darum herumzureden. Dafür habe ich geradezustehen, auch wenn dieser Erlass nach meiner Erinnerung, Herr Vorsitzender, und nach allen Aktenkenntnissen, die ich habe, die Leitungsebene, mich, nicht erreicht hat. Ich habe aber vorhin gesagt: Wenn er mich erreicht hätte, bin ich mir nicht sicher, ob ich die Konsequenzen tatsächlich verstanden hätte; denn ich unterstelle den Mitarbeitern wirklich nichts Böses.

Das Problem scheint die Konkurrenz zwischen Reisebüroverfahren, wo es diese Privilegierung gab, dass du das alles sozusagen beim Reisebüro machen konntest, und dem Carnet de Touriste gewesen zu sein. Dennoch - ich will da überhaupt nicht darum herumreden -: Die Konsequenzen sind die, die sie sind. Deswegen, meine Damen und Herren, habe ich gesagt ich spreche von Verantwortung. Es geht nicht um den Fischer-, nicht um den Volmer/Fischer-Erlass vom 03.03., sondern um die Verbindung von Reisebüroverfahren und Bonitätsprüfung, die

Bonitätsprüfung, die von den Ausländerbehörden im Inland nicht oder unzureichend geleistet wurde, und dann der Rückgriff mit guten Gründen.

Ich verstehe die Motivation des Kollegen Kinkel völlig und habe ihn für die Reiseschutzversicherung überhaupt nicht zu kritisieren. Diese Fortentwicklung führte dann zu einem Erlass, der meines Erachtens für den weiteren Fortgang in Verbindung mit dem anderen der Auslösefaktor ist. Das fällt in meinen Zeitraum; auch da gibt es kein Vertun. Denn am 15.10.99 war ich knapp ein Jahr im Amt. Da will ich mich auch gar nicht herausdrehen. Das gehört zum Prinzip der Ministerverantwortung.

Sonderinspekteur Weishaupt hat darauf nochmals hingewiesen. Auch diese Vorlage hat mich nicht erreicht. Aber im Nachgang kann ich nur sagen: Ich stimme ihm völlig zu, wenn er auf dieses Problem des Carnet in dieser deutlichen Sprache hinweist.

Insofern, Herr Vorsitzender, hoffe ich, dass ich hier gegenüber dem Ausschuss klar genug war, auch was meine Verantwortung und meine Kenntnisse betrifft.

Klar war aber - das sagen mir die Juristen -: In dem Moment, wo du einen Anbieter zulässt, ist es nur eine Frage der Zeit, bis weitere Anbieter dazukommen. Das ist nur eine Frage der Zeit. Diese Anbieter sind dann aufgetaucht. Das war vor allen Dingen der Reiseschutzpass der Firma Kübler. Dieser Anbieter verfügte eben nicht über die Möglichkeiten, die der ADAC hatte. Allerdings war das Problem beim ADAC die Vertrauenswürdigkeit der Partnerorganisation in diesen Ländern. Reden wir nicht darum herum: Das erweist sich, wenn man den Akten und den Ermittlungen der Sicherheitsbehörden folgt, als eindeutig.

Anstatt dieses Instrument nun zu reduzieren, wurde es auf weitere Anbieter ausgedehnt. Da weitere Anbieter da waren, die auch und vor allen Dingen in der Ukraine anbieten wollten - ich spreche hier von Kübler; später kam noch eine andere Firma hinzu -, wurde mit dem Erlass vom 29.01.2002 sozusagen der weltweite Verkauf erlaubt, allerdings mit der Konsequenz, dass die Freistellungsklauseln, die im Erlass vom 15. Oktober 99 drin waren - ich nenne sie einmal untechnisch „Freistellungsklauseln“, damit ich das nicht immer im Einzelnen wiederholen muss -, aufgehoben wurden. Das heißt, der Erlass vom 15.10.99 wurde mit dem Erlass vom 29.01.2002 aufgehoben.

Die Konsequenz in Kiew war allerdings eine überaus fatale, weil dort der Reiseschutzpass sozusagen im Dutzend billiger verkauft wurde und zu den Konsequenzen und auch zu unhaltbaren Zuständen führte. Es kam in Kiew zum massenhaften Verkauf.

Am 28.06.2002, nachdem das eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen Kübler an das Amt übermittelt wurde - alles auf der Fachebene -, wurde Kiew dann angewiesen, das Reiseschutzpassverfahren auszusetzen, also nicht mehr anzuerkennen und unmittelbar zum 01.10. des Jahres - ich glaube, zum 01.10.; nein, das war der Erlass vom 29.01. - auszusetzen. Das hat in Kiew begonnen die Lage langsam zu beruhigen.

Am 28.03.2003 wurde die Reiseschutzversicherung weltweit - das war von mir abgezeichnet - nicht mehr als Surrogat für Verpflichtungserklärungen anerkannt, sondern nur noch als Krankenversicherung.

Erst nach Abschaffung dieser Instrumente - Reisebüroverfahren und dem mit der Bonitätsprüfung in engstem Zusammenhang stehenden Reiseschutzpass und Carnet de Touriste -, ihrem Herunterfahren auf eine bloße Reisekrankenversicherung, ist es gelungen, im Jahr 2003 in Kiew die Ausgangsbasis von 133 420 genehmigten Touristenvisa in 1998 auf - wenn die Zahlen richtig sind, die ich gelesen habe - 135 007 in 2003 wieder herunterzufahren und zu stabilisieren. Ich wiederhole nochmals: Die Sicherheitsabfragen sind in der ganzen Zeit obligatorisch gewesen.

Damit, Herr Vorsitzender, komme ich zu meiner Verantwortung. Ich habe ein Interesse an umfassender Aufklärung. Sie stellen natürlich völlig zu Recht die Frage: Was wusste ich wann und wie habe ich entschieden? Über die Entwicklung in Kiew habe ich im Vorfeld meines Besuches - ich glaube, er war im Juni 2000 - erfahren. Aber ich möchte nochmals erklären: Die Mentalität - ich habe Ihnen ja gesagt: Ich habe relativ wenig geändert, weil ich auf Kontinuität gesetzt habe - war die: Das Visageschäft ist immer schwierig. Wir hatten schon schlimme Situationen seit dem Fall von Mauer und Stacheldraht durchzustehen. Die Kolleginnen und Kollegen wussten das, kannten auch - was Ihnen jetzt als E-Mail-Verkehr vorliegt - das Hin und Her, die Nerven liegen blank und Ähnliches mehr; das ist Alltag. Wenn ich mir vorstelle, es hätte einen E-Mail-Verkehr gegeben am Donnerstag, Freitag nach der Sitzung mit dem Kollegen

Volmer, zwischen Ihnen und dem Vorsitzenden - da würde ein späterer Untersuchungsausschuss auch putzige Formulierungen oder Ähnliches darunter finden.

Das ist nicht der entscheidende Punkt, sondern der entscheidende Punkt war, dass man das im Grunde genommen als Personal-, Ressourcen- und Managementproblem interpretiert hat. Da will ich mich jetzt nicht herausreden. Ich komme nachher - - Ich werde Ihnen offen sagen: Das ist mein Versäumnis: dass ich hier in Kiew nicht schneller informiert war und eingegriffen habe, respektive wo ich informiert war, das als Ressourcen- und Personalproblem gesehen habe. Auch da - - Ich konnte mich eigentlich gar nicht mehr daran erinnern - - Es war die Kollegin Hermenau - die jetzt im Sächsischen Landtag ist -, die bei einer Parteiratssitzung sagte: Mensch, du warst doch damals nach deiner Reise im Haushaltsausschuss und hast dich doch in den Haushaltsberatungen 2000 für das Haushaltsjahr 2001 vehement dafür eingesetzt, dass hier jetzt Personal herkommt. Und es zeigt sich ja - - Es ist nicht zum Herausreden; ich habe Ihnen ja gesagt, wo ich mein Versäumnis sehe. Aber damals haben alle so gedacht, wenn sie ehrlich sind. Es ist keiner gekommen und hat gesagt: Hier! Jetzt aber!

(Hellmut Königshaus (FDP): Bis auf die FDP!)

- Nein, die FDP, sorry, da muss ich jetzt - - Das habe ich ganz anders in Erinnerung. Gerade die FDP aufgrund ihrer langen Erfahrung im Auswärtigen Amt - - Kollege Hoyer hat immer sehr darauf gedrungen, und es wird ja heute behauptet von der FDP, ihr hättet dann aus der Opposition heraus die Herausnahme aus der linearen Stellenkürzung erreicht. Da kann ich nur sagen: Ich habe da Briefe geschrieben, ich habe da auch richtig Druck gemacht, um das zu erreichen, mit unseren Haushältern geredet. Aber wenn die FDP das war, soll es mir recht sein. Sie war es nicht. Aber wenn das zur Wahrheitsfindung dient, dann war sie es doch.

Auf jeden Fall ging es um Personal, Herr Kollege, es ging um Baulichkeiten, es ging um mehr Ressourcen und besseres Management. Ich werde meine Reaktion nicht vergessen; an die kann ich mich noch erinnern. Am 4. April 2001 schreibt mir der Kollege Pflüger:

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
lieber Joschka! Ich erlaube mir, dir

dieses Papier zu deiner Kenntnisnahme zukommen zu lassen.

Beschluss vom 28. März 2001. Dort steht -- Es ist ein Beschluss für einen leistungsfähigen Auswärtigen Dienst, Beschluss des Bundesfachausschusses „Außen- und Sicherheitspolitik“. Den kennen Sie.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
„Gebotene Sorgfalt“!)

- Ja.

Die gebotene Sorgfalt bei der Kontrolle erfordert Ressourcen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja,
darum geht es!)

- Ja, ja, ja. Nein, sorry, dass ich da jetzt zu widersprechen wage.

Die gebotene Sorgfalt bei der Kontrolle erfordert Ressourcen.

Das ist doch der Punkt. Ich meine, wenn Sie mir jetzt zugehört hätten, genau darauf will ich doch hinaus; danke für den Hinweis. Wir haben das damals als Ressourcenproblem gesehen, Sie und ich.

(Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU)
schüttelt den Kopf)

- Da mögen Sie jetzt Ihr Haupt schütteln! Sie sagen es doch: „die gebotene Sorgfalt“. Er weist mich noch darauf hin!

Die gebotene Sorgfalt bei der Kontrolle erfordert Ressourcen.

Genau so, nicht mehr. Ich mache Ihnen doch keinen Vorwurf! Selbst wenn ich Ihnen zustimme, schütteln Sie den Kopf! Ich mache Ihnen keinen Vorwurf! Da steht:

Rechts- und Konsularwesen

Besonders negative Auswirkungen haben die Stellenkürzungen auf die Rechts- und Konsularabteilungen.

Richtig! Diese Stellenkürzungen hatten wir aber auch von der Vorgängerregierung übernommen.

Wegen der drastischen Zunahme der Visaanträge, u. a. eine erfreuliche Folge ...

Da müssen wir jetzt genau zuhören:

Wegen der drastischen Zunahme der Visaanträge,

- da hat keiner gesagt: Oha! Jetzt aber! -

u. a. eine erfreuliche Folge der wachsenden wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands mit anderen Ländern,

- wie weise -

hat die Zahl der erteilten Visa im Jahr 2000 um 16 Prozent zugenommen.

Wenn ich jetzt provozieren wollte, würde ich sagen: Nicht ganz so hoch, aber klingt fast wie die Jahrespressekonferenz vom damaligen Staatsminister Volmer. Aber ich will nicht provozieren.

Die Wartezeiten haben sich an vielen Auslandsvertretungen auf ein nicht mehr vertretbares Maß verlängert.

Alles eine realistische Beschreibung.

Nachdem sich viele Bürger Osteuropas ihre Reisefreiheit erkämpft haben, wird sie durch zu knappe Ausstattung unserer Vertretungen faktisch wieder eingeschränkt.

Wie Recht doch der Kollege Pflüger damals hatte! Er unterlag nur demselben Irrtum wie ich auch. Wenn Sie die Debatten im Ausschuss nachschauen, die Erwähnung -- Ich glaube, zweimal wurde das im Auswärtigen Ausschuss diskutiert. Wir haben es im Haushaltsverfahren Herbst 2000 im Deutschen Bundestag diskutiert. Es war damals die Kollegin Tietze-Stecher, die dort für die Koalition als Berichterstatterin für meinen Etat gesprochen hat. Es war im Haushaltsausschuss. Ich habe damals an alle geschrieben: Kollege Frankenhauser; Kollege Roth von der CDU war damals noch Ausschussvorsitzender. Ich habe an die Koalitionsfraktionen, an den Finanzminister geschrieben. Das war alles kein Geheimnis. Und die Bewertung war exakt die.

Ich will mich da gar nicht herausreden; als verantwortlicher Minister kann ich mich da gar nicht herausreden; ich möchte es nur erläutern: Wir haben das sehr, sehr lange eben unter dem Gesichtspunkt gesehen: mehr Personal. Wir waren sehr stolz, dass wir die Stellenkürzungen dann wegbekommen haben. Dennoch: Die Situation in Kiew und auch die Informationsstränge im Ministerium bedürfen meines Erachtens von mir einer klaren Benennung meines Fehlers. Ich habe die Lage in Kiew vor allem unter Personal- und Ressourcengesichtspunkten gesehen. Die Entscheidungen der Arbeitsebene

und die Berichte über systematische kriminelle Aktivitäten erreichten mich nach meinen Erinnerungen nicht. So sie mich erreicht haben - was ich allerdings, wie gesagt, nach meinen Erinnerungen nicht nachvollziehen kann -, habe ich sie garantiert unter den Gesichtspunkten Personal- und Ressourcen- und Managementverbesserungen zugeordnet.

Daher, Herr Vorsitzender: Ich hätte früher informiert - - und früher eingreifen müssen. Das ist mein Versäumnis, das ist mein Fehler als verantwortlicher Ressortminister. Diesen Fehler muss ich mir vorhalten, ich halte ihn mir selbst vor und ich muss ihn mir vorhalten lassen.

Mit der Beendigung des Reiseschutzpassverfahrens in Kiew begann sich die Lage zu stabilisieren. Mit den dann ergriffenen Maßnahmen - das Reisebüroverfahren war schon früher beendet worden -, die die Fachabteilung betroffen haben - das Referat und die Botschaft Kiew gemeinsam -, hat sich die Lage dann 2003 stabilisiert.

Für mich ist im Rückblick - wenn Sie sagen: Sie haben einen Fehler gemacht - die Frage: Was sind denn sozusagen meiner Einschätzung nach - - Was ist zu tun, damit sich diese Fehler so nicht wiederholen können - jenseits davon, was das politisch bedeutet -, von den objektiven Konsequenzen her. Da musste ich doch noch einmal sagen: Das Hauptproblem war das mangelnde Monitoring durch die Hausspitze, durch mich. Das heißt, von Anfang an wurde dann in 2003 - - Erstens. Die Lage war stabilisiert. Es gab keinen unmittelbaren Handlungsbedarf, außer dass intern im Büro und mit dem Staatssekretär auf die Fachabteilungen durchgestellt wurde: Es kommt nichts mehr, wo nicht sofort sozusagen nach oben durchgestellt wird. Aber das konnte natürlich nicht reichen, sondern wir saßen zusammen und haben - werden auch daran weiterarbeiten - -

Aber ich glaube, das Instrument eines Frühwarnsystems hat sich als ein richtiges und wichtiges gezeigt, ein Frühwarnsystem, wo in etwa 40 kritischen Vertretungen vierteljährlich Berichte zu schreiben sind, entlang einzelner Punkte, die sich aus den Sachverhalten der Visaerteilung auf allen Ebenen ergeben. Wir haben mittlerweile ein dichtes Netz von Dokumentenberatern, eine gute Zusammenarbeit - die es ja auch schon damals gegeben hat - mit dem BGS vor Ort. Das Instrument der Dokumentenberater - - Ich konnte mich bei meinem Besuch in Kiew

davon überzeugen - - In Kiew konnte ich mich davon überzeugen; aber das Gespräch war in Tirana, wo ich ebenfalls war. Es zeigt sich, dass vieles von dem, was Sie mir nachher vorhalten werden unter dem Gesichtspunkt „Fischer, es ist ja gar nichts gelöst, es gibt ja noch Probleme“ eben genau auf die Arbeit unserer Leute zurückgeht. Also, da gibt es ja - - In der Presse wird das ja immer so einzeln gespielt: Kaum ist ein Erlass da - die Druckerschwärze ist noch nicht trocken -, da heißt es, da erzählen mir Journalisten schon, aus welcher Partei dieses dann weitergegeben wurde. Ich kenne das Spiel; es ist okay.

Für mich geht es darum, dass das natürlich zu weiten Teilen auf die Aufklärung unserer Leute zurückgeht, neuerdings. Das heißt, wenn gesagt wird: Machen wir uns nichts vor - ja, das können Sie den Akten entnehmen -, machen wir uns nichts vor, es ist nach wie vor sozusagen damit zu rechnen, dass es Erschleichungen gibt, ja - - Warum? Weil Sie eben Fälschungsversuche feststellen, weil intensiv darauf geguckt wird. Und in diesem Visageschäft werden Sie nie eine Lösung finden, es sei denn, Sie machen wirklich sozusagen eine Sicherheitslösung, aber dann massiv zulasten aller anderen abzuwägenden Dinge, wo Sie diese Probleme nicht haben. Sie müssen nachsteuern. In einem Land, das heute noch sozusagen zu den unproblematischen gehört, kann aufgrund wirtschaftlicher Entwicklung - positiv oder negativ - eine völlig andere Situation entstehen. Es gibt Situationen, wo sich Bonafide-Personen plötzlich als das Gegenteil erweisen, es gibt jede Menge. Solange der Druck da ist, wird auch diese Problematik bleiben.

Aber ich denke, dieses Frühwarnsystem - ein Dreimonatsbericht der Botschaften, der dann zusammengefasst wird und auf der Leitungsebene entsprechend erörtert wird, mit den Konsequenzen - - Wir haben dann jetzt auch verstärkt das Mittel eingesetzt - nicht die flächendeckende Sonderinspektion, die ja immer einen langen Vorlauf hat; die Inspektionen bleiben -, dass wir entsprechende Teams gebildet haben mit erfahrenen Beamten - zwei, die dann auch aus der Rechtsabteilung entsprechend entsandt werden -, die über die Reisetätigkeit nicht nur Inspektion, sondern auch Beratung machen, das heißt die konkrete Beratung vor Ort, damit eine solche Kommunikation, wie wir sie den Akten entnehmen, und mit dem Pro-

blemauflauf mit Kiew so nicht mehr entstehen kann. Auch deren Berichte fließen ganz unmittelbar ein. Entsprechend kam es hier auch zu Personalverstärkungen.

Der Personaleinsatz in den Visastellen ist ein anderes Thema, vor allen Dingen im Zusammenhang mit Pristina ein Thema. Auch da ist das Verfahren jetzt geändert worden, das heißt, als Reaktion meiner Gespräche in Kiew ist noch einmal nachgeprüft, dass das tatsächlich geändert wurde. Kiew ging noch von der Eingangsliste aus mit ihren Beschwerden, was Erfahrungen Jung/Alt anbetrifft. Das ist aber in der Abteilung 1. Da gibt es entsprechend eine Personaleinsatzvorlage für den Staatssekretär, dass auch dieses ausbalanciert wird.

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist manchmal verflucht schwer, das hinzubekommen, vor allem in Problemvertretungen, wo es ein extrem schwieriges Umfeld gibt. Ich habe zwar eingangs gesagt: Nigeria ist verdammt schwer. Wir haben da, nicht wir jetzt als Amt, aber eine nahe stehende Behörde, erst jüngst wieder eine tragische Erfahrung erlebt. Da ist es oft verdammt schwer, die Leute dahin zu bekommen, die man braucht. Hier möchte ich noch einmal eine Lanze für meine Mitarbeiter - - und auch für Verständnis werben. Das rechtfertigt nicht Fehler, die gemacht wurden. Aber die habe ich zu verantworten. Aber ich bitte Sie, zu bedenken: Es war jetzt in Pristina - - Ich weiß, wie schwer das Umfeld ist. Es ist auch schwer, jemanden, der Familie hat, zu überzeugen: Geh dahin, du hast die Erfahrung. Ich meine, die Entscheidung, ins Auswärtige Amt einzutreten, ist keine Entscheidung für einen Job. Das hat für viele solche Nachteile, dass sie sich nicht bewerben. Viele bewerben sich. Aber diese Entscheidung muss man akzeptieren. Das heißt, die ganze Familie geht mit. Da sind bei allen Anreizen, die es gibt - - Aber sich die Lebensumstände einmal klar zu machen, die das dann auch für die Familien bedeutet, das darf man bei all dem nicht vergessen. Deswegen werbe ich hier auch dafür, zu begreifen: Wir werden da nie fehlerfrei sein; doch wir werden das Beste versuchen. Aber garantiert werden wir mit unserem Frühwarnsystem und den anderen Elementen keine Situation mehr haben, wo ich vor einem Ausschuss - oder ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin - später sagen muss: Das war mein Fehler, weil die Kommunikation so nicht funktionierte.

Ich bin sehr froh, dass wir die Auslandsvertretungen aus der Stellenkürzung insgesamt für das Haushaltsjahr 2005 herausbekommen haben. Es wird an einem Visahandbuch gearbeitet. Die Verbesserung der Software steht auch im Zusammenhang mit Einzelfällen, die Sie vielleicht auch ansprechen werden; ich weiß es nicht. Das waren aber wirklich individuelle Fehler. Individuelle Fehler kann ich auch in Zukunft nicht ausschließen: Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler, insofern - - Wir haben eine neue Erlasslage, die wir ebenfalls dargestellt haben. Aber da möchte ich Ihnen sagen: Die Diskussion in Kiew war eben die, dass zunehmend Sorge aufkommt, ob wir im Grunde genommen unter dem Druck der Skandalisierung, und zwar gar nicht gewollt von der Hausspitze, sondern - - Ich stehe für ein liberales, weltoffenes Deutschland und eine entsprechende Politik. Das rechtfertigt die Fehler nicht. Aber von dieser Politik Abstand zu nehmen wäre das Falscheste, was unser Land nur machen kann.

Aber ich bekomme aus Kiew jetzt halt auch andere Meldungen; auch die möchte ich dem Ausschuss einmal vorlesen. Vom 17.09.2004 - wenn Sie es wünschen, gebe ich es Ihnen dann gleich wieder weiter - bekomme ich also aus Kiew Drahtbericht:

Intervention von MdB und deren Büros im Visumsverfahren

- 03.06., Bezug: ein Mail-Bericht - Dort heißt es zweitens:

Interventionen von MdB zu Einzelfällen nehmen seit Monaten zu. Sie beziehen sich nicht nur auf die Vergabe eines sofortigen Termins, sondern sind auch auf einen positiven Ausgang noch zu treffender Entscheidungen oder die Rücknahme bereits getroffener gerichtet. Eine nicht vollständige Übersicht folgt per Fax als Anlage. Dies betrifft immer wieder Fälle, in denen Anträge zu Recht abgelehnt wurden. In mehreren Fällen aus der jüngsten Zeit wurde die Botschaft in der deutschen Presse erneut in ein sehr negatives Licht gestellt. Nuncmehr lautet der Vorwurf, aus Bürokratismus oder Selbstherrlichkeit wichtige, dem Ausbau kultureller oder wirtschaftlicher Beziehungen dienende Besuchsprogramme zu torpedieren. Beide Phänomene haben ein Ausmaß erreicht, das aus Sicht der Botschaft eine Thematik

sierung gegenüber den Fraktionen des Deutschen Bundestags mit dem Ziel einer größeren Sensibilisierung erfordert. Die Erfüllung des vorgegebenen Prüfauftrags erfordert dies ebenso wie die Personalfürsorgepflicht. Einzelne Visaentscheider wurden in der Presse namentlich genannt und als geradezu sadistische Pedanten dargestellt. Gegenüber der Visastellenleiterin werden regelmäßig „dienstrechtliche Konsequenzen“ oder Ähnliches angedroht, im Falle des bayrischen MdB Kraus mit völlig inakzeptablen Formulierungen („beruflich platt machen“). Während die Botschaft durch die Enttarnung ganzer Gruppen klarer missbräuchlicher Antragsteller gewisse Erfolge bei der Umsetzung des Prüfauftrags verzeichnet, wird gerade in solchen Fällen die Botschaft von Presse und MdBs als Hort machtbesessener und rechtswidrig handelnder Verhinderer dargestellt.

Ich zitiere das, um die Wahrnehmung unserer Leute in Kiew einmal darzustellen, als eine der Konsequenzen dieser Skandalisierung. Die fragen sich natürlich: Wenn du auf der einen Seite die Skandalisierung hast und wirst als entweder unfähig oder mit bösen Absichten dargestellt und dann auf der anderen Seite das Telefon klingelt und du kriegst gesagt: Springen Sie einmal und her mit dem Visa - - Ich hoffe nicht - ich möchte da niemandem zu nahe treten -, dass diese Formulierungen so gefallen sind. Aber wenn sie so nicht gefallen sind, dann wären sie nicht zitiert worden.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Minister, Sie wissen, dass der Abgeordnete Kraus genau dieses bestreitet.

Zeuge Fischer: Was der Abgeordnete Kraus bestreitet - - Ich war doch nicht dabei.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich auch nicht.

Zeuge Fischer: Sehen Sie. Aber Sie müssen ihn doch nicht gleich verteidigen, nur weil er Ihr Parteifreund ist. Er gehört ja nicht dem Münchener Kreisverband an. Insofern können Sie sich da ja einmal prüfen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Nein, gehörte einmal, früher.

Zeuge Fischer: Nein, da muss ich Ihnen sagen, wenn ich mir dann die Liste durchschaue - - Da verstehe ich so manches von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich wollte dieses hier dem Ausschuss nur auch einmal so mitgeteilt haben, damit wir das ganze Bild bekommen.

Wissen Sie, ich bekomme Briefe von Ministerpräsidenten und von bayerischen Wirtschaftsministern. Da ist natürlich immer die salvatorische Klausel drin: Die Sicherheit muss gewährleistet sein. Aber das ist ein Sätzchen! Sie sind doch Juristen, Anwälte, Sie wissen doch, wie man das macht: dass bei einem ganz anderen Begehr dann sozusagen doch die salvatorische Klausel drinsteht, sodass man am Ende da nicht gepackt werden kann.

Aber als ich die Akten - den Brief kannte ich nicht - gelesen habe, war ich doch etwas geplättet, weil - - Wir reden da ja nicht vom dem Jahr 1999 oder 2001. Aber ich blättere da um - mein Mitarbeiter hat mir das nicht vorgelegt, weil das aus den Akten von Kiew war, bei mir nie angekommen - und da schreibt der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie im Jahre 2004 - 16.01.2004 - „Direktflugverbindung von Dnepropetrovsk und Donetsk nach München“ an das „Ministry of Transport of Ukraine“, an den Verkehrsminister - da geht es um eine Direktverbindung zweier ukrainischer Fluggesellschaften von Dnepropetrovsk und Donetsk zum Franz-Josef-Strauß-Flughafen in München -:

Im Herbst letzten Jahres konnte bereits ein erleichtertes Verfahren bei der Ausstellung von Visa für Reisende aus Donetsk festgelegt werden.

Als ich das gelesen habe, dachte ich: Oha! Geht schon wieder los! Wusste ich nicht. Ich dachte: Was wird die Opposition damit machen? Bisher nichts. Aber das wäre doch eigentlich ein gefundenes Fressen für Sie gewesen.

Inhalt des Verfahrens ist, daß die Pflicht für Fluggäste aus Donetsk, persönlich bei der Visastelle in Kiew vorstellig zu werden, nunmehr entfallen soll.

Ich gebe es Ihnen. Da sind auch die empörten Anmerkungen von Botschafter Stüdemann mit darauf, der - sinngemäß - sagt: Was ist denn hier los? „Wer hat das mit dem

Min. Wiesheu besprochen?“ Es ist schon klar, warum.

In konkreten Fällen soll der Honorarkonsul nach Vorprüfung einer entsprechenden Empfehlung die Antragsunterlagen an die Visastelle der Deutschen Botschaft in Kiew weiterleiten. Dies stellt eine erhebliche ...

Visaerleichterung

dar, denn die Notwendigkeit der Antragsteller, zum Erhalt von Visa nach Kiew zu reisen, entfällt künftig.

Na ja, mit den Erfahrungen, die wir haben, ist das mutig von einem CSU-Wirtschaftsminister aus Bayern.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger (CDU/CSU))

- Ich sage ja, es ist mutig. Ich kritisiere nicht; es kam ja nicht dazu.

Er hat dann einen zweiten Brief geschrieben, in dem er sich für die wundervolle Betreuung und alles bedankt, und selbstverständlich wäre ihm die Sicherheit am Herz gelegen etc.

(Matthias Sehling (CDU/CSU): Haben das früher Geschäftsleute mit der Ukraine selbst festgelegt?)

- Ja, sind doch Peanuts. Aber ihr wollt mir doch nicht empfehlen, dass ich das mache? Ihr könntet sagen: Mach das!

(Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Können wir die Briefe auch bekommen? - Zuruf: Wir müssen erst einmal wissen, was er vorschlägt! - Weiterer Zuruf des Abg. Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Denn diesen Brief, Herr Minister, haben Sie missverstanden! Darauf werden wir gleich zurückkommen!)

- Ich hätte mich gewundert, wenn erfahrene Juristen das nicht aufnehmen würden.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Die Briefe bitte kopieren und verteilen. Das dient der Wahrheitsfindung.

Zeuge Fischer: Wiesheu! Dann, schauen Sie, weil ich bei dem Bereich Konsequenzen bin: Mir hat der Kollege Koch, Ministerpräsident von Hessen, am 14.10.2004 geschrieben:

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Er spricht sich natürlich auch für Sicherheit und alles aus - wie könnte es auch anders sein? Es würde mich ja wundern, wenn das fehlen würde; aber immer nur ganz wenig, und dann kommt ganz viel. Dann schreibt er:

Die Deutsche Zentrale für Tourismus e.V., DZT, verzeichnete bereits in den ersten sechs Monaten des Jahres 2004 mit einem Plus von 48 Prozent ein Rekordwachstum bei den Übernachtungen. Mittelfristig erwartet die DZT jährlich mehr als 1 Million Übernachtungen aus China.

Wussten Sie das? 1 Million Chinesen hier in Deutschland? Das sagt Ihr Ministerpräsident! Also, Herr Uhl, Sie wollten mir doch nicht sagen, dass Sie das in Ordnung finden, wenn Sie ehrlich sind, sondern dass Sie allergrößte Bedenken haben. Dabei hatten wir doch eine wunderbare Reise gemeinsam, eine lange Reise. Ich weiß nicht, ob Sie schon in Peking mit dabei waren. Waren Sie in Peking schon mit dabei? Oder sind Sie erst später zugestiegen?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wir beide fliegen in zwei Wochen wieder nach Peking.

Zeuge Fischer: Ja. Und schauen Sie: Da waren wir in Dakar, da waren wir in Colombo, da waren wir in Chennai, in Madras. Und da habe ich Sie als einen außenpolitisch offenen Menschen kennen gelernt, der das Thema Visa nicht ein Mal angesprochen hat.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich bedanke mich für die Artigkeiten, die Sie austauschen.

Zeuge Fischer: Nicht ein Mal! - Aber 1 Million Übernachtungen aus China hier in Deutschland! Und der Kollege Koch hat da natürlich gleich sein Land im Auge:

Wenn Deutschland von der wachsenden Reiselust chinesischer Touristen auch in Zukunft profitieren will, müssen die Weichen dafür rechtzeitig gestellt werden.

Recht hat er!

Das gilt insbesondere auch für die Erteilung der notwendigen Visa, die, selbstverständlich unter Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte, von der Botschaft in Peking

und den Generalkonsulaten möglichst zügig ausgestellt werden sollten. Im europäischen Wettbewerb um die wachsende Zahl chinesischer Gäste ist die zeitnahe Visaerteilung ein wichtiger und nicht zu unterschätzender Faktor. Es sollte deshalb im gemeinsamen Interesse von Bund und Ländern liegen, die Ausstellung der Visa so zu gestalten, dass sie nicht zu einem Nadelöhr für chinesische Touristen wird. Ich bitte Sie deshalb, die Visaabteilungen in Botschaften, Generalkonsulaten so auszustatten, dass sie dem großen und weiter wachsenden Andrang gerecht werden können.

(Zuruf des Abg. Dr. Max Stadler
(FDP))

- Ja, ja. Da sind wir aber wieder bei der Auffassung, die ich schon einmal hatte: Es ist eben nicht nur die Ausstattung; sonst wäre ich heute nicht hier.

(Siegfried Kauder (Villingen-
Schwenningen) (CDU/CSU): Zeit-
nah!)

- Ja, ja, ja. Die Ausdehnung des ADS: Wenn das vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten geschrieben worden wäre, da wollte ich Sie heute einmal hier erleben! Da wollte ich Sie heute hier einmal erleben! Aber wenn Sie meinen, dass die Menschen draußen davon beeindruckt sind! „Ist es mein Parteifreund, ist es Recht, ist es der Gegner, hauen wir drauf“, das funktioniert nicht. Ich bin jetzt lange in der Politik; damit beschäftigen wir uns alle. Aber die Menschen, da funktioniert das nicht.

Die Ausdehnung des ADS-Status für Reisende aus China auf die Europäische Union bietet große Chancen für den Incoming-Tourismus in Deutschland. Das gilt es konsequent zu nutzen. Die Grenzkontrollen zeigen erfreulicherweise zudem, dass ADS-Reisende aus China auch unter Sicherheitsaspekten nicht zu den Problemgruppen gehören.

Wenige Tage später bekam ich von meinen Leuten mitgeteilt, dass sie gerade beim ADS-Tourismus schlicht und einfach, und zwar aus eigenem Antrieb, anfangen, stutzig zu werden. Beim ADS sieht das so aus: Es gibt Reisebüros. Die sind auf einer Liste,

deren Bonität ist geprüft. Die bekommen das Reisebüroverfahren. In China ist das vermutlich unverzichtbar. Aber - da versuche ich sozusagen auch den Mentalitätswandel positiv zu unterstreichen -: Man wurde stutzig, man hat bei den Rückkehrkontrollen festgestellt, dass hier Fälschungen vorgenommen wurden, vor allen Dingen beim Ausreisestempel in der EU - in dem Fall war es Charles de Gaulle - und Einreisestempel Flughafen Peking. Der Bericht damals hat das noch nicht aufgenommen, hat nur gesagt: Es wird überprüft, wie weit auch hier die Hotels gefälscht waren. Auf jeden Fall stand fest, dass diese zwei Reisegruppen nicht zurückgekommen sind. Die Abfrage bei drei Unterbringerhotels, zum Beispiel eines in Germeringen bei München, verlief negativ.

Ich erwähne das nur, weil der Kollege Koch etwas völlig Richtiges fordert, auf der anderen Seite meine Leute parallel dann aber feststellen, dass Gott sei Dank nicht am Frankfurter Flughafen festgestellt wurde, sondern Gott sei Dank diesmal durch uns. Ich erwähne das nicht, um Kollegen Koch eine Nase zu drehen; das ist nicht meine Absicht. In der Tat hätte ich als hessischer Ministerpräsident dasselbe Interesse. Das liegt im Interesse des Landes und das liegt auch im Interesse Deutschlands.

Was mir wirklich richtiggehend übel aufstößt, das ist diese doppelte Moral, dass man auf der einen Seite - - Ich meine, Sie können mich kritisieren, dass ich zu spät gehandelt habe, dass ich für die Organisation in meinem Ministerium verantwortlich bin, dass ich zu sehr auf das Vorgefundene vertraut habe, dass ich mich da nicht herausreden kann, darf und will; das ist völlig okay. Aber dazu brauchen Sie doch diese Skandalisierung nicht. Die Skandalisierung steht doch im krassen Widerspruch zu Wiesheu und Koch, weil sie genau sehen, wie wichtig das auch für die Wirtschaft ist. Ich unterstelle den beiden nichts Böses, sondern deren Interesse war es, dass Deutschland als weltoffenes Land - mit unserer Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen - diesen Austausch hat. Nur, dann lassen Sie doch die Skandalisierung. Dann sagen Sie doch: Da war der Fischer gut, da war er schlecht und da war er ganz schlecht. - Dafür habe ich dann die Verantwortung. Aber müssen Sie mich deswegen zum „Zuhälter“ erklären, zum „einwanderungspolitischen Triebtäter“?

Wissen Sie, was Sie in der Ukraine angeordnet haben? Dass heute sozusagen gese-

hen wird: Kommen jüngere Frauen, sind es Prostituierte, bei jüngeren Männern Schwarzarbeiter und Kriminelle. Sie können mich kritisieren; das ist nicht notwendig. Ich habe zu den Versäumnissen zu stehen und ich habe dazu gestanden. Reden Sie sich nicht heraus, das wollten Sie nicht. Das ist die Wirkung. Sie wissen doch ganz genau: Ihr eigentliches Ziel ist, mich wegzubekommen. Da reicht das schlicht und einfach nicht. Deswegen skandalisieren Sie. Sie tun es ohne Rücksicht auf die Menschen und ein Stück weit auch ohne Rücksicht auf meine Mitarbeiter. Deswegen unterstreiche ich, wie wichtig es ist, dass Sie begreifen, dass Roland Koch, Otto Wiesheu und wie sie alle heißen, dort, wo sie interessengeleitet handeln und nicht ideologisch handeln, diese Position einnehmen, die wesentlich nuancierter ist, als Sie sie dargestellt haben.

Lassen Sie mich zusammenfassen, Herr Vorsitzender. Ich habe in der Frage, in Kiew zu spät gehandelt zu haben und die Organisation nicht so ausgerichtet zu haben, dass ich zeitnah unterrichtet worden wäre, einen Fehler zu übernehmen, einen Fehler, den ich mir zurechne und den ich mir zurechnen lassen muss.

Aber ich möchte zum Beginn zurückkehren - das hat gar nichts damit zu tun: der Fischer weicht jetzt auf die Politik aus -: Unser Land lebt von Weltoffenheit und Freiheit. Ich stelle im Moment mit Sorge fest, wie die berechtigte Angst um den Arbeitsplatz - sie ist eine berechtigte Angst und sehr ernst zu nehmen - zunehmend dazu führt, dass ein Klima entsteht, in dem Sie mit der Skandalisierung versuchen, auf Stimmenfang zu gehen. Wenn wir Weltoffenheit, wenn wir Freiheit wirklich ernst nehmen - darin stimmen alle zu; aber ich werde Ihnen gleich die Konsequenzen sagen; ich bin der Meinung, dann werden nicht mehr alle zustimmen -, dann werden wir das auf unserem Kontinent nur haben, wenn wir auf derselben Grundlage leben.

In der Ukraine ging es um Demokratie. In der Ukraine ging es um die Zukunft der Ukraine. Aber es ging bei der „orangenen Revolution“ auch um uns. Es ging darum, ob Europa in Einflusszonen zurückfällt oder auf Demokratie, Selbstbestimmungsrecht und Rechtsstaat, das heißt freien und geheimen Wahlen, gründet.

Ich will Ihnen etwas sagen: Mein Freund Milan Horáček, Abgeordneter im Europaparlament, erzählte mir, dass er in Kiew gewe-

sen wäre. Er sagte: Im Süden von Kiew gibt es neue Häuser. Die wurden gebaut von so genannten Westlern, das heißt denjenigen, die mit erschlichenen Visa hereingekommen sind. - Er sagte mir: Juschtschenko hatte dort schon die große Mehrheit, über 70 Prozent, jetzt habe er über 80 gehabt bei der freien und geheimen Wahl.

Das rechtfertigt nichts von meinen Fehlern; aber es sollte doch begreifbar machen: Wir werden in diesem Europa, auch was die innere Sicherheit anbetrifft, nicht friedlich nebeneinander leben können, wenn das Kosovo, wenn Albanien, wenn Serbien und Montenegro, wenn Weißrussland, wenn die Ukraine, wenn Moldawien in dem Zustand bleiben, wie sie sind. Dann wird der Druck zunehmen. Das heißt, auch unter dem Gesichtspunkt der inneren Sicherheit kommen wir an einer Politik der schrittweisen Öffnung und Transformation nicht vorbei. Ich bekomme das im Übrigen in allen europäischen und NATO-Gremien zu hören. Ich habe das in Kiew zu hören bekommen.

Das heißt: Reisefreiheit. Da möchte ich Ihnen, Herr Vorsitzender - ich glaube, da hört es auf - - Weißrussland ist regional das drängendste Problem, das wir gegenwärtig haben. Wie wollen Sie eine Transformation Weißrusslands ohne Reisefreiheit erreichen? Kohl und Genscher und Kinkel hatten Recht. Es war Lukaschenko - ich habe jüngst einen Bericht darüber gelesen -, der sagte: Wir wollen nicht mehr, dass unsere Kinder ins westliche Ausland zur Erholung gehen. - Frau Leutheusser-Schnarrenberger ist da sehr engagiert.

(Dr. Max Stadler (FDP): Mit den Schengen-Partnern!)

- Jetzt hören Sie zu: weil davon etwas Subversives für sein Regime ausgeht. Er nennt das Konsum. Wie wollen Sie eigentlich diese Transformation erreichen, wenn es nicht über Reisen geht? Da komme ich, Herr Stadler, zu der Frage: Wie reist denn die Masse? Das sind doch nicht nur Kriminelle. Das ist derjenige, der ein kleines Geschäft macht. Von 100 wird einer davon irgendwann einmal später ein Unternehmer sein.

(Dr. Max Stadler (FDP): Das müssen wir dann mit den Schengen-Partnern abstimmen!)

- Ja, aber ich versuche doch nur, die Problemlage klarzumachen. Das ist die Frau, die hier etwas einkauft und dort weiterverkauft.

Ich erinnere mich noch - Herr Uhl ist in derselben Altersgruppe - an die Vorfernsehzeit. Als Kinder saßen wir da, als die Eltern aus der Schwarzmarktzeit berichtet haben. Verstehen Sie: Die Leute leben dort teilweise noch unter Bedingungen, wo das Überleben nur so geht und das kleine Glück nur so funktioniert. Wie soll sie denn gehen, die Transformation? Oder erlauben wir - das ist die große Sorge der Polen, der Balten an uns -, dass Weißrussland in dem Zustand bleibt, wie es jetzt ist?

Insofern kann ich nur sagen: Wir werden bei dem Problem Reisefreiheit nicht vorankommen. Das lässt sich dann nicht nur in Sonntagsreden beklatschen, sondern die Frage ist: Wie machen wir das? Da brauchen wir Reisefreiheit auch für die, die nur 20 oder 50 Euro verdienen. Das heißt nicht, dass wir die Fehler von Kiew wiederholen sollten. Aber wir sollten uns dieser Herausforderung stellen. Ich finde, Herr Vorsitzender, das ist die Frage, die wir eigentlich zu diskutieren hätten. Aber jetzt stehe ich Ihnen zu all den anderen Fragen zur Verfügung.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das waren zwei Stunden und 18 Minuten.

Zeuge Fischer: Mir kam es kürzer vor.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wir sollten uns nach diesen Ausführungen zur Frage der Kontinuität mit der Kohl-Regierung und der Korrektur gegenüber der Kohl-Regierung damit im Detail befassen. Wir sollten uns mit den Fragen „Wer wurde wann informiert?“ und „Wer hat wann eingegriffen?“, „Wer hat welche Fehler gemacht, der Minister oder die Mitarbeiter?“, im Detail befassen, weil es mit Sicherheit nicht darum geht, hier festzustellen, dass wir nur die Alternative haben zwischen Grenzen aufmachen, möglichst unkontrolliert, und Grenzen abschotten. Das ist nicht das Thema. Es geht auch nicht - das können wir nachher in aller Ruhe bearbeiten - um irgendwelche Bemühungen von Wirtschaftsleuten und Wirtschaftsministern, den Wirtschaftsverkehr per Visum zu fördern. Wenn das alles korrekt ist, dann ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Visa ausgestellt werden müssen.

Lassen Sie mich deswegen gleich zu den Fragen kommen, weil es auch keinen Sinn hat, die diversen politischen Angriffe zu bearbeiten. Wir wollen uns hier an der Sache

orientieren. Das heißt, wir müssen die Erlasse eben der Reihe nach abarbeiten.

Herr Minister, angefangen hat es, glaube ich, am 14. Februar 2005 auf der Straße vor der Parteizentrale der Grünen. Da erwähnten Sie mögliche Versäumnisse und Fehler Ihrer Mitarbeiter, für die Sie dort die politische Verantwortung übernommen haben. Jetzt sieht es anders aus. Jetzt haben Sie viel von Persönlichem, aber sehr unkonkret von Fehlern Ihrer Mitarbeiter gesprochen. Was waren jetzt die Versäumnisse der Mitarbeiter, die Sie damals gemeint haben?

Zeuge Fischer: Das finde ich eine merkwürdige Frage, Herr Vorsitzender. Ich kam gerade von einer sehr, sehr langen Reise zurück; Sie waren nicht dabei. Es war diesmal die längste, bis Neuseeland. Ich hatte keine Zeit, mich in die Akten einzuarbeiten, was ich mittlerweile getan habe. Dass es möglicherweise Fehler gegeben hat, nicht nur möglicherweise, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit, das hatte sich mir erschlossen. Also war völlig klar, ich hätte einen Fehler gemacht. Ich habe gesagt: meine Fehler und die meiner Mitarbeiter, weil die Ministerverantwortung gilt. Das wurde missverstanden. Aber so war es von mir gemeint. Ich habe keine konkrete Fehlerzuweisung gemacht, sondern es war eine allgemeine Klausel.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Also: Damals konnten Sie es nicht, weil Sie es gar nicht wussten. Sie haben ja auch gesagt, dass Sie sich erst Klarheit verschaffen mussten. Was waren die Fehler Ihrer Mitarbeiter? Jetzt haben Sie sich ja Klarheit verschafft.

Zeuge Fischer: Also, ich möchte hier keine Schuldzuweisungen im Einzelnen vornehmen. Darum geht es mir gar nicht. Auch für Fehler meiner Mitarbeiter habe ich geradezustehen. Ich kann nur sagen: Ich unterstelle niemandem - - Gerade denjenigen, die die Erlasse damals gemacht haben, unterstelle ich nur beste Absichten. Was den Erlass vom 3. März, den so genannten Fischer-Erlass anbetrifft, da war ich dabei. Da weiß ich, wie sorgfältig die Prüfung vorgenommen wurde, wie Sie das auch dem Text entnehmen.

Bei den anderen Erlassen: Schauen Sie, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben das Beste gewollt. Das war nicht so - - Die

wollten ein Problem lösen. Ich habe das vorhin mit dem Ausländerrecht, mit der ausländerrechtlichen Prüfung der Bonität dargestellt. Die wollten ein Problem lösen. Das war auch mit dem ADAC -- Ich habe keine Schuldzuweisungen vorzunehmen. Der Ausschuss wird sich zu gegebener Zeit eine Meinung bilden.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich halte fest: Ihre Mitarbeiter haben auch Fehler gemacht; aber Sie können uns nicht sagen, welche, und nicht sagen, welcher Mitarbeiter.

Zeuge Fischer: Nein, so halten wir das nicht fest, sondern wir halten das so fest, wie ich Ihnen das gerade gesagt habe.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie können also nicht sagen, welcher Mitarbeiter Fehler gemacht hat?

Zeuge Fischer: Nein, sondern das ist sozusagen ein allgemeiner Hinweis gewesen. Die Verantwortung liegt bei mir. Schreiben Sie hier rein: Fischer ist schuld.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Es geht um die Frage -- Jetzt würden Sie am liebsten den Ausschuss beschließen, aber so einfach geht es nicht, Herr Minister. Wir werden hier herausarbeiten müssen, welche Fehler Ihre Mitarbeiter gemacht haben.

Zeuge Fischer: Aber das müssen Sie machen. Ich bin Zeuge.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ja. Können Sie jetzt sagen, nachdem Sie Akten studiert haben, wie man erkennen kann, welcher Mitarbeiter welchen Fehler gemacht hat - jetzt, heute?

Zeuge Fischer: Es ist nicht meine Aufgabe, dieses zu tun, Herr Vorsitzender.

(Hellmut Königshaus (FDP): Diese müssen Sie doch abstellen!)

- Ja, aber nicht in dem Sinne, dass ich einzelnen Mitarbeitern Fehler zuweise, sondern ich habe gesagt: Wenn ich Fehler zuweise, weise ich sie mir zu. Aus meiner Sicht war der größte Fehler das mangelnde Monitoring von oben herunter. Das darf sich nicht wiederholen, Herr Königshaus.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Minister, haben Sie --

Zeuge Fischer: Das habe ich doch dargestellt. Der Vorsitzende Uhl will doch etwas anderes. Er will doch, dass ich jetzt sage: A, B, C und D haben bei X, Y und Z einen Fehler gemacht. - Diese Mühe muss er sich schon selber machen. Ich bin nicht Mitglied des Ausschusses, sondern nur Zeuge.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Minister, ein Minister, der zugibt, schwere Fehler gemacht zu haben, muss dafür sorgen, dass die Fehler für die Zukunft abgestellt werden -

Zeuge Fischer: Richtig!

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: - und muss die Verantwortlichen, sofern er es nicht selbst war, zur Rechenschaft ziehen. Haben Sie irgendeinen Ihrer Mitarbeiter zur Rechenschaft gezogen?

Zeuge Fischer: Entschuldigung, Herr Vorsitzender. Das mag ich bei Ihnen nicht, dass Sie immer gleich beim Zur-Rechenschaft-Ziehen sind. Normalerweise müssen Sie doch erst mal prüfen, wenn ein Versäumnis vorliegt: Was ist das Versäumnis? Sie können doch nicht einfach sagen: Man muss jemanden zur Rechenschaft ziehen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Haben Sie nichts geprüft?

Zeuge Fischer: Nein, wir haben sehr viel geprüft, aber nicht im Sinne von Schuldvorwurf.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Was war das Ergebnis?

Zeuge Fischer: Ich habe Ihnen doch gerade die Maßnahmen dargestellt. Für mich ist das Zentrale die Frage, dass sich ein solches Kommunikationsdefizit nach oben nicht wiederholen darf, dass auch die Kommunikation zwischen Vertretung und Fachreferat nicht mehr ohne Kenntnis bleiben darf. Da ist, finde ich, das wichtigste Instrument die Transparenz und die Kommunikationslinie nach oben. Das ist mit dem Staatssekretär geklärt. Das ist in meinem Büro entsprechend aufgehängt. Da ist das Instrument,

nämlich genau mit diesen Berichten zu arbeiten, und zwar vierteljährlich, und diese nicht nur irgendwo liegen zu haben, sondern zu erörtern, das Entscheidende.

Aber, ich meine, wir müssten dann schon in die einzelnen Dinge hineingehen. Also, ich muss Ihnen sagen: Mir vorzuwerfen, ich hätte nichts gemacht, weil ich Mitarbeiter nicht zur Rechenschaft ziehe, was immer Sie darunter verstehen mögen - - Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen zugeht, aber ich unterstelle erst mal keinem Mitarbeiter, dass er in böser Absicht gehandelt hat.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie haben den Satz formuliert: „Ich hätte früher informiert und früher eingreifen müssen.“ Heißt das: „mich informieren sollen“ oder „informiert werden müssen“? Wie muss man das verstehen?

Zeuge Fischer: Ich sehe das so, dass ich für die Organisation meines Hauses die Verantwortung trage.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Was heißt das?

Zeuge Fischer: Ich muss dafür Sorge tragen, dass mich alle relevanten Informationen erreichen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das heißt, Sie müssen sich selbst informieren?

Zeuge Fischer: Ich muss mich selbst informieren. Letztendlich trage ich die Verantwortung dafür, dass auch diejenigen, die mich informieren, wissen, wie die Abläufe sind, und entsprechend agieren.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wie erklären Sie es sich heute, dass Sie nicht informiert wurden?

Zeuge Fischer: Das habe ich versucht, in diesen über zwei Stunden darzustellen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das ist Ihnen aber nicht gelungen.

Zeuge Fischer: Bei Ihnen nicht. Das stelle ich gerade fest.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie haben das Visarecht geändert. Es war doch

Ihre Chefsache, das Visarecht zu ändern. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, soll ich diese Frage beantworten?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ja.

Zeuge Fischer: Ich wollte Ihnen gerade sagen, dass ich dann natürlich als guter Christenmensch einen zweiten Anlauf unternehmen möchte, -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich bitte Sie.

Zeuge Fischer: - um Sie zu überzeugen. - Die Sicht damals war eine andere. Ich habe es gerade versucht, an dem Punkt darzustellen: Hätte ich, immer aus damaliger Sicht, auf die Erlasse - ich will gar nicht die Frage stellen, ob Sie hätten - vom 02.09. und 15.10.99, die in dem Erlass vom 03.03., dem Fischer-Erlass, drin sind, auf die sich statuarisch bezogen wird - -

Ich habe Ihnen doch vorhin gesagt. Wenn mir die Kollegen damals gesagt hätten, was die Motivation war - was ich annehme; Sie haben sie ja hier vernommen, Sie wissen ja mehr als ich -: Das eine ist die Bonitätsprüfung. Wir haben Probleme mit der Bonitätsprüfung bei den Ausländerbehörden vor Ort. Wir können das nicht bei den Visaantragstellern abladen, wenn wir jetzt im Gesamtsinne der Bundesländer und örtlichen Behörden - - Wenn wir unseren Verpflichtungen aus dem Gesetz nicht nachkommen, kann das ja nicht zu deren Lasten gehen. Das war vermutlich die Motivation für den Erlass vom 02.09.

Bei dem vom 15.10. habe ich klar gesagt: Das war ein Fehler, aber aus meiner rückblickenden Sicht. Aber wenn damals gesagt worden wäre - als Nichtjurist hätte ich das nicht überschaut -, das Ganze ist sozusagen abgestimmt in der Zeit Kinkel/Kanther zwischen den beiden Häusern, diese Modifizierung ist abgestimmt zwischen beiden Häusern, regelt ein erleichtertes Verfahren - - Ich muss Ihnen ein Geständnis machen: Wenn die das schon als vernünftig angesehen haben, dann wird es wohl vernünftig sein; dann hätte ich mit hoher Wahrscheinlichkeit zugestimmt. Ich gebe das ganz offen zu. Ich kann da aber jetzt den Mitarbeitern deswegen im Nachhinein keinen Vorwurf machen oder sie,

wie Sie gerade so schnarrend sagten, zur Rechenschaft ziehen. Das tue ich nicht.

Ich sehe das bei mir. Ihr Problem ist doch, dass Sie, was wir heute wissen, nicht übertragen können auf die Interpretation, was die Motivlage damals war. Warum soll ich den Mitarbeitern etwas Schlechtes unterstellen, wenn mir für meine eigene Haltung eine plausible Position als Erstes im Kopf auftaucht? Genau so hätte ich reagiert.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie haben hier mitgeteilt, dass Sie die Politik der Kohl-Regierung nicht fortsetzen wollten. Sie haben aber auch mitgeteilt, dass Kontinuität in der Visapolitik partiell angestrebt wurde.

Zeuge Fischer: Nicht angestrebt. Schauen Sie - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Was war das Ziel Ihrer Änderung? Was war das Ziel der Kontinuität?

Zeuge Fischer: Jetzt wird es dialektisch, Herr Vorsitzender. Anders kriegen wir das nicht hin. Es ist eine Betrachtung von heute auf das Nachhinein. Ich habe Ihnen ja gesagt: Für mich war das Problem nachzuvollziehen, weil meine Wahrnehmung, was da gelaufen ist, eine andere war, als dann im Zusammenhang mit dem Schleuserprozess offensichtlich wurde. Also war meine Frage natürlich - sonst müsste ich hier vor Ihnen nicht eingestehen, dass ich hier einen Fehler gemacht habe -: Was ist da wirklich gelaufen?

Ich will Ihnen noch etwas gestehen. Ich habe sogar am Anfang diese These mit dem Volmer-Erlass viel zu lange geglaubt, bis mir sozusagen - ich habe Ihnen gesagt: ich habe nichts zu verbergen, also kann ich auch das sagen - klar wurde, wo die Probleme wirklich lagen. Mein Hauptsinnen und -trachten ist, dass sich das so nicht wiederholen kann. Das ist der entscheidende Punkt.

Insofern: Wir hatten damals die Absicht, die schmalen Spielräume für eine liberalere und neue Politik in dem Bereich zu nutzen. Wir haben festgestellt: Der Spielraum ist wirklich sehr schmal, nicht wissend, dass auf einer ganz anderen Schiene etwas gelaufen ist, was dann im Falle Kiew diese von Ihnen hier thematisierten Entwicklungen ausgelöst hatten. Da gab es ohne jeden Zweifel bei den Instrumenten, die ich genannt habe, Reisebüroverfahren und dann die Verknüp-

fung von Reiseschutzversicherung und dem offenen Bonitätsprüfungsproblem - -

By the way, bei der Diskussion in Tirana hörte ich eben wieder, dass es mit den Bonitätsprüfungen immer noch nicht rundläuft, dass das immer noch viel an Arbeit ist, die abgelenkt wird von anderer Arbeit. Es ist besser geworden; aber es ist immer noch so, dass nicht nur unsere, sondern auch die zu uns Entsandten aus einem anderen Ressort sagen: Das kostet doch sehr viel an Telefonaten, an Nachfassen: „Ist es wirklich so?“

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Kommen wir zurück zum Erlass vom 15.10.99, den Sie als Fehler bezeichnen. Sie haben gesagt, Sie haben das Instrument Carnet de Touriste von der Vorgängerregierung geerbt; das ist unstrittig richtig. Aber Sie haben es verändert bzw. Ihre Mitarbeiter in Ihrer Verantwortung: 15.10.99, Sie waren ein Jahr im Amt. Können Sie mir sagen, worin die Veränderung lag? Die Dramatik liegt ja in der Veränderung und nicht im Instrument. Ein Carnet de Touriste ist nichts Gutes und nichts Böses. Die Veränderung macht es missbrauchsanfällig.

Zeuge Fischer: Also, Herr Vorsitzender, wir sind hier nicht auf der Jagd nach dem Guten oder dem Bösen. Insofern ist die Qualifizierung, die Frage, ob es sich beim Carnet de Touriste um etwas Gutes oder Böses handelt, das würde ich nicht in solchen - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Was war falsch am Erlass vom 15.10.99?

Zeuge Fischer: Es ist ein Instrument. Ein Instrument, das gewährleisten soll, dass diejenigen, die reisen sollen, erleichtert reisen können, und diejenigen, die nicht reisen sollen, erkannt werden können und daran gehindert werden können, ist keine Frage des Guten und des Bösen, sondern dann ist die Frage, Herr Vorsitzender: Wie funktional ist dieses Instrument unter dem Gesichtspunkt des Zwecks? Wie zweckmäßig ist es? Wenn Sie mir bis dahin gefolgt sind, dann ist schon einmal etwas Wichtiges erreicht; denn damit ist es keine moralische Frage von Gut oder Böse. Für Sie scheint es eine zu sein. Ich beantworte immer noch Ihre Frage, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ist das Carnet in der Kohl-Regierung missbraucht worden oder nicht?

Zeuge Fischer: Ich kann Ihnen nicht alle Fragen gleichzeitig -- Also, Missbrauch kommt nachher. Ich bin noch bei der Zweckmäßigkeit des Carnets. Das Carnet hat sich von Anfang an - Sie kennen die Akten doch vermutlich besser als ich - als missbrauchs anfällig erwiesen. Das ist keine Frage von Gut und Böse. Die Akten sind doch nichts, was ich Ihnen jetzt erfinde. Sie wissen und kennen doch die Remonstration.

Was war der Grund der Missbrauchsanfälligkeit, Herr Vorsitzender? Der Grund der Missbrauchsanfälligkeit war, dass die Partnerorganisationen damit nicht so umgegangen sind, wie es zugesagt wurde. Das war von Anfang an der Fall. Da war der Gedanke daran, dass ich Außenminister werden könnte, noch nicht einmal in Ihren Alpträumen angekommen.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sind Sie fertig?

Zeuge Fischer: Ich bin fertig.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie haben von Missbrauch mit dem Carnet de Touriste gewusst, haben es aus der Kohl-Regierung geerbt und haben dann die Missbrauchsanfälligkeit noch gesteigert? Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, der Herr Klaeden wird jetzt gleich wieder sehr unruhig aufgrund Ihrer Fragetechnik. Ich habe doch mit keinem Wort gesagt, ich hätte davon gewusst. Das sind alles Erkenntnisse, die ich mir jetzt im Durchgang durch die Akten verschafft habe.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Haben Ihre Mitarbeiter das gewusst?

Zeuge Fischer: Ich nehme an, dass die Mitarbeiter aus der Fachabteilung das Instrument kannten und für richtig befunden haben; sonst hätten sie es nicht hineingeschrieben. Also, ich lerne die als solide Menschen kennen. Sie haben einen Teil von ihnen hier gehabt und befragt. Ich kann nur

sagen: Die werden das gewusst haben, aber eben aus dieser Perspektive: Wenn ich nachgefragt hätte „Was ist das denn?“, dann wären die Antworten gekommen, die ich Ihnen vorhin gesagt habe. Die präsumtive Reaktion von mir wäre gewesen: Dann ist ja gut, dann lasst es mal da stehen. - Das habe ich Ihnen jetzt schon zum dritten Mal gesagt.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Dann haben die Mitarbeiter dieses Carnet mit dem Erlass vom 15.10.99 anders zur Anwendung gebracht.

Zeuge Fischer: Richtig.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wodurch denn?

Zeuge Fischer: Durch diesen Erlass.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Was steht denn drin? Was ist die Veränderung?

Zeuge Fischer: Das habe ich Ihnen doch vorhin vorgelesen. Ich lese es Ihnen gerne vor; aber Sie kennen es doch.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie müssen es nicht vorlesen. Sie können es doch mit Ihren Worten sagen.

Zeuge Fischer: Sie kennen es doch. Also, ich habe den Erlass nicht da. Darf ich darum bitten, Herr Vorsitzender, dass Sie es verlesen?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wenn es ein Fehler war, dann müssten Sie doch wissen, worin der Fehler bestand in der Veränderung.

Zeuge Fischer: Der Fehler bestand darin -- Ich darf Sie bitten, mir diesen Erlass zur Verlesung zu geben. Ich lese ihn gerne vor.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie hatten ihn vorher dabei.

Zeuge Fischer: Ja, ich hatte ihn dabei. Aber bevor ich hier mit dem ganzen Wust durch bin, habt ihr ja fast vorgesungen, was da wirklich Sache ist.

(Abg. Jerzy Montag (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN) übergibt dem
Zeugen ein Schriftstück)

- Also, ich will euch mal was sagen: Wenn es das ist - - Rechtsbeistand, richtige Stelle - - Das ist angesichts der Aktenprüfung, die ich für mich selbst vorgenommen habe, wirklich nicht nötig.

Das Carnet de Touriste begründet keinen Rechtsanspruch ...

- Das habe ich doch vorhin vorgelesen.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Herr Dr. Uhl will es noch
einmal hören!)

Herr Vorsitzender, ich hatte das doch laut, deutlich, mit klarer Interpunktion alles vorgelesen. Warum fordern Sie mich jetzt auf, das noch einmal vorzulesen?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Haben Sie es noch in Erinnerung, was Sie gelesen haben? Was ist die Veränderung?

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, wollen wir ernsthaft miteinander umgehen? Wollen Sie allen Ernstes jetzt behaupten, dass es im Interesse der Wahrheitsfindung ist durch Ihre Verhandlungsführung, dass Sie mich fragen, ob ich das, was ich vorhin vorgelesen habe, mit Stichpunkten, aber ansonsten in freier Rede begründet habe, noch in Erinnerung habe? Bin ich hier beim Arzt, der meine Erinnerungsfähigkeit testen will?

(Heiterkeit)

Ich meine: Was geht hier eigentlich vor?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich komme Ihnen zur Hilfe. Das Carnet de Touriste - ich lese nichts vor - ist eine Art Versicherung, dass gewisse Kostenrisiken versichert sind. In Ihrem Erlass vom 15.10.99 steht, dass, wer ein Carnet de Touriste vorweist, keine weiteren Unterlagen mehr beibringen muss, weil die nicht geprüft werden. Wissen Sie das?

Zeuge Fischer: Richtig.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sehen Sie!

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Das ist falsch! Es heißt:
in der Regel keine weiteren!)

- Das musste jetzt kommen: dass in der Regel keine weiteren Unterlagen mehr geprüft werden! - Ich wollte nur sehen, ob der Herr Montag aufpasst.

Zeuge Fischer: Kollege Montag, ich habe mein Exemplar gefunden und darf Ihnen Ihres wiedergeben.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Danke!)

Das habe ich Ihnen vorgelesen:

Das Carnet de Touriste soll ... zu wesentlichen Erleichterungen und mehr Reisefreiheit führen. Bundesministerium des Innern und Auswärtiges Amt bekräftigen diesen Grundgedanken ... Das Carnet de Touriste begründet keinen Rechtsanspruch auf die Erteilung eines Visums. Es entbindet nicht (nicht) von der AZR/SIS-Abfrage

- eckige Klammer auf: da machte ich eine längere Ausführung zu AZR und SIS; eckige Klammer geschlossen -

vor Visumerteilung.

Das Carnet de Touriste ist aber ein wesentliches (wesentliches) antragsbegründendes Dokument. Wird im Rahmen des Visumverfahrens für einen Kurzaufenthalt ein Carnet de Touriste vorgelegt, so soll die Auslandsvertretung in der Regel (in der Regel) auf die Vorlage von weiteren Unterlagen zum Zweck der Reise (z. B. Hotelbuchung),

- diese Klammer habe ich bei meinem ersten Vortrag nicht vorgelesen -

zur Finanzierung (einschl. für den Krankheitsfall)

- diese Klammer hatte ich ebenfalls nicht vorgelesen -

sowie im Regelfall auf weitere Nachweise zur Rückkehrbereitschaft verzichten (verzichten).

Das habe ich vorhin vorgelesen. Das ist der entscheidende Punkt.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Und das war falsch?

Zeuge Fischer: So, jetzt sind wir nach langer Zeit da, wo wir vorher schon waren.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das war falsch, sagen Sie?

Zeuge Fischer: Aus meiner heutigen Sicht - wobei ich Ihnen vorhin gesagt habe, wie ich reagiert hätte, wenn man es mir damals anders gesagt hätte -, sehe ich das als fehlerhaft an, ja. Das hatte Konsequenzen, die im Zusammenhang mit dem Aufwuchs der Visa in Kiew zu tun haben. Das steht in enger Verbindung mit dem Problem Reisebüroverfahren, in Kongruenz zum Reisebüroverfahren, meine ich im Rückblick. Bitte, das ist meine Interpretation im Rückblick.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Als Sie die Hausbesprechung geleitet haben, mit dem Ziel, die Visapolitik zu liberalisieren, hat man Ihnen diesen Liberalisierungsumstand nicht mitgeteilt?

Zeuge Fischer: Nein, ich kann mich daran nicht erinnern und ich könnte mich daran erinnern.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Niemand hat Sie gewarnt davor, dass es gefährlich wird, wenn man dieses übernimmt, den so genannten Volmer-Erlass, der jetzt Fischer-Erlass genannt wird?

Zeuge Fischer: Nein, ich kann mich daran nicht erinnern. Im Umkehrschluss - ich kann mich an vieles nicht erinnern; es ist eine lange Zeit her und das war nicht gerade im Zentrum - meine ich aber: Wenn es eine Rolle gespielt hätte, müsste ich mich erinnern können. Zumindest hat es nicht *die* Rolle gespielt. Ich habe Ihnen ja gesagt: Wenn mir einer auf die Frage, was denn das ist, gesagt hätte - - Dann hätten die gesagt: Das ist das Carnet de Touriste, ein vereinfachtes Verfahren mit dem ADAC, unter Kinkel/Kanther eingeführt, mit dem BMI abgestimmt und diese Fortentwicklung jetzt machen wir. Dann hätte ich vermutlich gesagt: Ja, macht das! - Das sage ich jetzt aber auch schon zum vierten Mal.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Minister, versetzen Sie sich in die Lage, Sie wären einer Ihrer Beamten in der Visaaußenstelle irgendwo, vor Ihnen steht eine Schlange von Menschen und Sie sollen Visa erteilen oder nicht erteilen. Es gibt drei Prüfkriterien, die ich jetzt nicht abfragen will.

Zeuge Fischer: Die können Sie ruhig abfragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Bitte. Was sind dann die drei?

(Heiterkeit)

Sie haben es gewünscht, bitte. Ich hätte es Ihnen gesagt. Wenn der Prüfling sich so verhält wie Sie, dann geschieht es ihm Recht.

Zeuge Fischer: Die drei Prüfkriterien, Herr Vorsitzender, sind: Reisezweck, Bonität - und zwar nur in dem Bereich Reisezweck - und Rückkehrwilligkeit. Dabei - Rückkehrwilligkeit - ist vor allen Dingen die Verankerung im Lebensumfeld zu berücksichtigen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut. Rückkehrbereitschaft, Reisezweck, Finanzierbarkeit der Reise.

Zeuge Fischer: Danke, eins.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Was, würden Sie sagen, ist für Sie als Beamter am leichtesten zu prüfen? Ist die Rückkehrbereitschaft schwierig oder leicht zu prüfen?

Zeuge Fischer: Ich bin nie Beamter - „nie“ darf ich nicht sagen - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wenn Sie es wären.

Zeuge Fischer: Ich bin kein Beamter. Wenn ich es wäre? Mein Leben war nicht daran ausgerichtet, dass ich Beamter würde.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut. Ich frage Sie: Ist die Rückkehrbereitschaft schwer oder leicht zu prüfen?

Zeuge Fischer: Schauen Sie, wir saßen doch da zusammen. Ich bin doch kein Entscheider. Ich habe hohen Respekt vor den Entscheidern.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Stimmen Sie mir zu, dass es ein subjektives Merkmal ist, das heißt, im Kopf passiert, also schwer zu beweisen ist?

Zeuge Fischer: Was so alles im Kopf passiert, Herr Vorsitzender. Das muss ich

Ihnen ehrlich sagen. Wenn ich, verstehen Sie --

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Zeuge, ich möchte Sie bitten, dass Sie die Sache mit dem nötigen Ernst betrachten.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie provozieren das doch!)

Zeuge Fischer: Ja, ich gehe mit dem nötigen Ernst --

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ist die Rückkehrbereitschaft ein subjektives Merkmal und schwer zu beweisen?

Zeuge Fischer: Entschuldigung, Herr Vorsitzender, ich meine: Wenn Sie hier sitzen und sagen, die Rückkehrbereitschaft fände im Kopf statt und Kollege Pleuger habe das neulich genau so gesagt -- Natürlich gibt es auch objektive Kriterien und Ähnliches. Deswegen: Schauen Sie sich doch einmal den von Ihnen so inkriminierten Erlass vom 3. März an, wo ich Ihnen gesagt habe: in drei Stufen. Die erste Stufe ist das Ausländerrecht und die zweite Stufe ist das Schengen-Kriterium. Das ist einzuhalten. Da gibt es null Ermessen. Das ist der Rahmen.

Dann gibt es die von Ihnen gerade examinierten drei Punkte und dabei sind wir noch nicht beim Ermessen. Wir sind bei Regelversagungsgründen. Einer der Regelversagungsgründe - aus allen dreien können Regelversagungsgründe mit null Ermessen entstehen - ist die Rückkehrbereitschaft. Es gibt eine höchstrichterliche oder hochrichterliche - ich weiß nicht, wie die Juristen das nennen - Entscheidungspraxis, die in den Erlass damals -- Sie wird sich mittlerweile vielleicht weiterentwickelt haben und bezieht sich auf das Oberlandesgericht Köln und Münster.

(Volker Neumann (Bramsche)
(SPD): Oberverwaltungsgericht
Münster!)

- Oberverwaltungsgericht, danke. - Das ist da mit eingeflossen. Wenn Sie in dem Bereich sind: kein Ermessen.

So, dann sind wir im Ermessenstatbestand. Im Ermessenstatbestand kann man nach dem Erlass auch nicht sagen: Heute bin ich gut drauf. Ich prüfe das alles mal ab und dann ist es okay, weil ich gut drauf bin. -

Stattdessen wird gesagt: Wenn sich die Gründe in der Wahrnehmung des Ermessens - der Gesetzgeber kennt ja das Ermessen beim Entscheider - die Waage halten - Pro und Kontra; ich habe Ihnen ein Beispiel aus meiner eigenen Biografie genannt -, dann ist das so. Ich meine: Auch das habe ich vorhin schon erklärt.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Kommen wir zurück zu den drei Punkten Rückkehrbereitschaft, Reisezweck und Finanzierbarkeit. Ist das Tatbestandsmerkmal der Finanzierbarkeit, ob er also das Geld für die Reise hat, schwer oder leicht zu prüfen?

Zeuge Fischer: Auch da gibt es -- Herr Vorsitzender, ich war nie Entscheider.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das merkt man.

Zeuge Fischer: Ich war in jungen Jahren mal bei der Kindergeldkasse des Arbeitsamtes als Hilfssachbearbeiter. Sie werden lachen: Das hat sogar was mit dem Thema zu tun, weil --

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Nein, das hat mit dem Thema nichts zu tun. Deswegen möchte ich Sie bitten --

Zeuge Fischer: Doch, weil es um Dokumentenprüfung bei Kindergeldanträgen ging. Es hat was damit zu tun. Ich kann Ihnen nur sagen: Meine Erfahrung, die ich dort gemacht habe, ist: Ich kann das selbst nicht vornehmen. Dazu bin ich nicht ausgebildet und nicht qualifiziert genug. Das hat eine entsprechend ausgebildete Kraft zu machen gehabt, eine höhere Position. Ich würde es als Minister nie wagen --

Deswegen: Wenn Sie oder ein anderer Abgeordneter mir schreiben, dass Sie mit einer Visaentscheidung nicht einverstanden sind, dann entscheide ich nicht hochherrschaftlich von oben herunter, sondern ich gebe das an die kompetenten Fachbeamten, die eine entsprechende Prüfung vornehmen. Sie können von mir jetzt doch nicht verlangen, zu sagen, wie ich entscheiden würde, wenn ich Entscheider wäre. Das würde ich Ihnen dann sagen, wenn ich es wäre. Ich bin es aber nicht. Deswegen kann ich es nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Was würden Sie machen, wenn ein Ukrainer ein Visum für eine Reise an den Rhein beantragt und Sie wissen, dass das Durchschnittseinkommen etwa 50 Euro beträgt. Ist die Reise finanzierbar? Ja oder nein?

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, ich werde Ihnen hier jetzt doch nicht solche Diskussionsfragen beantworten. Wollen wir ernsthaft miteinander umgehen? Ich hatte noch nie zu entscheiden, ob ein Ukrainer - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das sind konkrete Anträge, Herr Zeuge.

Zeuge Fischer: Wenn Sie meinen, dass das Verdachtsgrund genug hätte gewesen sein müssen, dass Entscheider anders entscheiden - - Sie werden mich aber doch - - Ich weiß nicht, was Sie beabsichtigen, aber wie soll ich Ihnen das beantworten, obwohl ich nie in einer solchen Situation war?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie haben gesagt: Wenn die Menschen reisen wollen, müssen sie reisen -

Zeuge Fischer: Dürfen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: - und ein Visum bekommen.

Zeuge Fischer: Ja

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Und wenn die Menschen schwarzarbeiten wollen?

Zeuge Fischer: Dann sollten wir das nach Möglichkeit verhindern.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Haben Sie das mit Ihrer Praxis erreicht?

Zeuge Fischer: Ich hätte mir gewünscht, dass ich früher informiert gewesen wäre und wirksam hätte eingreifen können, ja. Das, was Sie und Ihre Parteifreunde behaupten, dass daraus ein großer volkswirtschaftlicher Schaden entstanden ist, ist aber schlicht und einfach eine Skandalisierung und muss ich scharf zurückweisen. Das lässt sich durch nichts rechtfertigen.

Im Übrigen ist es diese Bundesregierung, die durch Maßnahmen im Inland zum ersten Mal seit Jahren - schauen Sie sich die Statis-

tik an - wirklich für ein Sinken der Schwarzarbeit gesorgt hat. Das war nicht die Vorgängerregierung.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Würden Sie sagen, dass die Änderung der Visapraxis für Sie Chefsache war?

Zeuge Fischer: Was meinen Sie jetzt mit „die Änderung der Visapraxis“?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Die Sie beschrieben haben. Ziel der geänderten Visapolitik war es, sie liberaler zu machen. War das Chefsache?

Zeuge Fischer: Das war bei mir; sonst hätte ich doch nicht zur Hausbesprechung eingeladen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Also Chefsache?

Zeuge Fischer: Wenn Sie das „Chefsache“ nennen wollen. Der Erlass, der von mir ja so akzeptiert wurde - inklusive „in dubio pro libertate“ -, ist mein Erlass. Die Hausbesprechung war meine Hausbesprechung. Wenn Sie daraus „Chefsache“ machen, dann ist das sozusagen Ihre Formulierung; aber das war ich, ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie haben es zur Chefsache gemacht. Das war Ihnen wichtig. Sie haben nicht das Recht, aber die Praxis verändert. Die Folgen sind bekannt und Sie wurden nicht informiert. Stimmt das?

Zeuge Fischer: Die Informationen, die mich erreicht haben - ich war ja in Kiew -, habe ich anders wahrgenommen. Ich habe diesen CDU-Beschluss nur deswegen vorgelesen - auch mit dem letzten Satz, auf den Sie mich dankenswerterweise hingewiesen haben -, weil es auch im Deutschen Bundestag als Ressourcenproblem, als ein Ausstattungsproblem, als ein Personalproblem angesehen wurde.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ist Ihnen bekannt, dass vor Ihrer Reise nicht nur auf das Personalproblem, sondern auch auf die Erlasse, die aus Ihrem Hause kamen, hingewiesen wurde?

Zeuge Fischer: Mir gegenüber -- Ich kann mich daran nicht erinnern.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das steht aber in den Akten.

Zeuge Fischer: Ja, das mag ja sein. Ich kann mich dennoch nicht daran erinnern, und zwar nicht, weil ich eine Gedächtnislücke habe oder weil es mir unangenehm wäre. Ich kann mich nicht daran erinnern.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Als Sie die Reise nach Kiew angetreten haben, haben Sie sich nicht über die Probleme der Botschaft informiert?

Zeuge Fischer: Wir haben es gesehen, aber nicht im Sinne, dass ich den Vermerk, den ich nicht kenne - ich weiß ja nicht, worauf Sie sich beziehen; Sie sagen, das steht in den Akten --

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Die zuständige Leiterin der Visastelle hat sich gemeldet.

Zeuge Fischer: Das mag alles sein. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich kenne diesen Vermerk nicht. Nur, es war --

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Er wurde Ihnen in der Vorbereitung für die Reise nicht gereicht?

Zeuge Fischer: Also, wenn ich mich an den Vermerk nicht erinnern kann, werde ich mich auch an eine mögliche Reichung nicht erinnern.

Der entscheidende Punkt ist doch ein anderer, nämlich die Wahrnehmung. Wir sind da ja nicht nur hingefahren, wir haben dort ja nicht umsonst -- Mir wurde gesagt, wir hätten dort eine Personalversammlung. Dort wurde darüber gesprochen, wie die Dinge gelöst werden können. Ich weiß nicht mehr, was da gesprochen wurde. Klar war aber die Wahrnehmung: Wir müssen dort mehr Personal haben, das heißt, wir müssen die Stellenkürzungen wegbekommen - all diese Dinge.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Der Botschafter Stüdemann hat hier sehr eindrucksvoll dargestellt, dass es nicht nur ein Personalproblem war, sondern dass die Er-

lasse hauptsächlich für die Probleme verantwortlich waren. Das heißt, zum Zeitpunkt der Reise lag diese Beschwerde aus der Botschaft schon ein halbes Jahr vor. Sie wussten auf der Reise nichts und Ihre Mitarbeiter haben nichts über die Probleme, die aus den Erlassen resultierten, gesagt?

Zeuge Fischer: Ich weiß nicht, ob Stüdemann da schon Botschafter war -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Er war es nicht, aber der Herr Heyken.

Zeuge Fischer: - oder ob er nicht nur als zuständiger Referatsleiter mitgefahren ist, der er, so glaube ich - wenn ich aus dem Gedächtnis argumentiere, muss ich ja immer die gebotene Rückversicherung haben, damit ich hier aus dem Gedächtnis nicht unwillentlich etwas Falsches sage -- Ich meine, er war der zuständige Referatsleiter für Russland/Ukraine. Ich meine, er ist dort nicht nur in dieser Funktion mitgereist, sondern auch sozusagen in der Funktion des kommenden Botschafters. Es mag sein, dass mein Gedächtnis trügt; aber ich meine, dass es so war. Insofern glaube ich, dass sein Kenntnisstand -- Ich kann mich nicht daran erinnern, dass das anders wahrgenommen wurde, Herr Vorsitzender. Ich bin hier zur Wahrheit verpflichtet und das ist sie. Anders kann ich mich daran nicht erinnern.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wenn Sie die Visapraxis so ändern, wie Sie es getan haben, sich die Dinge danach ganz anders entwickeln und Ihr Haus Sie nicht informiert hat, haben Sie dann den Eindruck, dass Sie Ihr Haus noch im Griff haben?

Zeuge Fischer: Ja, den Eindruck habe ich.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sind Sie sich da sicher?

Zeuge Fischer: Ja, sicher bin ich mir sicher.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Meinen Sie, dass man so ein Ministerium leiten kann?

Zeuge Fischer: Also, ich finde, das, was wir gemeinsam geleistet haben, vom Kosovo angefangen bis - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Der Krieg war zu der Zeit aus.

Zeuge Fischer: Darum geht es mir doch gar nicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Der Krieg war aus, Herr Minister.

(Sebastian Edathy (SPD): Sie offenkundig nicht, Herr Uhl!)

Zeuge Fischer: Die Frage war doch eine andere. Das war doch eine völlig andere. Sie haben mich gerade gefragt, ob man so ein Haus führen kann, ob ich der Meinung bin, dass ich mein Haus in Griff habe. Darauf habe ich „Ja“ gesagt. Das wollte ich jetzt begründen.

Ich sage: Bei dem, was ich gemeinsam mit meinen Mitarbeitern geleistet habe, beginnend beim Kosovo-Krieg - da waren wir noch gar nicht in der Regierung - bis zur Lösung der Tsunami-Krise, können Sie nicht sagen, dass das ein schlechtes Haus ist. Sie können auch nicht sagen, dass das schlechte Politik war. Sie können mir in diesem einen Punkt zu Recht einen Vorhalt machen. Da muss ich für einen Fehler gerastehen.

Aber deswegen alles zu sagen - - Dass ich ausgerechnet auch noch von Ihnen mir anzuhören habe, dass ich mein Haus nicht im Griff habe - na ja. Wir kennen uns in der Politik schon sehr lange. Auch wenn man sich nicht immer an das Detail erinnert - - Ich finde, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich müssen uns bei dem, was wir in den Jahren für die Bundesrepublik Deutschland geleistet haben, wirklich nicht verstecken. Dazu gehört auch, dass man Fehler eingesteht und das tue ich.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wir kommen jetzt in die Fragerunde.

Die Befragung durch die Fraktionen findet in der üblichen Reihenfolge nach der so genannten Berliner Stunde statt. Das heißt, das Fragerecht geht zunächst an die SPD-Fraktion, dann an die CDU/CSU-Fraktion und danach geht es weiter.

Das Fragerecht ist jetzt bei Herrn Kollegen Scholz.

Olaf Scholz (SPD): Herr Minister - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich darf kurz unterbrechen. Ich schlage vor, dass wir nach der ersten Fragestunde eine Pause machen, wenn Ihnen das recht ist. Einverstanden?

(Zeuge Fischer nickt)

- Gut, dann machen wir das so.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender. Ich habe noch eine technische Anregung.

Der Herr Außenminister Fischer hat ein Schreiben des Innenministeriums Baden-Württemberg zitiert, ohne auch das Bezugsschreiben, auf das in diesem Schreiben aufmerksam gemacht wird, vorzulegen. Ich habe den Vorgang recherchiert und bitte Sie, dass man den gesamten Vorgang ebenfalls kopiert. Wenn man den gesamten Vorgang liest, ergibt sich ein anderes Bild als das, das vom Zeugen vorgetragen wurde.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut, dann bitte ich, dafür Sorge zu tragen, dass Frau Dr. Flor - -

Ich kenne den Zusammenhang nicht. Was gibt es da für einen Vorgang? Davor oder dahinter?

Zeuge Fischer: Oje, da habt ihr aber schwer recherchiert.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Es ist ein Schreiben vom 11. September 1995 des Innenministeriums Baden-Württemberg an das Bundesinnenministerium.

Der Bezug ist ein Schreiben vom 1. August 1995 - das Aktenzeichen ist hier erwähnt - und eins vom 3. August. Da gibt es offensichtlich ein weiteres Schreiben. Es ist logisch, dass man die Schreiben haben muss, wenn man das bewerten will.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Es war ein Briefwechsel zwischen dem Innenministerium Berlin,

(Volker Neumann (Bramsche)
(SPD): Bonn!)

also dem Bundesinnenministerium, und dem Land Baden-Württemberg einzig über die Frage, wo die Verpflichtungserklärung abge-

geben werden soll - nicht mehr und nicht weniger.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut, wir kommen später noch auf das Schreiben zurück. Ich nehme an, dass wir auch das Schreiben des bayerischen Wirtschaftsministers noch im Detail behandeln. Herr Kollege Kauder, sind Sie damit zufrieden? Man sucht jetzt die Schreiben.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Die habe ich schon zusammenstellen lassen. Ich habe ein Paket gefertigt und ich bitte, das für jeden Abgeordneten kopieren zu lassen. Das wird gerade veranlasst.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut, das wird bei Herrn Kauder abgeholt und dann kopiert.

Dann komme ich jetzt zu Ihnen, Herr Scholz. Bitte.

Olaf Scholz (SPD): Herr Minister, ich möchte rückwärts beginnen. Sie haben geschildert, dass Sie ein paar neue Maßnahmen ergriffen haben, um sicherzustellen, dass Entwicklungen, wie sie sich etwa in Kiew und anderswo zugetragen haben, schneller bei Ihnen oder in dem Leitungsbereich des Ministeriums ankommen. Mich würde interessieren, welche Maßnahmen da ergriffen worden sind und seit wann sie bestehen.

Zeuge Fischer: Wir haben im Herbst letzten Jahres dieses Frühwarnsystem, über das wir länger diskutiert haben - das muss funktional wirklich sein; vor allen Dingen auch im Hinblick auf die Frühwarnberichte -, diskutiert. Der erste Frühwarnbericht - für das erste Vierteljahr 2005 - liegt jetzt vor. Ich finde, es ist ein vorzüglicher Bericht. Er macht die Probleme an einzelnen Vertretungen klar, die nachgearbeitet werden müssen.

Ich habe mir auch die Einzelberichte angeschaut. Es ist eine entsprechende Agenda, die ich Ihnen jetzt nicht aus dem Kopf sagen kann. Es ist eine umfängliche Piktuation, wozu zu berichten ist und wo die ganzen Erfahrungen hineingehen. Das scheint mir unter dem Gesichtspunkt Steuerungsversagen durch den Minister, wenn ich es einmal zugespitzt sagen darf, der entscheidende Punkt zu sein.

Darüber hinaus gibt es auch eine umfängliche Reisetätigkeit. Ich habe Ihnen das Visateam genannt, das kurzfristig in Problembereiche gehen und dort nicht nur eine Inspektion durchführen, sondern gleichzeitig hilfsworientiert vorgehen soll. Auch der zuständige Staatssekretär hat eine umfängliche Reisetätigkeit zu Problembotschaften unter diesem Gesichtspunkt aufgenommen. Ich selbst - das mache ich allerdings schon seit langem - führe Personalversammlungen durch, um den Dienst zusammenzuhalten. Natürlich spielen diese Fragen zunehmend eine Rolle - wie auch bei der Botschafterkonferenz.

Es hat sich ja auch gezeigt - zumindest sagen das viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem gehobenen und mittleren Dienst -, dass das natürlich nicht nur eine Frage der zentralen Aufmerksamkeit sein darf, sondern dass das auch die Aufmerksamkeit des lokalen Dienststellenleiters oder der Dienststellenleiterin finden muss. Für mich ist dieses Instrumentarium das Entscheidende.

Darüber hinaus: Operativ ist die Frage der besseren Ausstattung mit Dokumentenberatern ebenfalls sehr wichtig. Das läuft - ich kann Ihnen nicht sagen, seit wann, aber seit längerem - und wird auch nach Maßgabe der Fähigkeiten hochgefahren, sodass auch hier vor allen Dingen die Zusammenarbeit mit dem Schwesterressort auf der operativen Ebene sehr gut funktioniert. Ich konnte mich bei meinem jüngsten Besuch in Tirana auch davon überzeugen. Da saßen Entscheider von uns und der Dokumentenberater. Es war wirklich erfrischend für mich, der weit weg ist von der konkreten Ebene, wie die beiden dann mir die Probleme nahe gebracht haben.

Olaf Scholz (SPD): Ist dieser Bericht, die Piktuation, wie Sie sagen, oder das System so aufgebaut, dass da jetzt irgendwie auftauchen müsste -- Also, es gibt angestiegene Visazahlen. Steht dann auch da drin, kann man daraus entnehmen, die Botschaft ist der Meinung, das liegt an falschen Erlassen zum Beispiel? Würde das herauskommen oder würde man noch Fehlschlüsse ziehen können und sagen: Das liegt am fehlenden Personal?

Zeuge Fischer: Es ist ja nicht nur der Bericht, sondern ich bestehe darauf, dass das als Leitungsvorlage dann, wenn Sie so wollen, in einer entsprechenden Ministerrunde

diskutiert wird oder wie - mir fällt das Wort gerade nicht ein - - Hausbesprechung, dass wir eine Hausbesprechung dazu machen. Dabei wird natürlich auch überprüft, vierteljährlich - - sondern der interne Stand. Also, es kann nicht mehr sein, dass wesentliche Erlasse stattfinden, die dann oben nicht zur Kenntnis gebracht werden, sondern das alles steht in dem Zusammenhang. Der Bericht ist ein Informationsbericht, der Frühwarnbericht ist ein Informationsbericht über den Zustand bei den Auslandsvertretungen: Wo tauchen die Probleme auf, wo muss man nachsteuern, ist es Reisebüroverfahren, ist es Personalverstärkung, brauchen wir mehr Dokumentenberater? - Wo auch immer, aber gleichzeitig natürlich auch in der Zentrale.

Dabei war jetzt - das werde ich auch in Zukunft so halten - die Diskussion mit der Abteilung für mich sehr hilfreich, also mal die Probleme vor Ort tatsächlich zu hören, dass an der Vertretung X etwa Familienzusammenführung und die Probleme, die sich daraus ergeben, eine ganz andere Rolle spielen. Eines der großen Probleme ist, dass natürlich mit der Situation, dass mehr abgelehnt wird, auch jetzt die Klagen gewaltig nach oben gegangen sind. Das muss man auch sehen. Also, an dem Punkt ist es so aufgebaut. Wir sind weiter am Optimieren - wir sind da noch nicht am Ende -, dass wir wirklich hier eine Entwicklung, wie ich sie zu meinem großen Bedauern heute hier zu vertreten habe und als meinen Fehler bezeichne, nicht wieder vorkommen kann.

Olaf Scholz (SPD): Ich will noch einmal zurückgehen auf die Frage, die dann in diesem Zusammenhang eben interessant ist: Wann ist was mitbekommen worden? - Wir haben hier von den verschiedenen Botschaftern gehört und werden das wahrscheinlich auch bei den weiteren Anhörungen noch hören, dass offenbar eine der wichtigen Möglichkeiten, die ein Botschafter bei einem Besuch des Ministers im Land hat, ist, dass er mit ihm zu den Terminen geht und da immer Zwischenräume sind, wo man in der Summe vielleicht ein bis zwei Stunden mit dem Minister sprechen könnte.

Erinnern Sie in der Zeit, die für uns interessant ist, also vor allem 2001/ 2002, dass Sie direkt angesprochen wurden mit der Ansage: Also, das ist nicht richtig mit diesem Erlass, das geht schief, wir können das nicht anwenden - oder Ähnliches, was hier unser Untersuchungsgegenstand ist?

Zeuge Fischer: Mir liegt da keine Erinnerung vor.

Olaf Scholz (SPD): Und wenn wir dann noch mal versuchen, das nachzuvollziehen? Sie haben gesagt, Sie haben das im Wesentlichen als Personalproblem betrachtet und haben sich auch dafür eingesetzt. Das haben Sie geschildert.

Wann ist Ihnen denn praktisch das erste Mal aufgefallen, dass es auch was anderes sein könnte? Erst mit der Entscheidung im März 2003 oder vorher schon?

Zeuge Fischer: Ich bedauere es sehr, dass ich sozusagen nicht im Kopf eine klare Erinnerungstabelle habe. Die würde mir viel helfen. Ich kann es nur an den Akten rekonstruieren. Das, was mir meine Mitarbeiter gesagt haben, ist die Paraphe in Vorbereitung des Erlasses zur Einstellung.

Es mag aber durchaus sein; ich kann es nur nicht mehr rekonstruieren. Ich kann aber auch nicht einfach sagen: Ich kann es ausschließen, wann, ob ich irgendwann mal was mündlich oder so gehört habe. - Aber ich kann es nicht rekonstruieren.

Olaf Scholz (SPD): Ich will jetzt noch mal an einer Stelle nachfassen, weil die, glaube ich, für uns alle interessant ist und das einmal angesprochen gehört. Es ist ja bei Politikern so, dass sie gelegentlich Zeitung lesen. Und wenn dann da Berichte auftauchen, wie sie zum Beispiel irgendwann aufgetaucht sind, dass es Probleme mit der Visaerteilungspraxis gibt - - Als das Kölner Verfahren los ging zum Beispiel, hat es Veröffentlichungen gegeben. Haben Sie davon etwas wahrgenommen? Gehen Sie dann so vor, dass Sie so einen Artikel lesen und dann „Was ist das?“ draufschreiben, oder wie funktioniert das?

Zeuge Fischer: Nein, nicht. Aber in der Regel frage ich dann: Was ist das? - Sie können von einem ausgehen: Also, die Naivität zu haben, zu meinen, das läuft jetzt so hoch und ich würde nicht sofort erkennen, was das für ein politisches Risiko bedeutet - -

Deswegen, ich tue mich so schwer, an dem Punkt rekonstruktiv vorzugehen, weil ich mir dauernd sage: Mensch, wie du dich selbst kennst, hättest du doch sofort die politische Gefahr erkannt. - Also war entweder die Zuordnung nicht richtig oder die Informationen waren nicht da. Aber, ich meine, soviel

Professionalität kann man mir wirklich unterstellen, dass ich diese Steilvorlage gerne verhindert hätte, die uns heute hier in diesem Raum zusammenführt.

Olaf Scholz (SPD): Vielleicht noch eine Frage zu diesem Komplex. Wenn Sie sagen, Sie haben das jetzt neu organisiert, dann ist das ja eine schwierige Sache. Das würde ich ganz gerne, weil es für die zukünftigen Fragen wichtig ist, noch mal verstehen. Es gibt ja unzählige Erlasse, die von den Fachabteilungen des Auswärtigen Amtes ausgehen. Es ist wohl so, dass Erlass - das habe ich jedenfalls im Rahmen der Beschäftigung mit dem Thema verstanden - im Auswärtigen Amt nicht eine allgemeine Verwaltungsrichtlinie ist, sondern jede Entscheidung, die irgendein Sachbearbeiter trifft. Wie findet jetzt durch dieses System, das Sie uns geschildert haben, statt, dass das, was wirklich relevant ist, von den vielen anderen unterschieden wird? Weil: Es wird auch weiterhin Erlasse geben müssen wie zum Beispiel die, die uns aus dem September und Oktober 99 interessieren, die auch von einzelnen Sachbearbeitern gemacht werden müssen.

Zeuge Fischer: Selbstverständlich. Die Vorstellung, man könne sozusagen denen unten, die die Hauptlast tragen, sagen: „Ihr dürft das nicht mehr“, wäre natürlich die völlig falsche Konsequenz. Das wäre das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Natürlich, das gilt ja nicht nur in dem Falle, den wir jetzt untersuchen, also in dem Problemkomplex Visa. Die Rechtsabteilung hat noch mit anderen Dingen zu tun. Die Referate in diesem Haus arbeiten und müssen auch ein hohes Maß an selbstständigem Arbeiten behalten. Das gilt in der politischen Abteilung, der Wirtschaftsabteilung. Aber dort sind solche Probleme eines Steuerungsdefizits bisher nicht aufgetaucht, nicht in dem Maße.

Ich meine, identifiziert zu haben, dass es für diesen Bereich wichtig ist, dass die Information - Probleme kann man nie ausschließen, auch individuelles Versagen kann man nicht ausschließen, auch Fehleinschätzungen kann man nicht ausschließen - relativ schnell oben ankommt. Das heißt im Klartext: Die Referatsleiter, aber auch die Abteilungsleiter wissen, worum es geht. Deswegen habe ich auch Wert auf das direkte Gespräch gelegt. Nicht nur einfach ein Bericht, der dann abgezeichnet wird, sondern ein Bericht, der erörtert wird. Im Klartext heißt das: Der

Minister erörtert mit den wichtigsten Mitarbeitern der Fachebene diesen Bericht jedes Vierteljahr: Wo stehen wir, wo gab es relevante Veränderungen, wie sieht es bei euch aus, wo steuern wir nach, wo setzen wir die Prioritäten beim Nachsteuern?

Olaf Scholz (SPD): Bei den Fragestellungen, die in dem Vorlauf zu dem Erlass erörtert worden sind, auch in der Hausbesprechung bei Ihnen, interessiert natürlich auch die Frage, wieweit das als Kontinuitätsbruch wahrgenommen wurde. Sie haben uns hier mehrfach geschildert, vieles war viel kontinuierlicher. Das wäre natürlich anders, wenn jetzt in dieser Besprechung gesagt wurde: Das und das sind die Erlasslagen bisher; die müssen wir ändern. - Deshalb würde mich noch einmal interessieren, ob Sie uns ein bisschen mehr aus Ihrer Erinnerung zum Gesprächsgegenstand sagen und wie Sie das im Nachhinein zusammen bewerten würden.

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter Scholz, ich meine, mich zu erinnern; aber ich muss jetzt ganz sorgfältig, um auch klarzumachen, dass es wirklich keine so stabile Erinnerung ist -- Ich meine, mich zu erinnern: Das Hauptthema waren diese beiden, die ich vorhin angesprochen hatte, nämlich, vom Anlass her -- Ich will es mal untechnisch sagen: Wie kriegen wir den Druck in diesen Einzelfällen weg? - Der sah ja so aus: Jetzt haben wir eine neue Regierung. Jetzt wollen wir, dass sie in diesen humanitären Fragen und in anderen, was ja völlig legitim ist seitens der Abgeordneten -- Jetzt wollen wir endlich mal sehen, dass hier etwas anders wird. Ihr könnt doch so nicht weitermachen. - Sie kennen doch die Beschwerden über das Verhalten der Beamten im Petitionsausschuss. Ich habe ihnen das nicht vorzuwerfen, sondern ich zitiere aus dem Kopf heraus, dass da immer wieder auch kamen - der Abgeordnete Reuter aus Hanau, den ich gut kannte, vorneweg -: Das geht so nicht weiter.

Das war das Erste und das Zweite war, die Spielräume zu erkunden, die wir haben, um diese neue Politik, diese neue Haltung, die wir wollten, vorzunehmen. Aber diese Spielräume waren eng. Das sehen Sie ja in dem Erlass, wenn Sie ihn -- Ich habe ihn ja versucht darzustellen. Die Spielräume waren sehr eng. Man könnte fast sagen, als Hintergrundprogramm; dann lief die Erlassschiene,

die ich dann ausführlich dargestellt habe, mit den Konsequenzen - - Daran kann ich mich nicht erinnern, dass das jemals eine Rolle gespielt hat, weil dann hätte das anders ausgesehen.

Olaf Scholz (SPD): Ich würde ganz gerne noch mal das Thema erörtern, wie die Entwicklung vorher gewesen ist. Ich möchte Ihnen mit Erlaubnis zwei, drei Sätze aus einem Briefwechsel zwischen Herrn Kanther und Herrn Kinkel vorlesen. Ich will das nicht so überraschend machen, dass ich das vorlese und sage: „Können Sie sich vorstellen, von wem das kommt?“ und Sie raten lassen, ob es von Herrn Kanther kommt oder von jemand anderem. Trotzdem, er schreibt hier 1994:

Wir müssen auch davon ausgehen, dass eine keinesfalls geringe Zahl von Ausländern nach der Einreise mit einem Visum in die Illegalität abtaucht. Vor diesem Hintergrund beunruhigt mich die sehr hohe Zahl von Visaerteilungen an Staatsangehörige aus den ehemaligen Ostblockstaaten außerordentlich. Ich halte die unkontrollierte Zuwanderung für eine erhebliche Bedrohung der inneren Sicherheit unseres Landes. Diese führt nicht nur zu enormen finanziellen Belastungen, sondern auch zu einem Besorgnis erregenden Anstieg der Kriminalität und der illegalen Beschäftigung. Das Visaverfahren eröffnet Prüfungsmöglichkeiten, die, wie ich meine, konsequent ausgeschöpft werden müssen.

Dann schreibt er in einem weiteren Schreiben:

Es liegt auf der Hand, dass in einem solchen Schnellverfahren die Rückkehrwilligkeit der Antragsteller, die Seriosität einladender Privatpersonen oder der Firmen und die Echtheit der beigebrachten Unterlagen nicht eingehend geprüft werden. Das widerspricht in eklatanter Weise den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland.

Dann gibt es noch einmal eine Antwort, wo er schreibt:

Ich halte weiterhin an der Auffassung fest, dass für eine intensive Prüfung der Visaanträge keine Zeit bleibt. Ich bin der festen Überzeugung, dass durch intensive Prüfung

noch weitaus mehr Visaerschleichungen verhindert werden könnten. Hierzu müssten sich vor allem die entsandten Kräfte mehr Zeit für die Prüfung der einzelnen Visaanträge nehmen.

Das will ich Ihnen vorhalten, um noch mal die Frage zu erörtern, wie sehr möglicherweise jenseits aller politischen Sachen und vielleicht auch der Absicht, wirklich etwas zu ändern, sich alles doch in einem bestimmten Rahmen bewegt, in dem sich die Visen, die die Bundesrepublik Deutschland zu erteilen hat, beurteilen lassen.

Zeuge Fischer: Im Nachgang, Herr Abgeordneter Scholz, neige ich sehr zu dieser Sicht der Dinge, aber im Nachgang, nachdem ich jetzt also wirklich Stunden um Stunden mich mit der Aktenlage beschäftigt habe, angetrieben von der Frage: Wie war das möglich? - Ich habe mir selbst diese Frage vorzulegen: Wie war das möglich? - Ein Problem ist - ich erinnere mich, da war ich relativ jung im Amt -, dass die Personalkürzungen über Ortskräfte im Wesentlichen aufgebaut werden sollten. Wir hatten verschiedene, eine oder zwei Personalversammlungen, wo vor allen Dingen der mittlere Dienst sehr kritisch war. Wir mussten es allerdings aus finanziellen Gründen tun. Aber im Zusammenhang mit der Konsequenz des 11.09. und auch mancher Probleme, die hier aufgetaucht sind, ist es natürlich - - Sie werden nie ohne Ortskräfte auskommen. Aber das sollte vielleicht auch noch einmal den Gesetzgeber darüber nachdenken lassen, über die Ausstattung des diplomatischen Dienstes, auch und gerade in diesem Sektor. Das betrifft nicht nur Visa, aber hauptsächlich.

Olaf Scholz (SPD): Ich will noch einmal auf die Frage Verpflichtungserklärung und in dem Zusammenhang dann auch das Entstehen des Carnet de Touriste zurückkommen. Es hat darüber ja in den 90er-Jahren relativ viel Streit gegeben. Erst 1996 ist ein bundesweites einheitliches Formular eingeführt worden. Es war dann noch bis in die Jahre Ende der 90er-Jahre umstritten, ob die Ausländerbehörden das auch alle machen müssen.

96 wurde das erste Mal auf einer Ausländerreferentenbesprechung richtig festgestellt, dass die Ausländerbehörden die Bonität des Einladers prüfen. Offenbar muss es ja dann

in den 90er-Jahren flächendeckend und großen Streit zwischen den vielen Ausländerbehörden in Deutschland und dem Innenministerium und dem Auswärtigen Amt auf der anderen Seite um die Frage gegangen sein, ob man überhaupt eine Bonitätsprüfung vornehmen sollte. Das ist dann später fortgeführt worden. Aber man findet hier dann aus 95 auch Aussagen, dass

Einladungen und Verpflichtungen auch dann als ausreichend anzusehen, wenn sie den Hinweis enthalten, dass der Gastgeber für den Aufenthalt seines Besuchers eine Verpflichtung eingeht.

Können Sie verstehen, dass es auf dieser Basis eine Entwicklung gegeben hat, die erst allmählich dazu führt, dass diese Verpflichtungserklärungen wirklich überall geprüft werden, und gehen Sie davon aus, dass das jetzt flächendeckend der Fall ist?

Zeuge Fischer: Ich habe mit meinen Leuten noch einmal gesprochen. Ja, es gibt nicht mehr diese großen Probleme - es war hauptsächlich mit Großkommunen als Ganzes -, aber es gibt noch Probleme. Wie gesagt, ich habe mit zwei Mitarbeitern vor Ort in Tirana, die mich darauf angesprochen haben, dass es einfach sehr zeitaufwendig wäre, x-mal zum Telefon und bei der zuständigen Ausländerbehörde anzurufen etc. -- Wie eben solche Prozesse in einem zeitlich begrenzten Tag dann ablaufen. Aber man kann es nicht mehr mit der damaligen Situation vergleichen.

Nur, ich muss hier eine Linse sozusagen, eine Lanze für die Vorgängerregierung wirklich brechen. Die Intention war ja: Es soll geist werden. Es war auch klar: Die dürfen am Ende nicht den Sozialkassen der Kommunen, wenn sie krank werden oder wenn sie nicht selbst mehr ausreisen können, zur Last fallen. Die Idee von Klaus Kinkel, hier eine Versicherung zu schaffen, finde ich, damit ich richtig verstanden werde, eigentlich eine sehr gute Idee. Da habe ich überhaupt keine Kritik zu üben. Ich wende mich nur dagegen, dass ich die Dresche dafür bekomme.

(Zuruf des Abg. Dr. Max Stadler
(FDP))

- Ja, ja. Auch das.

Auf jeden Fall, die Idee finde ich sehr gut. Nur, Kollege Stadler, vom ersten Augenblick an fast sind die Probleme aufgetaucht.

(Dr. Max Stadler (FDP): Umso mehr muss man vorsichtig sein!)

- Ja, das lässt sich heute leicht sagen: umso mehr vorsichtig sein. Ich behaupte, Sie können, wenn Sie das unvoreingenommen machen, dem Aktenstand entnehmen, dass es sich hier über den Regierungswechsel hinweg nicht um eine Änderung der Politik, die sich dann in diesen angeführten Erlassen widerspiegelt, handelt, sondern dass es --

(Zuruf des Abg. Dr. Max Stadler
(FDP))

- Nein, der 15.10. hat doch mit dem Regierungswechsel nichts zu tun.

Kritisch sieht man den hier ja reihum, aber doch nicht als Ergebnis einer anderen politischen Meinungsbildung. Das können Sie doch allen Ernstes, wenn Sie sich die Akten anschauen, nicht behaupten, sondern es lief auf der Fachebene weiter, und zwar Schritt für Schritt. Das wissen Sie doch. Es gab da auch kein politisches Eingreifen.

Insofern, Kollege Scholz, man kann sehen, dieses Carnet de Touriste begann von Anfang an. Es gibt ja auch Remonstrationen der Botschaften. Ich glaube, es ist auch relativ einfach nachvollziehbar, dass die Partnerorganisationen schlicht und einfach das nicht brachten, was versprochen war, was sie bringen sollten.

Olaf Scholz (SPD): Ich glaube, meine Zeit ist zu Ende.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Bei der Berliner Stunde? Das müssen wir kurz klären. - Dann ist die Zeit in der Tat um.

Die Frage geht an die CDU/CSU-Fraktion. Herr von Klaeden, bitte.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Herr Minister, ich würde ganz gerne, weil Sie es angesprochen haben, noch einmal auf die Frage der Verpflichtungserklärung zurückkommen. Sie haben hier zum Beweis, dass die Frage schon vorher eine Rolle gespielt habe, man sich vorher dafür eingesetzt habe, auf die Verpflichtungserklärung zu verzichten, ein Schreiben des Innenministeriums Baden-Württemberg eingesetzt. Darf ich Sie bitten, sich das Schreiben noch einmal vorzunehmen? Haben Sie es vorlie-

gen? - Entscheidend ist nämlich der erste Satz, den Sie nicht vorgelesen haben:

Wir sind ebenfalls der Auffassung, daß eine Verpflichtungserklärung nach § 84 AuslG grundsätzlich gegenüber der Auslandsvertretung der örtlich zuständigen

- „zuständig“ ist unterstrichen -

Ausländerbehörde abgegeben werden sollte.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Dann geht es weiter - das ist das, was Sie vorgelesen haben -:

Allerdings bitten wir, dafür Sorge zu tragen, dass die deutschen Auslandsvertretungen nur in begründeten Einzelfällen auch für die Besuchsaufenthalte eine Verpflichtungserklärung nach § 84 Ausländergesetz verlangen.

Jetzt kommt der nächste Satz:

Nur so ist gewährleistet, dass in allen Fällen jeweils eine Bonitätsprüfung durchgeführt werden kann.

Selbst wenn Sie zur Erläuterung den Brief vorher dazunehmen, ergibt sich, dass es sich hier lediglich um die Frage der Zuständigkeit für die Bonitätsprüfung handeln kann. Aber das Anliegen des Briefes ist gerade die Gewährleistung der Bonitätsprüfung:

Nur so ist gewährleistet, dass in allen Fällen jeweils eine Bonitätsprüfung durchgeführt werden kann.

Stimmen Sie mir da zu?

Zeuge Fischer: Nein. Wir müssen dann hinzufügen: Gerade an dem Punkt, den Sie vorgelesen haben - „für die Besuchsaufenthalte eine Verpflichtungserklärung nach § 84 Ausländergesetz verlangen“ -, ist ein Kreuzchen. Da hat jemand - nicht ich und nicht in meinem Auftrag, sondern im Innenministerium; es ist ganz offensichtlich an das Innenministerium gegangen - draufgeschrieben: „Das geht wohl an der Realität vorbei.“ Das steht da auch. Nun mag ja sein - ich möchte hier nicht in den juristischen Streit eintreten - -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Es geht um die Frage - -

Zeuge Fischer: Schauen Sie, es geht darum - -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Es geht um die Intention des Schreibens, das aus Baden-Württemberg gekommen ist.

Zeuge Fischer: Ja, ich weiß. Aber Sie können doch nicht abstreiten, dass damals - und zwar nicht nur bei den sozialdemokratisch geführten Ländern und nicht nur bei sozialdemokratisch geführten Kommunen, sondern auch bei Kommunen mit christdemokratischen Oberbürgermeistern - dieses Problem mit den Ländern da war und dass dann die Änderungen der Bonitätsprüfung - -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Das war nicht meine Frage, Herr Minister. Die Intention des Schreibens oder der klare Erklärungsgehalt des Schreibens - dass es die Probleme gegeben hat - steht völlig außer Frage. Die Frage ist, wie man auf die Probleme reagiert hat. Hier ist auf das Problem so reagiert worden, dass man gesagt hat, die zuständige Ausländerbehörde solle die Bonitätsprüfung vornehmen, wie es sich auch aus § 84 Ausländergesetz ergibt. Das ist korrekt?

Zeuge Fischer: „Das geht wohl an der Realität vorbei“, steht da.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Herr Minister, ich frage Sie noch einmal nach dem Schreiben, wie es aus dem Innenministerium Baden-Württemberg gekommen ist: Ist es richtig, dass das Schreiben hier zum Ausdruck bringt, dass die örtlich zuständige Ausländerbehörde die Prüfung vornehmen soll?

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, wir beide können lesen; aber meine Interpretation ist eine andere.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Nein, es geht nicht um die Interpretation, sondern es geht um den klaren Erklärungsgehalt dieses Schreibens hier; denn diese handschriftliche Bemerkung scheint ja wohl irgendwo anders vorgenommen worden zu sein.

Zeuge Fischer: Nicht von mir! Nicht, dass Sie mir hier etwas unterstellen. Man muss hier sehr vorsichtig sein. Der entscheidende

Punkt - - Herr Abgeordneter, ich weise nochmals darauf hin: Ich bin gerne bereit, Ihnen ausführlich die Bezugserlasse, die alle in der Vorgängerregierungszeit lagen, vorzulesen.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Über die können wir gerne sprechen; aber es geht mir, ehrlich gesagt, nicht so sehr um die Frage der Regierung vor 1998; denn Sie haben ja nach einer umfangreichen Überprüfung der Visapraxis Weisung erteilt, nach dem Erlass zu verfahren, der ergangen ist und den Sie ja jetzt Fischer-Erlass nennen lassen möchten.

Zeuge Fischer: Richtig.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Sie haben weiterhin gesagt, dass der Erlass vom 15. Oktober 1999 zur Erweiterung der Anwendungsmöglichkeiten des Carnet de Touriste ein Fehler gewesen ist.

Zeuge Fischer: Im Rückblick: ja.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Es wird aber ausdrücklich auf die Erleichterung bei Vorlage eines Carnet de Touriste hingewiesen. Das ist korrekt?

Zeuge Fischer: Ja.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Sie haben weiterhin gesagt - ich habe es mir notiert -, dass das Fehlen einer Bonitätsprüfung bei der Verpflichtungserklärung - das sind Ihre Worte gewesen - eigentlich ein Regelversagungsgrund sei. Das ist korrekt?

Zeuge Fischer: Ja, man muss darüber ernsthaft nachdenken. Wenn man schon - -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ich frage Sie, ob Sie das so gesagt haben.

Zeuge Fischer: Ich habe keine wörtliche Mitschrift. Sie merken ja, wie vorsichtig ich bin. Ich kann Ihnen nicht bestätigen, dass ich so, wie Sie sich das mitgeschrieben haben, wörtlich gesagt habe. Ich kann Ihnen aber erläutern: Aus meiner Sicht ist es völlig klar, dass, wenn die Bonität nicht geprüft wurde - das war ja offensichtlich die Herausforderung für die Mitarbeiter in beiden Häusern - - Was

machen wir dann, wenn eben der Stempel, den Sie auch kennen - -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Herr Minister, das ist nicht der Punkt, auf den ich hinaus will. Mir geht es um die Frage, ob Sie eine problematische Praxis mit dem Erlass dadurch gelöst haben, dass gegen die gesetzliche Vorschrift auf die Bonitätsprüfung verzichtet werden konnte, bei aller guten Intention.

Zeuge Fischer: Mir geht es hier nicht um die gute Intention. Ich sage das ja im Nachhinein. Ich stelle fest, dass die Landesinnenminister - jetzt als Institution, nicht als Personen - ganz offensichtlich mit unterrichtet waren; denn - -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Herr Minister, auch das ich für mich nicht der Punkt. Für mich ist der Punkt: Muss sich ein Erlass, den Sie herausgeben, an die Rechtslage halten?

Zeuge Fischer: Ja, sicher.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Dann ist die Bestimmung, dass auf die Bonitätsprüfung im Zusammenhang mit einer Verpflichtungserklärung verzichtet werden kann, rechtswidrig?

Zeuge Fischer: Das ist eine Konklusion, die Sie treffen. Wenn ich es richtig sehe, habe ich da eine Frage aufgeworfen, und zwar mit dem Hinweis darauf, dass ich kein Jurist bin. Aber die Frage, wie es sich denn damit verhält und warum da so geschwiegen wird - - Aber die Bewertung - - Sie hatten ja, wenn ich das richtig sehe, in einer der ersten Sitzungen, wo es um die Frage des Rechts und der Rechtswidrigkeit ging, Zeugen eingeladen. Eine solche Frage würde ich, wenn Sie, Herr von Klaeden, sie mir vorlegen würden, jeweils an die Rechtsabteilung zur Prüfung und Entscheidung weitergeben.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Sie haben ja selber diese Ausführung gemacht. Deswegen kam ich ja darauf zurück.

Zeuge Fischer: Aber deswegen erläutere ich sie ja: weil Sie jetzt sehr juristisch darauf eingehen.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Sie hatten ja Wert darauf gelegt.

Zeuge Fischer: Ich wollte damit keine Rechtsmeinung äußern; denn das würde ich an diesem Punkt nie wagen. Das ist völlig klar. Das werden die Juristen, wenn es das zu entscheiden gibt, zu entscheiden haben.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Kommen wir einmal zu dem Schreiben, das Ihnen Herr Schily geschrieben hat. Herr Schily hat Ihnen geschrieben, dass der Erlass im Widerspruch zu den Gemeinsamen Konsularischen Instruktionen der Schengen-Staaten stehe, dass der Erlass im Widerspruch zu § 70 Ausländergesetz stehe und dass er, wie gesagt, auch nicht mit der GKI vereinbar sei. Das ist korrekt?

Zeuge Fischer: Wenn Sie das so zitieren.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ich frage Sie: Ist das die Wiedergabe des Schreibens?

Zeuge Fischer: Sie haben das Schreiben vor sich liegen.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Sie haben das Schreiben ja selber angesprochen.

Zeuge Fischer: Wenn Sie das so zitieren, können Sie nicht von mir erwarten, dass ich sage, dass das so korrekt sei. Ich weiß nicht, ob Sie vollständig vorgelesen haben oder nicht. Ich gehe einmal davon aus - diesen Vertrauensvorschuss gebe ich Ihnen -: Wenn Sie das so vorlesen, dann wird das so sein.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Was haben Sie daraufhin veranlasst?

Zeuge Fischer: Ich habe -- Was ich daraufhin konkret veranlasst habe, kann ich Ihnen nicht sagen. Aber was ganz offensichtlich stattgefunden hat, ist ein Gespräch der beiden Minister darüber. Ob telefonisch, ob im direkten Treffen, das kann ich Ihnen nicht mehr mit Sicherheit sagen. Den Tag kann ich Ihnen mit Sicherheit auch nicht sagen. Eine Kabinettsberatung habe ich in meiner Erinnerung nicht.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Mir geht es, ehrlich gesagt, um den folgenden Punkt: Wenn der Verfassungsminister - so bezeichnet sich der Innenminister immer gerne selbst - Ihnen deutlich macht, dass der Erlass, den Sie herausgegeben haben, gegen mehrere wichtige Rechtsgrundlagen verstößt, dann gehe ich davon aus, dass das rechtlich überprüft werden muss. Oder ist das nicht korrekt?

Zeuge Fischer: Aber das war doch genau der Punkt, wo wir gesagt haben: Dann lass das mal die Staatssekretäre - beide Juristen - in die Hand nehmen! Meine Interpretation war eine andere. Ich habe sie Ihnen ja vorhin ausführlich vorgetragen. Meine Interpretation war - das war der Diskussionsstand, den wir bei der Hausbesprechung, bei der Ministerbesprechung hatten -, dass erst einmal der gesetzliche Rahmen unverändert gilt.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Gut, das hatten wir ja.

Zeuge Fischer: Das Zweite ist, dass dann die Regelversagungsgründe gelten. Das Dritte ist dann der Ermessensbereich, und auch dort nur in dem Fall -- Es sind andere Punkte, die bei den Innenministern damals eine Rolle gespielt haben, etwa - das werden Sie feststellen - Familienzusammenführung, die Furcht, dass es einen Anstieg der Asylbewerberzahlen geben könnte. Aber nur in dem Bereich der Rückkehrbereitschaft --

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Herr Minister, mir geht es jetzt um die Frage --

Zeuge Fischer: Nein, ich versuche ja, Ihnen klarzumachen --

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ich kenne den Anlass und weiß auch, was Sie ausgeführt haben. Mir geht es jetzt einfach um die Frage, warum Herr Schily seine Kritik zurückgenommen hat. Hat er sie zurückgenommen, weil er nach dem Gespräch mit Ihnen und den Staatssekretären hat feststellen müssen, dass seine Kritik an dem Erlass ein Irrtum war?

Zeuge Fischer: Warum Herr Schily seine Kritik zurückgenommen hat oder so nicht

mehr aufrechterhalten hat, werden Sie ihn ja selbst fragen. Darüber habe ich mit ihm nie gesprochen. Als Sie mich gerade unterbrochen haben, habe ich nochmals versucht, Ihnen aus meiner Erinnerung heraus zu rekonstruieren, was mein Argument war. Sie haben ja vorhin völlig zu Recht die Frage in Bezug darauf gestellt: Was passiert, wenn der Verfassungsminister mit solch schwerem Geschütz kommt und sagt, es verstoße dagegen? Ich war der Meinung - ich meine, das habe ich ihm da mitgeteilt -, dass es eben so nicht ist, sondern so, wie ich es Ihnen gerade nochmals darzustellen versucht habe, als Sie mich unterbrochen haben.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Der „Stern“ zum Beispiel spekuliert darüber - -

Zeuge Fischer: Wer?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Der „Stern“! Der „Stern“ spekuliert darüber, dass es, außer den Rechtsgründen, weitere Gründe dafür gegeben habe, die dazu geführt haben, dass Innenminister Schily seine Kritik an dem Volmer-Erlass - oder Fischer-Erlass - zurückgenommen hat. Das ist Ihnen bekannt?

Zeuge Fischer: Welche?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Zum Beispiel der bevorstehende Parteitag der Grünen in Karlsruhe, wo es um die Frage gegangen ist: Hermes-Bürgschaften für ein Kernkraftwerk in China. Ich bin davon ausgegangen, dass Ihnen der Artikel bekannt ist.

Zeuge Fischer: Wer ist denn der Autor des Artikels?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Herr Jörges hat das geschrieben.

Zeuge Fischer: Herr Jörges! Das hätten Sie gleich sagen sollen.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ich frage Sie, ob diese Überlegung in dem Gespräch, das Sie mit Herrn Schily geführt haben, eine Rolle gespielt hat.

Zeuge Fischer: Mir ist der Artikel nicht so präsent, dass ich jetzt die ganzen Punkte, die da drinstehen, kenne. Aber der Parteitag, bei

dem ich furchtbar verprügelt wurde, weil diese Entscheidung getroffen wurde, weil - ich muss es gestehen - einer Mitarbeiterin, die ansonsten sehr penibel ist, diese Entscheidungsvorlage durchgerutscht ist - auch so etwas kommt vor -, hat mit Otto Schily und dieser ganzen Frage nach meiner Erinnerung überhaupt nichts zu tun. Im Übrigen: Ich möchte diesen Artikel nicht weiter kommentieren.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Das ist ja in Ordnung. Es ist dann davon die Rede gewesen, dass die - - Herr Schily hat Ihnen einen weiteren Brief vom 10. März geschrieben. Da heißt es wörtlich:

Ich bitte aber um Verständnis, dass ich angesichts der Bedeutung des Vorganges den Sachverhalt in der nächsten Kabinettsitzung ansprechen muss.

Ist er in der nächsten Kabinettsitzung angesprochen worden?

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, ich habe es schon zweimal gesagt. Ich habe in meiner längeren Eingangsstellungnahme und, glaube ich, hinterher noch einmal gesagt, dass wir darüber im Kabinett nach meiner Erinnerung nicht gesprochen haben, sondern dass das Gespräch vorher stattgefunden hat. Man sagt mir - ich weiß jetzt nicht, woher ich das habe -, es sei einen Tag davor gewesen; ich kann es zeitlich nicht mehr zuordnen. Das ist übliches Regierungshandeln, wenn sich zwei Häuser nicht einig sind; denn wenn man es einmal im Kabinett hat und es kontrovers aufeinander zuläuft, dann ist es sehr schwierig. In dem Falle waren wir beide der Meinung, wir sollten doch auf der Ebene der Staatssekretäre versuchen, ob wir da nicht zueinander kommen können, ob die Sorgen des Ministers nicht ausgeräumt werden können.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Herr Fischer, das steht alles außer Frage. Meine Frage ist gewesen, ob es im Kabinett angesprochen worden ist. Haben Sie sich denn - die Frage hat ja auch in der Öffentlichkeit eine Rolle gespielt - danach erkundigt? Sie haben ja Monate für das Aktenstudium gebraucht, bis Sie gesagt haben, Sie seien damit so weit, dass Sie hier vor den Ausschuss kommen können. Haben Sie sich, weil es eine wichtige Frage ist, im Nachhi-

nein im Bundeskanzleramt erkundigt? Haben Sie die Kabinettsprotokolle gesehen und nachgesehen, ob die Frage eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender -- Herr Abgeordneter - Entschuldigung, noch nicht Vorsitzender -, zur Unterstellung, dass ich Monate für das Aktenstudium gebraucht hätte: Wie kommen Sie darauf? Gibt es eine genaue Zeitüberprüfung, wie lange ich Akten studiert habe?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ich entnehme es Ihren Äußerungen: Sie haben gesagt, wenn Sie mit dem Aktenstudium fertig sind, stehen Sie dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung. Aber das ist nicht meine Frage gewesen.

Zeuge Fischer: Können Sie die Belegstelle zitieren?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Die Fragen stelle ich hier, Herr Fischer! Meine Frage ist gewesen --

Zeuge Fischer: Wenn Sie eine Behauptung aufstellen, dann müssen Sie einmal die Belegstelle zitieren.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Herr Fischer, Herr Zeuge, meine Frage war, ob Sie sich beim Bundeskanzleramt erkundigt haben, ob die Frage im Kabinett angesprochen worden ist oder nicht.

Zeuge Fischer: Ja gut, Herr Abgeordneter. Dann stelle ich erstens fest: Sie stellen hier Behauptungen auf, nach denen ich etwas gesagt haben soll, wofür Sie keinen Beleg bringen. Das ist eine Feststellung; Sie werden sie mir erlauben.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ich habe Ihnen eine Frage gestellt und die haben Sie zu beantworten.

Zeuge Fischer: Die Antwort bekommen Sie. Aber erst einmal: Wir wollen doch beide -- Sie unterstellen mir hier, ich hätte Monate gebraucht, um Akten zu studieren. Das haben Sie angeblich der Presse entnommen. Da kann ich Ihnen nur sagen: Mich würde es ganz einfach an dem Punkt interessieren, weil --

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ich bitte Sie jetzt, meine Frage zu beantworten. Ich werde Ihnen die Belegstelle dafür nennen.

Zeuge Fischer: Gut.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ich bitte Sie aber, erst einmal meine Frage zu beantworten. Das scheint für Sie eine problematische Frage zu sein, da Sie auf die Nebenkriegsschauplätze ausweichen.

Zeuge Fischer: Nein. Wie war die Frage noch?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Haben Sie sich im Rahmen der Vorbereitung auf diese Sitzung beim Bundeskanzleramt erkundigt, ob die Frage angesprochen worden ist?

Zeuge Fischer: Im formellen Sinne, dass ich mich da erkundigt hätte oder so? Ich glaube, ich habe einmal Frank Steinmeier gefragt: Hat das denn stattgefunden? Ich bin mir aber nicht sicher, ob ich ihn gefragt habe. Ich meine mich nämlich zu erinnern, dass es dazu keine Kabinettsörterung gab. Ich glaube, ich habe auch einmal den Kollegen Schily gefragt: Haben wir das im Kabinett gehabt? Ich meine, er habe geantwortet: Nein.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Sie haben also nicht in die Protokolle gesehen oder sehen lassen?

Zeuge Fischer: Ich habe keinen Auftrag erteilt: Jetzt schaut mal in die Protokolle! Ich meine, mir in meiner Erinnerung ziemlich klar zu sein, dass das nicht im Kabinett war. Wenn Sie es in den Protokollen gefunden haben --

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Die Kabinettsprotokolle werden uns nicht übersandt.

(Zuruf: Noch nicht!)

Zeuge Fischer: Also hätte ich dazu gar nichts sagen dürfen?

(Olaf Scholz (SPD): Es dürfen keine Aussagen zu Kabinettsitzungen gemacht werden!)

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Doch, Sie hätten schon etwas dazu sagen dürfen; denn Sie haben es ja selber in Ihrem Statement angesprochen.

Zeuge Fischer: Also, Sie sind mir aber einer! Jetzt begreife ich erst. Ich hatte aber gar nicht die Absicht, da drum herumzukurven; mich hat die Unterstellung aufgeregt.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Die Auskunft des Kollegen Scholz ist auch falsch. Natürlich können Sie die Frage, ob etwas im Kabinett angesprochen worden ist, hier beantworten. Das steht völlig außer Frage.

Zeuge Fischer: Ja, aber Sie haben ja auch nach den Kabinettsprotokollen gefragt, ob ich sie habe überprüfen lassen. Ich verstehe jetzt erst, was die Absicht Ihrer Frage war.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Nein, ich habe nicht gefragt, ob Sie die Protokolle haben prüfen lassen, sondern ich habe Sie gefragt, ob Sie Ihre Antwort auch anhand der Protokolle haben nachprüfen lassen. Das ist etwas anderes.

Zeuge Fischer: Okay.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ich glaube, das ist auch für Sie leicht nachvollziehbar. Haben Sie noch eine Erinnerung an das Gespräch mit Herrn Schily, das am 14. März stattgefunden haben soll?

Zeuge Fischer: Ich habe vorhin in der Antwort, als Sie mich unterbrochen haben, versucht, es - vage und nicht sehr belastbar - darzustellen, dass da nämlich ein Gespräch war, wo ich - vom Ergebnis her; im Grunde genommen gehe ich ergebnisrekonstruktiv vor - noch einmal unsere Auffassung dargestellt habe. Er wird - ohne dass ich das belastbar darstellen kann - seine Auffassung vorgetragen haben.

Ich denke, dass ich vor allen Dingen insistierte - das hat gar nichts damit zu tun, dass ich irgendwie herumkurven wollte - - Ich war der festen Überzeugung, dass wir mit dem, was wir gemacht haben - - Das war ja die Diskussion bei dem Treffen beim Minister im November: Sie haben gesagt, so gehe es. Dann kam ja auch die Vorlage, wo sie gesagt haben: Das ist unsere Kompetenz - ganz

schmal - und da brauchen wir keine Änderungen des Rechtsbestandes; damit wird auch der Innenminister keine Probleme haben. Ich habe es ja in meinem Eingangsstatement gesagt. Es hat sich dann allerdings nicht ganz so gezeigt wie in dieser Prognose. Ich nehme an, dass wir im Wesentlichen darüber gesprochen haben, Herr Abgeordneter.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Können Sie sich noch erinnern, wo dieses Gespräch stattgefunden hat?

Zeuge Fischer: Nein. Auch das habe ich schon gesagt. Ich weiß auch nicht, wann. Ich habe gelesen - ich weiß gar nicht mehr, wo -, es solle einen Tag vorher gewesen sein. Ich weiß es nicht. Ich weiß beim besten Willen auch nicht, ob es telefonisch oder persönlich war.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Wir haben ja einen entsprechenden Vermerk in den Akten gefunden, dass es sich am 14. März zugetragen hat. Wenn Sie sich nicht weiter daran erinnern können, dann spielt es ja weiter keine Rolle. Sie haben dann im Jahr 2001, als die erste Jubiläumspressekonferenz von Herrn Volmer stattgefunden hat, einen Brief bekommen, wieder von Herrn Schily. Können Sie sich daran noch erinnern?

Zeuge Fischer: An den Brief, aber nicht an den Vorgang in dem Sinne, dass ich es Ihnen jetzt - erstens, zweitens, drittens - vortragen könnte. Aber daran, dass es stattgefunden hat: ja.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Haben Sie sich in diesem Zusammenhang mit der Pressekonferenz von Herrn Volmer selber beschäftigt?

Zeuge Fischer: Nicht sehr intensiv. Für mich war es nur so: Es gab wieder Ärger; den hätte man vermeiden sollen und vermeiden können. Ich habe mich in dem Sinne nicht intensiv damit beschäftigt. Es war nur auch klar, dass der Staatsminister, wenn er Pressekonferenzen macht, es sich nicht vorher beim BMI und vor allen Dingen nicht auf der Ministeretage abzeichnen lässt. Wer ein bisschen unsere Parteigeschichte und die Akteure kennt, der weiß das nur zu gut.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Sie meinten vorhin, Sie hätten, als Sie in Ihrer Hausbesprechung über die Frage „Vorbereitung Fischer-Erlass vom 3. März“ gesprochen haben, gesagt, dass es zu keiner substantziellen Erhöhung -- Sie haben wörtlich gesagt: Substanzielle Erhöhungen der Visazahlen sollten ausgeschlossen sein.

Zeuge Fischer: Ich habe es vorgelesen, Herr Abgeordneter. Darf ich es noch einmal wiederholen?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Sie dürfen es gerne wiederholen, wenn es Ihnen hilft.

Zeuge Fischer: Ich dachte, es hilft *uns*. Für mich brauche ich es nicht zu wiederholen, weil ich es hier liegen habe. Aber ich lese es vor:

Diese Maßnahmen bergen auch nicht die Gefahr einer substantziellen Erhöhung von illegalen Zuwanderungsmöglichkeiten.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Herr Volmer hat in dieser Jubiläumspressekonferenz in seinem Sprechzettel eine Hitliste der fünf größten Visastellen vorgelegt. Wie gesagt: Jubiläumspressekonferenz Fischer-Erlass, früher Volmer-Erlass. Da heißt es unter anderem: Kiew plus 42 Prozent, Moskau plus 14 Prozent, Istanbul 21 Prozent, Minsk 14 Prozent, Bukarest 44 Prozent. Würden Sie sagen, dass ein Anstieg der Visazahlen - es ist ja die Jubiläumspressekonferenz zu diesem Erlass gewesen - von 42 bzw. 44 Prozent ein substantzieller Anstieg ist? Oder ist es keiner?

Zeuge Fischer: Zunächst einmal, Herr Abgeordneter, bedeutet - ich habe Ihnen ja vorhin den Kollegen Koch vorgelesen; er prognostiziert ganz andere Anstiege - ein Anstieg nicht per se, dass dieses etwas Schlechtes sein muss. Klar ist aber auch, dass wir im Lichte jetzt der Erfahrungen, die wir gemacht haben, da natürlich einen skeptischeren Blick darauf haben. Es war aber in der Situation damals, in der die Pressekonferenz stattgefunden hat, garantiert nicht der Fall. Ich weiß gar nicht, wie intensiv ich mich mit der Pressekonferenz beschäftigt habe. Ich hatte mich mit dem Ärger gewiss wieder zu beschäftigen, auch wenn ich hier -- Gott,

es sind alles Dinge, die finden statt. Da gibt es mal ein Telefonat oder man denkt sich -- Und dann geht es weiter.

Ich meine, was jetzt den Brief des Kollegen Schily anbetreffend hat, ist er nichts so Weltbewegendes gewesen. Die Pressekonferenz wurde von mir nicht so interpretiert „Hurra, wir machen die Grenzen auf!“ oder Ähnliches und schon gar nicht unter dem Gesichtspunkt, wie der Ausschuss hier arbeitet, sondern es war der Versuch, etwas zu dokumentieren, nehme ich an. Ich weiß auch gar nicht, ob ich in der Vorbereitung dieser Pressekonferenz in jener Ausführung irgendwie involviert war.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Das will ich auch gar nicht unterstellen. Das findet sich hier auch gar nicht in den Akten. Mir geht es bloß um den Punkt, dass Sie einen Brief bekommen von Herrn Schily, wo er auf den Bruch einer Verabredung verweist, die er mit Ihnen getroffen hat.

(Zuruf)

- Es ist verabredet worden, dass sich Herr Volmer nicht weiter dazu äußern soll. Es wird dann kritisiert. Dass dort eine Pressekonferenz stattgefunden hat, wird als Widerspruch zu dieser Vereinbarung gesehen. - Nicht wahr, Herr Kollege Montag, das ist korrekt.

Dann vermute ich, dass in einem durchschnittlich geführten Ministerbüro einem die Vorgänge vorgelegt werden.

Zeuge Fischer: Ja.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Der Brief von 2001, die Briefe von 2000. In dem Brief von 2000 heißt es unter anderem auch:

Ich weise Sie ausdrücklich darauf hin, dass Besuchervisa häufig missbraucht werden, um sich Zugang zum Asylverfahren zu verschaffen.

Der Widerspruch zum Recht. Dann, finde ich, wäre es eigentlich eine normale Situation, sich die Frage zu stellen: Hat es mit dieser Zunahme an erteilten Visa nicht gewisse Probleme gegeben? Denn wenn Herr Schily das vorher in Briefen ankündigt, Sie vorher davon ausgegangen sind, dass es keine substantzielle Zunahme geben soll, eine entsprechende Zunahme stattgefunden hat --

(Zuruf)

- Es geht ja erst einmal um die Frage der Indikatoren. Dass man dann nicht einfach mal einem Mitarbeiter - dem Büroleiter, was weiß ich, wem - die Frage stellt: Geh doch einmal der Frage nach. Könnte nicht an der Kritik von 2000 oder dem Hinweis von 2001 von Schily etwas dran sein? - So würde ich mir vorstellen, dass man kollegial miteinander umgeht.

Zeuge Fischer: Zum kollegialen Umgang möchte ich jetzt besser nichts sagen. Ich glaube, man sollte da wirklich bedenken, dass die Glashäuser, in denen wir alle gemeinsam sitzen, nicht sehr belastbar sind.

Das Zweite. Herr Abgeordneter, ich habe doch vorhin dargestellt - mit dem Kollegen Schily habe ich einen hervorragenden kollegialen Umgang -, wie die Perzeption damals bei mir war. Ich kann nur für mich sprechen. Es ist doch nicht so, dass ich die Probleme nicht gesehen hätte, die in Kiew da waren. Aber die Reaktionen - - Das haben die Kollegen zumindest - - Mit ihnen habe ich nicht enger zu tun gehabt. Aber ich erinnere mich: im Auswärtigen Ausschuss, Vertreter der FDP, Kollege Pflüger von der CDU, aber auch andere.

Diese Probleme waren - das war sozusagen immer im Hintergrund - nichts Neues. Die waren jetzt in Kiew. Die kannte man aber aus dem Baltikum. Die kannte man vom Balkan. Die kannte man aus Polen. Die Sicht auf die Probleme damals war ebendie: Ja, es gibt Leute, die versuchen Visaerschleichung, Schleusungsversuche oder Asyl, obwohl es keinerlei Begründung dafür gibt, und Ähnliches zu erreichen. Das ist ja nichts Neues. Es ist doch nicht 98 mit entstanden.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Das hat auch niemand behauptet.

Zeuge Fischer: Die Zuordnung - Herr Abgeordneter, das ist doch Ihre Frage: Warum haben Sie da nicht gefragt? - war eben damals: Wir machen, was wir können, um Personalaufbau hinbekommen, um die Baulichkeiten zu verbessern. Es sind doch die Akten voll. Sie werden es doch auch gelesen haben. Die Zustände waren doch nicht nur in Kiew.

Ich erinnere mich aus dem Kopf heraus an eine Akte in Warschau: 20 Ortskräfte in einem Raum auf kleinstem - - Zustände überall. Ich meine, Sie müssen aus der damaligen Zeit heraus argumentieren. Es ist

doch nicht so, dass ich im Rückblick nicht eine andere Perspektive darauf habe. Sie haben nur den Rückblick. Aber aus der damaligen Zeit war bei mir ganz offensichtlich die Zuordnung die: Wir bräuchten noch mehr Personal, wir müssen noch mehr ran an besseres Management, an Ressourcenverstärkung.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Aber allein aus den Briefen hätte sich eine andere Zuordnung ergeben können. Wenn Sie nach den Berichten gefragt hätten, die im Haus vorgelegen haben, hätte es passieren können.

Zeuge Fischer: Hätte ich meinen heutigen Kenntnisstand gehabt, hätte ich das alles gemacht.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Deswegen ist aber der Hinweis auf den Kollegen Pflüger zum Beispiel nicht korrekt, weil ihm gerade diese Möglichkeiten nicht vorgelegen haben.

Zeuge Fischer: Aber nein. Da kennen Sie offensichtlich die Zusammenarbeit - - Ich sage doch nicht dem Kollegen Pflüger, der sich damals noch sehr gut an die eigene Regierungspraxis erinnern konnte - - Auch Kollege Hoyer ist da sehr drin gewesen, deswegen hat er doch auch immer so gedrückt. Es ist doch nicht so. Es ist doch keine parteipolitische Kontroverse an dem Punkt, sondern man kann doch sagen: Spätestens im Bundestag hättet ihr doch alle Alarm schreien müssen, die Hütte brennt. Aber das war doch nicht. Aber es ist jetzt nicht so, dass ich das vorwerfe. Nur kommen Sie mir doch nicht mit dem Argument, damals war die Regierungszeit - -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Wenn die Berichte vorgelegen hätten - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Darf ich darauf hinweisen, dass die Redezeit vorbei ist und das Fragerecht übergeht an Herrn Montag. Bitte.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Minister, ich darf noch einmal zurückkehren auf den Runderlass vom 3. März 2000, auf den Fischer-Erlass, wie Sie sagen.

Zeuge Fischer: Einen Namen braucht der doch.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja in Ordnung.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Es hatte ja lange genug gedauert.

Zeuge Fischer: Wenn das befriedigt.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister, auf der ersten Seite steht, dass Sie Weisung erteilt hätten - ich zitiere jetzt ausschnittsweise -, „wesentliche Grundsätze unseres Visumverfahrens zu bekräftigen“. Dann heißt es in diesem Erlass im nächsten Satz:

Dazu gehören neben dem deutschen Ausländerrecht und den Vereinbarungen der an den Schengen-Acquis gebundenen EU-Partner die vom Auswärtigen Amt ergangenen Runderlasse ...

Als dieser Text Sie erreicht hat: War er dann, was der Inhalt der Aussage ist, von den Rechtsabteilungen in Ihrem Hause geprüft?

Zeuge Fischer: Es kam von dieser Abteilung, wenn ich mich richtig entsinne.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es kam von der Fachabteilung 514?

Zeuge Fischer: Ja, ja. Das ist das Referat, das damals mit, wenn ich das richtig sehe, ausländerrechtlichen Fragen betraut war.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch einmal zur Klarstellung: Hat zu irgendeinem Zeitpunkt irgendein Mitarbeiter Ihres Hauses, der mit Rechtsangelegenheiten, mit der Rechtsprüfung, mit der völkerrechtlichen Prüfung befasst ist, Ihnen gegenüber ein Bedenken gegenüber dem Inhalt des Erlasses erhoben in dem Sinne: Das könnte in Kollision stehen zu irgendwelchen Rechtsnormen?

Zeuge Fischer: Ich kann mich an solches nicht erinnern. Die Konsequenz wäre gewesen, dass es dann zu ändern gewesen wäre. Ich meine, mich zu erinnern, dass die Diskussion damals im Ministergespräch eine

Diskussion war: Was geht denn? Das ist eine Frage, die muss man an die dafür zuständigen Juristen stellen. Sie können eine politische Absicht haben. Aber Sie müssen sie dann in einem Rechtsstaat rechtskonform umsetzen. Das ist doch völlig klar.

Da ist dann die Frage, wenn die Rechtsvoraussetzungen, was ja das Normale ist, nicht geändert werden können und nicht geändert werden sollen - es gab da keinen, zumindest meinerseits - - dass ich da Druck gemacht hätte -: Wo bestehen dann aber die Spielräume im Rahmen der geltenden Gesetze, des geltenden Rechtes und seiner Ausführungsbestimmungen? Wo können wir denn sozusagen mehr an humanitärer, an Familienreisen etc. - - Was geht jetzt?

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich versuche, das nachzuvollziehen. Sie sagen, Ihr Haus hat Ihnen die eindeutige und klare Botschaft gegeben, das, was beabsichtigt ist, befindet sich völlig im Rahmen des nationalen und europäischen Rechts. Dann kam der Brief des Bundesministers Schily - der ist ja schon richtig zitiert worden -, wo der Bundesminister Schily darauf hinweist, dass es seiner Auffassung nach doch Probleme mit dem nationalen und europäischen Recht geben könnte. Sie haben uns hier berichtet, dass Sie daraufhin die beiden Juristen, die beiden Staatssekretäre, nach einem Gespräch mit Schily gebeten haben, sie sollen diese Rechtsfragen untereinander klären.

Meine Frage ist jetzt - nach der Klärung -: Mit welcher Botschaft kam Ihr Staatssekretär zu Ihnen zurück? Es mussten ja die Fragen diskutiert worden sein: Verstößt jetzt dieser Runderlass gegen Recht oder nicht? Jetzt sollten die Staatssekretäre das klären. Und dann muss es ja einen Rücklauf gegeben haben. Was hat Ihnen der Staatssekretär berichtet?

Zeuge Fischer: Wir gingen immer davon aus - - Diese Auffassung, dass wir hier sozusagen einen rechtswidrigen Erlass gemacht hätten, haben wir nie geteilt. Dabei habe ich mich selbstverständlich auf die juristische Fachkompetenz verlassen müssen. Wie könnte es auch sonst gehen? Das kann ich ja nicht per politische Willenserklärung dekretieren. Deswegen sollte es ja auch abgeprüft werden an den Argumenten - es ist ja nicht so, dass die nicht abgeprüft worden wären -, die gekommen sind. Aber es zeigte

sich eben, dass eine entsprechende Änderung unserer Rechtsauffassung nicht notwendig war.

Dann gibt es ja -- Ich war bei den Gesprächen mit dem Staatssekretär nicht dabei; ich weiß nicht, was er, als er zurückkam, zu mir sagte. Aber es gibt ja die Briefwechsel, den Schriftverkehr unter Einschluss eines abschließenden Telefongesprächs, wo man sich nicht ganz einig war. Aber wann war das zwischen BMI und AA in der Vergangenheit schon mal der Fall? Das gilt ja nicht nur für unsere Regierung. Das ist auch --

Ich sage nochmals: ein gewisser rationaler, institutioneller Konflikt, den ich überhaupt nicht klein machen will. Es wäre völlig -- Das Innenministerium hat eine andere Aufgabe als das Auswärtige Amt. Das muss so sein. Deswegen gibt es ja auch die Ressortdifferenzen. Da kann ich nur sagen: Dieser Schriftwechsel ist, was ich in den Akten gefunden habe und worauf ich mich beziehe -- an Erinnerungen jetzt: was sagte er, als er zurückkam --, glaube ich, belastbar.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte gerne, damit das hier auch vollständig in öffentlicher Sitzung besprochen wird, noch einmal auf das Schreiben zurückkommen, das Sie selbst in Ihrem Eingangstatement, Herr Minister, hier aufgeführt haben. Das ist dieses Schreiben des Innenministeriums Baden-Württemberg vom September 95. Sie selber haben es ja als Beleg verwendet. Deswegen will ich darauf noch einmal mit Ihnen zusammen zu sprechen kommen, insbesondere wegen des von Ihnen auch angesprochenen handschriftlichen Zusatzes: „Das geht wohl an der Realität vorbei.“

Der Hintergrund ist, dass in diesem Schreiben des Landesinnenministeriums Baden-Württemberg der Landesinnenminister von Baden-Württemberg den Bundesinnenminister bittet -- das ist Seite 2, erster Satz --:

Allerdings bitten wir, dafür Sorge zu tragen, dass die deutschen Auslandsvertretungen

- das heißt, die Botschaften -

nur in begründeten Einzelfällen ...
Verpflichtungserklärung nach § 84
... verlangen.

Dazu gibt es dieses X: „Das geht wohl an der Realität vorbei.“ Das hat damit zu tun, dass

die Botschaften Ihres Hauses überhaupt keine solchen Verpflichtungserklärungen verlangen oder nicht verlangen. Das ist eine Fehlsicht der Dinge. Sondern der Antragsteller kommt mit einer Verpflichtungserklärung völlig ungefragt und der Visumerteiler steht vor dem Problem, was er dann macht, wenn die bonitätsmäßig nicht geprüft ist.

Dann kommt es nach dem Erlass vom 02.09.99 dazu, dass es geheißen hat: Wenn so ein Antragsteller mit einer Verpflichtungserklärung kommt, die nicht auf die Bonität überprüft ist, dann soll, außer in Ausnahmefällen, das Visum erteilt werden. Ich frage Sie: Haben Sie aus den Akten auch entnehmen können, dass diese Vorgehensweise, die da am 02.09. begründet worden ist, auf Wunsch des Bundesinnenministeriums erfolgte -- Schreiben vom 18.08. -- und mit Einverständnis aller Landesinnenministerien? Das war also von allen so gewollt. Ob es im Nachhinein sich jetzt als schlecht darstellt, ist eine andere Frage.

Zeuge Fischer: An das Schreiben vermag ich mich jetzt sozusagen hier nicht zu erinnern. Es kann sein, dass es mir vorgelegen hat. Aber ich denke, Sie beschreiben den Vorgang schon völlig richtig. Das große Problem war doch -- Wenn Sie so wollen, das ist auch eine Lektion, die wir -- ich meine mit wir wirklich auch die Referate und alle -- zu lernen haben. Deswegen finde ich Zur-Rechnenschaft-Ziehen und Ähnliches einen falschen Ansatz.

Da saßen doch die Beamten im Innenministerium und im Außenministerium zusammen und versuchten, ein Problem der Rechtsanwendung, aber nicht von ihnen, und eine Risikovermeidung für die Länderkassen zu erreichen. Ich meine, da kann man schwer böse Absicht unterstellen; denn es waren ja die Länder gewesen und hier die jeweiligen kommunalen oder regionalen Ausländerbehörden, die dieser Pflicht der Bonitätsprüfung hätten nachkommen müssen. Umgekehrt sagten die: Wir können aber auf der anderen Seite das jetzt nicht -- und zwar nicht bei denen, die etwas Illegales tun wollen, sondern die mit besten Gründen und eigentlich Anspruch auf ein Visa -- Im Falle mancher Reisen, die ein Tag oder zwei -- Es ist ja nicht so, dass es so einfach ist, nach Kiew aus der ukrainischen Provinz dorthin zu kommen, wenn sie etwa im Südosten oder im Süden sind. Dann kriegen die mitgeteilt: Sorry, wir haben da keine geprüfte Bonität,

tut uns Leid, abgelehnt! - Das war doch das Problem, mit dem die zu tun hatten.

Die Lektion sollte daraus sein: Tauchen solche Probleme auf: Nach oben! Letztendlich hätte man Alarm schreien müssen: Eine ausländerrechtliche Regelung wird nicht so angewandt, wie sie angewandt werden müsste. Es gibt ein Problem. Das ist eine der Lektionen, die so mit eingeht in die Erörterung - was ich vorhin dem Kollegen Scholz gesagt habe -, dass sich das nicht wiederholt. Eigentlich ist es ein politischer Vorgang. Sie haben aber versucht - ich unterstelle da nur die besten Absichten -, das zu lösen, mit besten Absichten.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister, ich habe noch eine Frage zur Organisation Ihres Ministerbüros. Auf sehr vielen Vorlagen oder - besser gesagt - auf sehr vielen Dokumenten ist sozusagen quasi automatisch der Verteiler draufgeschrieben. Bei diesem Verteiler heißt es auch sehr oft: einmal MB, einmal Ministerbüro. Trotzdem - so haben wir jedenfalls im Ausschuss schon lernen müssen -: Nicht alles, was das Ministerbüro erreicht, erreicht auch den Minister, und zwar beileibe nicht alles. Es muss also im Ministerbüro eine innere Organisationsstruktur geben, die dafür sorgt, dass Sie nicht mit allem überschwemmt werden, was das Ministerbüro erreicht, sondern dass nach irgendwelchen Kriterien ausgesiebt wird.

Meine Frage an Sie ist: Haben Sie in die Organisationsstruktur des Ministerbüros, nachdem Sie das Amt übernommen haben, gegenüber den Techniken der Vorgänger irgendwie eingegriffen? Wurde da irgendetwas verändert? Oder sind diese Kriterien und diese Organisationsabläufe und vielleicht auch zum Teil die Personen die gleichen geblieben?

Zeuge Fischer: Natürlich gibt es eine Rotation. Aber in der ersten Phase habe ich erst einmal unter Einschluss des nicht unmittelbar zum Ministerbüro gehörenden Pressereferats auf Kontinuität gesetzt. Es war damals ein Kollege, der lange für meinen Vorgänger gearbeitet hat und sozusagen in der ersten Phase auch da. Es gibt verschiedene, die immer noch aus dieser Zeit bei mir arbeiten oder die wieder zurückgekehrt sind, die schon für den Vorgänger gearbeitet haben.

Es gab Rotation, ohne jeden Zweifel. Das ist übrigens im Auswärtigen Amt so üblich. Ich meine, der Kollege Pleuger wurde kritisiert, dass er diese Dinge benannt hat; aber das gehört wirklich zur Realität des Auswärtigen Amtes, dass du eine Versetzung bekommst, dass du morgen dann eben draußen bist auf einer Botschafterstelle, dass du dich mit etwas völlig anderem beschäftigst. In dessen Kopf geht gegenwärtig nicht vor: „Was war in dem starken Jahr, in dem er Staatssekretär war, in dem Bereich, wo hauptsächlich der Balkan dominiert hat?“, sondern die Reformen; er war einer der großen Väter der Reformen. Auf der anderen Seite steht heute, wenn es seine Erinnerung betrifft, für ihn die VN-Reform im Vordergrund.

Ich kann es, ich möchte es auch zurückweisen, dass hier gezielte Gedächtnislücken da sind. Wir hatten da Rotation. Aber ich kann mich nicht erinnern; technisch wüsste ich nicht -- Der Umzug hat viel verändert, ohne jeden Zweifel, aber in Bonn -- Selbst das Interieur blieb dasselbe. Auch die Kontinuitäten in der entsprechenden Rechtsabteilung sind ja nicht dauerhaft, aber über längere Zeiträume --

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie würden sagen, die Mechanismen --

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Montag. Sie war schon lange zu Ende.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? - Ich will das noch einmal in einem --

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das Fragerecht geht jetzt an Herrn Kollegen Königshaus. - Bitte.

Hellmut Königshaus (FDP): Vielen Dank. - Herr Zeuge, ich habe eine Frage. Sie haben sich eben ein bisschen darüber lustig gemacht, als der Beitrag von Herrn Jörges angesprochen wurde, das habe vielleicht alles mit dem Parteitag zu tun gehabt, worüber wir hier reden. In Köln haben Sie Ähnliches auf der Landesdelegiertenkonferenz gesagt. Ich komme noch einmal zurück: Der „Spiegel“ hat am 05.02. damals geschrieben, das Datum sei mit Bedacht gewählt: das

Datum unter anderem auch dieser Volmer-Pressekonferenz und damit natürlich auch der dahinter stehende Erlass.

Ich habe eine Frage: Könnte es sein, dass es sehr wohl auch mit einer gewissen Taktung im Hinblick auf bestimmte Ereignisse wie zum Beispiel den Parteitag zu tun hat, dass dieser Erlass gerade in dem Moment kam, dass er gerade in dem Moment in dieser Form vom Staatsminister eröffnet wurde?

Es fällt nämlich auf, dass es über die Hausbesprechung, die Sie hier geschildert hatten - an die Sie übrigens von allen Beteiligten, die wir hier gehört haben, noch die beste Erinnerung hatten; aber die ist auch noch relativ gering -, kein Protokoll gibt. Ich weiß nicht, ob das üblich ist. Sie selbst hatten das ja eben beklagt. Da gibt es keine Teilnehmerliste.

Könnte es doch sein, dass dort ins Haus ein bisschen hereingegeben wurde: Wir möchten dann und dann einen Knaller setzen oder so irgendwas?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie müssen Ihr Mikrofon wieder einschalten.

Zeuge Fischer: Ich verstehe ja die Frage, weil sie sozusagen nahe an der Realität der Parteien ist, Herr Abgeordneter. Ich muss aus dem Gedächtnis argumentieren und ich sage ganz offen: Wenn ich es anders sehen würde, würde ich es Ihnen sagen. Was wäre denn dabei, wenn man sagt: Okay, da ist jetzt eine wichtige Sache; da wollen wir daraufhin dieses Projekt, das wir eh machen wollten, haben? Ich kann mich aber daran wirklich - - Mir liegt keine Erinnerung vor, nicht wegen einer Erinnerungslücke. Ich denke mir, wenn es da Pressionen gegeben hätte, müsste ich mich daran erinnern können, oder nur: Jetzt mach mal! Sei so lieb oder - - wie das halt so im Parteiinnenleben nicht nur bei uns, sondern hier in weiten Runden der versammelten Abgeordneten da ist. Aber ich habe diese Interpretation zum ersten Mal jetzt im Zusammenhang mit diesem „Stern“-Artikel gehört. Aber ich erinnere mich, Herr Abgeordneter, sehr genau - wenn es diese China-Entscheidung war: Dafür bekam ich richtig schmerzhaft Prügel von meiner Partei.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, das ist ja auch überliefert.

Zeuge Fischer: Daran kann ich mich auch gut entsinnen.

Hellmut Königshaus (FDP): Nur, die China-Entscheidung interessiert uns jetzt nicht. Es geht darum, ob die Visapolitik und die Veränderung und die Art ihrer Außendarstellung getaktet war.

Ich habe noch eine Frage. Der Herr Lohkamp - das ist ja einer der Beamten, die Sie da nicht hingesetzt haben; keiner von den Grünen usw., also einer aus der Fachabteilung, also jemand, der mit Parteidingen eigentlich nichts zu tun hat - hat, wie ich hier einem Vermerk entnehme, und zwar nachdem diese Beschwerde von Herrn Schily kam, mit dem Bundeskanzleramt telefoniert. Da hat nämlich der Herr Mützelberg - das ist der Gruppenleiter - -

Zeuge Fischer: -burg!

Hellmut Königshaus (FDP): Was habe ich gesagt?

Zeuge Fischer: -berg.

Hellmut Königshaus (FDP): Nein, -burg, Mützelburg. Das ist der, der unter anderem auch für das Auswärtige Amt dort zuständig ist, und der hat sich auf Weisung des Chefs der Bundeskanzleramtes um diese Angelegenheit gekümmert, was ja dann auch zu diesem, ich nenne es mal: Stillhalteabkommen geführt hat. Und dort macht er also Erläuterungen unter anderem; das ergibt sich hier aus einem Vermerk von Herrn Mützelburg vom 10. März. Dort erklärt er also alles dies so, wie wir das von einigen anderen hier auch gehört haben und wie es auch in den Akten begründet wurde, es gebe ein Spannungsverhältnis zwischen Reisefreiheit usw. und alles dies und Geister des Koalitionsvertrages. Das immerhin ist bei einem Laufbahnbeamten schon merkwürdig. Und dann steht hier noch als abschließende Anmerkung:

Lohkamp ließ durchblicken, dass das Timing der Neufassung und der Präsentation durch Staatsminister Volmer nicht ohne Bezug zum Parteikalender der Grünen stehe und etwas mit deren Profilsorgen zu tun habe.

Woher hat ein Laufbahnbeamter, der nichts mit den Grünen zu tun hat, Kenntnis

über Profilsorgen der Grünen? Woher kennt er den Parteikalender und wie kommt er auf die Idee, den Parteikalender sozusagen bei seiner Arbeit zu berücksichtigen? Und vor allem: Ist das nicht auch ein Hinweis, dass es eben sehr wohl getaktet ist? Da Sie mit dem Kopf schütteln, nehme ich an, es war eben nicht von Ihnen getaktet. Frage also an Sie: Von wem denn sonst?

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, ich war bei diesem Telefongespräch nicht dabei. Ich weiß auch nicht, wie sich der betroffene Kollege diese Meinung gebildet hat. Der war ja hier schon Zeuge und ich nehme an, Sie haben - -

Hellmut Königshaus (FDP): Er konnte sich aber an nichts erinnern.

Zeuge Fischer: Ich nehme an, Sie werden ihn noch danach fragen, wie er zu dieser Auffassung kam. Ich sage nochmals: Wenn ich einen anderen Erkenntniszusammenhang hätte, würde ich es Ihnen sagen, weil da nichts zu verbergen ist. Aber ich kann mich beim besten Willen nicht an einen solchen Zusammenhang erinnern.

Hellmut Königshaus (FDP): Sie sagen jetzt, Sie haben nichts zu verbergen. Dahinter steht aber eben doch auch die Vermutung, dass es eben sehr wohl richtig sein könnte - was ja gelegentlich dann auch interpretiert wurde; man musste eben, um bestimmte andere Entscheidungen - - Wenn man Zeitung liest, kennt man ja das Innenleben der Partei der Grünen doch auch ein bisschen, für den - -

(Zuruf)

- Ja, doch, man bemüht sich; Sie bemühen sich ja auch, gelegentlich einen Blick zu geben - - dass man dann eben tatsächlich versucht hat, nachdem der Realoflügel eine bestimmte Aktivität aus dem Koalitionsvertrag heraus gestaltet, dass nun also auch die Fundis ein bisschen befriedigt werden könnten.

Zeuge Fischer: Nein, so habe ich nicht gedacht.

Hellmut Königshaus (FDP): Sie nicht. Ich fragte: Wer könnte das gewesen sein?

Zum Beispiel der Herr Volmer, der am Donnerstag hier war?

Zeuge Fischer: Also, da gäbe es ja immer noch mich. Völlig zu Recht sagen Sie ja: Der Minister ist verantwortlich.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie haben sich doch nicht darum gekümmert, haben Sie gesagt, um die Passkontrollen.

Zeuge Fischer: Wir reden ja jetzt nicht über die - -

Hellmut Königshaus (FDP): Moment. - Herr Vorsitzender, bitte nicht auf meine Redezeit, wenn's geht.

Herr Volmer könnte ja möglicherweise Sie nicht gefragt haben und ins Haus hineinregiert haben. Wir haben ja auch von der Zeugin Nibbeling-Wrießnig gehört, dass sie zwar nur dunkle Erinnerung habe, aber gar keine Einwirkungsmöglichkeiten ins Haus habe; aus dem Haus selbst hört man aber, dass sie sehr wohl Einfluss genommen habe. Ich frage mal; es ist ja nicht völlig - - Sie haben die Realität angesprochen. Da geht es ja nicht nach formalen Zuständigkeiten, sondern wenn der Staatsminister eine Bitte äußert, passiert es ja gelegentlich doch, dass man auf ihn hört, auch wenn er offenbar so an der Ecke steht, wie Herr Volmer uns das hier geschildert hat. Aber er sagt ja, gelegentlich hat man ihm auch einen Gefallen getan und war nett zu ihm.

Zeuge Fischer: Ich habe ja viel von der Vernehmung gesehen, nicht alles. Ob diese Zusammenfassung von ihm akzeptiert würde oder von mir akzeptiert werden kann und darf, das will ich mal dahingestellt sein lassen.

Hellmut Königshaus (FDP): Sonst hätte der Montag schon wieder geschrien, wenn er es nicht gesagt hätte.

(Heiterkeit)

Zeuge Fischer: Aber nochmals zur Sache: Das sind Fragen - - Schauen Sie, Herr Abgeordneter, Sie wissen doch ganz genau: Entweder habe ich da Erkenntnis gehabt; dann müsste ich Ihnen das sagen. Ich kriege solche Erkenntnisse aus meinem Gedächtnis und aus den Akten nicht hervor. Die Art und

Weise - - Ich wurde ja in der damaligen Zeit sehr kritisiert, dass ich gesagt habe: Es gibt keine grüne Außenpolitik; es gibt deutsche Außenpolitik. Ich wurde da gerade von meiner Partei her sehr stark kritisiert; ich würde das so ohne Weiteres heute auch nicht mehr sagen. Aber wir reden ja über die damalige Zeit. Aus meiner Sicht: Ich habe zu dieser Hausbesprechung eingeladen. Es gab da jede Menge auch an Vorbereitungen, wie man ja den Akten entnehmen kann, wo sie richtiggehend gearbeitet haben, sich darauf vorbereitet haben.

Hellmut Königshaus (FDP): Nur kein Ergebnis, jedenfalls kein Protokoll darüber. Das ist das Erstaunliche.

Zeuge Fischer: Das ist eine Frage, die ich gerne mal prüfen will. Aber ich glaube nicht, dass bei Hausbesprechungen Protokolle erstellt werden.

Hellmut Königshaus (FDP): Das ist eigentlich so üblich.

Zeuge Fischer: Nein.

Hellmut Königshaus (FDP): Vor allem, wenn Weisungen erteilt werden.

Zeuge Fischer: Nein, nein, sondern was üblich ist und Sie finden, wenn Sie so wollen, ja die Zusammenfassung dann in der Vorlage. Man sitzt dort ja nicht zusammen. Es ist ja kein interministerieller Arbeitskreis. Und schauen Sie, ich bin nun weiß Gott nicht der Typ, zum vermehrten Male: kein Jurist. Ich meine, dass es am besten ist, wenn man ein Problem lösen oder neu angehen will, möglichst zu diskutieren und es dann abzuschichten, aufzuschneiden und Problemteil für Problemteil zu isolieren. Insofern setzen wir uns öfter zusammen und dann wird - gerade jüngst mal wieder - eine Diskussion: Wo stehen wir jetzt in diesem entscheidenden Jahr im Kosovo - - Und dann sitzen wir zusammen. Da führt aber keiner Protokoll. Dennoch schreiben viele mit, weil das in die Arbeit des Referats einfließen muss. Aber das ist kein formelles Protokoll, wo dann am Ende steht: Minister hat gesagt etc. Da verkennen Sie den Charakter. Das sind Arbeits-sitzungen. Das ist eingeflossen in das Dokument, das Sie ja kennen. Das muss ich Ihnen nicht mehr vorlesen.

Hellmut Königshaus (FDP): Nein, bitte nicht. Die Frage hatten Sie aber nicht beantwortet, wie Sie es sich denn erklären, dass ein Laufbahnbeamter dann zu solchen Parteiüberlegungen kommt.

Zeuge Fischer: Laufbahnbeamte sind doch nicht unpolitische Wesen.

Hellmut Königshaus (FDP): Wie bitte?

Zeuge Fischer: Laufbahnbeamte sind doch nicht unpolitische Wesen.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber keine parteipolitischen.

Zeuge Fischer: Nein, aber natürlich beobachten sie uns sehr genau und machen sich ihre Gedanken, nehme ich mal an, der eine oder andere. Insofern - Sie wollten wissen, wie ich das interpretiere -: So interpretiere ich das und das wissen Sie doch auch. Sie gucken doch sehr genau zu. Das war doch bei euch früher auch so.

Hellmut Königshaus (FDP): Was bei uns früher war, also jedenfalls wenn - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das können wir jetzt aber nicht vertiefen, wie es bei Ihnen früher war.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich würde da gern Ausführungen machen, wenn ich dürfte.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das geht aber schon aus Zeitgründen nicht; denn die Redezeit ist vorbei. Jetzt die Frage an Sie, Herr Zeuge: Wie viel Pause brauchen Sie? Reicht eine halbe Stunde?

Zeuge Fischer: Wenn Sie mir ein Stündchen gewährleisten können.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Bitte?

Zeuge Fischer: Wenn Sie mir ein Stündchen gewährleisten können.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ein Stündchen?

Zeuge Fischer: Ich wollte rübergehen in mein Abgeordnetenbüro, etwas essen, mich

ein bisschen frisch machen und dann stehe ich Ihnen gerne wieder zur Verfügung.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Kein Problem. Das heißt, eine Stunde. Geben wir Ihnen eine gute Stunde; dann würde ich sagen 15.30 Uhr, wenn Ihnen das recht ist.

Zeuge Fischer: Ja, danke. - Herr Vorsitzender, eine technische Frage: Kann ich denn alles hier liegen lassen, ohne dass es berührt wird?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Keiner wird in die Akten hineinschauen.

(Unterbrechung von 14.23
bis 15.30 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich setze die Beratung mit der nächsten Berliner Stunde fort.

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Fischer

Das Wort hat der Kollege Scholz. Bitte.

Olaf Scholz (SPD): Herr Minister, ich möchte noch einmal zu Ihrer Entscheidung im März 2003, die Nutzung von Reiseschutzpässen, das Carnet de Touriste vom ADAC, seit 1995 in Betrieb, und der anderen 2001/02 gestatteten Reiseschutzpässe einzustellen, zurückkommen. Wir wissen aus den Akten: Es hat eine Vorlage gegeben, die Sie erreicht hat. Die haben Sie unterzeichnet. Das haben Sie uns auch berichtet. Nun ist das, was wir hier alles verhandeln, ein etwas beeindruckenderer Vorgang, als dass Sie das da in zehn Minuten verhandelt haben werden. Vielleicht können Sie uns ein bisschen erläutern, was Sie in diesem Zusammenhang erörtert, überlegt, wahrgenommen haben.

Zeuge Fischer: Ich kann es relativ kurz machen, weil ich auf meine Ausführungen vorher Bezug nehmen kann. Es war klar - vor allen Dingen auch durch das Handeln des Fachreferats -, dass sich hier ganz offensichtlich diese Instrumente, die in sich ja nicht unvernünftig sind, als extrem missbrauchsanfällig - bis hin zu dem Prozess - erwiesen haben und dass von diesen Instrumenten, zumindest von diesem hochmissbrauchsanfälligem Instrument der Reise-

schutzversicherung - jenseits Krankenversicherung -, Abschied genommen werden musste. Zugleich stellte sich dann natürlich auch die Frage, dass hier offensichtlich eine Situation war, die sich beruhigt hatte. Das war ja der entscheidende Punkt. Die Zahlen gingen ja dann deutlich nach unten. Aber es war klar: Hier ist eine Situation eingetreten. Ich war froh, dass die Fachabteilung mit ihren Entscheidungen zu einer Normalisierung beigetragen hat.

Olaf Scholz (SPD): Haben Sie dazu noch einmal eine Besprechung mit Ihren Mitarbeitern gehabt? Das ist doch ein bedeutender Vorgang, auch im Zusammenhang mit dem Kölner Verfahren, das dann auch vorkommt. Woran erinnern Sie sich in diesem Zusammenhang?

Zeuge Fischer: Mir liegen keine Unterlagen über eine solche Besprechung vor. Aber es hat viele Gespräche gegeben, ohne jeden Zweifel. Es war dann ja auch - - Es musste sozusagen klar gemacht werden, dass alle Informationen möglichst schnell und zeitnah tatsächlich nach oben gegeben werden und dass es zu einer entsprechenden Überlegung kommt, wie wir so was in Zukunft verhindern können. Dazu habe ich Ihnen heute Vormittag schon einiges vorgetragen.

Olaf Scholz (SPD): Ich würde mit Ihnen gerne noch mal die Veränderungen erörtern, die der 11. September 2001 in der Frage der Visapolitik ausgelöst hat, was Sie da diskutiert haben, was bewegt und entschieden wurde.

Zeuge Fischer: Der Fokus war natürlich eine andere Region; das ist ja ganz klar. Es war nicht so sehr Kiew oder die GUS-Staaten, sondern der Fokus lag natürlich in einer anderen Region. Aber das wissen Sie, Herr Scholz, natürlich sehr genau. Vor allen Dingen das Terrorismusbekämpfungsgesetz hat natürlich Auswirkungen gehabt, und hier vor allen Dingen auch der Aufbau einer neuen Prüfdichte, die genau in diese Frage „Terrorbekämpfung“ und vor allen Dingen in eine bessere Barriere gegen Sicherheitsgefahren geht, die aus diesem Bereich kommen können.

Olaf Scholz (SPD): Haben diese ganzen Stellenprobleme, von denen Sie vorhin ge-

sprochen haben, da auch noch eine Rolle gespielt? Wir wissen aus der Akte von „Schleusungsbeauftragten“.

Zeuge Fischer: Ich glaube, das war das einzige Mal, mit Ausnahme 99; aber es wurde dann sehr schnell wieder eingesammelt. Es gab dort ein zusätzliches Stellenpotenzial aus den so genannten Antiterrormitteln. Dieses Potenzial wurde ebenfalls umfassend genutzt, auch an den Botschaften. Aber ich kann Ihnen das jetzt aus dem Kopf heraus nicht quantifizieren.

Olaf Scholz (SPD): Glauben Sie, dass die jetzige Situation so ist, dass die Arbeit, die an den Botschaften anfällt, im Konsularbereich bewältigt werden kann, oder sollte es da zu weiteren Ausstattungen kommen?

Zeuge Fischer: Wir würden uns freuen, wenn wir weitere Ausstattungen bekämen. Aber gleichzeitig denke ich mir, dass wir den Status an den wesentlichen Botschaften - ich konnte mich etwa in Kiew selber davon überzeugen; ich war auch in Tirana; ich war in Pristina - mit diesen Mitteln aufrechterhalten können, den wir für notwendig und angemessen halten.

Aber ich kann nur noch mal darauf hinweisen: Wir leisten heute als vereinigt Deutschland mit einem wesentlich kleineren auswärtigen Dienst - in Größenordnungen vergleichbar mit dem alten Dienst vor der deutschen Einheit - unter ganz anderen Bedingungen natürlich viel, viel mehr. Die Rolle unseres Landes ist eine wichtigere geworden; da braucht man überhaupt nicht drumrum zu reden. Das hat natürlich auch entsprechende Belastungen. Länder wie Indien und China sind im Aufbruch. Ich will dem Kollegen Koch gar nicht widersprechen. Ich meine, 1 Million klingt für uns viel. Aus dem Horizont dieser großen Länder ist 1 Million nicht viel. Wir werden dort Herausforderungen haben, auf die wir uns natürlich - wenn wir uns nicht abschotten wollen; dafür würden wir einen hohen Preis bezahlen - einstellen müssen. Aber da sind wir sozusagen in der exploratorischen Phase.

Ich denke, dass gerade die Botschaft in Peking gezeigt hat, dass sie doch sehr an dem Problem dran ist. Ich habe ja in meinem Beitrag vorher erwähnt, dass es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Peking waren, die diesen Fälschungstatbestand aufgedeckt

haben und die entsprechenden Konsequenzen gezogen haben. Auch im Schengen-Verbund gab es dort Informationsübermittlung.

Aber das wird auf uns zukommen. Auch im Bereich des indischen Subkontinents, wo wir ebenfalls aus vielerlei Gründen stark vertreten sind und vertreten sein wollen - ich meine: vertreten sein müssen -, und in anderen Bereichen werden zusätzliche Aufgaben auf uns zuwachsen. Ich sehe nicht, dass wir hier auf absehbare Zeit von der Europäischen Union, also durch ein schnelleres Zusammenwachsen, Entlastung kriegen.

Olaf Scholz (SPD): Ich wollte doch noch mal ganz gerne zur Europäischen Union kommen, was die Frage „Schengen-Partner“ und Ähnliches betrifft. Haben Sie Vorstellungen, dass es dort weitere Entwicklungen bei der Zusammenarbeit im Bereich der Visumerteilung geben kann, dass gemeinsame Strategien entwickelt werden können? Denn letztendlich ist jedes Schengen-Visum eines für den gesamten Raum und die Visa, die wir erteilen, erteilen wir für alle anderen und auch für uns.

Zeuge Fischer: Ich glaube, man muss auf zwei Ebenen an das Problem herangehen. Einerseits - das ist aufgrund der Tradition, aber auch von Verfassungsregelungen alles andere als einfach - die Perspektive gemeinsamer Konsulate oder gemeinsamer Vertretungen: Frankreich ist dabei oder hat seine Verfassung geändert. Wir diskutieren schon länger mit unserem französischen Partner über das Projekt gemeinsamer konsularischer Vertretungen. Aber bisher können wir nicht sagen - - Es gibt zwar Projekte, wo man räumlich gemeinsam ist, aber noch nicht in dem integrierten Zusammenhang, den Sie gerade angesprochen haben.

Das Zweite ist der Aufbau einer europäischen Grenzpolizei. Das ist ebenfalls ein wichtiger Faktor. Da stellt sich aus Sicht der Erweiterungsländer, die wiederum für das Thema, das für uns am heutigen Tag von großer Bedeutung ist, wichtig sind, die Frage, wie weit sie in nationale Fähigkeiten investieren, wenn gleichzeitig eine Perspektive „europäische Grenzpolizei“ da ist. Aber klar ist - das wird man auch am Beispiel Ukraine sehen -, dass das Grenzregime, wenn mehr Visafreiheit gewährleistet werden soll, und zwar zu kontrollierten Bedingungen - da gibt es verschiedene Fragezeichen, auf die ich

nicht näher eingehen will, auch räumliche Fragezeichen -, unzweifelhaft funktionieren muss. Denn selbst wenn die Bedingungen dann im Land optimal sind: Solange es dort große Löcher gibt, wird es ein Problem schaffen. Das sind die Dinge, über die gegenwärtig in der Union diskutiert wird. Ich bin mir sicher, der Kollege Schily kann dazu noch wesentlich mehr aus dem Bereich der Innenminister sagen.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Herr Minister, ich hätte da gerne eine Zusatzfrage gestellt. Ein Zeuge hat uns mitgeteilt, dass im letzten Jahr Polen 580 000 Visa für Ukrainer - wenn ich das richtig in Erinnerung habe - erteilt hat. 580 000! Welche Maßnahmen werden denn getroffen, dass die - Polen gehört ja nicht zu Schengen - diese Visa nicht nutzen, um weiterzuwandern?

Zeuge Fischer: Das ist natürlich zuerst eine Frage der grenzpolizeilichen Kontrolle. Da müssten Informationen seitens des Innenministers über Aufgriffe und entsprechende Anstiege etc. sein. Polen gehört nicht zu Schengen. Wir haben noch die Kontrolle. Es ist natürlich für Polen nicht ein Riesenproblem im Sinne von Visa, sondern die Bindung der Polen an die Westukraine ist aufgrund historischer Gründe eine sehr enge, sehr dichte. Mir fällt jetzt kein vergleichbares Beispiel ein, um das in die deutsche Realität umzusetzen. Aber für Polen ist die Frage der Zukunft der Ukraine eine ganz entscheidende Frage, auch für die polnische Sicherheit, auch für die innere Sicherheit. Es gibt übrigens viele Saisoniers, die in der polnischen Landwirtschaft legal arbeiten - - hängt sie an solchen Saisonarbeitern. Ich bin mir auch sicher, dass das, wenn die polnische Wirtschaft weiter diese erfolgreiche Entwicklung durchläuft, ohne jeden Zweifel positive Auswirkungen auf die Ukraine haben wird. Aber klar ist: Wenn sie nach Schengen reinwollen, wird das natürlich ein Problem sein. Ich hoffe, dass wir bis dahin mit der Ukraine so weit sein sind, dass dieses Problem dann wirklich gelöst werden kann.

Olaf Scholz (SPD): Ich will noch einmal - ich weiß nicht, ob es ein Schlussdokument ist - auf den Erlass aus dem Jahre 2004 kommen, der öffentlich als Chrobog-Erlass diskutiert worden ist. Vielleicht müsste das jetzt „der zweite Fischer-Erlass“ heißen.

Zeuge Fischer: Genau, Fischer II.

Olaf Scholz (SPD): Fischer II. Welche Diskussion ist dem vorangegangen? Was ist Ihnen daran besonders wichtig gewesen, auch im Hinblick auf die Erfahrungen, die in der Zwischenzeit gemacht wurden?

Zeuge Fischer: Es gab verschiedene Veränderungen, ohne jeden Zweifel bedingt durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz. Wir hätten uns diesen Erlass etwas früher gewünscht. Aber das Zuwanderungsgesetz blieb ja dann im Verfahren im Bundesrat stecken. Unser Ziel war, dies zum Anlass zu nehmen, um hier einen neuen Allgemeinerlass Fischer II zu formulieren. Da gibt es eine ganze Reihe von Punkten. Klar ist: Die Frage der Bonitätsprüfung ist dort auch im Lichte der Erfahrungen angegangen worden. Ich halte das aber unter dem Gesichtspunkt der Frage, die ich vorhin gestellt habe - - Also, was ist, wenn die Bonität von den zuständigen Ausländerbehörden noch immer nicht geprüft wird? Kann man das wirklich der Antragstellerin oder dem Antragsteller aufbürden? Da sind jetzt die Regeln: Es gibt nach wie vor ein Ermessen, allerdings nur wenn aus eigenem Aufkommen heraus nachgewiesen werden kann, dass dies geht.

Dabei sind sich alle Beteiligten im Klaren, dass es auch so etwas wie „Zeigegeld“ gibt. Das heißt, man kann auch Geld von jemandem bekommen, das man zeigt, damit man liquide ist, und anschließend gibt man es wieder ab. Aber es sind hier, denke ich, mit dieser Regelung - - Die halte ich für nicht optimal, weil das Problem nach wie vor beantwortet werden muss: Wie kriegen wir Reisefreiheit für Leute, die ein schmales Einkommen haben? Auch das bleibt uns. Aber umgekehrt: Die Debatte hat natürlich auch ihre Wirkung getan; da will ich gar nicht drumrum reden.

Schließlich die Frage der Familiensammenführung, also dass wir an Art. 6 festhalten, und zwar nicht an einem modifizierten Art. 6 in dem Sinne, wie ich das heute Vormittag gesagt habe, sondern dass Ehe und Familie dem besonderen Schutz des Grundgesetzes unterliegen, dass dies beibehalten wird. So gibt es eine ganze Reihe von Regelungen; die müsste man im Einzelnen durchgehen. Das ist dieser neue Erlass, in den auch die anderen Erfahrungen mit eingebaut wurden.

Olaf Scholz (SPD): Haben Sie schon Rückmeldung bekommen - der ist ja noch nicht so lange in der Welt -, ob das allgemein akzeptiert wird, ob das gut funktioniert, ob die Auslandsvertretungen damit arbeiten können? Ist Ihnen von Problemen berichtet worden?

Zeuge Fischer: Wenn Sie so wollen, sind die Instrumente, die zu Kiew geführt haben, abgestellt. Womit wir es heute zu tun haben, sind die aktuellen Probleme, die in einer Visaerteilungssituation niemals auszuräumen sind, vor allen Dingen in schwierigen Umfeldern nicht. Aber sozusagen entlang des Informationsstranges werden sie kurzfristig gemeldet. Es gibt keine Ausschläge in den Statistiken, die auch nur annähernd an Kiew heranführen. Aber worauf ich schon hinweisen möchte, ist, dass allein die Nachricht, dass es einen neuen Erlass gibt, natürlich in manchen unserer Nachbarstaaten zu einer gewissen Aufmerksamkeit geführt hat, um es einmal milde zu formulieren. In den russischen Medien war dies eine ganz entscheidende Frage. Auch mit Russland, auch auf oberster Ebene, ob europäisch-russische Konsultationen mit dem Präsidenten, ist die Frage der Reisefreiheit eine Frage, die ganz oben angesiedelt ist. Wir bekommen ja auch mit, welche Bedeutung unsere Wirtschaftsbeziehungen in diesem Zusammenhang haben.

Das sind die Fragen. Aber im Sinne, wie Sie gefragt haben, ob es hier irgendwelche Praktikabilitätsdefizite in Größenordnungen gibt, wie wir sie in der Vergangenheit hatten: Nein, das ist mir nicht bekannt.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Ich habe eine Frage. Die Diskussion über diesen Untersuchungsausschuss und in den Medien hat ja dazu geführt, dass dieses Thema nicht nur in Deutschland, sondern weltweit - soweit es in Beziehung zu Deutschland ist - in das Blickfeld gerückt ist. Wie gewährleisten Sie eigentlich oder welche Maßnahmen treffen Sie, dass diese Diskussion nicht zu einem restriktiveren Handhaben der Visaerteilung führt, mit Folgen möglicherweise nicht nur für den Tourismus - das haben Sie angesprochen -, sondern etwa auch für die Geschäftsbeziehungen, die Wirtschaftsbeziehungen? Gibt es da von Ihnen Maßnahmen, Hinweise an die Visastellen?

Zeuge Fischer: Es ist nicht so, dass es hier gesonderter Hinweise bedürfte. Ich denke, die Sensibilisierung ist hier bei allen vorhanden, vor allen Dingen in den zentralen Ländern. Aber gleichzeitig sehen Sie natürlich am Beispiel Peking die Motivation der Mitarbeiter. Das finde ich völlig in Ordnung. Auch was wir an Nachrichten von anderen Botschaften haben - das zeigt jetzt gerade der Bericht und die Berichte, die zugeliefert wurden -, machen klar: Bei der Sensitivität - ich konnte mich bei vielen Auslandsreisen davon überzeugen -, bei der Bedeutung eines weltoffenen Deutschlands für unsere eigenen Interessen gibt es bei der überwiegenden Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keinen Nachholbedarf; darauf muss auch nicht gesondert hingewiesen werden.

Dennoch: Ich meine, jeder einzelne Entscheider -- Ich habe heute schon einmal gesagt: Es sind Menschen; wir sind alle Menschen. Das ist ein Faktum. Aber es ist ganz wichtig, dass man begreift, dass Menschen in einer offenen Gesellschaft - das ist ein sehr großer Vorteil; das wünschen wir uns alle - entsprechend reagieren. Ich kann in den Kopf eines einzelnen Entscheiders nicht reinschauen. Aber der wird sich schon denken: In welcher Situation bin ich da? Ich habe Ihnen den Bericht aus Kiew nicht vorgelesen, um sozusagen dagegenuhhalten, sondern das sind offensichtlich die Erfahrungen. Das hat auch die Diskussion gezeigt, die ich in Kiew auf der Personalversammlung hatte. Das sind die Erfahrungen, die gemacht werden. Ob das Auswirkungen bei der einzelnen Entscheiderin und dem einzelnen Entscheider hat, und zwar im Sinne dessen, was wir im Apparat machen können, nämlich auf diese Abwägungen im Rahmen der Erlasslage hinzuweisen, ist das eine. Aber wie dann der Mensch reagiert, ist eine andere Frage; da können Sie nicht hineinschauen. Das lässt sich auch nicht formal regeln, Herr Neumann.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Hartmann, bitte.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr Bundesaußenminister, Sie haben vorhin darauf hingewiesen, dass es nun bestimmte Frühwarnsysteme gibt, die eingebaut wurden, zum Beispiel über vierteljährliche Berichte, die Ihnen vorgelegt werden. Jetzt ist diese Praxis noch relativ neu, aber schon so alt, dass man vielleicht eine erste

Bewertung vornehmen kann. Das heißt also - soweit Sie das hier öffentlich sagen können -: Gibt es neuralgische Punkte neuer Art oder altbekannter Art und welche Reaktionsweisen gibt es darauf? Welche Ländergruppen betrifft das außerdem?

Zeuge Fischer: Ich bin jetzt hier natürlich in der Schwierigkeit, dass wir in fernseh-öffentlicher Sitzung sind. Nicht, dass ich ausweichen möchte; verstehen Sie mich nicht falsch. Aber die Darstellung des aktuellen politischen Standes: Wenn wir darauf im Einzelfall zu sprechen kommen, weil danach gefragt wird, dann schlage ich vor, dass wir das tun können. Aber dass ich jetzt sozusagen den Problemaufriss hier in fernseh-öffentlicher Sitzung mache, wo wir meinen, nachsteuern zu müssen -- Bitte, damit ich hier nicht missverstanden werde: Wenn der Ausschuss darauf besteht, dann will ich mich dem nicht verweigern. Aber ein Stück weit habe ich auch in dieser Sitzung unsere außenpolitischen Interessen zu vertreten. Das ist die einzige Reserve, die ich habe. Aber wenn der Ausschuss das wünscht, bin ich ansonsten gern bereit, darüber offen zu sprechen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ich möchte noch eine ähnliche Frage stellen - selbstverständlich sollen Sie hier nichts sagen, was öffentlich nicht geäußert werden kann und darf -: Kann man sagen, dass das Problem der Visaerteilung, der Visaerschleichung weiterhin eine große Rolle spielt?

Zeuge Fischer: Es gibt weiter sozusagen Versuche, die von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgedeckt werden. Wenn Sie sich einmal die Ablehnungsquoten anschauen, dann können Sie auch sehen: Da steckt das natürlich mit drin und daraus können erfahrene Beamtinnen und Beamte entsprechende Schlüsse ziehen. Wenn also immer wieder ein bestimmter Versuch, ein Visum zu bekommen, aufgedeckt wird, dann ist daraus auch zu schließen - das weiß jeder Kriminalpraktiker, aber auch jeder Steuerfahnder -- Du kannst aus den aufgedeckten Fällen natürlich auch auf Dunkelziffern schließen, selbstverständlich. Es ist ja nicht so, dass nur in diesem Bereich alles hundertprozentig aufgedeckt wird oder nicht. Dieser Mechanismus, der statistische Effekte bedeutet und aus dem man gewisse Erfah-

rungswerte schließen kann, lässt schon Rückschlüsse zu. Aber es ist sozusagen im Bereich dessen, was immer wieder anfällt.

Es gibt Veränderungen, etwa wenn sich Reiseaufkommen aufgrund wirtschaftlicher Entwicklungen verändern - ich habe es schon gesagt - oder aber wenn europarechtliche Rahmenbedingungen geändert werden: dass die Golfstaaten im Konsultationsverfahren jetzt nicht mehr gelistet sind oder nicht mehr gelistet sein werden, sondern da rauswollen. Daran gibt es starke, auch ökonomische Interessen in der EU, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland, unter Einschluss gerade auch der südlichen Bundesländer.

Das alles sind natürlich Veränderungen. Schauen Sie: Mein Botschafter in Abu Dhabi hat mir anlässlich dieser ganzen Skandalisierung einen Brief geschrieben. Er spricht davon: Wenn wir eine restriktive Visapolitik machen, bedeutet das, dass wir bis zu 1 Milliarde oder mehr jährlich verlieren werden. Ich meine, das sind eben die Fragen, mit denen dann der konkrete Entscheider oder die konkrete Entscheiderin vor Ort beschäftigt ist. Da, glaube ich, ist das Instrumentarium, das wir entwickelt haben, nämlich zeitnah und über die Berichte zu gehen und über die Berichte gleichzeitig auch, dass wir die Hilfsteams in Bereitschaft haben, die, auch wenn es nicht notwendig ist, dann auch einmal hinkommen, mit denen das durchgehen, also nicht nur eine Inspektion machen, so wichtig Inspektionen sind, sondern operativer in den Prozess hineingehen --

Diese Verbindungen mit den Berichtswesen, also diesem Frühwarnbericht, der einmal im Vierteljahr erstellt wird, und der dritten Säule, nämlich einer verstärkten Ausstattung mit forensisch erfahrenen Dokumentenberatern aus dem Sicherheitsbereich, das ist, denke ich, ein ganz gutes Instrumentarium. Darüber hinaus sind wir natürlich weiterhin in der Entwicklung, in der Evaluation.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das Fragerecht ist jetzt bei der CDU/CSU. Herr Grindel, bitte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, Sie haben in Ihrer Eingangsbemerkung zwei Briefe erwähnt, und zwar aus Bayern und Baden-Württemberg. Es gibt zwei Briefe aus Bayern und Baden-Württemberg, die viel spannender sind, nämlich Briefe von den beiden dortigen In-

nenministern. Sie haben Ihnen am 24. März 2000 und am 30. März 2000 unmittelbar nach In-Kraft-Treten des Erlasses geschrieben. Sie haben praktisch das vorausgesagt, was jetzt eingetreten ist: Es werde einen Missbrauch mit den Visen geben; wenn die Rückkehrbereitschaft zweifelhaft sei, dann dürfe ein Visum nicht erteilt werden. Ich möchte von Ihnen gerne wissen, warum Sie die Länder nicht beteiligt haben. Da Sie die Briefe - um es einmal etwas lax zu sagen - ziemlich weggebürstet haben: Hätten Sie diese Warnungen aus den Ländern, die da viel Erfahrung haben, nicht ernster nehmen müssen? Müssen Sie sich das im Nachhinein nicht vorwerfen? Wie gesagt, man hat genau das vorausgesagt, was dann auch eingetreten ist.

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen ja - ich denke, ausführlich - auf der Grundlage meiner Erinnerung, aber auch der Rekonstruktion, die sich aus den Akten ergibt, die Diskussion mit dem Kollegen Schily geschildert. Das war natürlich der Hauptfokus. Aber es ist nicht so, dass ich das einfach abgebürstet habe. Ich habe mir natürlich angeschaut -- Kollege Beckstein hat ja sozusagen auf Visaerleichterungen gedrungen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): In diesem Brief hat er davor gewarnt.

Zeuge Fischer: In dem Brief nicht, aber in dem Brief an den Kollegen Kinkel, wo er eben nicht als Innenminister, sondern offensichtlich als bayerischer Landtagsabgeordneter geschrieben hat. Es gibt da ja verschiedene Rollen. Da wollte er in der Tat vermögende Gesundheitstouristen durch ein erleichtertes Visaverfahren von Amerika weg- und nach Deutschland holen. Ich weiß das Jahr nicht mehr, 97 oder wann das war.

Ich habe mich auf die Erörterung dieser Diskussion mit dem Kollegen Schily konzentriert. Ich habe Ihnen dargestellt: Wir sind dort so verblieben: Die Staatssekretäre, erfahrene Juristen, nehmen sich dessen an; die sollen einen Weg finden und wenn die ihn gefunden haben, dann wollen wir den so gehen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich möchte gern in diesem Zusammenhang zu den Informationswegen in Ihrem Haus fragen. Ich verstehe das nämlich nicht:

Sie bekommen drei Briefe von Innenminister Schily und zwei Briefe von Innenministern großer Bundesländer. Sie sagen immer, diese Berichte hätten Sie nicht erreicht, Sie hätten da nichts bekommen. Warum haben Sie nach solchen Warnungen eigentlich nicht einmal von sich aus Ihren Mitarbeitern „Wenn da nur irgendetwas in den Botschaften passiert, was dem entspricht, wovor Schily, Beckstein und Schäuble gewarnt haben, dann sagt mir das!“ gesagt? Das wäre doch verantwortliches Handeln. Warum haben Sie das nicht gemacht?

Zeuge Fischer: Schauen Sie: Wir sind wieder in der Situation, die ich Ihnen heute schon mehrfach erklärt habe. Es ist doch nicht so -- Also erstens war natürlich die Frage - davon gehe ich aus -: Ist denn da was dran? Stimmt denn diese Interpretation?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Haben Sie sich das denn nicht berichten lassen? Haben Sie „Berichtet mir das, wenn da etwas dran ist!“ gesagt?

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, soll ich Ihre Fragen beantworten?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, ich wollte Sie nur um mehr Präzision bitten, weil Sie leider immer ein bisschen ausweichen. Es wäre angesichts der Zeit schön, wenn Sie meine Frage beantworten.

Zeuge Fischer: Das ist eine sehr subjektive Wahrnehmung. Ich meine, dass ich nicht das antworte, was Sie vielleicht wünschen, das muss ich akzeptieren.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, die Wahrheit sollen Sie antworten.

Zeuge Fischer: Ja, selbstverständlich. Aber insofern weiche ich nicht aus und Sie sollten mir erst einmal das Wahrheitsbemühen unterstellen.

Jetzt haben Sie mich völlig von der Frage weggebracht. Was war noch einmal die Frage?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die Frage war: Warum wurde Ihnen auf Ihre Weisung hin nicht berichtet, nachdem solche Missstände eingetreten waren, wie sie Ihnen von

Herrn Schily und von Landesministern praktisch mitgeteilt wurden?

Zeuge Fischer: Darauf wollte ich Ihnen jetzt antworten. Ich habe Ihnen heute schon mehrfach dargestellt: Die erste Frage war: Stimmt das? Deswegen wollten wir das ja mit den Staatssekretären klären lassen. Also, wir hatten eine Rechtsauffassung, von der wir überzeugt waren, dass sie richtig ist. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass der Erlass vom 3. März diesen Ansprüchen gerecht wird.

Das Zweite in diesem Zusammenhang war die Frage, ob es diesbezüglich Zustände gibt. Da habe ich Ihnen heute schon mehrfach gesagt, dass es nicht so ist, dass diese Verhältnisse, etwa in Kiew, nicht gekannt wurden. Ich habe Ihnen gesagt: Die Zuordnung war: Personalverstärkung. Die Zuordnung war: besseres Management, bauliche Maßnahmen, Ressourcen. Das war nicht nur meine Wahrnehmung damals, sondern das war im Deutschen Bundestag so. Da saß nicht ein Abgeordneter Grindel, der den Finger gehoben hat; da saß nicht ein anderer Abgeordneter der Opposition, sondern da war eine Opposition, die genau dies für richtig gehalten hat, dass man in diese Richtung geht. Das ist die Sicht aus der damaligen Zeit und das habe ich Ihnen heute schon dargestellt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es sind aber bei Ihnen im Büro mehrfach Drahtberichte eingegangen von Herrn Stüdemann und von Herrn von Studnitz - das haben sie hier bestätigt -, die genau darauf hingewiesen haben, dass es weder die Personalfrage noch die Ressourcenfrage war, die sie belastet hat, sondern die Erlasslage. Deswegen wiederhole ich meine Frage: Hatte Sie einer von diesen Drahtberichten erreicht?

Zeuge Fischer: Aus meiner Erinnerung: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Da sagt Herr von Studnitz - er war immerhin einmal im Büro eines Staatssekretärs tätig -: Das kann nicht sein. Das sei völlig undenkbar.

Zeuge Fischer: Das hat er zu mir nicht gesagt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Er hat es aber hier, im Ausschuss, gesagt. Er hat gesagt: Die Organisation eines Ministeriums muss so sein, dass die Verantwortlichen über jedes Thema, das politisch brisant ist, auch unterrichtet werden; wenn das nicht funktioniert, dann ist das eine Organisationsfrage. Würden Sie sagen, Sie hätten da offenbar ein Organisationsproblem gehabt?

Zeuge Fischer: Aber das habe ich heute schon mehrfach gesagt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben etwas anderes gesagt.

Zeuge Fischer: Was habe ich gesagt?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben nicht hier, vor diesem Ausschuss, aber in Interviews gesagt, Sie hätten dieses Problem nicht auf dem Radarschirm gehabt. Ich habe dazu beide Zeugen befragt. Sie haben gesagt: Er hatte es auf dem Radarschirm; er hätte nur hinsehen müssen.

Zeuge Fischer: Wohin?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Warum haben Sie nicht hingesehen?

Zeuge Fischer: Woher wissen Zeugen, was ich unter „Radarschirm“, unter „meinem inneren Radarschirm“ verstehe.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was meinen Sie denn mit „Radarschirm“? Das Ministerbüro ist nicht Ihr Radarschirm? Da waren die Drahtberichte.

Zeuge Fischer: Nein, das würde ich nie als „Radarschirm“ bezeichnen, sondern es ist viel exekutiver. Ein Schirm handelt nicht. Mit „Radarschirm“ habe ich mich selbst gemeint, meinen Erfahrungshorizont. Mein Erfahrungshorizont war aufgrund meiner vorherigen öffentlichen Tätigkeit in dem Bereich „Nuklear“ und auch in dem Bereich „Rüstungsexporte“ natürlich geschärft. Da hatte ich als hessischer Landesminister reichlich Erfahrung gesammelt. Darauf hat sich diese Äußerung bezogen. Gerade Sie als Journalist, Herr Grindel, müssen doch dafür Verständnis haben, dass diese Formulierungen, die in Interviews gefunden werden, doch nicht immer sozusagen mit dem juristischen

Filigranwerkzeug gemessen werden und dass daraus dann mit messerscharfer und stechender Stimme geschlossen wird. Das wissen gerade Sie als erfahrener Journalist ganz genau.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir führen jetzt aber eine Zeugenvernehmung durch. Deswegen möchte ich Sie gern noch einmal fragen: Wer entscheidet darüber, welche Kabelberichte Sie erreichen und welche nicht?

Zeuge Fischer: Das entscheidet heute die Büroleiterin und früher entschied es der Büroleiter.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Finden Sie - mit der Rückschau, die Sie heute vornehmen können -, dass es besser gewesen wäre, wenn man Ihnen diese Kabelberichte vorgelegt hätte?

Zeuge Fischer: Es wäre besser gewesen, wenn ich diese Informationen viel früher gehabt hätte - für mich. Aber das ist, wie Sie zu Recht sagen, eine Organisationsfrage, die bei mir angebunden ist und bei niemandem sonst. Aber auch das habe ich heute hier schon mehrfach gesagt; insofern kann ich darauf nur nochmals hinweisen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. Das wollte ich auch nur herausarbeiten. Es gab nämlich einmal eine Bundesministerin, die Ihren Nachnamen hatte: Andrea Fischer. Sie hat in der BSE-Krise einen Brief, der in einer bestimmten politischen Frage entscheidend war, einige Tage später, als es eigentlich hätte sein müssen, bekommen. Da hat es eine Debatte gegeben. Da haben Sie ihr - nach nicht dementierten Berichten - gesagt: Andrea, du hast dein Haus nicht im Griff; du musst die Konsequenzen ziehen. - Mich würde interessieren, ob Sie die Maßstäbe, die Sie an Andrea Fischer damals angelegt haben, auch an Joschka Fischer anlegen?

Zeuge Fischer: Herr Grindel, ich denke, meine Aufgabe ist hier die Verantwortungsübernahme, die Aufklärung, zum Zweiten, die Dinge so zu verändern, dass sich die Fehler nach menschlichem Ermessen nicht wiederholen können. Zum Dritten gibt es zwei Optionen: Wenn Sie meinen Rücktritt wollen: Einen einfachen Antrag auf Entlassung durch

den Deutschen Bundestag können Sie jederzeit haben. Sie müssen nur den Antrag stellen. Wenn Sie dann die Mehrheit haben, dann sind Sie mich los, ganz einfach. Ich weiß nicht, warum Sie mich das hier fragen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil Sie damals - -

Zeuge Fischer: Haben Sie Mut, stellen Sie den Antrag und lassen Sie abstimmen!

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil Sie damals so auch nicht gehandelt haben. Es geht in der Tat - -

Zeuge Fischer: Ja, wie ich damals gehandelt habe, als Abgeordneter - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe Sie nur gefragt, ob der Maßstab, den Sie an Andrea Fischer angelegt haben, auch an Joschka Fischer angelegt werden sollte. Es wäre ganz nett, wenn Sie diese Frage einmal beantworteten.

Zeuge Fischer: Ja, aber Entschuldigung, da kann ich nur sagen - die Antwort haben Sie gerade bekommen -: Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie nur einen Antrag stellen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Frau Fischer musste keinen Antrag stellen, sondern musste gehen, weil Sie es wollten.

Zeuge Fischer: Weil ich das wollte?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): So wird es nach von Ihnen nicht dementierten Inhalten überliefert.

Zeuge Fischer: Aber Herr Grindel, wenn ich jeden Inhalt, mit dem ich nicht einverstanden bin, dementieren muss, dann habe ich viel zu tun.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann lassen Sie uns doch über Verantwortung sprechen. Sie sagen, Sie haben Verantwortung übernommen oder Sie wollen Verantwortung übernehmen und stehen zu Ihrer Verantwortung. Was heißt „Verantwortung übernehmen“?

Zeuge Fischer: Das habe ich doch gerade definiert.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was für Konsequenzen hat das denn außer den inhaltlichen Veränderungen, die ja wohl die verdammte Pflicht und Schuldigkeit sind? Wenn es organisatorische Mängel gibt, dann muss man sie abstellen. Aber das, was da schiefgelaufen ist, hat ja in vielen Bereichen Konsequenzen gehabt. Was heißt für Sie „Verantwortung übernehmen“?

Zeuge Fischer: Schauen Sie: „Verantwortung übernehmen“ heißt in dem Fall wirklich, die Dinge besser zu machen, gerade in diesem schweren Spannungsverhältnis. „Verantwortung zu übernehmen“ heißt hier auch, sich dem Ausschuss nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsmäßig zu offenbaren. Sie wollten wissen, wer wofür verantwortlich ist. Ich denke, dass ich dies heute klargestellt habe. Ansonsten bin ich in der Tat der Meinung, dass wir die Dinge so organisieren müssen - das haben wir in der Zwischenzeit auch getan -, dass sich dies nach Möglichkeit nicht wiederholen kann. Der Rest, das ist wirklich eine politische Auseinandersetzung. Da habe ich Ihnen schon den Hinweis gegeben, wie das zu machen ist.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie waren im Juni 2000 in der Botschaft Kiew. Das heißt, Sie haben die Schwierigkeiten dort gesehen. Man wird auf einen solchen Besuch, gerade wenn es zu einer Visastelle geht, umfänglich vorbereitet. Hat Ihnen niemand aufgeschrieben, dass es wirklich nicht nur an der Personalsituation liegt, sondern dass die dortige Erlasslage das Problem darstellt?

Zeuge Fischer: Ich meine, Sie kennen die Akten mittlerweile doch.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, eben.

Zeuge Fischer: Eben, ich auch.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Heyken, der Vorgänger von Herrn Stüdemann, hat wahrlich nicht nur die Personalfragen angesprochen.

Zeuge Fischer: Dazu kann ich Ihnen nur sagen - Sie können es doch auch in den Akten der Ausschüsse nachlesen -: Das war in den Erörterungen des Deutschen Bundestages. Es ist ja nicht so, dass die Abgeordneten dorthin nicht gereist wären. Ich meine, das ignorieren Sie. Es geht mir nicht darum, dass ich sage: Also, bitte, das sage ich jetzt - - Vielmehr war das damals diese Wahrnehmung. Wir haben dort mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diskutiert. Da kann ich Ihnen nur das sagen, was ich hier dem Ausschuss mitgeteilt habe: dass die Perzeption damals so war. Sie können es doch in dem Beschluss Ihrer eigenen Partei nachlesen - aber selbstverständlich! -: Da wird es als Ressourcenproblem dargestellt. Das ist die entscheidende Frage: Die Leute haben ihre Freiheit erkämpft; die Situation an den Botschaften in diesen Staaten ist schlecht; sie sind aufgrund von Personalkürzungen unterversorgt; wir brauchen mehr an Ressourcen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Fischer: Das ist zusammengefasst das, was dieser Fachausschuss der CDU unter dem Gesichtspunkt „ein moderner auswärtiger Dienst“ tatsächlich gesagt hat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, es geht jetzt um den Besuch im Jahre 2000 in der Botschaft in Kiew.

Zeuge Fischer: Davon rede ich die ganze Zeit.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es wäre nett, wenn Sie antworteten.

Haben Sie, ein Jahr nachdem Sie die Weisung gegeben hatten, das Personal zu verstärken, nicht Veranlassung gesehen, einmal nachzufragen, ob sich das Problem damit verbessert hat, ob es wirklich das war, woran es lag? Haben Sie „Haben sich die Probleme, die ich dort gesehen habe, mittlerweile erledigt oder zumindest verbessert?“ nachgefragt?

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, Entschuldigung, Herr Abgeordneter, mir liegt diesbezüglich keine Unterlage vor. Aber ich gehe davon aus, dass wir mit diesen Verstärkungen die Situation, auch die baulichen Maßnahmen, die parallel dazu vorgenommen

wurden, in der Tat in den Griff bekommen. Das ist der Kenntnisstand. Alles andere habe ich Ihnen heute Morgen mitgeteilt. Das ist auch der Grund, warum ich hier diese Verantwortung übernommen habe.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich frage Sie das auch deshalb, weil die Öffentlichkeit wissen muss, dass eine Vorlage, die Ihnen für Ihren Besuch in Kiew gemacht worden ist, aus den Akten herausgenommen worden ist - ausgerechnet diese Vorlage ist herausgenommen worden -, und zwar wegen angeblich fehlenden sachlichen Zusammenhangs - Kernbereich der Exekutive -, was bei anderen Vorgängen nicht gewesen ist. Deswegen muss man erläutern, dass man hier so intensiv fragt. Also noch einmal: Ist Ihnen also nur vorgetragen worden, dass es da ein Personalproblem, aber kein Erlasslagenproblem gibt?

Zeuge Fischer: Das war mein Erkenntnisstand damals.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wie lange haben Sie sich in der dortigen Visastelle aufgehalten? Da wir hier kein Quiz veranstalten wollen: Ist es richtig, dass Sie nur 15 Minuten da waren?

Zeuge Fischer: Das kann ich Ihnen aus heutiger Sicht nicht bestätigen. Aber in der Regel stoppe ich nicht die Zeit, in der ich da bin. Das gilt im Übrigen auch, wenn Sie mich jetzt „Wie lange waren Sie in Pristina, wie lange waren Sie in Tirana, wie lange waren Sie in den jetzt wieder in Kiew geführten Gesprächen?“ fragen würden. Beim besten Willen, Herr Abgeordneter: Dass eines Tages von mir eine Auskunft darüber notwendig sein wird, wie lange ich bei einer Personalversammlung in einer Botschaft gewesen sei - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die Frage ist doch, ob Sie, als Sie dort - nur so eine kurze Zeit - waren, die Gelegenheit hatten, sich über die Probleme, die es vor Ort gab, ausreichend zu informieren. In 15 Minuten kann man vielleicht eine schöne Rede halten und man bekommt Personalprobleme vorgelesen. Aber wenn jemand mit Ihnen über die Erlasslage sprechen wollte, dann waren Sie schon wieder auf dem Weg zum Flughafen. Auch das ist doch ein Mangel.

Zeuge Fischer: Nein. Also, schauen Sie: So läuft das doch nicht ab. Sie waren noch nicht bei einer meiner Reisen dabei; aber der Herr Vorsitzende war schon dabei. Er weiß natürlich, in was für einem engen Zeitkorsett diese Reisen stattfinden. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich glaube - wenn mein Gedächtnis mich nicht trügt -, bei meinem letzten Besuch hatte ich sogar eine Personalversammlung in Peking, weil es dort auch eine Reihe von Personalproblemen, die nichts mit Visa zu tun hatten, sondern mit Flüchtlingen aus Nordkorea, gegeben hat.

Ich kann Ihnen sagen: Bevor man sich gar nicht trifft: In einem engen Zeitkorsett, in 15, 20 Minuten, kann man schon sehr viel machen.

Zum Zweiten. Das Treffen mit dem Botschafter sieht nicht so aus, dass man sich dann nur auf der Personalversammlung trifft. In der Regel wird man vom Flughafen abgeholt. Man sitzt gemeinsam im Auto. Man hat dort Möglichkeiten, miteinander zu sprechen, was zumindest von mir auch oft genutzt wird. Insofern, unter dem Gesichtspunkt, Herr Abgeordneter, glaube ich: Ihre Annahme, das wäre am Zeitmangel gescheitert, in Wirklichkeit hätte da eine intensive Erlassdiskussion geführt werden sollen, halte ich, ehrlich gesagt, für ziemlich weltfremd.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich möchte ein anderes Thema ansprechen, bei dem auch eigentlich - - nicht „eigentlich“, sondern: alle Akten aus den Unterlagen herausgenommen worden sind, die wir nicht kennen. Deswegen muss ich allgemein fragen.

Wir wissen, dass es aus Anlass der Anschläge vom 11. September über die Konsequenzen, über das Antiterrorpaket offenbar am 4. Oktober 2001 ein Gespräch von Ihnen mit den Bundesministern Schily und Däubler-Gmelin unter Beteiligung des Chefs BK gegeben hat. Dort soll nach Angaben des „Spiegel“ ein schärferes Vorgehen gegen Visaerschleicher besprochen worden sein. Wären Sie so freundlich, uns zu sagen, ob das zutrifft, ob die Frage Visa dort eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, die Akten, die Sie hier gerade anführen, kenne ich nicht. Wir sind in derselben Situation. Mir allerdings hier zu unterstellen, -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie waren doch bei dem Gespräch dabei. Das haben Sie uns voraus.

Zeuge Fischer: - da wäre bewusst etwas rausgeholt worden oder Ähnliches, muss ich zurückweisen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das können wir klären. Herr Zeuge, es ist natürlich bewusst herausgenommen worden, -

Zeuge Fischer: Nein, im Sinne - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: - aber mit einem Rechtsgrund, -

Zeuge Fischer: Aus einem Rechtsgrund.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: - mit dem Rechtsgrund: Das ist, salopp formuliert, der Arkanbereich. Da wird vorgetragen, dass diese Aktenstücke etwas zu tun hätten mit dem inneren Willensbildungsprozess der Bundesregierung oder eines Ministers; deswegen wären diese Aktenstücke herauszunehmen gewesen. Ich kann das nicht beurteilen, weil wir sie naturgemäß nicht kennen können.

Zeuge Fischer: Aber ich gehe davon aus, Herr Vorsitzender, dass diejenigen, die dies veranlasst haben, pflichtgemäß entschieden haben. Ich verwahre mich nur gegen den Eindruck, da wäre sozusagen eine politische Entscheidung dahinter, die mit der Aussage von mir irgendetwas zu tun hätte, sondern das ist pflichtgemäß. Darauf nehme ich keinen Einfluss. Da halte ich mich sogar fern, weil: Das wäre natürlich - - Da würde ich mich mal gern hier in diesem Ausschuss sehen, wenn Sie mir jetzt nachweisen könnten, dass ich angeordnet hätte: Diese Akten gehören zum Arkanbereich und nicht - - Damit habe ich nichts zu tun. Wenn dieses Thema in diesen Ordnern war - wie gesagt, ich habe darüber - - Wenn Sie das so sagen, muss ich das akzeptieren. Dann allerdings, wenn das zum Arkanbereich der Bundesregierung gehört, dann gehört es zum Arkanbereich der Bundesregierung. Ich möchte mich bedanken, dass Sie mich darauf hingewiesen haben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Sie dürfen aussagen, wenn es zum Arkanbereich

gehört; Sie müssen nicht. Deswegen würde ich gern noch mal fragen: Ist in diesem Gespräch davon die Rede gewesen, dass es hier auch darum gehen muss, gegen Visaerschleichung vorzugehen?

Zeuge Fischer: Wenn das zum Arkanbereich der Bundesregierung gehört, dann gehört es dazu. Damit wollen wir das gut sein lassen, Herr Zeuge. „Herr Zeuge“ sage ich schon;

(Heiterkeit)

Herr Abgeordneter.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es hat vielfältige deutsch-ukrainische Regierungsgespräche, Konsultationen gegeben, regelmäßig. Wir wissen aus den Akten, dass die Innenminister zumindest dabei über Visafragen gesprochen haben. Da das ein wichtiges Thema war, das im bilateralen Kontakt eine Rolle gespielt hat: Ist darüber auch in Ihrer Gegenwart entweder durch die Außenminister oder in den Plenarsitzungen dieser Konsultationen gesprochen worden? Hätten Sie über diesen Weg mehr erfahren müssen?

Zeuge Fischer: Das ist mir nicht gewärtig, Herr Abgeordneter. Ich habe darüber in den Akten auch nichts gefunden, was entsprechende belastbare Aussagen zulassen würde.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben vorhin die Sonderinspektion Kiew angesprochen. Den Bericht von Herrn Weishaupt haben Sie in Ihren Eingangsbemerkungen erwähnt. Haben Sie eigentlich diese Sonderinspektion angeordnet?

Zeuge Fischer: Ob ich diese Sonderinspektion angeordnet habe? Wenn ich richtig informiert bin, dann war es so, dass diese Sonderinspektionen flächendeckend - nicht nur für Kiew, sondern insgesamt, ich glaube, eine große Anzahl von Sonderinspektionen - über einen längeren Zeitraum hinweg vorgenommen wurden. Ob ich die damals persönlich angeordnet habe, ob diese Anordnung sozusagen in der Frühphase stattgefunden hat, wie lange diese Sonderinspektionen insgesamt gedauert haben - ich habe mir noch mal den Bericht durchgeschaut: es ist eine ganze Latte von Sonderinspektionen, eine zweistellige Zahl insgesamt -, das kann

ich Ihnen beim besten Willen jetzt auf den Punkt genau nicht beantworten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil Sie gerade gesagt haben, Sie hätten sich die Berichte angeschaut: Haben Sie sich die damals angeschaut oder jetzt heute - -

Zeuge Fischer: Jetzt, im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf diesen Ausschuss.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Warum werden Ihnen denn solche Sonderberichte oder Berichte der Sonderinspektion nicht vorgelegt? Das wäre in diesem Fall sehr interessant gewesen, weil unter anderem Herr Weishaupt zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die Ablehnungsquoten in Kiew stark differieren: Deutschland 2 Prozent, Frankreich 38 Prozent, Niederlande 80 Prozent. Herr Weishaupt hat am Ende geschrieben: Falls aus irgendeinem Grund, zum Beispiel Presseberichte, nachträgliche Untersuchungen - wie wir sie jetzt führen - oder Ähnliches, die Praxis der Visaerteilung aufgrund des Carnet de Touriste als falsch und schädlich angesehen wird und dann Verantwortliche gesucht werden, kann keiner sagen, dass die Sonderinspektion nicht deutlich und ausdrücklich gewarnt hätte.

Da wäre doch eigentlich sinnvoll und von demjenigen, der darüber zu befinden hat, so zu entscheiden, ob Sie solche Berichte sehen oder nicht - - dass man Ihnen so etwas gibt. Das ist doch ein dramatischer Hinweis.

Zeuge Fischer: Schauen Sie, Herr Abgeordneter: Ich habe dieses heute schon dargestellt: Vermutlich säßen wir dann nicht hier, sondern würden anderen Tätigkeiten nachgehen. - Das ist genau das, was ich Ihnen heute Morgen ausführlich und, ich finde, in sehr klaren Worten auch entsprechend dargestellt habe. Insofern komme ich jetzt in die Situation, dass ich mich in meinen Antworten auf Ihre Frage wiederholen muss, dass genau - - wenn dies der Fall gewesen wäre - das muss ich mir zurechnen lassen -, dann säßen wir heute nicht hier.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der Herr von Studnitz hat sogar in einem seiner früheren Drahtberichte gesagt: Die Botschaft wie auch die Generalkonsulate in Russland fühlen sich vom Auswärtigen Amt im Stich gelassen. - Wenn man so wenig von dem weiß,

was vor Ort losgeht, Herr Zeuge, lässt man dann nicht seine Mitarbeiter im Stich?

Zeuge Fischer: Ich glaube, es wäre von Herrn von Studnitz ein Einfaches gewesen, mir dieses persönlich zu sagen, sei es am Telefon oder sei es bei den Besuchen. Er war hier und hat mich dann besucht, wenn ich mich richtig entsinne. Man hat sich auf den Botschafterkonferenzen gesehen. Aus meiner Sicht wäre es auch ein Einfaches gewesen, bei den Besuchen in Moskau oder bei deutsch-russischen Konsultationen, wo er als Botschafter mit dabei war, dieses zu sagen.

Dass ich meine Beamten im Stich lasse: Ich verstehe zwar die Zuspitzung; aber ich halte das für völlig abwegig angesichts dessen, was wir gemeinsam geleistet haben und was zumindest der Korrespondent Grindel, bevor er CDU-Bundestagsabgeordneter wurde, auch sehr zu würdigen wusste, wenn ich mich an meine Brüsseler Begegnung richtig entsinne.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wenn Sie aber so viele Berichte, die dann nicht von irgendwem, sondern auch von den Botschaftern selbst gegeben werden, nicht sehen, dann erfahren Sie doch überhaupt nichts über die Probleme, die dort sind. Das war meine Frage. Müssten Sie da nicht sozusagen in Ihrem Büro die Frage, welche Kabel Ihnen vorgelegt werden und welche nicht, ganz anders geordnet haben? Denn Herr von Studnitz hat gesagt: „Früher war das anders“ und er konnte es beurteilen, weil er in dem Büro eines Staatssekretärs tätig war. Er hat gesagt: Solche Kabelberichte, wie ich sie geschrieben habe, wären früher immer dem Minister vorgelegt worden. - Deswegen hat er Sie auch nicht persönlich angesprochen, weil er davon ausgehen musste, Sie wüssten das. Das hat er uns hier so gesagt.

Zeuge Fischer: Herr Grindel, das muss ich dann so zur Kenntnis nehmen, wenn Sie mir sagen, dass er das so gesagt hat. Aber sehr plausibel klingt das nicht; denn der Möglichkeiten wären viele gewesen, mich da direkt und unmittelbar anzusprechen. Selbstverständlich, wenn ein Großbotschafter etwas mitzuteilen hat - - Ich habe Ihnen die Fälle schon genannt, wo man sich begegnet. Es ist ein Leichtes, zum Telefon zu greifen und direkt die Dinge zu machen, beim besten

Willen. Aus meiner Erinnerung habe ich nichts Belastbares, wo ich sagen könnte: Das war so. Ich hätte das zurückgewiesen oder mich verweigert. Nichts dergleichen.

Nur, die These, dass -- Sie sagen jetzt auch: Früher war das anders. - Ich kann mich nicht entsinnen, dass wesentliche Organisationsveränderungen nach der Regierungsübernahme vorgenommen worden wären - wesentliche! -; fürs kleine Detail, da möchte ich --

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sind Sie denn vielleicht von Amtskollegen mal angesprochen worden? Es hat ja Proteste gegeben in Portugal, in Spanien, seitens der belgischen Regierung.

Zeuge Fischer: Wenn ich angesprochen worden wäre, dann müsste ich mich daran erinnern. Der Brief vom Kollegen Louis Michel, auf den Sie hinweisen, bezog sich auf einen eng begrenzten Zeitraum und das war die Frage „Asylbewerber in Belgien“. Das wurde dann an die Botschaft weitergeleitet. Wie ich einer Unterlage entnommen habe, hat sich auch Saratow dazu geäußert. Aber das war für einen ganz eng begrenzten Zeitraum und - so entnehme ich den Akten - diese Erkenntnisse wurden dann den belgischen Behörden offensichtlich übermittelt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber dieser Brief Ihres Kollegen stammt, wenn ich das richtig sehe, aus dem November 2000. Wäre das denn nicht ein Anlass gewesen, nachzufragen, wie die Situation ist? Denn er hat einen Missstand beschrieben, der Ihnen von den Innenministern ja genau so angekündigt war. Schily hat es angekündigt: „Da kann so etwas passieren“, Schäuble, Beckstein. Sie sind vor Ort gewesen, haben das Ganze gesehen. Und dann schreibt ein belgischer Außenminister: Bei mir stellen sie alle jetzt hier Asylanträge, und zwar alle mit Schengen-Visa aus Kiew.

Zeuge Fischer: Nein, nein, nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann fragen Sie immer noch nicht nach -- Natürlich!

Zeuge Fischer: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das war das Problem. So ist es zumindest vorgetra-

gen worden in mehreren Visa-Ratssitzungen in Brüssel und auch in Kiew selbst. Und dann fragen Sie immer noch nicht nach, ob denn die Probleme dort nicht abgestellt oder im Griff sind?

Zeuge Fischer: Ich kenne den Vorgang nur bezogen auf in Russland erteilte Visa. Es tut mir Leid.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): In Bezug auf Kiew waren die nicht, die waren nur auf Russland?

Zeuge Fischer: Ich kenne den Vorgang, diesen Vorgang, über den ich jetzt spreche aus, meinem Gedächtnis heraus ... (akustisch unverständlich)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das zeigt ja gerade das, was --

Zeuge Fischer: Einen engen Zeitraum - ich glaube, es war ein sehr enger Zeitraum -- bezog sich das auf in Russland ... (akustisch unverständlich) Sie müssen mich korrigieren, wenn das --

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, das zeigt ja nun gerade, dass es eben dann nicht nur in Kiew Probleme gab. Ich bin ja für den Hinweis noch mal dankbar, dass Sie Moskau betonen.

Zeuge Fischer: Aber Herr Abgeordneter --

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Insofern ist es ja ein strukturelles Problem. Auch in Moskau gab es Schutzpässe. Auch in Moskau gab es alles das, was sich in Kiew als nicht sinnvoll erwiesen hat.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Auf die Themen - Moskau und andere Botschaften - kommen wir sicher noch zu sprechen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber die Antwort hätte ich gern.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Die Antwort kriegen Sie noch; aber die Redezeit ist um.

Zeuge Fischer: Die Antwort gebe ich Ihnen gern. Sie haben mir gerade einen Vor-

halt gemacht, das habe in Kiew stattgefunden. Ich erinnere mich, dass sich dieses auf Russland bezogen hat, auf einen sehr engen, ich glaube, nur wenige Wochen umfassenden Zeitraum. Das wurde an die zuständige Botschaft weitergegeben. Die hat auch die -- So entnehme ich das den Akten zumindest. In Akten habe ich eine Stellungnahme aus Saratow gefunden, wo darauf Bezug genommen wird, dass es ganz offensichtlich hier eine Reiseagentur gegeben hat, die für teure Dollar-Beträge diese Visa mit Niederlassungsrecht in Belgien verkauft hat. Das hatte meiner Erinnerung nach nichts mit der Ukraine und Kiew zu tun und war demnach auch kein Anlass, sondern: Die ging ein: Was ist das? Dann ging es über die entsprechenden Fachreferate nach Moskau. Ich habe in den Akten noch eine in Diplomaten-sprache, in förmlicher diplomatischer Sprache gehaltene Seite gesehen, in der dann sozusagen angekündigt wurde, diese Ergebnisse der Überprüfung, die aufgrund der langen Listen etwas Zeit brauchen würde, würden Belgien überstellt.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Montag, bitte.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister, ich komme noch mal zurück auf Ihren Besuch in Kiew Ende Juni 2000 und auf die Informationen, die entweder dem Auswärtigen Amt oder auch Ihnen persönlich da zugegangen sind. Es gibt einen Drahtbericht des damaligen Botschafters Heyken vom 05.06., also einige Tage vor der Reise; bezeichnenderweise ausdrücklich mit dem Zusatz: Bitte Herrn Staatssekretär vorlegen. - Ich komme darauf noch. In diesem dreiseitigen Schreiben schildert der Botschafter die personellen und Ressourcenprobleme in der Botschaft. Er erwähnt an einer Stelle auch den Runderlass vom März 2000, aber ausschließlich in dem Zusammenhang, dass sich dadurch die Ablehnungsquote verringert habe, also erhöhter Arbeitsanfall, und schließt mit der Quintessenz: Ohne substanziell verbesserte personelle, räumliche und materielle Ressourcen kann es der Botschaft nicht gelingen, den unbefriedigenden und besonders in den Sommermonaten unzumutbaren Zuständen Abhilfe zu schaffen.

Der Zeuge Stüdemann, der zum damaligen Zeitpunkt noch nicht Botschafter war, Sie aber begleitet hat und danach Botschafter

wurde, hat uns im Ausschuss auf die entsprechende Frage „Wie waren Sie eigentlich informiert?“ Folgendes geantwortet - Protokoll vom 20.04. -:

Sie müssen sich das vorstellen: Der Minister kommt da hin. Er hat politische Konsultationen. Dann wird er gebeten, sich auch einmal die Visastelle anzugucken wegen der Probleme, die wir dort hatten, allein unter dem Eindruck dieser Schlangen, dieses Drucks, der Situation in der Visastelle. Schauen Sie sich das ruhig einmal an, dann werden Sie sehen, wie Leute arbeiten müssen unter diesen Bedingungen ...

Den Satz kürze ich jetzt ab; da ging es um 30 Grad und Hitze in Containern -

Der Minister kam unter diesem Eindruck dieser Verhältnisse einfach zu der nahe liegenden Schlussfolgerung - da verstehe ich ihn vollkommen und habe das auch unterstützt -, dass wir dort faktische Abhilfe schaffen müssen. Das heißt, wir müssen uns ganz einfach des Kapazitätsproblems annehmen.

Dann kommt der Satz:

Und die Frage, welche Erlasse da im Hintergrund standen, die spielten natürlich in diesem Kontext zunächst einmal keine Rolle.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): „Zunächst einmal!“)

- Ja, bei dem Besuch. Darum geht es doch, um diesen Besuch -- hat er gesprochen. Daraufhin hat er geantwortet, als die Kollegin Hoppmann ihn danach befragt hat.

Nachdem ich Ihnen das noch mal vorhalte, ein Vorbericht ausdrücklich an den Staatssekretär und dann diese Beschreibung Stüdemann: Ist das so gewesen, dass zum damaligen Zeitpunkt die Erlasslage für Sie keine Rolle gespielt hat, weil Sie da keine Sensibilität hatten, dass eventuell auch Erlasse zu den Problemen in Kiew führen könnten?

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, ich stimme dem zu, wie Sie das dargestellt haben. Auch das Bild, das der Botschafter in Kiew hier vor dem Ausschuss gegeben hat, deckt sich doch sehr stark mit meinen Eindrücken.

Aber ich möchte nochmals auch auf die Frage zu sprechen kommen: der Druck, der in Kiew vorhanden war. - Ich habe immer die Zuwanderungspolitik unterstützt, auch und gerade für die so genannten Russlanddeutschen. Aber natürlich haben wir andere als andere EU-Länder - - daraus natürlich einen anderen Zusammenhang, einen anderen Konnex. Das hat sich natürlich bei den Visastellen sehr stark bemerkbar gemacht. Auch diesen Aspekt dürfen wir nicht vergessen. Aber ansonsten kann ich dieser Schilderung nicht widersprechen.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben Herrn Kobler hier in der letzten Sitzung gehört. Da ging es um die Frage: Welche Drahtberichte erreichen das Ministerbüro und welche erreichen sogar die Größenordnung, dass sie dann Ihnen vorgelegt oder mit Ihnen besprochen werden? Herr Kobler hat uns erklärt, dass sehr, sehr viele Berichte von Botschaften von den dortigen Sachbearbeitern geschrieben werden und dass es durchaus unterschiedlich ist. Es gibt Botschafter, die diese Drahtberichte als Mitarbeiterberichte durchgehen lassen - die gehen dann bei Ihnen im Auswärtigen Amt an die Fachabteilung -, oder sie unterschreiben das mit eigenem Namen, um dem etwas mehr Gewicht beizumessen. Aber Herr Kobler sagte uns: Jeder Botschafter weiß: Wenn er wirklich will, dass ein Bericht den Staatssekretär oder den Minister auch wirklich erreicht, dann muss er das irgendwie draufschreiben. - Deswegen steht auch bei diesem Bericht von Herrn Heyken, den ich bereits zitiert habe, ganz vorn: Bitte Herrn Staatssekretär vorlegen.

War das eine neue Übung bei Ihnen im Büro, dass man so verfuhr, oder war das die Übung, die es schon immer gegeben hat, dass die Drahtberichte, die zu Ihnen kommen sollten, auch als solche gekennzeichnet werden mussten?

Zeuge Fischer: Ich bekomme in der Regel die politischen Drahtberichte, was sich konsequenterweise, denke ich, sachlich berücksichtigen lässt. Wir haben, zumindest zu meiner Kenntnis, keine wesentlichen Organisationsveränderungen diesbezüglich vorgenommen. Es ist selbstverständlich immer eine Auswahl. Es wird immer eine Auswahl auch sein müssen. Ich kann das nur so begründen - das sage ich zum vermehrten Male -: Natürlich spielt die Perzeption eine

Rolle und die Frage ist: Warum nicht früher? Ich habe heute versucht, das klar und deutlich zu beantworten. Aber auf der anderen Seite muss man doch die damalige Wahrnehmung auch zur Kenntnis nehmen. Und die war nicht nur auf das Ministerbüro, die war nicht nur auf den Minister, sondern die war ganz offensichtlich auch auf den politischen Raum begrenzt. Es ist ja nachlesbar. Es ist ja nachprüfbar.

Es ist ja nun keineswegs so, dass die Opposition damals Pflichtversäumnisse oder Ähnliches vorgeworfen hätte, obwohl ja gereist wurde. Die Zustände etwa in Kiew waren ja nicht nur uns bekannt; die Reaktion war dieselbe. Ich denke, das erklärt dann auch die praktische Entwicklung.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind in den letzten Wochen mehrere Male in der Öffentlichkeit bezüglich der Missstände in Kiew und der Erlasstage kurz zusammengefasst mit folgender Äußerung, in verschiedenen Formulierungen, aber bei gleicher Botschaft, zitiert worden: Die Missstände sind abgestellt. - Die Opposition spießt das nicht nur im Untersuchungsausschuss hier bei uns, sondern auch in der politischen Auseinandersetzung auf und sagt, das sei eine Lüge, denn es gebe weltweit da oder dort immer noch Missstände. Deswegen will ich Ihnen Gelegenheit geben, noch einmal hier im Ausschuss klarzustellen, was es heißt, dass die Missstände abgestellt sind, und was es heißt, dass es auch heute noch auf der ganzen Welt Missstände gibt.

Zeuge Fischer: Wir sind bezüglich der Zahlen, was erteilte Visa anbetrifft, in 2003 knapp über dem Bezugsjahr 1999, wenn ich mich richtig entsinne - ich kann es aber auch herausuchen -, und in 2004 noch weiter herunter. Das heißt, an dem Punkt lässt sich das an den Zahlen eindeutig zeigen. Das ist vor allen Dingen auf die Abschaffung der Instrumente, die die Fachabteilungen erlassen haben, zurückzuführen. Es ist ja nicht so, dass nicht reagiert wurde. Das ist, wie ich denke, auch nicht der Vorwurf. Die Frage ist die der Zeitnähe, der Geschwindigkeit. Insofern lässt sich das daran klar abmessen. Ich konnte mich bei meinem jüngsten Besuch auch davon überzeugen. Die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die sehr intensiv mit mir diskutiert haben, weniger aus dem politischen Bereich, sondern aus dem RK-Bereich

reich, dem Konsularbereich, haben mir diesen Eindruck ebenfalls vermittelt.

Sie werden aber dauernd Probleme des Nachsteuerns haben. Das werden Sie nicht in dem Sinne hinbekommen, genauso wenig wie Sie durch eine funktionierende Steuerbehörde Steuerbetrug oder Steuerhinterziehung ausschließen können. Wenn Sie neue Schwerpunkte haben, dann müssen Sie auf diese Schwerpunkte reagieren. Meine Äußerungen haben sich auf die Tatsache, dass ab dem Jahre 2003 das Reiseschutzpassverfahren eingestellt und weltweit außer Kraft gesetzt wurde, und auf eine Reihe von Maßnahmen bezogen, die auch in Kiew getroffen wurden. Es gibt ja einen - alles jetzt im Nachgang gelesen - Drahtbericht vom Botschafter Stüdemann, in dem er darauf hinweist, dass die Erfolge nach BM-Besuch oder so ähnlich - wie auch immer das heißt - aufgrund der Einführung des Reiseschutzpasses völlig dahingingen. Wenn der Vorwurf kommt, der lässt die Leute da im Stich, ist dem entgegenzuhalten, dass es nicht so ist, dass diese Maßnahmen nicht gewirkt hätten, zumindest wenn ich den Bezug auf diesen einen Bericht zur Grundlage nehme, wie ich das jetzt aus den Akten entnommen habe.

Ich denke, das Wichtigste ist, dass dieses Monitoringdefizit bis in die Amtsspitze hinein dauerhaft und nachhaltig behoben wird. Da sehe ich, wenn Sie so wollen, rückwirkend das Hauptproblem.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da ich noch eine Minute habe, will ich Ihnen noch eine Frage stellen. Präsident Juschtschenko war in Deutschland und hat vor dem Bundestag gesprochen. Ich will Ihnen einen Satz aus seiner Rede vorhalten, Herr Minister:

Verstehen Sie doch und unterstützen Sie die ukrainische Jugend, Studenten, Journalisten, Künstler, Geschäftsleute in ihrem Drang nach Kommunikation. Ich wende mich an Sie mit der Bitte, die Liberalisierung der Visabestimmungen für diese Kategorie von Ukrainern zu unterstützen. Wir haben unseren Antrag ... auch an die Europäische Kommission gerichtet.
Applaus.

Was ich von Ihnen gerne wissen wollte, ist Folgendes: Wenn Sie auf der einen Seite die Visapraxis liberalisieren, auf der anderen Seite natürlich unter Sicherheitsgesichts-

punkten - es hat hier ja mal geheißt: Die Guten sollen hereinkommen, die Schurken oder die Schlechten sollen draußen bleiben - - Welche konkreten organisatorischen Elemente sind inzwischen eingerichtet worden, um besser eine solche Unterscheidung machen zu können? Ich denke an Dokumentenprüfer, Schleusungsbeauftragte, Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden. Was ist da konkret neu gemacht worden?

Zeuge Fischer: Erstens. Das läuft noch auf der EU-Ebene. Hier warten wir nach dem Beschluss des allgemeinen Rates auf die Vorschläge der Kollegin Ferrero-Waldner. Die Vorstellung ist in der Tat „Gruppenbezug“, wobei die große Frage „Jugend“ mit hinzukommt. Klar ist auch, dass wir hier, wie ich denke, unter den Gesichtspunkten der Ausstattung der Botschaft, der Effizienz - Sie haben Dokumentenberater genannt - und der Kooperation darauf ganz gut vorbereitet sind. Die Antwort darauf, welche Mechanismen jetzt konkret bezogen auf die Vorschläge von Frau Ferrero-Waldner aufgebaut werden müssten, kann ich Ihnen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geben, weil ich erst diese Vorschläge und die Konsequenzen ihrer Umsetzung kennen und beraten muss.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Königshaus, bitte.

Hellmut Königshaus (FDP): Herr Zeuge, Sie haben eben bei Ihrem einleitenden Statement - der Kollege Montag hat das auch noch einmal herangezogen - auf den Zusammenhang zwischen Reisefreiheit und dem Drang der ukrainischen Jugend nach Westen hingewiesen. Ich verstehe den Zusammenhang mit unserem Thema hier nicht. Wenn wir die Einreisep Praxis verändern und erleichtern wollen, dann entscheidet das ja wohl in einem Rechtsstaat immer noch der Deutsche Bundestag und nicht irgendeine Schleuserorganisation. Deshalb, meine ich, haben wir hier ein anderes Thema zu erörtern, nämlich die Frage, ob ein Missbrauch betrieben wurde. Diese haben Sie bejaht. Sie haben ja vorhin klar gesagt, der Plurex vom 15.10. war ein Fehler. Deshalb sollten wir uns auch darauf beschränken.

Niemand hat etwas gegen Einreise; aber wir haben schon etwas dafür, dass dabei

auch die Frage der Sicherheit eine Rolle spielt. Sie haben ja völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass wir hier nicht nur über die Ukraine reden, sondern auch über andere Bereiche dieser Welt. Deshalb frage ich noch einmal: Der Vermerk, über den ich vorhin zum Schluss gesprochen habe, zeigte ja ganz deutlich, dass der Volmer bzw. Fischer-I-Erlass nicht mit dem BMI abgestimmt war; sonst hätte sich Ihr Kollege Schily ja nicht beschwert. Das wurde uns von Ihren Beamten damit begründet, das liege in der ausschließlichen Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes, obwohl ich der Meinung bin, dass es da trotz allem eine Hohlschuld gegeben hätte, sich die Meinung und auch die Information der Sicherheitsbehörden zu holen. Die Sicherheit scheint dabei ganz allgemein ein zu vernachlässigendes Thema zu sein. In den Akten finden sich zwei weitere Schreiben von Bundesminister Schily:

Das eine ist vom 15. Oktober 2003. Es betrifft jetzt einmal nicht die Ukraine - Sie kennen es, Sie nicken -, da geht es um Tripolis. Dort beschwert er sich über absprachewidrige Visaerteilung oder, wie er hier sagt, ohne die erforderliche Abstimmung mit den Sicherheitsbehörden mehrfach erteilte große Zahl von Visa. Dabei bezieht er sich dann auch auf ein weiteres Schreiben, in dem er sich vorher schon beschwert hat. Das haben wir in den Akten nicht gefunden.

Am 30. Juli 2004 - zum Thema, 2003 wären alle Probleme behoben - schreibt er noch einmal, er habe Sie mehrfach bereits darauf hingewiesen, dass die fehlerhafte Erteilung von Visa an Personen, bei denen der Verdacht einer terroristischen Verstrickung besteht, zuverlässig verhindert werden muss. Das wird mehrfach beschrieben. Dann heißt es weiter - ich lasse jetzt Teile aus -: Es ist nicht hinnehmbar, dass, wie im Falle Soundso, eine von der EU als mutmaßlicher Terrorist gelistete Person nach Deutschland mit einem gültigen Visum einreist usw. Dann verlangt er strikte Einhaltung der Sicherheitsvorschriften, straffere Aufsichtsführung durch Sie, Beachtung von Sicherheitsmaßnahmen usw.

Hier drängt sich doch wirklich der Verdacht auf, dass das natürliche Spannungsfeld zwischen den Aufgaben des Auswärtigen Amtes auf der einen Seite und den Sicherheitsbehörden auf der anderen Seite ziemlich einseitig zulasten der Sicherheitsbelange gelöst wird, und zwar durchgängig.

Zeuge Fischer: Gestatten Sie mir, dass ich diesen Verdacht entkräfte?

Hellmut Königshaus (FDP): Ich bitte sogar darum.

Zeuge Fischer: Es handelt sich hier um vier Einzelfälle, die der Kollege Schily moniert hat. Es sind vier bedauerliche Einzelfälle. Wenn ich mich richtig entsinne, führte in zwei Fällen die Visaerteilung zu einer Einreise. Die Personen sind mittlerweile aber wieder ausgereist. Diese Fälle sind nun wirklich auf individuelle Fehler der Entscheider zurückzuführen. Ich habe es Ihnen in meinem Eingangsstatement schon gesagt, individuelle Fehler können auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Sie sind bedauerlich. Aber daraus eine Nachlässigkeit zu konstruieren, muss ich energisch zurückweisen. Im Gegenteil: Die Konsequenz etwa des Algier-Falles, wo der Entscheider seinen Fehler anhand eines technischen Fehlers begründen konnte - es war dennoch ein Fehler -, hat dazu geführt, dass dieser technische Fehler behoben wurde. Das sind die Dinge, um die es dabei geht. Daraus generell den Vorwurf zu erheben, die Sicherheit wäre bei uns nachrangig, auch und gerade im Terrorismusbereich, das muss ich ganz entschieden zurückweisen.

Hellmut Königshaus (FDP): Den erhebt in diesem Schreiben Herr Schily.

Zeuge Fischer: Das ändert an der Sache überhaupt nichts, dass ich das ganz entschieden zurückweise. Im Übrigen sind da schon im Vorfeld, soweit ich mich entsinne, auf der Staatssekretärebene sofort und unverzüglich die entsprechenden Informationen ausgetauscht worden. An diesem Punkt kann ich nur sagen - Sie machen da ja den Konnex, die Probleme seien nicht gelöst -

Hellmut Königshaus (FDP): Es gibt mehrere; das waren nur zwei Aspekte.

Zeuge Fischer: - ja, ja, darüber können wir lange diskutieren -, für mich ist völlig klar, bei der Problementwicklung, die wir in der Ukraine hatten und für die ich heute geradezustehen habe, kenne ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt - -

Hellmut Königshaus (FDP): Ich bin bewusst von der Ukraine weggegangen, auch Ihrem Wunsch folgend.

Zeuge Fischer: Ich sage das doch nur, damit die Zuordnung klar ist.

Hellmut Königshaus (FDP): Wir könnten auch über Lagos reden. Wir könnten das ganze Thema auch an anderen Beispielen festmachen.

Zeuge Fischer: Das können wir gerne tun.

Hellmut Königshaus (FDP): Meine Frage ist aber eine andere. In den Akten findet sich keine Reaktion - sie ist jedenfalls nicht ersichtlich - auf diese Briefe. Hier steht ja, dass der Kollege Schily mehrfach Briefe an Sie geschrieben hat. Es ist aber nicht erkennbar, dass Sie zum Beispiel das Schreiben vom 30. Juli beantwortet haben. Es ist auch nicht erkennbar, dass dort eine Reaktion erfolgt ist.

Ich habe eine Frage, wie Sie das im Auswärtigen Amt generell organisiert haben. Es gibt ja, was die Sicherheitsbelange und die Sicherheitslage angeht, regelmäßige Besprechungen im Kanzleramt. Daran nimmt auch regelmäßig einer der Herren Staatssekretäre teil. Wie wird denn so etwas eigentlich eingespeist, zum Beispiel die BND-Berichte über Schleusungen und Ähnliches? Wir werden hier ja wahrscheinlich auch noch einmal sehr kritisch über Statistiken und Auswirkungen reden müssen. Ich könnte Ihnen die Statistik erklären und auch, warum die Statistik überhaupt nichts mit dem Ausmaß der tatsächlichen Kriminalität zu tun hat. Darauf kommen wir vielleicht in der nächsten Runde.

(Zuruf des Abg. Jerzy Montag
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Ja, klar. Da brauchen Sie nur den Pfeiffer-Brief lesen, den haben Sie ja auch bekommen. Dann würden Sie sich nicht mehr darüber wundern, dass die Statistik nichts ausweist. - Wie ist also die Sicherheitsfrage bei Ihnen eingespeist worden? Der Herr Pleuger zum Beispiel konnte uns nicht sagen, wie die BND-Lageberichte Eingang in die Betrachtung gefunden haben, wie die Erlasslage neu zu gestalten ist. Herr Volmer wusste davon auch nichts, ganz abgesehen davon, dass sich keiner der Beteiligten mehr erinnern

konnte. Wie ist das generell? Sie können sich erinnern?

Zeuge Fischer: Sie müssten mir jetzt noch eine kurze Guidance geben. Sie sprachen vorhin von dem Brief vom 30.07.2004. Ist das richtig?

Hellmut Königshaus (FDP): Richtig.

Zeuge Fischer: Der wurde bereits im Vorfeld, bevor dieser Brief bei mir angekommen ist, auf der Staatssekretärebene beantwortet, weil die Staatssekretäre bereits über diese Fragen gesprochen hatten. Insofern ist diese Frage, was den 30.07. anbelangt, beantwortet. Nicht alle BND-Berichte -

Hellmut Königshaus (FDP): BKA-Berichte, BGS-Berichte?

Zeuge Fischer: - laufen auch bei mir auf.

Hellmut Königshaus (FDP): Deshalb frage ich auch nach der BND-Runde im Kanzleramt, in der Ihre Staatssekretäre genau deshalb auch vertreten sind.

Zeuge Fischer: Hier gibt es einen engen Dialog, eine enge Kommunikation zwischen Minister und Staatssekretär. Hier werden die Dinge besprochen, die von Relevanz sind und uns interessieren. Ich habe auch einen engen Kontakt mit dem Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes selbst. Wir treffen uns regelmäßig, wobei wir wichtige Fragen besprechen.

Hellmut Königshaus (FDP): Gut, dann werden wir darauf noch einmal zurückkommen müssen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: So, das war die zweite Runde. Jetzt kommen wir unmittelbar zur dritten Runde. Herr Scholz, bitte.

Olaf Scholz (SPD): Es beginnt zunächst Frau Hoffmann.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Herr Bundesminister, ich habe jetzt gerade dieser Tage gelesen, dass der Europaminister der Ukraine, Herr Ribatschuk, in Brüssel war und mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parla-

ments, Herrn Elmar Brok von der EVP, gesprochen hat. Eine der ersten Maßnahmen, um die Herr Ribatschuk gebeten hat, ist eine ganz schnelle Umsetzung der Vereinfachung des Visumsverkehrs mit ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern. Natürlich hat Herr Brok darauf hingewiesen, welche Sensibilität diese Frage jetzt in Deutschland besitzt. Meine Frage ist aber: Empfinden Sie, dass die Arbeit dieses Ausschusses der deutschen Regierung bestimmte Zwänge, bestimmte Richtungen bei den Konzentrationen und Beratungen dieser Frage auf der europäischen Ebene auferlegt hat oder nicht?

Zeuge Fischer: Dass dieses für unsere Partner ganz zentral ist - im Übrigen auch für Russland; ich habe es vorhin gesagt -, das ist etwas, was man nicht oft genug unterstreichen kann. Dass es auch seitens der EVP-Fraktion jenseits der mit diesem Ausschuss verbundenen politischen Interessen in Brüssel und in Straßburg eigentlich immer eine sehr liberale Haltung gegeben hat, weil man im traditionellen Sinne proeuropäisch eingestellt ist, zumindest Elmar Brok und andere, was ich sympathisch finde, ist mir auch geläufig. Dass aber die ganze Entwicklung unter diesem Gesichtspunkt wenig hilfreich ist, muss ich, wie ich glaube, nicht unterstreichen.

Dennoch bin ich der festen Überzeugung, es ist in unserem Interesse, dass wir den Weg der Ukraine nach Europa nicht blockieren. Das wäre unter allen Gesichtspunkten, auch unter dem Gesichtspunkt der innenpolitischen Sicherheit, eine Torheit sondergleichen. Deswegen wird die Bundesregierung die Vorschläge in Ruhe prüfen und abwarten. Wir werden uns aber daran konstruktiv beteiligen, was Frau Ferrero-Waldner vorlegen wird.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Als der Botschafter aus Kiew, Herr Stüdemann, hier an dieser Stelle die Fragen beantwortet hat, hat er immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Besonderheit der postkommunistischen Länder eine sehr hohe Kriminalitätsrate sei, unter anderem in Russland, aber vor allen Dingen auch in der Ukraine, und dass es schwierig war, damit zurechtzukommen. Können Sie sich, wenn man das vor Augen hat, erklären, warum es gerade in Kiew zu dieser Explosion von Visaerteilungen und zu Schleusungen, also zu dieser Visaaffäre, gekommen ist, obwohl zum Beispiel für die

Botschaft in Moskau - ich habe auch damals darauf hingewiesen, dass Russland 180 Millionen Einwohner im Vergleich zu 48 Millionen in der Ukraine hat - im Wesentlichen die gleichen Kriterien und Erlasse galten?

Zeuge Fischer: Ich denke, es gibt natürlich immer bestimmte Besonderheiten. Gerade in den Jahren 2001/2002 waren die Erwartungshorizonte nicht gerade so, dass man sagen konnte, die Ukraine befindet sich in einer dynamischen Aufbruchphase.

Darüber hinaus - ich habe es gesagt - gibt es ja so etwas wie eine Entwicklung: Die Hoffnungen in Verbindung mit dem, was wir westliche Konsumgesellschaft nennen, und der Realisierung bestimmter Träume haben ohne jeden Zweifel dort, unter den Rückschritten, die es dann gegeben hat, besonders die Jungen dazu gebracht, ausreisen zu wollen. Das ist eben ein Milieu, in dem diese Dinge sich entwickeln können. Das war meines Erachtens einer der ganz wichtigen Faktoren. Und dann spielen eben die Dinge eine Rolle, über die wir heute hier schon lange gesprochen haben. Aber ich glaube, die Ukraine befindet jetzt sich in einem dynamischen Prozess und wir haben jedes Interesse, diesen zu unterstützen.

Dass es diese Erfahrungen in Moskau nicht gegeben hat, spricht gegen die These, dass der Erlass vom 03.03.2000 die Ursache war; denn dort ist es ganz offensichtlich trotz eines weltweit geltenden Erlasses und unter ähnlichen Bedingungen zu anderen Konsequenzen gekommen.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Herr Stüdemann hat bei der Befragung auch darauf hingewiesen, dass die Erlasse die Prüfnotwendigkeit und -möglichkeit haben so gut wie erlöschen lassen. Andererseits hat er immer wieder darauf hingewiesen, dass die Überprüfung in der Botschaft selbstverständlich weiterhin stattgefunden hat. Doch wenn man die Unterlagen liest, kann man sich die Frage stellen, ob in der Botschaft überhaupt Zweifel - denn in dem Volmer-Erlass oder Fischer-I-Erlass steht „im Zweifel für die Reisefreiheit“ - entstanden sind. Können Sie sagen oder erklären, ob die Erlasse so aus Ihrem Hause rausgegangen sind, dass die Überprüfung eigentlich nicht mehr notwendig gewesen ist? Denn Herr Stüdemann hat immer wieder auch auf den Druck von der Straße hingewiesen. War es so, dass der

Druck von der Straße mit der Nichtüberprüfung sozusagen wegzunehmen war? Ist in den Erlassen so etwas zu finden?

Zeuge Fischer: Ich glaube, in den Erlassen wird man das nicht finden. Das war ja der Grund, weshalb -- Es gab ja Entspannung, es gab auch die baulichen Verbesserungen, es gab mehr an Personal, es gab auch andere Mechanismen, etwa dass nicht mehr angestanden wurde, weil es ein Terminvergabeverfahren gab und gibt. Das alles sind ja Elemente, die dann auch zu einer kurzzeitigen Beruhigung geführt haben, bis dann die - untechnisch gesprochen - Freigabe des Reiseschutzpasses durch den Erlass vom 29.01., wenn ich mich richtig entsinne, die Wirkung hatte, dass der Reiseschutzpass dort in großem Stil vertrieben wurde.

Aber auch da ging es dann relativ schnell, dass die Botschaft meldete: Die Lage hat sich aufgrund von einfachen Nachjustierungen völlig beruhigt. Das heißt schlicht und einfach, dass, wenn einer mit Reiseschutzpass kam, dieser nicht mehr akzeptiert wurde, sondern dass umgedreht wurde. Es gab ja auch andere Maßnahmen, die die Botschaft in Verbindung mit dem Fachreferat getroffen hat, sodass sich dann innerhalb relativ kurzer Zeit vor der Botschaft das beruhigt hat, was hier „Druck von der Straße“ heißt. Mit der Erkenntnis, dass gegen Herrn Kübler ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, kam es ja dann in Kiew dazu, dass der Reiseschutzpass völlig eingestellt wurde. Das Reisebüroverfahren war schon vorher eingestellt worden und mit der Einstellung des Reiseschutzpasses in Kiew und der Reihe anderer Maßnahmen, die ich gerade angesprochen habe und die dann weiter fortentwickelt wurden, konnte die Situation durch das Referat und die Botschaft Kiew dann wieder sozusagen auf die Normallinie gebracht werden.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Es wird immer wieder angesprochen, ob Ihre Reaktion sehr schnell, zeitnah stattgefunden hat oder nicht. Der Volmer-Erlass oder der Fischer-I-Erlass - „Volmer-Erlass“ ist trotzdem immer noch im Kopf - ist im März 2000 herausgekommen. Sie waren im Sommer, glaube ich, 2000 in der Ukraine und sind am Rande Ihrer Reise zum ersten Mal persönlich mit der Situation in Kiew konfrontiert worden und haben gleich veranlasst, die Personal-

stärke zu erhöhen. Sie waren auch, wie Sie gesagt haben, nicht mit dem Inhalt des Erlasses, sondern mit der Organisation der Umsetzung des Erlasses konfrontiert worden. Wenn ich März 2000 nehme und mir Ihre erste persönliche Benachrichtigung über den Zustand in Kiew im Sommer 2000 - Juni oder Juli war das; das weiß ich jetzt nicht ganz genau; auf jeden Fall im Sommer 2000 - vor Augen führe, würden Sie mir zustimmen, dass das ziemlich zeitnah ist?

Zeuge Fischer: Ich kann Ihnen das Datum genau sagen; denn es hat mich sehr beeindruckt und das ist sozusagen das, was mir sehr stark im Gedächtnis geblieben ist: Ich war am Jahrestag des Überfalls von Nazideutschland auf die damalige Sowjetunion dort und habe - über die Medien, aber auch über die Reaktionen in Kiew - mitbekommen, wie tief dieses in den Menschen verwurzelt ist. Insofern können Sie den Zeitpunkt sehr genau festmachen.

Ich muss das wiederholen, was ich schon eingangs gesagt habe: dass das im Wesentlichen als Ressourcenproblem angesehen wurde. Entsprechend sind wir dann vorgegangen. Es war ja auch ganz wichtig, dass wir diese 1,5-prozentige lineare Stellenkürzung rausbekamen.

Das klingt heute alles so einfach; aber das war in der damaligen Haushaltssituation alles andere als einfach. Insofern kann ich Ihnen nur sagen: Unter dem Gesichtspunkt, dass wir hier handeln wollten, dass wir hier verstärken wollten, dass wir die Dinge unter Kontrolle bringen wollten, kann ich Ihnen nur zustimmen. Bedauerlicherweise war es nicht so, dass sie nun wirklich bis zum Ende gelöst worden sind.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Danke.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Herr Fischer, wir hatten ja vorhin als eine der Ursachen für die Verfahren in Köln und anderswo die Reiseschutzpässe genannt; auch das Reisebüroverfahren; aber ich komme jetzt noch einmal zu den Reiseschutzpässen. Da hat sich in der Öffentlichkeit die Frage gestellt: Warum hat man die Anbieter nicht überprüft? Ich rede jetzt nicht vom ADAC, sondern von den späteren. Haben Sie Kenntnisse darüber, ob es irgendwelche Überprüfungen gab oder Rechtsgrundlagen

für Überprüfungen, oder darüber, wer dafür zuständig ist?

Zeuge Fischer: Es gibt in den Unterlagen - das habe ich jetzt gefunden - relativ spät einen stolzen Hinweis von Herrn Kübler, dass er jetzt die Prüfung durch das dafür zuständige Versicherungsaufsichtsamt oder wie das heißt -

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Bundesamt für Finanzdienstleistungen.

Zeuge Fischer: - gut, Bundesamt für Finanzdienstleistungen - durchlaufen hat. Wie die Prüfungssituation bei der Einführung des Carnets aussah und welche Prüfungen im Zusammenhang mit der Aufnahme Küblers und der anderen vorgenommen wurden, da, muss ich Ihnen sagen, liegen mir keine detaillierten Kenntnisse vor.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Der zweite Punkt, der in der Vergangenheit immer wieder moniert worden ist, ist die fehlende Einladerdatei. Können Sie uns sagen, warum diese nicht früher schon eingeführt worden ist bzw. erst nach dem Zuwanderungsgesetz möglich war?

Zeuge Fischer: Es gab immer - ich entnehme das den Akten; ich habe hier natürlich auch einiges dabei -, auch zu Zeiten der Vorgängerregierung, Remonstrationen des Datenschutzbeauftragten. Gerade bei der Bonitätsprüfung war es zum Beispiel ein Punkt, was da alles offenbart und vorgelegt werden musste. Ich war in dem Sinne in den detaillierten Diskussionen in den verschiedenen Abschnitten nicht drin. Das war im Wesentlichen ein innenpolitisches Thema. Aber ich denke, dass diese Einladerdatei - noch mehr, wenn wir dann in Richtung Europa gehen, dass wir sozusagen eine gesamt-europäische Datei haben - ein wichtiger Schritt nach vorne ist, allerdings unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Regelungen. Das heißt, je mehr hier erfasst wird, desto genauer wird man auch darauf achten müssen, wie sich die Situation dabei unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten entwickelt.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Wissen Sie, ob es Diskussionen darüber gibt, dass man die tatsächliche Einreise eines

Menschen registriert, der ein Besuchsvisum hat, und dann wieder die Ausreise? Denn wir wissen im Augenblick ja nur, wie viel Visa erteilt sind. Wir wissen noch nicht mal genau, ob diese Visa alle genutzt worden sind, so dass diese beiden Fragen im Raum stehen: die tatsächliche Einreise an den Schengen-Grenzen und auch die Ausreise. Aus diesen beiden Daten hätte man dann eine Kontrolle darüber, wer nicht ordnungsgemäß ausreist. Gibt es darüber Diskussionen im Schengen-Raum?

Zeuge Fischer: Mir sind diese Diskussionen - - Da kommen wir jetzt nun wirklich in den Bereich der Innenminister, mit Auswirkung allerdings auf die Visaerteilung; damit ich hier nicht missverstanden werde. Aber wir kommen hier jetzt wirklich in den Bereich der Innenminister. Ich kann nur nochmals meine Position mitteilen: Wir werden mit dem Schengen-Raum und mit einem Zusammenwachsen - was wir ja wollen; hoffentlich wird die Verfassung Realität; damit werden wir auch die europäischen Grundrechte bekommen - - Es ist völlig klar, dass wir natürlich mit der Rechtseinheit, Raum der Freiheit und der Sicherheit, wenn wir Reisefreiheit wollen, gleichzeitig effizientere Kontrollmechanismen brauchen, die aber abgewogen werden müssen unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten und dann mit der informationellen Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene. Aber grundsätzlich bedeutet dies, dass wir effizientere Kontrollmechanismen brauchen.

Ich habe es ja gerade am Beispiel dessen, was Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von mir in China aufgedeckt haben, gesehen, wo Hotelbuchungen, aber auch Rückkehrstempel, Ausreisestempel und Einreisestempel, gefälscht wurden und die Reisegruppe mit hoher Wahrscheinlichkeit im Schengen-Raum geblieben ist und nicht zurückgekehrt ist. Hier wird man die Instrumentarien in diesem Rahmen, wie ich es Ihnen gerade gesagt habe, verfeinern.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Keine weiteren Wünsche mehr? - Dann kommen wir zum Herrn Kauder, wenn ich das recht sehe.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Herr Außenminister, Szenenwechsel: Schleuserverfahren bei der Großen Strafkammer des Landgerichts Köln.

Ich unterstelle, dass Sie die dazu vorhandenen behördeninternen Akten aufgearbeitet haben oder aufarbeiten ließen. Ist das richtig so?

Zeuge Fischer: Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, dass ich unter dem Gesichtspunkt meiner Vorbereitungen auf alle Akten zurückgegriffen habe, die mir meine Mitarbeiter zur Verfügung gestellt haben. Aber ich habe jetzt jüngst wieder Äußerungen gehört. Ich bin, was den Bereich anbetrifft, doch sehr zurückhaltend - um keinen falschen Eindruck zu erwecken, damit Sie mich da nicht missverstehen.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Immerhin werfen Herr Staatsanwalt Büllles und der Vorsitzende Richter Höppner Ihnen und Ihrem Amt zusammengefasst vor: „Tricksen, Tarnen, Täuschen“.

Zeuge Fischer: Das weise ich in aller Entschiedenheit zurück.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Dann arbeiten wir das zusammen durch. Ich werde es Ihnen belegen und werde Ihnen auch die zitierten Fundstellen zusammenfassend übergeben, und zwar vor folgendem Hintergrund: Es steht ein weiteres Strafverfahren bei der Strafkammer des Landgerichts Köln an; ein Strafverfahren beim Landgericht Frankenthal läuft. Wenn Sie diesen Sachverhalt nicht schleunigst aufarbeiten, werden Sie von diesen Strafkammern erneut den Vorhalt „Tricksen, Tarnen, Täuschen“ bekommen. Das wäre nicht nur ein Schaden für die innere Sicherheit, sondern auch ein weiterer Schaden für das Auswärtige Amt.

Zu den Einzelheiten. Am 20. September 2002 hat Herr Staatsanwalt Büllles in einem siebenseitigen Schreiben an das Auswärtige Amt um mehrere Auskünfte und darüber hinaus um die Erteilung von Aussagegenehmigungen gebeten. Ich möchte Ihnen vorhalten, was Ihr Mitarbeiter Herr Dr. Michael Schaefer auf dieses mehrseitige Schreiben geantwortet hat:

Soweit strafrechtliche Sachverhalte nicht unmittelbar berührt sind, gilt es in diesem Zusammenhang vorrangig, eine unberechtigte Beeinträchtigung von Ruf und Ansehen oberster Bundesbehörden und de-

ren Mitarbeitern zu verhindern. Bevor also die Erteilung von Aussagegenehmigungen entschieden wird, wird daher um konkretisierte Darlegung der Erforderlichkeit gebeten.

Wie werten Sie ein solches Schreiben auf ein berechtigtes aufklärendes Schreiben der Staatsanwaltschaft?

Zeuge Fischer: Die Linie war immer - jede Unterstellung, dass wir das anders sehen würden, muss ich zurückweisen - volle Kooperation mit den Justizbehörden. Den Kollegen Schaefer schätze ich überaus. Er ist Völkerrechtler und heute mein Politischer Direktor. In diesen ganzen Dingen gibt es Fürsorgegesichtspunkte. Es ist auch und gerade immer der Personalrat, der zu Recht darauf hinweist, was seine Pflicht ist, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrifft.

Ich will Ihnen hier auch mal sagen: Ich war nicht anwesend hier in diesem Ausschuss. Ich habe es der Presse entnommen - aber es scheint ja in Zweifel gezogen worden zu sein -, dass eine der Kolleginnen dort einer Bedrohung ausgesetzt war, obwohl - so wurde mir gesagt - dieses im Prozess klar gesagt worden wäre. Wenn ich die Akten richtig gelesen habe, ist diese Bedrohung keine fiktionale gewesen, sondern ist bestätigt worden. Da gibt es natürlich Fürsorgegesichtspunkte, die zu beachten sind. Was ich in diesem Ganzen nicht verstehe - ich sage es Ihnen mal so direkt; das hat nichts mit Justizschelte zu tun -: dass dieses Gericht sagt: Das war ein kalter Putsch der Bundesregierung, obwohl - -

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Herr Zeuge, nicht ablenken! Hier geht es um Aussagegenehmigungen für Zeugen. Wenn Sie sagen, eine Zeugin war bedroht - -

Zeuge Fischer: Ich habe Ihnen das gerade erläutert. Mit scheint hier wichtig zu sein, das mal klarzustellen.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Wenn Sie sagen, eine Zeugin war bedroht - -

Zeuge Fischer: Da ist keine Sachverhaltsfeststellung getroffen worden oder Ähnliches.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Wenn Sie sagen, eine Zeugin war bedroht, dann rechtfertigt das doch nur Schutzmaßnahmen für diese Zeugin, wie es auch bei bedrohten Polizeibeamten der Fall ist. Sie werden trotzdem vernommen. Dann kann doch Ihr Beamter nicht für sämtliche Zeugen die Aussagegenehmigungen sperren mit dem Hinweis: Sagen Sie mir erst mal, was Sie wollen!

Das werden Sie aufarbeiten müssen. Haben Sie Verständnis dafür, dass ein Staatsanwalt ein solches Schreiben als - so schreibt er es - „einen Schlag ins Gesicht“ bezeichnet?

Zeuge Fischer: Nein, es tut mir Leid, da muss ich mich voll vor meine Mitarbeiter stellen. Das werden Sie von mir nicht hören. Es ist völlig klar: Wir kooperieren hier. Ich werde mir hier keine Beurteilung dergestalt anmaßen, dass ich das Verhalten von irgendjemandem unter juristischen Gesichtspunkten bewerte. Die Linie von uns, die Kooperation mit der Justiz, ist nicht nur eine politische Selbstverständlichkeit, sondern selbstverständlich ist dies auch aus rechtlichen Gründen notwendig; das geht gar nicht anders.

Insofern kann ich Ihnen an dem Punkt nur sagen: Diese ganzen Zuspitzungen, die hier vorgenommen wurden, immer wieder - wie Sie schon begonnen haben - „Tricksen, Tarnen, Täuschen“ zu unterstellen und nicht zu unterstellen: Was sind denn Motive, die nicht „Tricksen, Tarnen, Täuschen“ sind - - Das zieht sich doch sozusagen durch die öffentlichen Verlautbarungen in einem fort hindurch. Da können Sie mir gerne Ihre Aktenordner, die Sie wohl aufbereitet haben, ins Ministerium bringen lassen; das arbeiten wir dann gerne auf. Dann bekommen Sie, von meinen Leuten entworfen, die entsprechende Antwort.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Herr Zeuge, Sie weichen doch den konkreten Fragen aus.

Zeuge Fischer: Nein, ich weiche keinen konkreten Fragen aus.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Sie sagen, Kooperation zwischen Ihrem Amt und der Justiz sei angezeigt gewesen. Das Gericht wollte Unterlagen haben, die sich auf Erlasse bezogen.

Mehrfach wurde der Behördenbeistand - lassen Sie mich ihn nennen: Professor Dahs - gebeten, die Erlasse vorzulegen. Wissen Sie, wie lange es gedauert hat, bis das Gericht den so genannten Volmer-Erlass bekommen hat?

Zeuge Fischer: Sie werden es mir gleich sagen.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): 14 Monate. 14 Monate und immer wieder musste der Vorsitzende beim Behördenbeistand Dahs nachhaken, wann endlich der Erlass kommt. Nennen Sie das nicht Tarnen und Täuschen?

Zeuge Fischer: Nein, das nenne ich nicht Tarnen und Täuschen. Ich will Ihnen an dem Punkt hier auch klipp und klar antworten: Die Kolleginnen und Kollegen haben dort ausgesagt. Wenn ich richtig informiert bin, sind von den Ermittlungsverfahren, die in unserem Bereich eingeleitet wurden, von vieren drei eingestellt worden in der Zwischenzeit. Die Aussagen haben dort stattgefunden. Sie können sagen, es hätte schneller gehen sollen. Nur, zu unterstellen, dass hier Tricksen, Tarnen und Ähnliches - - Ich bitte Sie!

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Wir sind doch noch gar nicht am Ende mit den Vorhalten!

Zeuge Fischer: Sie vertreten hier die CDU/CSU. Wenn ich daran denke, was ihr da alles gemacht habt mit - -

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Der Behörden- und Zeugenbeistand Dahs - darüber werden wir auch noch mal reden müssen - hat mehrfach zugesagt, er werde noch Unterlagen nachreichen. Am 18.11., nachdem die meisten Zeugen und insbesondere die Zeugen des Auswärtigen Amtes bereits vernommen waren, hat er dem Staatsanwalt, Herrn Bülles, einen Packen von Unterlagen überreicht, die dieser, wie er sagt, in einer Nacht gelesen habe, spannend wie ein Krimi, und es habe ihm Leid getan, dass er diese Unterlagen erst nach der Vernehmung der Zeugen bekommen habe, weil er sie deshalb nicht mehr in die Hauptverhandlung habe einführen können; dazu hätte er die Ladung der Zeugen noch mal veranlassen müssen. Nennen Sie

das nicht Behinderung der Justiz? Warum hat es so lange gedauert, bis man die Unterlagen vorgelegt hat?

Zeuge Fischer: Ich war bei der Nacht-
lektüre von Herrn Bülles nicht dabei. Insofern
kann ich auch nicht nachvollziehen, wie sich
das ausgestaltet hat.

Ich kann Ihnen an dem Punkt nur noch
einmal sagen: Der Prozess in Köln ist abge-
schlossen worden und dieser Prozess in
Köln ist nicht daran gescheitert, dass das AA
getrickst, getarnt oder getäuscht hätte. Wir
haben hier - so haben mich die Kolleginnen
und Kollegen informiert, die dafür im Amt die
Verantwortung tragen - bestimmte Fürsorge-
pflichten. Ich weise nochmals darauf hin:
Das, was ich von Köln höre - - Das gilt nicht
nur für die Kolleginnen und Kollegen; ich
habe auf die eingeleiteten Ermittlungsverfah-
ren und die Einstellungen hingewiesen. Hier
soll doch offensichtlich ein bestimmter, poli-
tisch gewünschter Eindruck entstehen.
Darum geht es doch.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwennin-
gen) (CDU/CSU): Es geht darum, dass ein
Gericht die zur Fortführung eines laufenden
Verfahrens notwendigen Unterlagen nicht
bekommen und deswegen im Prozess nicht
verwerten konnte.

Wissen Sie, Herr Zeuge, was mich an
Ihnen am meisten irritiert: Sie haben doch
gesagt, Sie räumen eine gewisse Schuld ein,
nehmen politisch einiges auf sich. Aber ge-
nau diese Einstellung zum Verlauf des Ver-
fahrens in Köln zeigt doch, dass Sie nichts
daraus lernen wollen. Ich sagte es doch
schon: Es stehen zwei weitere Verfahren an:
ein weiteres Schleuserverfahren, das
nächste Woche in Köln beginnt, und eines,
das in Frankenthal läuft. Wollen Sie Ihre Be-
amten wieder so ins Messer laufen lassen?

Herr Außenminister, ich weiß nicht, ob
Ihnen bekannt ist,

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Soll er jetzt antworten,
oder was?)

wie die Zeugen vorbereitet worden sind.
Wissen Sie etwas von einer Besprechung in
Ihrem Haus am 23. Oktober 2003?

Zeuge Fischer: In meinem Haus haben
am 23. Oktober 2003 vermutlich viele Be-
sprechungen stattgefunden.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwennin-
gen) (CDU/CSU): Also darf ich unterstellen,
dass Sie die Akte „Schleuserverfahren Köln“
nicht einmal angesehen haben und behör-
denintern nicht im Ansatz durchgearbeitet
haben?

Zeuge Fischer: Schauen Sie, ich habe
gesagt, dass ich in der Vorbereitung - - Ich
bekomme ja mit, wie das in der Öffentlichkeit
läuft. Es liegt ja jetzt Strafanzeige gegen
Unbekannt vor. Aber da ich des Deutschen
mächtig bin, habe ich auch gelesen, in wel-
che Richtung das gehen soll, nämlich in
Richtung Zeugenbeeinflussung. Da sitzen die
im Ministerzimmer zusammen und beraten:
Wie können wir jetzt den Staatsanwalt Bül-
les - oder wen auch immer - in einer kollusi-
ven Absprache dort sozusagen übers Ohr
hauen? - Das ist der Eindruck, der bei mir
angekommen ist.

Da sage ich Ihnen - -

Siegfried Kauder (Villingen-Schwennin-
gen) (CDU/CSU): Aber dem müssen Sie
doch nachgehen. Das können Sie doch nicht
auf sich beruhen lassen. Das ist doch ein
Vorwurf gegen Sie und Ihr Amt.

Zeuge Fischer: Entschuldigung, dem
gehe ich nach. Das ist ein absurder Vorwurf.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwennin-
gen) (CDU/CSU): Aber ich mache doch die
Arbeit für Sie, nicht Sie.

(Lachen bei der SPD)

Zeuge Fischer: Das ist aber schön, dass
Sie die Arbeit für uns machen.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwennin-
gen) (CDU/CSU): Ich kann es Ihnen hier
dokumentieren.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Ein falscher Vorhalt von
A bis Z! Nichts stimmt, was Sie sa-
gen!)

- Herr Zeugenbeistand Montag, Sie sind
doch im Augenblick nicht dran.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Leider!)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr
Montag, bitte.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Das Auswärtige Amt zahlt einen eigenen Zeugenbeistand, wie im Kölner Verfahren auch schon. Dort wurden 20 880 Euro hingelegt, damit das Amt und die Zeugen angemessen vertreten sind.

Zeuge Fischer: Aber spricht denn was dagegen? Entschuldigung!

(Sebastian Edathy (SPD): Allerdings, Herr Kauder, was soll denn das?)

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Herr Zeuge, das werde ich Ihnen sofort erklären - -

Zeuge Fischer: Wissen Sie, was das an Zeugenbeistand - -

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Wenn Sie mir eine Sekunde zuhören, werde ich es Ihnen erklären.

Zeuge Fischer: Ich höre Ihnen die ganze Zeit zu.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ich habe es schon angedeutet: Da gab es einen Anwalt, der war Behördenbeistand und Zeugenbeistand. Ein Zeugenbeistand hat die Interessen der Zeugen zu vertreten, nicht das Anliegen einer Behörde, in einem Strafverfahren möglichst gut wegzukommen. Das ist das Problem des Falles.

Zeuge Fischer: Das ist schon wieder eine Unterstellung.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Nun möchte ich Ihnen - -

Zeuge Fischer: Sie arbeiten hier mit einer Unterstellung nach der anderen in Frageform gestaltet.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Es ist so.

Zeuge Fischer: Es kommt hier eine Unterstellung nach der anderen. Sie unterstellen, das Auswärtige Amt hat in diesen Prozessen nur ein Ziel, und das ist ein kollusi-

ves. Das muss ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Hat Rechtsanwalt Dahs im Auftrag des Auswärtigen Amtes -

Zeuge Fischer: Sie unterstellen hier - -

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): - Behördenakten an das Gericht weitergeleitet oder nicht und damit die Interessen des Amtes und nicht die Interessen von Zeugen wahrgenommen?

Zeuge Fischer: Ich sehe hier - seien Sie mir nicht böse - eine fortwährende Kette von Unterstellungen, wenn Sie sagen, das Weitergeben von Akten aus dem Amt stünde im Widerspruch zur Interessenvertretung der Zeugen. So geht das in einem fort.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ich darf es Ihnen belegen - -

Zeuge Fischer: Was Sie hier betreiben, ist doch nichts anderes, als in Frageform gekleidet mit Unterstellungen zu arbeiten.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ich darf es Ihnen belegen am Verlauf dieser Besprechung vom 23.10.2003:

Herr von Kummer gab seiner Verärgerung darüber Ausdruck, dass das BMI erklärt habe, dass bei der Vernehmung von BMI- und Auswärtige-Amt-Zeugen unterschiedliche Interessenlagen bestehen könnten. Herr von Kummer betonte, dass es das gemeinsame Interesse von Auswärtigem Amt und BMI sein sollte, Schaden für beide Häuser abzuwehren. Es wäre schlimm, wenn sich Auswärtiges Amt und BMI bei einer Zeugenvernehmung auseinander dividieren ließen.

Dieses Gespräch wurde im Beisein der Zeugenbeistände des BMI und des Auswärtigen Amtes geführt.

Der Zeugenbeistand und Amtsbeistand Professor Dahs hat dann im nachfolgenden Verlauf des Gesprächs dezidiert dargelegt, wie die Zeugen bei Gericht vernommen werden, was die Schwerpunkte dieser Zeugenvernehmungen sind. Merken Sie jetzt die

Interessenkollision, die dadurch entstanden ist, dass es in erster Linie nicht darum ging, wahrheitsgemäße Zeugenaussagen zu produzieren, sondern darum, die Interessen des Auswärtigen Amtes und des BMI wahrzunehmen?

Zeuge Fischer: Ich muss Sie ein weiteres Mal darauf hinweisen, dass Sie hier genau dasselbe wie in den Fragen vorher machen. Sie unterstellen, dass hier beabsichtigt wird, sozusagen die Unwahrheit zu organisieren, um das AA und das BMI zu schützen. Da kann ich Ihnen nur sagen: Das finde ich, ehrlich gesagt, das Allerletzte, was Sie uns hier unterstellen. Und das geht ja weiter.

Ich sage nochmals: Ich bin wirklich hellhörig geworden im Zusammenhang damit, dass diese Strafanzeige gegen Unbekannt, aber mit dem Hinweis, da habe es ja auch eine Ministervorlage mit Sprachregelung gegeben, zu einem Zeitpunkt, wo der Prozess entweder zu Ende war oder aber die Zeugenvernehmung schon längst vorbei -- Das ist alles dieselbe Spur. Das geht wieder in die Richtung der Skandalisierung, nur diesmal anders, im Sinne von: Da sind Ministerien, die tun nichts anderes als sich selbst zu schützen. Am besten ist es, der Minister zieht da noch die Strippen und man kann ihm das nachweisen. Das wäre ja wunderbar.

So unterstellen Sie den Mitarbeitern, so unterstellen Sie Professor Dahs in einem fort Dinge, die Sie diesen Vorhalten, die Sie hier machen, weiß Gott nicht entnehmen können. Sie ziehen sich da etwas raus. Das wird dann vorgehalten mit dramaturgischer Stimme wie im Gerichtssaal. Bitte schön! Da kann ich Ihnen nur sagen: Die Akten nehme ich gerne mit oder lasse sie mir bringen. Dann arbeiten wir die auf und dann werde ich auch Professor Dahs bitten, mal zu diesen ganzen Vorhaltungen seine Sicht der Dinge darzustellen. Denn so, wie Sie das machen, kann ich das auf dem Amt nicht sitzen lassen. Ich finde das nachgerade empörend.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ich darf Ihnen vielleicht noch empfehlen, eine Fundstelle aus dem Handbuch des Strafverteidigers von Herrn Professor Dahs zu lesen, dem Zeugenbeistand Dahs, der dazu erklärt, es seien höchst bedenkliche behördeninterne Zeugentrainings. Diese müsse der Verteidiger besonders intensiv abfragen. - Da sehen Sie die

Einstellung des Herrn Professors Dahs zu seinem eigenen Vorgehen.

Ich darf hier noch ein weiteres Schreiben des Herrn Kummer vorhalten. Da kolportiert er:

Das Gericht soll dazu bewegt werden, von der Vernehmung weiterer Zeugen aus dem Auswärtigen Amt möglichst abzusehen

- Jetzt hören Sie bitte genau zu! Wissen Sie, warum Herr Kummer nicht möchte, warum weitere Zeugen des Auswärtigen Amtes vernommen werden? -

wegen der damit verbundenen hohen Reisekosten.

Ich unterstelle, Herr Kummer weiß, dass die Reisekosten nicht das Auswärtige Amt bezahlt, sondern die Justiz und im Unterliegensfall, im Verurteilungsfall, der Verurteilte. Dazu hat man - Herr Kollege Montag, Sie haben das ja eingeführt - 300 000 Euro zur Sicherung der Verfahrenskosten sichergestellt.

Das heißt also: Hier wird so unterschwellig gesagt, man wolle die Zeugen nicht vernommen lassen, weil es Geld kostet. Der Hintergrund ist klar: Tarnen, Täuschen, Tricksen. Wie stellen Sie sich dazu?

Zeuge Fischer: Die ganzen Fragen, die Sie jetzt gestellt haben, haben nur einen Grund: dieses Tarnen, Täuschen, Tricksen in dem Falle uns - mit „uns“ meine ich: dem Haus - an die Backe zu kleben. Ich kann Ihnen nur sagen: Sie hatten Herrn Kummer hier als Zeugen, wenn ich richtig informiert bin.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): So ist es.

Zeuge Fischer: Sie konnten diese Fragen auch direkt stellen. Ich schätze ihn sehr. Die Zusammenarbeit mit ihm -- Er hat mit der Aufarbeitung „Kiew“ - und dass sich die Dinge dort erheblich verbessert haben - viel zu tun. Ihm aus diesem Zitat heraus zu unterstellen, weil er da Reisekosten anführt, daraus schon wieder finstere Absichten zu machen -- Da kann ich sagen: Sie tarnen schlecht und Sie tricksen schlecht. Täuschen tun Sie schon gar nicht mit Ihrer politischen Absicht.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Herr Fischer, wie werten Sie ein Schreiben eines Mitarbeiters an eine Zeugin:

Bitte nehmen Sie auch direkt mit Herrn Professor Dahs Kontakt auf, um mit ihm als Zeugenbeistand ein Gespräch vor Ihrem Gerichtstermin zu vereinbaren.

Um es vorwegzunehmen: Jeder darf mit einem Zeugenbeistand reden. Aber dass eine Behörde einen bestimmten Zeugenbeistand zuordnet, das war mir bisher nicht geläufig. Es ist doch so, dass wir freie Anwaltswahl haben, dass jeder Zeuge selbst entscheiden kann, zu welchem Zeugenbeistand er Vertrauen hat und zu welchem nicht.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er muss da doch nicht hin!)

- „Bitte nehmen Sie ... Kontakt auf“. Wie kann ein Beamter das verstehen, wenn er ein amtliches Schreiben kriegt? Der schreibt dann zurück: Ich muss doch da nicht hin, Herr Kollege Montag? Sie sind doch selbst Strafverteidiger. Ich bitte Sie.

Zeuge Fischer: Ich bin jetzt wirklich in der Schwierigkeit, dass ich mich hier sozusagen in Interna des Innenlebens einer von mir sehr geschätzten juristischen Subkultur befinde, der ich selbst aber nicht angehöre. Seien Sie mir nicht böse! Insofern -- Hier werden Vorhaltungen gemacht. Da kommt der Satz: Was sagen Sie dazu? Ich sage Ihnen: Schicken Sie mir die aufgearbeiteten Akten und ich verspreche Ihnen, wir werden Ihnen einen detaillierten Schriftsatz zukommen lassen, wo wir detailliert auf Ihre schlecht getarnten Vorwürfe eingehen werden, ohne Tricksen und Täuschen.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Herr Zeuge, mir wäre es viel lieber - darum würde ich Sie auch bitten -, wenn Sie mir möglichst detailliert und möglichst schnell die Linie des Auswärtigen Amtes mitteilen würden, wie zukünftig bei Anforderungen von Gerichten in laufenden Strafverfahren reagiert wird, ziemlich schnell deshalb, weil - ich wiederhole - demnächst, nämlich am 2. Mai, ein Verfahren in Köln beginnt und eines in Frankenthal läuft.

Herr Zeuge, es tut mir Leid, das sagen zu müssen: Wie sich das Auswärtige Amt bei

der Kölner Justiz präsentiert hat, war eine Katastrophe. Aber Sie, Herr Außenminister, sind in der Aufarbeitung dieses Falles schon fast eine tragische Figur.

Zeuge Fischer: Ich weiß nicht, worin die Frage besteht, dass Sie mich jetzt zur tragischen Figur machen. Ich könnte jetzt kontern, indem ich sozusagen die zweite Maske über dem Theater Ihnen anhefte; aber das erlaubt die Höflichkeit nicht.

Insofern kann ich, Herr Kauder, nur nochmals feststellen: Dieser ganze Beitrag -- Es ist doch völlig klar, was Sie uns damit ankleben wollen. Die Linie ist: volle Kooperation. Da geht es gar nicht um „Linie“. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass ein Bundesministerium in dem Fall, wo die Justiz Ermittlungen macht, voll kooperiert und dass wir auf der anderen Seite aber genauso unserer Fürsorgepflicht nachkommen, dass Bundesministerien miteinander reden, dass es Zeugenbeistände und Ähnliches gibt. Ich bin nun weiß Gott kein Experte in der Zuordnung von Zeugenbeiständen und Ähnlichem. Daraus werden Sie jetzt nicht wieder machen können, dass ich für das Amt diese Kompetenzen haben müsste. Ich bin kein Strafverteidiger und will es auch nicht werden, auch kein Zeugenbeistand. Nur, ich sehe mich in dem, was Sie mir gerade gesagt haben, darin bestätigt, dass ich mich von diesen Akten möglichst weit weggehalten habe, weil ich offensichtlich in der Tat gespürt habe, was da im Schwange ist. Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Abgeordneter: Ich sehe mich durch Ihre Einlassungen nun wirklich voll bestätigt, weise aber emotional empört mit aller Entschiedenheit diese Vorwürfe gegen das Auswärtige Amt zurück, genauso entschieden für das Bundesinnenministerium, für die Bundesregierung.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Herr Minister, bedrückt es Sie eigentlich nicht, wenn ein Gericht in einem Strafverfahren eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren ausspricht und in der Urteilsbegründung niederlegt, die Strafe sei deshalb so gering ausgefallen, weil Fehler des Auswärtigen Amtes unterlaufen sind - das stand im Urteil nicht drin, ist aber auch Hintergrund -, weil das Auswärtige Amt zur Tatermittlung nichts beigetragen hat?

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, ich will mich zum Gericht nicht äußern. Ich will

mich dazu nicht äußern. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen: Da sind sozusagen Botschaften formuliert worden, die ich für nicht hinnehmbar halte, für inakzeptabel. Insofern: Gestatten Sie mir, dass ich es damit bewenden lasse.

Was meine eigene Auffassung über das Gericht und über den Staatsanwalt betrifft -- Ich möchte hier nicht in Schelte und Ähnliches kommen. Deswegen schweige ich dazu.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Minister, Sie werden ja demnächst Gelegenheit bekommen, die Fortsetzung des Verfahrens in Köln zur Kenntnis zu nehmen. Es ist der gleiche Staatsanwalt und möglicherweise auch die gleiche Kammer, die zum Teil die gleichen Angeklagten verurteilen werden; einer zumindest ist wieder dabei, der andere ist neu. Dann werden wir das ganze Thema fortsetzen können.

Es ist so, dass hier gesagt wurde, dass Zeugen vernommen wurden, ohne die Akten gelesen zu haben, weil sie nicht übersandt wurden. Das ist nun einmal Faktum; da kann man nichts machen. Aber jetzt sind die Akten dort.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Ich habe eine Einwendung: Es ist aber auch gesagt worden, dass die Akten gar nicht angefordert worden sind, dass man gar nicht wusste, was man haben wollte.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das stimmt doch gar nicht!)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut. Es kann jeder für sich im Protokoll nachlesen, ob gesagt worden ist, dass die Akten nicht angefordert seien, oder ob das nicht gesagt wurde. Das Protokoll ist ja schon fertig. Das wollen wir hier aber nicht vertiefen.

Herr Kollege von Klaeden hat sich noch gemeldet. - Bitte.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Herr Fischer, ich würde gern noch einmal auf diese Frage zurückkommen, weil Sie gesagt haben, Ihre Linie sei „volle Kooperation“ gewesen. Ich möchte Ihnen einen Vermerk vom 15. September 2003 vorhalten; Verteiler auch an Ihr Ministerbüro. Dort schreibt Herr von Kummer:

Die Ladung weiterer Mitarbeiter des AA legt die Vermutung nahe, dass es Gericht und Staatsanwaltschaft nicht mehr nur um die Sachaufklärung im Fall Barg geht, sondern vielmehr darum, zu demonstrieren, dass Visumpolitik und -praxis der Bundesregierung, insbesondere des AA, Schleusungen in großem Stil ermöglicht haben.

Daraufhin hat dann der Zeugenbeistand oder Behördenbeistand Herr Professor Dahs in Besprechungen deutlich gemacht, dass der atypische Verlauf des Verfahrens, nämlich das vollständige Geständnis des Angeklagten Barg und der Hinweis auf die Strafmilderungsgründe, gerade erforderlich mache, dass man diesen Gründen für die Strafmilderung nachgehe, weil sonst das Urteil nicht berufungsfest sei.

Dann ist weiter ausgeführt worden:

Nach seiner Einschätzung

- hier Professor Dahs -

könne es zu einer Medienkatastrophe für beide Ministerien kommen. Es müsse vermieden werden, dass AA und BMI in den Medien als die eigentlichen Angeklagten dargestellt werden.

Das steht in einem Vermerk vom 24. Oktober; vom 15. September haben schon die Zeugenladungen vorgelegen.

Es ist dann davon die Rede, dass man eine gemeinsame Erklärung der Ministerien erwäge. Dann heißt es weiter:

Hierdurch solle deutlich gemacht werden, dass beide Häuser anerkennen, dass es in der Vergangenheit nicht ideal gelaufen sei.

Hier geht es doch offensichtlich darum, eine Strategie gegenüber dem Gericht zu verabreden, die darauf hinausläuft, die Zeugenaussagen nach Möglichkeit zu vermeiden. Anders ist das alles hier doch nicht zu erklären.

Zeuge Fischer: Wie Sie zu diesen Schlussfolgerungen kommen, das müssen Sie mit sich ausmachen.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Aus den Vorhalten, Herr Minister.

Zeuge Fischer: Ich komme nicht zu diesen Schlussfolgerungen, Herr Abgeordneter.

Ich komme nicht zu diesen Schlussfolgerungen.

Ich sehe hier auch keine Zeugenbeeinflussung oder Ähnliches, nichts dergleichen. Sie werden auch - -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Das ist auch nicht mein Vorhalt gewesen.

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, jetzt antworte ich. Wir können es so machen, dass Sie Fragen stellen und ich jeweils nur einen Halbsatz darauf antworte. Ich gehe aber davon aus, dass Sie an der ganzen Antwort Interesse haben.

Sie können daraus überhaupt keinen Vorwurf der Zeugenbeeinflussung machen, es sei denn, Sie wollen das so.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Das ist ja nicht mein Vorhalt gewesen, Herr Minister. Ich habe nicht von Zeugenbeeinflussung gesprochen. Ich habe davon gesprochen, dass das, was Sie behauptet haben, nämlich dass die Marschroute, die von Ihnen vorgegeben ist, die „volle Kooperation“ hier nicht eingehalten worden ist.

Zeuge Fischer: Entschuldigung, woraus entnehmen Sie, dass die volle Kooperation da nicht eingehalten wurde?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Weil hier über die Frage gesprochen wird, wie man de facto dafür sorgen kann, dass die Zeugen nicht kommen müssen, dass erwogen wird, anstelle der Aussagen der Zeugen hier eine gemeinsame Erklärung abzugeben.

Zeuge Fischer: Entschuldigung, ich habe Ihnen -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Wie kann man denn überhaupt - -

Zeuge Fischer: - schon mal gesagt: Wir haben auch bestimmte Fürsorgepflichten. Es gibt Erörterungen, die ich für völlig legitim halte und die nicht die Konsequenzen haben, die Sie benannt haben, Herr Abgeordneter. Deswegen - -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Herr Minister, hier geht es - -

Zeuge Fischer: Ich bin noch bei meiner Antwort. - Deswegen, Herr Abgeordneter, kann ich Ihre Schlussfolgerung an diesem Punkt überhaupt nicht nachvollziehen.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Herr Minister, hier geht es nicht um die Frage der Fürsorge. Das ist der Punkt, auf den der Kollege Kauder hingewiesen hat, dass es ein Problem ist, wenn man gleichzeitig Behörden- und Zeugenbeistand ist. Hier geht es um die Frage, eine Medienkatastrophe für beide Ministerien zu verhindern. Ich halte Ihnen vor, dass sich aus den Vermerken hier ergibt, dass man sich nicht der Frage gewidmet hat, wie man schnell und umfassend die Zeugen dem Gericht zuführen kann, sondern dass man sich in diesen Besprechungen vielmehr der Frage gewidmet hat, wie man das gerade vermeiden kann, um diese Medienkatastrophe zu verhindern, von der auch Professor Dahs spricht. Das hat mit Kooperation mit dem Gericht nichts zu tun und deckt sich mit dem, was der Zeuge Bülles hier ausgesagt hat, nämlich dass man den Eindruck gehabt habe, dass die Zeugenaussagen so weit wie möglich verzögert werden sollten, und dass die angeforderten Unterlagen 14 Monate gebraucht haben, bis sie schließlich am Ende der Beweisaufnahme beim Gericht angekommen sind.

Zeuge Fischer: Also, Herr Abgeordneter, ich würde gern darauf antworten. Ich meine, Sie sind in der kommoden Situation, mir Aussagen des Abgeordneten Bülles -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Des Zeugen Bülles.

Zeuge Fischer: - des Zeugen, Entschuldigung -, des Zeugen Bülles in freier Formulierung vorhalten zu können, die ich nicht kenne. Ich war - - Es war keine öffentliche Sitzung.

(Zurufe von der CDU/CSU: Sie sind nicht vorbereitet! - Dann wird es aber Zeit! - Die sind schon öffentlich!)

- Entschuldigung, hier im Ausschuss.

(Zuruf: Es steht im Protokoll!)

- Gut. Aber an dem Punkt kann ich nur sagen - da käme doch sofort die andere Frage, aber bitte -: Ich teile hier Ihre Schlussfolgerung überhaupt nicht.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Legen Sie Wert auf den Vorhalt? Dann will ihn Ihnen gerne machen.

Zeuge Fischer: Überhaupt nicht. Ich teile Ihre Schlussfolgerungen an diesem Punkt überhaupt nicht. Was im Einzelfall hier zu Verzögerungen geführt hat oder nicht -- Dass das aber Sinn und Zweck der ganzen Veranstaltung gewesen wäre, dazu zu kommen, dass das Gericht seiner Arbeit nicht nachkommen kann, das muss ich in aller Entschiedenheit zurückweisen.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ich will Ihnen gerne den Vermerk des Landgerichts Köln vorhalten. Da heißt es:

Bei der Kammer ist das zögerliche Verhalten des Auswärtigen Amtes bei der Entscheidung über die Aussagegenehmigung ...

- da kommen die Namen der Zeugen -

in dem oben genannten Strafverfahren der Eindruck entstanden, dass die Vernehmung dieser Zeugen verhindert oder zumindest verzögert werden soll. Dieses kann sich die Kammer nur so erklären, dass das Auswärtige Amt es offensichtlich nicht wünscht, dass die näheren Umstände bei der Visaerteilung in der Botschaft in Kiew aufgeklärt werden. Die Verhaltensweise des Auswärtigen Amtes behindert die Arbeit des Gerichts nachhaltig.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr von Klaeden, Ihre Zeit ist um. - Aber Sie können antworten.

Zeuge Fischer: Ich teile die Schlussfolgerungen, die Sie mir gerade vorgetragen haben, nicht.

(Zuruf)

- Ich habe ja gesagt: Dazu sage ich nichts.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sind Sie fertig? - Dann kommt Herr Montag dran.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister, jetzt ist es ja ein bisschen feuriger geworden hier im Untersuchungsausschuss. Das hängt ja ausschließlich damit zusammen - ich sage das ganz klar -, dass Ihnen von den Kollegen der

Union samt und sonders falsche Vorhalte gemacht werden

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

und Sie natürlich nicht in der Lage sind,

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Herr Montag, welche Vorhalte waren falsch? Herr Vorsitzender, das lasse ich nicht auf sich beruhen!)

in die gleichen Akten zu schauen, aus denen - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Kollege Montag, ich bitte zu sagen, welche Vorhalte falsch waren. Herr Kollege Montag, wenn Sie hier die Behauptung - -

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist denn jetzt, Herr Vorsitzender? Wollen Sie mir den Saft abdrehen, oder was?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: So ist es.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann auch ohne.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Dann tun Sie ohne. So, ich sage Ihnen jetzt: Wenn Sie hier pauschal behaupten, alle Vorhalte seien falsch, dann sage ich Ihnen: Sie haben die Verpflichtung, hier konkret zu sagen, welcher Vorhalt falsch war.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich komme dazu, von A bis Z. Die kurze Zeit, die ich habe, werde ich dazu nutzen.

Der Kollege Kauder hat Ihnen vorgehalten, es hätte einen Brief des Gerichts an das Auswärtige Amt mit der Bitte um Beantwortung von sieben Fragen gegeben, und hat als Antwort auf diese Anfrage „Bitte beantworten Sie sieben Fragen“ ein Schreiben Ihres Mitarbeiters Schaefer zitiert. Ich weise darauf hin: Es gibt dieses Schreiben des Herrn Schaefer; aber es ist nicht die Antwort auf die Anfrage des Gerichtes.

Zweite Frage, zweiter Punkt. - Jetzt bin ich dran. Ich habe das erleiden müssen, wie Sie hier aus den Akten falsch zitieren. Jetzt müssen Sie die Richtigstellungen ebenso erleiden, wie ich es getan habe. Jetzt bin ich dran. Sie können sich Ihre Sachen notieren und kommen später dran.

Es ist Ihnen vorgehalten worden, Herr Minister, dass das Gericht Akten angefordert hätte, dass die Staatsanwaltschaft Akten angefordert hätte. Wir haben die Akten des Verfahrens in Köln sorgfältig studiert: Es gibt keine einzige Aktenanforderung des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft an das Auswärtige Amt. Dementsprechend hat der Zeuge von Kummer in der Sitzung vom 14.04. - das ist ein Mitarbeiter Ihres Hauses - auf eine entsprechende Frage geantwortet - Zitat -:

Zeuge von Kummer: Herr von Klaeden, ich kenne kein Schreiben vom Staatsanwalt Bülles, wo er uns zur Übersendung von Unterlagen auffordert.

Daraufhin haben wir eigentlich gefragt: Wie ist es denn dazu gekommen, dass das Gericht doch irgendwann einmal was - ich glaube, es waren 130 oder 140 Blatt - zugeschickt bekommen hat? Der Zeuge von Kummer hat gesagt: Ich bin von niemandem vom Gericht aufgefordert worden, das zu tun. Aber dann hat der Professor Dahs darum gebeten, einige Unterlagen zusammenzustellen, und der Herr von Kummer hat nach eigenem besten Wissen und Gewissen, nicht wissend, was für das Gericht von Interesse sein kann, 130 oder 140 Blatt zusammengestellt und an Herrn Dahs geschickt und der hat es dem Gericht zur Verfügung gestellt. Das Auswärtige Amt hat also von sich aus gehandelt und nicht auf irgendeine Anforderung. Deswegen ist der Vorhalt, der hier gemacht worden ist - Zitat: Das Gericht habe 14 Monate auf den Volmer-Erlass gewartet - offensichtlicher Humbug, um mal die Worte des Zeugen Volmer aus der letzten Sitzung zu benutzen.

Herr Minister, Interessenkollision von Herrn Professor Dr. Dahs. Es ist klar - Sie können das nicht wissen -: Das ist Fachchinesisch von Strafverteidigern. Bei der Vertretung von Ämtern und Zeugenbeiständen ist es jedem Rechtsanwalt selbstverständlich gestattet, mehrere Interessen zu vertreten. Und ob eine Kollision vorliegt oder nicht, entscheidet einzig und alleine der Anwalt selber. Man möge Herrn Professor Dahs die Frage stellen, ob er sich in einer Kollision befunden hat.

Und schließlich - und da bitte ich Sie, dazu auch noch einmal aus Ihrer Sicht zu den Vorhalten Stellung zu nehmen - haben wir aus den Akten einen Mailverkehr unter

den Kollegen Ihres Amtes, wo es um die Frage geht, dass die Zeugen, die bei Gericht geladen sind, sich über Berlin bewegen, eventuell auf die Aussage vorbereiten oder so etwas. Da darf ich Ihnen einen Satz zitieren. Das stammt von Herrn Lorenz Barth, einem Mitarbeiter Ihres Hauses - Zitat -:

Ein „Briefing“ hier im Amt

- Briefing in Anführungszeichen, also eine Absprache -

vor dem jeweiligen Gerichtstermin sollte nicht stattfinden.

Nun bitte ich Sie, nachdem Sie nun die andere Seite der Medaille kennen, zu den ganzen Vorgängen noch einmal Stellung zu nehmen.

(Eckart von Klaeden (CDU/CSU):
Vielen Dank, Herr Montag!)

- Ich bitte Sie. Danke.

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, das zeigt natürlich, dass ich mit meinem Hinweis, was ich von den Vorhaltungen zu halten habe - - Aber ich bitte wirklich um Übermittlung dieser Akten, die Sie angekündigt haben, damit Sie wirklich die entsprechende Antwort bekommen. Ich kann nur sagen: Ich sehe mich darin bestätigt. Ich dachte, es geht hier um Sachaufklärung. Eine Sachaufklärung, die so betrieben wird, das ist eine merkwürdige Sachaufklärung. Also, ich meine, dieses Tarnen, Tricksen, Täuschen, das scheinen Sie schon sehr wörtlich genommen zu haben, Herr Abgeordneter Kauder.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Haben Sie noch eine Frage, Herr Montag?

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, danke. Es ist alles richtig gestellt, was im Moment falsch behauptet worden ist.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut. Dann kommen wir zu weiteren Fragen. Herr Königshaus, bitte.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich möchte noch mal kurz auf die Folgen eingehen. Sie haben ja vorhin freundlicherweise eingeräumt, der 15.10.-Erlass, kein Fischer-Erlass,

wie wir wissen, sei fatal gewesen, habe fatale Auswirkungen gehabt. Können Sie uns sagen, worin Sie die Fatalität dieser Auswirkungen sehen?

Zeuge Fischer: Ich entnehme das den Akten - wie Sie auch -, dass dieses eben zu Recht bemängelt wurde - ich meine mich auch aus den Akten zu erinnern, von Kiew -, dass darauf insistiert wurde, eben noch weitere Prüfschritte, die nach diesem Erlass nicht mehr vorgenommen werden sollten, vorzunehmen.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich meine jetzt die Folgen, die konkreten Folgen. Sie hatten ja vorhin auf die Statistik verwiesen. Herr Volmer hat das hier auch getan; er hat das in Frageform gekleidet, hat aber damit infrage gestellt, es habe fatale Folgen gegeben. Deshalb jetzt einfach mal meine Frage - da Sie möglicherweise nicht wissen, worauf ich hinaus will -: Räumen Sie ein, dass es eben einen Missbrauch so sehr erleichtert hat, dass auch verstärkt Missbräuche entstanden sind, die eben dann auch von Schleuserbanden und organisierter Kriminalität genutzt wurden?

Zeuge Fischer: Schauen Sie, wie weit das allein ursächlich war oder -

Hellmut Königshaus (FDP): Ich habe nicht gefragt „allein“.

Zeuge Fischer: - ob auch andere Dinge eine Rolle gespielt haben - - Ich kann aus heutiger Sicht nur sagen: Ich - aus heutiger Sicht - hätte mir gewünscht, dass der Erlass - übrigens nicht nur der, sondern auch der vom 02.09. - anders formuliert worden wäre oder - noch besser - dass er zum Gegenstand der Erörterung auf der Leitungsebene geworden wäre.

Hellmut Königshaus (FDP): Jetzt folgende Frage: Sehen Sie eigentlich nicht, dass hinter diesen eingeschleusten Personen, die sich natürlich auch einen Verstoß gegen das Ausländergesetz haben zuschulden kommen lassen, indem sie in der Regel getäuscht haben, wenn sie denn getäuscht haben - - und dass die übrigens nicht in der Statistik auftauchen, weil nach den Regeln der Statistik das ja angeblich im Ausland sei und deshalb nicht in der Kriminalstatistik

auftaucht. - So viel nur zur Aussagefähigkeit der Kriminalstatistik.

Aber wenn ich das mal einfach beiseite lasse: Sehen Sie eigentlich, sieht man das bei Ihnen im Amt, dass dahinter eben auch zum Teil furchtbare Schicksale stehen, dass das zum großen Teil Opfer sind, dass die teilweise sogar mehr oder weniger angelockt und hier dann, sei es in Deutschland, in Südeuropa oder sonst irgendwo, unter Druck zur Schwarzarbeit gezwungen und ausgebeutet werden und teilweise auch - darüber werden wir nachher dann noch reden, glaube ich, weil es etwas ausführlicher sein muss - sogar zu ganz ekelhaften Formen der Zwangsprostitution? Ist das eigentlich jemals erörtert worden? Ist das jemals Gesprächsgegenstand gewesen?

Zeuge Fischer: Die Frage, ob wir die Schicksale dahinter nicht sehen: Wir beschäftigen uns täglich mit schlimmen Schicksalen von Menschen. Das ist unsere tägliche Arbeit.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich frage auch nur, dass - -

Zeuge Fischer: An dem Punkt muss ich auch nochmals nachdrücklich unterstreichen - und ich habe es vorhin gesagt -: Jeder einzelne Fall von Zwangsprostitution ist ein Fall zu viel.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber warum kommt es dann - -

Zeuge Fischer: Und da kann ich - gestatten Sie mir, dass ich antworte auf einen solchen Vorhalt - -

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, ja. Ich dachte, Sie seien fertig.

Zeuge Fischer: Ich kann an dem Punkt nur sagen: Gerade wir im Amt haben es mit Krisen, haben es mit konkreten Menschen, mit schlimmen Situationen zu tun. Und Sie können uns doch nicht allen Ernstes unterstellen, uns interessieren die menschlichen Schicksale nicht. Ich würde doch niemals der Vorgängerregierung, Ministern, die ihr angehörten, wo ich in den Unterlagen ebenfalls Fälle, sich vermehrende Fälle von Prostitution, Schwarzarbeit, Kriminalität

habe, so etwas unterstellen, dass ihnen die Schicksale egal wären.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich frage deshalb - das wird man ja wohl noch dürfen -, weil es ja Hinweise auf genau diese Umstände gab, und zwar frühzeitig, und zwar vor 2002. Die sind, sagten Sie ja vorhin, bei Ihnen nicht angekommen. Aber warum wurde dort eben dann auf den entsprechenden Ebenen nicht reagiert? Warum wurden zum Beispiel die Erkenntnisse des BKA, des BND und anderer Dienste nicht wirklich verarbeitet? Sie können mir nicht sagen: Ich, der Minister, habe das nicht gewusst. - Das akzeptiere ich; das kann ich ja auch nicht widerlegen. Aber die Staatssekretäre, die diese ganzen Erkenntnisse ja mindestens in der ND-Runde bekommen haben, müssen das gewusst haben. Warum ist nichts passiert? Herr Pleuger hat uns erklärt, erst war er in der Einarbeitungsphase; anschließend hat er sich auf die nächste Verwendung vorbereitet. Das kann man verstehen. Aber irgendwo dazwischen muss es ja dann einen Bericht aus dieser Runde gegeben haben.

Es macht einen manchmal fassungslos, wenn man die Berichte vom Bundeskriminalamt in den Akten sieht. Hier ist zum Beispiel einer vom 21.05.02: Schleusung mittels Visaerschleichung und so weiter. Das sind ziemlich klare Dinge. Dann haben wir hier auch entsprechende Berichte, zum Beispiel im „Handelsblatt“ im Jahre 2002 war einer, vom 17.04. Da hat ein BGS-Leiter berichtet: 50 bis 70 Prozent der in Kiew ausgestellten Visa seien erschlichen. Das hat er anhand einer Nachkontrolle festgestellt. Wir haben dann festgestellt: Im BMI hat dazu eine Besprechung auf Leitungsebene - und „Leitungsebene“, wenn ich die Unterschrift hier richtig deute, sie ist ja sehr markant, bedeutet in dem Fall wirklich Leitungsebene - stattgefunden, im Auswärtigen Amt nicht. Deshalb ist die Frage: Welche Wertigkeit hatten denn eigentlich diese Dinge? Welche Wertigkeit hatte denn tatsächlich dies? Ging es wirklich um die Schicksale oder ging es hier eigentlich nur darum, unangenehme Themen zu verdrängen?

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, es geht uns immer um die Schicksale. Ich habe Sie ja heute Morgen - sorry, dass ich darauf jetzt noch einmal hinweisen muss - darauf hingewiesen, dass in der ganzen Zeit, die ich habe aufarbeiten lassen, Dinge sich entwi-

ckelt haben - unter der Vorgängerregierung -, wo genau das zutrifft. In Moskau haben Sie umfangreiche Mafiatätigkeit, Prostitution und Menschenhandel, fragwürdige Verträge und Dokumente. So geht das in einem, im Grunde kontinuierlich durch.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber die haben - -

Zeuge Fischer: Nein. Ich antworte Ihnen jetzt. Daraus zu schließen, dieses wäre irrelevant, dagegen würde nicht vorgegangen, das halte ich für völlig unzulässig. Und Sie können mir vorwerfen - an diesem Punkt -, dass hier die Organisation nicht so war, -

Hellmut Königshaus (FDP): Die war nicht so, nein.

Zeuge Fischer: - wie sie hätte sein müssen, und dass die Informationen nicht da angekommen sind und deswegen das Handeln nicht so schnell war.

Hellmut Königshaus (FDP): Darüber sind wir uns einig.

Zeuge Fischer: Das können Sie mir vorwerfen. Aber daraus den Schluss zu ziehen, dass etwa die Verantwortlichen in einer Botschaft oder im Amt diese Einzelschicksale nicht interessieren würden, das halte ich für völlig unzulässig.

Hellmut Königshaus (FDP): Also, Herr Zeuge: Wenn diese Personen, die Sie jetzt ansprechen, aus dem Amt hier sitzen, an dieser Stelle, hier über Vorgänge aussagen, die wirklich dramatische Schicksale - und zwar nicht Einzel-, sondern Massenschicksale - betreffen, und uns heute, vier Jahre nachdem die Ereignisse waren, oder sogar nur drei, erklären, sie hätten leider keine Erinnerung an solche Vorgänge, sie wüssten nicht, sie hätten so etwas nicht mal in der Zeitung gelesen, Entschuldigung, dann ist die Vermutung, dass kein echtes Problembewusstsein da ist, ja wohl doch gerechtfertigt.

Zeuge Fischer: Ich will zwei Namen, die hier gefallen sind - -

Hellmut Königshaus (FDP): Ich habe überhaupt keine Namen genannt; aber ich kann Ihnen gerne Namen nennen.

Zeuge Fischer: Nein, Sie nicht. Aber ich will zwei Namen nennen, von denen einer als Zeuge hier war; der andere wurde vorhin hier sozusagen als Zeuge oder als Beschuldigter in absentia eingeführt, über den Abgeordneten Kauder: nämlich Staatssekretär Pleuger und der Politische Direktor Schaefer. Von diesen beiden zu behaupten, dass sie individuelle Schicksale nicht interessieren würden -- Ich kenne Michael Schaefer und ich kenne Gunter Pleuger.

Hellmut Königshaus (FDP): Herr Schaefer war noch gar nicht hier.

Zeuge Fischer: Ich habe ja auch gar nicht gesagt, dass er hier war; er ist da eingeführt worden. Ich kenne die beiden im Zusammenhang mit Krisenbewältigung, und zwar ganz konkret im Zusammenhang auch mit der Balkankrise und dem Kosovokrieg. Und aus dem, was hier vorliegt, den Schluss zu ziehen, das finde ich, ehrlich gesagt, ungeheuerlich, -

Hellmut Königshaus (FDP): Entschuldigung.

Zeuge Fischer: - so wie ich diese beiden Personen kenne. Ich weiß, wie sie sich eingesetzt haben.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich habe nicht über diese --

Zeuge Fischer: Und da sind wir wieder bei dem Punkt: Es soll alles gemacht werden - das ist doch die entscheidende Aufgabe -, wenn man Widersprüche nicht nachweisen kann, wenn man sozusagen da nicht zupacken kann, dann an die Persönlichkeiten ranzugehen, dann ihnen abzusprechen, dass sie sich für konkrete Einzelschicksale interessieren.

Hellmut Königshaus (FDP): Entschuldigen Sie, Sie beantworten jetzt nicht mehr meine Frage.

Zeuge Fischer: Ich finde dieses - seien Sie mir nicht böse - unangemessen.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich bin Ihnen nicht böse; aber Sie beantworten nicht meine Frage.

Zeuge Fischer: Doch, ich beantworte Ihre Frage.

Hellmut Königshaus (FDP): Nein. Meine Frage war, wie Sie sich erklären, wenn das Problembewusstsein im Amt vorhanden war, weshalb diejenigen, die damit, mit diesen Dingen, auf der Fachebene befasst waren und hätten befasst sein müssen, sich in diesem Zusammenhang an nichts erinnern.

(Sebastian Edathy (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

- „Das stimmt nicht!“ Natürlich stimmt das. Weder der Herr Kummer konnte sich erinnern noch sonst jemand. Der Herr Westphal konnte sich nicht erinnern; keiner konnte sich an solche Themen erinnern. Keiner konnte sich an Berichte erinnern. Herr Westdickenberg konnte sich nicht an Berichte erinnern. Wenn das Problembewusstsein da ist, wenn man einmal ein solches Schicksal gehört hat, dann erinnert man sich daran und hat keine Erinnerungslücken, zu dem Thema ganz bestimmt nicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Bevor wir jetzt in die nächste Runde gehen, muss ich noch richtig stellen. Es ging vorhin um die Frage: Falscher Vorhalt oder richtiger Vorhalt? Wurden Akten angefordert oder nicht? Wurden Akten übersandt oder nicht? Wurden sie rechtzeitig übersandt oder nicht? Das war die Frage.

Ich habe hier das Protokoll von der Vernehmung des Zeugen Höppner. Das war der Richter. Da steht Folgendes drin - ich trage aus der Seite 76 und 77 des Protokolls vor -:

Zeuge Höppner:

- der Richter aus Köln -

Ich will es mal auf den Punkt bringen: Die Kammer fühlte sich durch das Verhalten - das Wort „Kooperation“ möchte ich bewusst vermeiden - insbesondere des Auswärtigen Amtes in ihrer Arbeit behindert. Das ging schon damit los, dass ... Herr Büllens - ich sage es mal salopp - abgeblockt worden ist, als er im Rahmen des Ermittlungsverfahrens

- im Rahmen des Ermittlungsverfahrens, Herr Kollege Montag -

Akten haben wollte und Zeugen hören wollte.

Sie haben hier nämlich den Eindruck erweckt, als hätte man gar keine Akten haben wollen. Herr Büles wollte im Rahmen des Ermittlungsverfahrens also Akten haben und Zeugen hören.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das behauptet Herr Höppner!)

- Sie können jetzt weitermachen und sagen: Höppner lügt. Gut, aber ich trage Ihnen nur vor, was hier steht:

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darauf gibt es in den Akten keine Antwort!)

Da gibt es ein ziemlich barsches Schreiben

- so viel zu den Akten -

in den Akten - so habe ich das verstanden; das war ziemlich herablassend von oben - nach dem Motto: „Was will denn der Staatsanwalt eigentlich?“, sodass wir anders als sonst üblich - keinerlei schriftliche Zeugenaussagen hatten.

Es geht dann immer so weiter:

Zweitens fehlten uns wichtige Akten.

Herr Höppner äußerte sich noch weiter: Sie müssen es wissen, wie über Sie gesprochen und gedacht wird, nicht über Sie persönlich, sondern über Ihr Amt, dem Sie vorstehen.

Zeuge Fischer: Ich bedanke mich für Ihre Fürsorge.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl:

Aber es gab Vermutungen, dass es so gewesen sein könnte, dass da im Vorfeld Absprachen stattgefunden haben.

- Das ist das Thema des Kollegen Kauder. -

Das wurde uns, wie gesagt, erst anhand der Reisekostenrechnungen richtig deutlich. Aber da wollten wir sie nicht noch mal holen. Die Zeugen waren ja nun doch weit weg. Außerdem hatten wir das

Bestreben, irgendwann auch mal fertig zu werden.

Ich fragte dann den Zeugen Höppner:

Wann kamen Sie endlich zu Ihren Erlassen, die Sie brauchten?

- Gemeint war: So genannter Volmer-Erlass etc. - Zeuge Höppner:

Das war unangenehm. Es gibt einen Ordner - ich weiß nicht, ob der hier bekannt ist -, da haben wir, glaube ich, draufgeschrieben: „Unterlagen Auswärtiges Amt“. In diesem Ordner waren aus unserer Sicht eigentlich hochinteressante Dokumente drin, die wir bis dahin nicht kannten.

Das ist der Ordner, der zu spät kam, kurz vor der Urteilsverkündung. - Es geht dann immer so weiter.

Zeuge Fischer: Wann war der Ordner denn angefordert worden? Ist das etwa nicht richtig, was der Kollege Montag sagt?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das ist absolut falsch, was der Kollege Montag sagt. Was meinen Sie, warum ich das ganze Zeug vorlese? Der Zeuge Höppner sagte dann:

Den so genannten - ich bin mir nicht hundertprozentig sicher - Ordner „Unterlagen Auswärtiges Amt“ haben wir von der Staatsanwaltschaft erst relativ kurz vor der Urteilsbegründung erhalten. Da waren Unterlagen drin, die uns bis dato nicht zugänglich waren.

So geht es immer weiter.

Jetzt komme ich noch zum Zeugen Büles; denn das bestreiten Sie ja alles, Herr Montag. Ich fragte also:

Herr Büles, das Besondere ist eben, dass Sie hier Zeugen aus dem öffentlichen Dienst, aus dem Auswärtigen Amt und der Botschaft, hatten.

Antwort Zeuge Büles:

Wissen Sie, die Zeugen kamen. Die waren offensichtlich gebrieft worden. Ich habe ja nun heute auch die „Welt“ gelesen.

Dann führte er das alles aus:

Ich hatte ja Vermutungen gehabt.

Zeuge Fischer: Ja, ja, ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl:

Die sagten: Wie sind vorher in Berlin gewesen. Also auch Zeugen, wenn sie von Peking oder von Südafrika oder sonst woher kamen. Sie haben aber fairerweise die Flugkosten von Berlin nach Köln abgerechnet.

- Also nicht die von Peking. -

Sonst hätten sie von mir nämlich noch ein Ermittlungsverfahren wegen Betrug bekommen.

Das sagte Staatsanwalt Bülles. - Ich sagte:

Aber sie wurden vorher gebrieft.

Antwort vom Zeugen Bülles:

Ob sie gebrieft waren, weiß ich nicht. Aber die waren alle in Berlin.

Dann fragte ich:

Gut. Das ist noch kein zwingender Schluss; aber es könnte schon sein. Oder haben Sie andere Indizien? Haben sie alle ungefähr dasselbe erzählt oder was?

Antwort Bülles:

Manche hatten Gedächtnisverlust; sagen wir es einmal so.

Ich sagte:

Die wussten nichts mehr.

Antwort Bülles:

Oder nicht mehr so genau. Und ich konnte ihnen das auch nicht so vorhalten. Hätte ich natürlich die Ergebnisse gehabt - -

Mit anderen Worten: Herr Kollege Montag, wenn Sie Wert darauf legen, an welchem Tag der Staatsanwalt Bülles Akten angefordert hat und an welchem Tag der Staatsanwalt oder das Gericht Akten bekommen hat, dann werden wir der Sache punktgenau auf den Tag nachgehen.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Nur: Den Eindruck zu erwecken, es seien niemals Akten angefordert worden, ist, glaube ich, bei dieser Zeugenvernehmung - -

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, da Sie mich mehrfach persönlich angesprochen haben, will ich Ihnen gleich antworten. Ich kenne selbstverständlich die Zeugenaussagen der Herrn Höppner und Bülles. Nur habe ich gesagt: Es gibt in den gesamten Akten des Strafverfahrens in Köln keine Aktenanforderung, keine einzige Stelle, aus der sich ergeben würde, dass entweder die Staatsanwaltschaft oder das Gericht irgendwelche Akten angefordert hätten. Das entspricht auch der Aussage von von Kummer, der hier gesagt hat:

... ich kenne kein Schreiben vom Staatsanwalt Bülles, wo er uns zur Übersendung von Unterlagen auffordert.

Dann so zu tun, als ob das Auswärtige Amt 14 Monate geschlampt hat, ist unglaublich. Ich bleibe bei dem Vorhalt, dass es hier zumindest notwendig wäre, diesen Sachverhalt auf den Tisch zu legen, ehe man den Bundesminister des Äußeren mit solchen Vorhalten drangsaliert.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: So. Sie wollten offensichtlich mit der Feststellung, dass Sie aus den Akten keine Aktenanforderung kennen,

(Jelena Hoffmann (Chemnitz)
(SPD): Es gibt keine!

den Eindruck erwecken, als habe man sie nicht angefordert.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man hat sie nicht angefordert!)

- Ist das Ihre Aussage?

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt das nicht!)

- Gut. Dann werden wir das klären und dem Ausschuss und auch dem Minister zur Kenntnis bringen. Ich könnte mir vorstellen, dass der Staatsanwalt Bülles keine Probleme damit hat, diese Daten zu liefern.

Jetzt geht es um die Frage - -

(Abg. Olaf Scholz (SPD) meldet sich zu Wort)

- Wollen Sie noch zu dem Thema sprechen?

Olaf Scholz (SPD): Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Jetzt stellt sich die Frage, ob wir eine Berliner Runde oder eine offene Runde machen.

Olaf Scholz (SPD): Mein Vorschlag ist, dass wir so wie beim letzten Mal verfahren, nämlich eine offene Runde im Wechsel zwischen Mehrheit und Minderheit machen, sodass alle drankommen können.

Ich habe aber schon den Eindruck gewonnen, dass eigentlich alle Fragen gestellt wurden. Jetzt kommen die vierte, fünfte und sechste Runde der gleichen Fragen. Das soll nicht noch einmal durch allgemeine Berliner Runden dokumentiert werden. Mein Vorschlag ist, dass wir in offener Runde, aber im alternierenden Prozess, vorgehen, wie das beim letzten Mal auch der Fall war.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut, machen wir es als offene Runde. - Es hat sich der Abgeordnete Stadler gemeldet. Bitte.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr Minister, Sie haben unser Augenmerk richtigerweise auf den Plurez-Erlass vom Oktober 1999 gelenkt, der sich in der Tat als Ursache für die spätere Visaerschleichung mit herausgestellt hat.

Zeuge Fischer: Mit!

Dr. Max Stadler (FDP): Ja, ich habe „mit“ gesagt. - Dennoch möchte ich noch einmal auf den Satz zu sprechen kommen, der heute keine so große Rolle gespielt hat, diesen berühmten Satz: „in dubio pro libertate“, „im Zweifel für die Reisefreiheit“.

Sie haben heute Vormittag etwa eine Viertelstunde darauf verwandt, uns hier akribisch zu erklären, dass dieser Satz in dem Fischer-Erlass vom März 2000 als ein Entscheidungskriterium, nachdem viele andere Prüfpunkte schon durchgeprüft worden sind, eigentlich eine sehr untergeordnete Rolle gespielt hat.

Dagegen wurde das von Staatsminister Volmer in seinen beiden Pressekonferenzen offenbar anders kommuniziert. Ich habe mir zum Beispiel von der Pressekonferenz vom 8. März 2000 einige Dokumente angesehen. Die „Berliner Zeitung“ berichtete auf Seite 1:

„Das Auswärtige Amt will Ausländern aus Staaten mit Visumpflicht die Einreise erleichtern. Im Zweifel

sollen Beamte in deutschen Botschaften für die Reisefreiheit entscheiden und nicht für die Abschottung“, sagte Staatsminister Ludger Volmer.

Das war auf Seite 1. Weiter hinten kam dann ein ausführlicher Bericht.

Herr Volmer hat selber hier im Ausschuss von seiner zweiten Pressekonferenz nach einem Jahr einige Schlagzeilen vorgetragen, die zum Beispiel im „Tagesspiegel“ lautete - Überschrift, Schlagzeile -: „Im Zweifel für die Reisefreiheit“. Wenn dieser Im-Zweifel-Satz nur eine untergeordnete Bedeutung hatte, wie Sie heute Vormittag dargelegt haben, dann scheint mir das in einem gewissen Widerspruch dazu zu stehen, wie das in den Pressekonferenzen kommuniziert worden ist. Was gilt denn nun von beiden?

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, ich will es Ihnen gerne nochmals erläutern.

Wir hatten damals die Situation - deswegen bin ich auch so detailliert in den Erlass hineingegangen - - Es wurde ja immer nicht nur gefragt, wer ihn initiiert hat, sondern auch, was die Motivation war, was erreicht werden sollte. Da ich beim Verfolgen der Verhandlung mit dem Kollegen Volmer hier festgestellt haben, dass man sich im Wesentlichen auf diesen einen Satz konzentriert, habe ich es für wichtig und richtig gehalten - ich sehe das uneingeschränkt so -, die gesamte Struktur dieses Erlasses nochmals zu erläutern.

Dr. Max Stadler (FDP): Sehr gerne.

Zeuge Fischer: Ich habe gesagt, die damalige Situation war die: Gesetzliche Änderungen sind nicht möglich und nicht erwünscht. Auf der anderen Seite hatten wir den Problemdruck in den Einzelfällen, vor allen Dingen Familienreise und Familienzusammenführung. Darüber hinaus wollten wir die Möglichkeiten bzw. Spielräume im Rahmen der Gesetze aufgrund der drei Kautelen, nämlich erstens, dass es im Rahmen der geltenden Gesetze geht, zweitens, dass es in unserem eigenen Kompetenzbereich ist und drittens, dass es nicht zu einer substanziellen Erhöhung von illegalen Zuwanderungen kommt, ausloten. Genau darum ist es gegangen.

Das ist umgesetzt worden nach der Beratung, nach der Hausbesprechung, durch die Fachjuristen in der Abteilung, durch die

Fachkompetenz in der Abteilung. Daraus ist dieser Erlass entstanden. Dieser Erlass hat die Möglichkeiten, die damals bestanden, versucht, zu nutzen - nicht mehr und nicht weniger.

Was die politische Darstellung in Pressekonferenzen anbetrifft, da muss ich Ihnen leider sagen: Das kann ich nicht kommentieren, weil ich nicht dabei war.

Aber ich möchte nochmals - -

Dr. Max Stadler (FDP): Darf ich Sie - - Meine Frage zielt darauf ab: Wenn das so ist - und ich zweifle ja gar nicht daran, dass dieser Satz im Rahmen des gesamten Erlasses nur ein Detailproblem betroffen hat -, dann ist doch aber in der Öffentlichkeit durch die von mir zitierten Berichte über die Pressekonferenzen von Herrn Volmer die Gewichtung eigentlich ganz falsch dargestellt worden.

Zeuge Fischer: Nein. Also, ich war ja bei der Pressekonferenz nicht dabei. Deswegen kann ich es nicht kommentieren und auch keine belastbare Zeugenaussage machen nach meiner Erinnerung; aber es ist ja eine ganze Reihe von anderen Dingen. Ich meine, die öffentliche Aufmerksamkeit war darauf konzentriert; aber es sind ja etwa in der Frage der Familienzusammenführung, die stärkere Betonung von Art. 6 - -

Die Begründbarkeit war ja ein großes Thema. Eine Ablehnungsentscheidung soll also begründet werden, wenn sie sich auf dieses Rechtsgebiet bezieht. Gleichzeitig sollte der Familienbesuch bezogen auf Vertrauensschutz privilegiert werden, wenn es in Richtung Kernfamilie geht. Mehrfachreisende, die faktisch bewiesen haben, dass sozusagen die Annahmewahrscheinlichkeit, dass sie aus anderen Gründen einreisen, wesentlich geringer ist - - Diese Vertrauensschutztatbestände sollten alle gelten.

Ich habe heute Morgen aber gesagt: Nehmen Sie den Visaleitfaden, den ich jetzt erst zur Kenntnis bekommen habe. Dort wird ja gesagt:

Bei der Entscheidung, ob ein Visum erteilt wird, sind die Vertretungen angewiesen, von ihrem Ermessen positiv zugunsten der Antragsteller Gebrauch zu machen.

Es ist sehr weit gehend, das muss ich Ihnen nicht sagen.

Dr. Max Stadler (FDP): Herr Minister, ich habe - -

Zeuge Fischer: Ich hätte mir gewünscht, ich hätte ihn damals gekannt. Dann wäre das Argumentieren auch für den Kollegen Volmer wesentlich einfacher gewesen.

Dr. Max Stadler (FDP): Ich habe deswegen das Thema noch einmal aufgeworfen, weil man hier den Eindruck hat, dass im Erlass selber, was diese Zweifelsregelung anbelangt - das ist ja eine Regelung, wenn man mit den Prüfungen hinsichtlich der Rückkehrbereitschaft nicht zu einem eindeutigen Ergebnis gekommen ist -, dies eigentlich keine so große Rolle spielte, dass aber nach außen hin - weil ja, wie Herr Volmer uns geschildert hat und auch Sie, eine gewisse Erwartung vorhanden war, dass manche Dinge verändert werden - diesem Punkt ein sehr großes Gewicht beigemessen wurde, sodass mir dies nicht ganz zueinander zu passen scheint.

Nun sagten Sie aber, Sie wollten im Rahmen des geltenden Rechts sozusagen die Spielräume ausnützen. Das wurde ja auch mit dem Stichwort „Änderung der Visapolitik ohne Änderung des Visarechts“ bezeichnet. Das führt aber doch zu einer sehr entscheidenden Frage, weil Sie heute die Bedeutung der Reisefreiheit als Mittel der Politik gegenüber den Staaten des ehemaligen Ostblocks zu Recht betont haben:

Wenn man das Visarecht entscheidend ändert, dann kann dies heute doch nur im Einvernehmen mit den Schengen-Partnern gehen. Ist es aber nicht mindestens ein „nobile officium“, also eine Pflicht der Bundesrepublik Deutschland, eine Veränderung der Visapolitik - sei es sogar innerhalb des geltenden Rechts - vorweg mit den Schengen-Partnern abzustimmen? Und wenn ja: Ist dies geschehen?

Zeuge Fischer: Schauen Sie: Dieser Conclusio kann ich nicht folgen, und zwar deswegen nicht: Es war doch eines der wirklich - - Also, ich meine: Vor den Schengen-Partnern wären ja dann noch andere anzusprechen gewesen. Die Vorgabe war ja - das entnehmen Sie ja Ihren Akten -, dass das im eigenen Geschäftsbereich stattfinden soll, das heißt nicht über den eigenen Geschäftsbereich hinaus. Die Information der Schengen-Partner ist ja dann geschehen. Im Zusammenhang mit der Vernehmung des

Kollegen Volmer - deswegen bin ich nicht länger darauf eingegangen - wurde hier ausführlich erörtert, in welchem Rahmen dieses geschehen ist, und zwar nicht nur auf der jeweiligen Hauptstadtebene in diesem Schengen-Kreis, der konsultativ zusammentritt, sondern eben selbstverständlich auch in den entsprechenden Gremien der Europäischen Union. Diese Konsultation, diese Unterrichtung hat dort stattgefunden.

Angesichts dessen, worum es da gegangen ist, wäre eine förmliche Befassung -- Weil: Dann ist die Frage, dass es Veränderungen gibt, die eine ganz andere Größenordnung haben. Dann hätte das meines Erachtens zuerst mal auch eine Befassung in der Bundesregierung nach sich gezogen.

Dr. Max Stadler (FDP): Natürlich, Bundesregierung und Bundestag.

Zeuge Fischer: Ja.

Dr. Max Stadler (FDP): Das ist ja auch nicht geschehen.

Zeuge Fischer: Entschuldigung, aber das können Sie aus dem Erlass - Herr Stadler, ich bitte Sie - nun wirklich nicht herauslesen, dass damit eine offizielle Befassung des Bundestages notwendig gewesen wäre. Er ist ja auch informiert worden; das ist ja keine Frage.

Dr. Max Stadler (FDP): Gut. - Bei dieser Information hat der Staatssekretär Pleuger am 17. Mai 2000 im Innenausschuss Folgendes ausgeführt:

Das Auswärtige Amt ist sich bewusst, dass die Visumspraxis sehr stark das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland beeinflusst. Man habe deshalb ein professionelles Interesse daran, dass diese Sachen gut liefen.

Diese richtige Absicht des Staatssekretärs dürfte ja unbestreitbar sein.

Nun haben Sie ausgeführt, dass die Fehlentwicklungen, die sich in Kiew an der Botschaft gezeigt haben, von Ihnen als ein Problem der Personalressourcen eingeschätzt worden sind, also des fehlenden Personals. Wenn man im Vorhinein schon die Absicht hatte, dass dies alles natürlich gut laufen muss, weil das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland sehr stark davon

abhängt, dann hätte es aber doch nahe gelegen, die Personalressourcen vorher schon zu überprüfen und zu entscheiden, ob man unter den gegebenen Personalressourcen ein solches verändertes Visaregime überhaupt einführen kann.

Zeuge Fischer: Also, Herr Kollege Stadler, wir waren und wir sind bedauerlicherweise - Gott sei Dank sind mittlerweile sowohl der Konsularbereich als auch generell die Auslandsvertretungen ausgenommen - unter einem erheblichen Kürzungsdruck. Ich will jetzt nicht sagen, dass wir den vorgefunden haben; aber das hielt an. Es wurde auch unmittelbar reagiert. Diese Debatte hat dann ja auch im Deutschen Bundestag und in den Ausschüssen stattgefunden. Wir haben dann reagiert und wir haben, wie ich finde, dort schnell und wirksam reagiert, ohne damit das Problem dauerhaft und nachhaltig lösen zu können.

Es hat sich aus damaliger Sicht offensichtlich nicht als Herausforderung gestellt, hier im Vorfeld so etwas vorzunehmen. Was ich aber spannend finde, weil Sie den Innenausschuss angesprochen haben: Es gab damals ja offensichtlich eine intensive Erörterung im Innenausschuss.

Dr. Max Stadler (FDP): Na ja, mehr oder weniger.

Zeuge Fischer: Ja, aber es lag ja wohl am Ausschuss, wenn er das sozusagen als ein minderes Thema angesehen hat. Ich bitte, das hier schon einmal festhalten zu dürfen, dass der Innenausschuss damals befasst war. Er war sogar mit einem Streit befasst. Ich selbst war lange genug in der Opposition und weiß, wie mühselig das Brot ist. Wenn die Regierung in einer solchen Frage, die sozusagen über Kreuz ist -- Wenn man das liest und dann gibt es eine Beratung im Innenausschuss, in der man da nicht voll reingeht, dann zeigt das ein gewisses Desinteresse oder aber, dass andere Fragen so drängend waren und wichtig --

Dr. Max Stadler (FDP): Herr Minister, ich kann das gerne aufklären. Thema der Befassung im Innenausschuss waren die unterschiedlichen Auffassungen von Herrn Schily und Ihrem Haus zur Rechtmäßigkeit und zu den Folgen der Erlasslage. In dieser Sitzung hat das Innenministerium erklärt, diese Differenzen seien ausgeräumt, weil das Auswärtige

tige Amt versichert habe, man halte sich an die Schengen-Regeln. Infolgedessen war die Befassung keine so besonders umfangreiche, wie man sich das aus heutiger Sicht vielleicht wünschen würde.

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie mir aber, dass ich hier doch nochmals darauf eingehe. Das heißt, Sie sagen mir gerade: Damals im Innenausschuss, nicht im Auswärtigen Ausschuss, nicht im Petitionsausschuss und auch nicht bei den Menschenrechten, sondern im Innenausschuss ist man da - - Man hat das zur Kenntnis genommen, es wurde gesagt: Das hält sich innerhalb der Schengen-Regeln. - Damit war die Sache nach kurzer Debatte beendet. Ich finde, das ist ein wichtiges Faktum, das man festhalten muss.

Dr. Max Stadler (FDP): Das können wir gerne festhalten. Ich darf noch einmal betonen: Thema im Innenausschuss war die Frage, ob es noch Differenzen in diesem Punkt zwischen BMI und Auswärtigem Amt gibt. Beide Häuser haben versichert, dass diese Differenzen ausgeräumt seien. Es war nicht Thema, was ich Ihnen als Frage gestellt habe, ob es denn zweckmäßig gewesen wäre, bevor man solche Änderungen durchführt, die Personalkapazitäten zu überprüfen, und die Frage, ob man mit wenig Personal die von Ihnen vorgesehenen Prüfungsschritte, die Sie heute früh so betont haben, überhaupt durchführen konnte. Das sind zwei verschiedene Themen.

Ich hätte noch eine letzte Frage an Sie, Herr Minister. Ich bitte, dies zu entschuldigen. Ich bin nicht der Großinquisitor, auch wenn ich aus Niederbayern komme; aber ich wollte doch gerne, damit ich das richtig verstehe, was Sie uns heute hier als Botschaft vermittelt haben, noch in einem Punkt nachfragen.

Sie haben ja heute Vormittag zwei Punkte in der Rückschau als fehlerhaft selber definiert: die Erlasse von 1999, September und Oktober, und Sie sagten dann: das Monitoring. - Man könnte auch sagen „Krisenmanagement“, als sich Schwierigkeiten gezeigt haben. Dann haben Sie ein wenig mit meinem Kollegen Herrn Königshaus kokettiert und gesagt, ein Geständnis wirke doch für den Angeklagten strafmildernd.

Zeuge Fischer: Nein, nein, das war wirklich nur - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das haben Sie gesagt!)

- Ja, legen Sie mich jetzt nicht auf eine Falschaussage in dieser Frage fest.

Dr. Max Stadler (FDP): Ich will auf Folgendes hinaus: In der Strafjustiz, mit der wir es hier nicht zu tun haben - Sie selber haben sozusagen diese Parallele eingeführt -, wirkt ein Geständnis dann, wenn es auch auf der Einsicht persönlichen Verschuldens beruht. Deswegen wollte ich einfach noch gerne nachfragen: War das, was Sie uns heute an Fehlern genannt haben und wo Sie gesagt haben, das ist Ihre Verantwortung - - Meinten Sie damit, das ist Ihre Ministerverantwortung, weil Sie eben für alles im Haus, für zweifelhafte Erlasse und für falsches Krisenmanagement, die Verantwortung tragen, oder wollten Sie damit auch eine persönliche Vorwerfbarkeit - denn so definiert man Schuld - uns hier vortragen? Nur, damit ich das ganz klar sehe.

Zeuge Fischer: Es war, wie Sie ja zu Recht gesagt haben, kokettierend mit dem Beruf des Abgeordneten Königshaus, und damit wollen wir es bewenden lassen. Zu der Frage, die Sie gestellt haben: Das ist eine politische Frage und nicht in dem Sinne eine juristische, wie Sie sie dargestellt haben. So denke ich nicht, so kann ich gar nicht denken; das ist nicht die Art.

Selbstverständlich: Ich sehe mich hier in der Pflicht, in der Ministerverantwortung, und darauf habe ich das bezogen, und zwar sowohl persönlich als auch - - Sie können doch nicht trennen zwischen dem Menschen und der Institution, solange Sie in dieser Funktion sind. Insofern ist das aus meiner Sicht eine politische Klärung gewesen und die habe ich gegeben.

Was Sie da gerade an interessanten Ausführungen - - Ich bekomme hier ja juristische Proseminare sozusagen gratis, leider nicht privatissime. Das wäre etwas entspannender. Aber in dem Sinne, bei Ihren feinen zisielierten juristischen Distinktionen, da kann ich nur ergebnislos zuhören.

(Dr. Max Stadler (FDP): Ich habe Ihnen auch zugehört!)

Vorsitzender Hans-Peter Uhl: Herr Edathy.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Minister, bevor ich einige Fragen stelle, möchte ich zwei ganz kurze Vorbemerkungen machen, weil mir das wirklich hier aufgefallen ist bei den Befragungen durch die Opposition.

Ich habe, Herr Kollege Königshaus, noch sehr gut im Ohr, wie gerade die frühere Büroleiterin von Staatsminister Volmer hier die menschliche Dimension der Thematik sehr eindrücklich dargelegt hat, die ja zu dem Erlass vom März 2000 geführt hat, die vielen humanitären Härtefälle, wo Ermessen zugunsten eines Visaantragstellers hätte genutzt werden können, aber es nicht genutzt wurde und zum Beispiel der Besuch der Kernfamilie dann eben nicht zugelassen wurde. Ich finde das zwar auch sehr interessant, dass der Vorsitzende hier die Aussagen von Richter Höppner quasi in Form einer Bibelexegese vorträgt; aber es war derselbe Richter Höppner, der uns hier versichert hat, es wäre eindeutig ausgeschlossen, dass eine bestimmte Zeugin unter einer Bedrohungssituation gelitten hätte - - und wir mittlerweile von mehreren Zeugen gehört haben, genau das sei der Fall gewesen. Also, da müssen wir, glaube ich, doch in der Bewertung ein Stück weit differenzierter und vielleicht auch, Herr Uhl, ein Stück weit objektiver sein, als das hier teilweise der Fall ist.

Herr Minister, eine Frage vor dem Hintergrund des Maßes an Selbstgerechtigkeit, das man bei den Fragen der Union hier doch raushören konnte: Als Sie in das Amt gekommen sind, in das Auswärtige Amt als Außenminister, haben dort die leitenden Mitarbeiter, die Sie übernommen haben, Ihnen erzählt, dass in den 16 Jahren der Vorgängerregierung unter Verantwortung von Herrn Kohl und den jeweiligen FDP-Außenministern der Visabereich immer ein ganz einfach zu regelnder gewesen wäre, nicht etwa eine Grauzone, wo man sich in einem natürlichen Spannungsfeld zwischen Sicherheitsinteressen und der Einräumung von Freiheitsrechten bewegt? Haben die gesagt: Herr Minister, achten Sie darauf - da hat es nie Probleme gegeben in den letzten 16 Jahren, dass das bei Ihnen auch so bleibt?

Zeuge Fischer: Ich kann aus meiner Erinnerung nur darauf hinweisen, dass das Argument - das ist ein schwieriger Bereich, ein sehr schwieriger Bereich - auch unter dem Eindruck der Geschichte, die ich heute Morgen ja dargestellt habe, stand. Das waren ja die Erfahrungen. Wenn Sie - Sie ha-

ben ja die Akten - in die Erfahrungen mit Warschau hineingehen, wenn Sie auch in den baltischen Staaten, auf dem Balkan - - dann werden Sie immer wieder dieselben Probleme, die wir heute hier erörtern, übrigens immer wieder auch mit denselben Herausforderungen, auch mit den tragischen Schicksalen, Herr Königshaus - - Gerade in dem Bereich, den Sie angesprochen haben, sexuelle Versklavung, war der Balkan im Zusammenhang mit dem Bosnienkrieg und dem Kosovo eine ganz besondere Herausforderung. Deswegen empört es mich auch so, dass diejenigen, die sich dafür eingesetzt haben, dass dort Frieden einkehrt, dass die Menschen zurückkehren können und dass die Kriegsverbrecher dem Haager Tribunal zugestellt werden, in einem solchen Maße verunglimpft werden. Ich kann Ihnen an dem Punkt nur zustimmen. Dieses war die Sicht und diese Sicht ist durch den Regierungswechsel nicht verändert worden. Das war die Herausforderung, vor der wir standen. Das ist alles andere als eine einfache Herausforderung.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Minister, wir hatten am Freitag in den frühen Morgenstunden Herrn Kobler hier zu Gast, der eine Zeitlang Ihr Büroleiter war. Das Protokoll liegt leider noch nicht vor; aber wenn ich mich recht erinnere, hat er darauf hingewiesen, dass Tag für Tag mehrere Hundert Drahtberichte das Ministerbüro erreichen würden. Gibt es so etwas wie einen Grundsatz, Herr Minister, dass solche Drahtberichte, die das Ministerbüro erreichen, die Erlasse des Auswärtigen Amtes zum Gegenstand haben, Ihnen jederzeit persönlich vorgelegt werden müssen, in jedem Fall?

Zeuge Fischer: Das war ganz offensichtlich nicht der Fall, weil diese Drahtberichte mich nicht erreicht haben. Ich halte es ehrlich gesagt auch, was Erlasse anbetrifft - - Sie müssen ja wissen: Erlasse im Auswärtigen Amt sind das tägliche Geschäft im Umgang mit den Botschaften. Wenn Sie da alle Erlasse, die darauf hingestellt werden, auf Minister stellen, dann, glaube ich, wäre das keine sachgerechte Entscheidung. Insofern wird es immer einen entsprechenden Auswahl Effekt geben, weil die Abteilungen natürlich auch in eigener Verantwortung entsprechend mit den Botschaften, den Vertretungen agieren müssen. Insofern: Es wird immer das Auswahlprinzip geben. Um sich darauf nicht

mehr verlassen zu müssen, ist ja die Systematik notwendig, eben genau diese Berichte und dann die Erörterung dieser Berichte. Damit das, sozusagen eine Falschbewertung, nicht mehr vorkommen kann in diesem Bereich, wurde ja dieses Instrumentarium Frühwarnbericht und Erörterung des Frühwarnberichts auf vierteljährlicher Basis geschaffen. Ich kann sagen: Ich sehe mich durch den ersten Vierteljahresbericht wirklich bestätigt. Dieses Instrument ist gut und unter Umständen sogar noch ausbaubar.

Sebastian Edathy (SPD): Nun sagte Herr Kobler zugleich, dass es jederzeit möglich gewesen wäre, in einem solchen Drahtbericht seitens einer Botschaft zu vermerken „Bitte dem Minister vorlegen“ und dass das dann auch erfolgt wäre. Teilen Sie diese Einschätzung von Herr Kobler, dass, wenn dort vermerkt worden wäre in den einschlägigen Drahtberichten „Bitte Minister Fischer vorlegen“, das dann auch so geschehen wäre, wie er gesagt hat?

Zeuge Fischer: Ja, eindeutig. Es wäre genauso das Telefon oder die direkte Ansprache möglich gewesen.

Sebastian Edathy (SPD): Jetzt hat ja der Kollege Stadler bereits darauf hingewiesen, dass diese Wendung „in dubio pro libertate“ hier für unsere Debatte im Ausschuss eine gewisse Rolle gespielt hat. Sie hat auch bei Gerichtsentscheidungen eine Rolle gespielt. In dem Zusammenhang, Herr Minister, zwei bis drei Fragen: Haben Sie zur Kenntnis genommen - wir haben ja hier bereits über die Entscheidung des Landgerichts Köln gesprochen -, dass auch das Landgericht in Memmingen in einem Schleuserprozess einen Strafabatt gewährt hat, obgleich sich der Richter, wie er uns hier im Ausschuss bestätigen musste, überhaupt nicht näher mit der Frage beschäftigt hat, ob dort in der Tat eine rechtswidrige Erleichterung bei der Visavergabe der Fall gewesen ist? Ist Ihnen das bekannt, dass also in Memmingen geurteilt worden ist? Es gab einmal vor 20 Jahren eine Vorabendserie im ZDF, die hieß: Königlich Bayerisches Amtsgericht. Da haben die immer die Urteile im Wirtshaus am Abend vorher verabredet. So ähnlich klang das hier auch. Haben Sie das zur Kenntnis genommen und hat Sie das erstaunt?

Zeuge Fischer: Ich habe das gelesen und da muss ich sagen, da war ich doch sehr erstaunt, dass es auf Zeitungslektüre hin Strafabatt gibt. Aber bitte, ich habe das nicht weiter zu kommentieren.

Sebastian Edathy (SPD): Finden Sie es verwunderlich - der Zeuge Staatsminister a. D. Ludger Volmer hat uns das hier vorgetragen -, dass mindestens in drei Ausschusssekretariaten des Bundestages der Wortlaut des Erlasses aus dem Jahr 2000 zeitnah vorgelegen hat und es dort von keiner Fraktion Einwände gegeben hat?

Zeuge Fischer: Im Lichte der heutigen Erörterung finde ich das nicht verwunderlich. Ich meine, wenn wir ernsthafte Sachaufklärung betreiben wollten, dann müssten solche Fakten schon zur Grundlage gelegt werden. Es ist ja nicht, um mich da zu exkludieren, wenn ich darauf hinweise, wie die damalige Wahrnehmungsstruktur tatsächlich war und dass das ohne jeden Zweifel auch für die betroffenen Teile des Bundestages, des Hohen Hauses, gegolten hat.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Minister, der Kollege und Ausschussvorsitzende Uhl hat wiederholt in den Ausschusssitzungen darauf hingewiesen, wie es um das Durchschnittseinkommen beispielsweise eines Bürgers der Ukraine bestellt sei, und hat darauf hingewiesen, das sei vergleichsweise niedrig. Er hat vor dem Hintergrund infrage gestellt, ob eine solche Person denn einen legalen Zweck für einen Besuch der Bundesrepublik Deutschland haben könnte.

Ich habe folgende Frage: Wie können wir eigentlich, wenn das die Maxime für die Vergabe von Visa wäre, zum Beispiel sicherstellen, dass sich ein deutscher und ein ukrainischer Studierender in Deutschland treffen können, die sich vielleicht bei einer Konferenz in der Ukraine kennen gelernt haben?

Zeuge Fischer: Ich habe vorhin gesagt: Dies bleibt ein drängendes Problem. Mancher von uns meiner Generation weiß, mit wie wenig Geld er wohin gereist ist in jungen Jahren und wie wichtig es war, dieses auch zu tun. Ich denke, dass gerade der Kontakt der Jugend von entscheidender Bedeutung ist, auch für die Ziele der Demokratie. Ich habe mitbekommen, wie diese Debatte in der Ukraine wahrgenommen wird. Ich habe da-

rauf hingewiesen. Ich finde, wir tun unseren Interessen damit keinen Gefallen. Ich habe auf die Zwänge der Visaentscheider und wie die diese Entwicklung wahrnehmen, hingewiesen. Aber wir werden im Zusammenhang mit den Vorschlägen der Europäischen Union hier konkret diskutieren müssen, wie wir das anpacken können. Sicherheit muss gewährleistet sein; auch illegale Absichten darf es so nicht geben, schon gar nicht, wo es etwa um die Frage von Kriminalität oder sexueller Ausbeutung geht.

Aber das Problem bleibt: Die jungen Menschen in der Ukraine verfügen nicht über Einkommen wie unsere jungen Leute. Ich höre, als ich in Kiew war, die Frage: Soll es denn eine unsichtbare Mauer geben? - Das ist der entscheidende Punkt. Diesem Problem müssen wir uns stellen. Das wird meines Erachtens auch in Weißrussland ein sehr drängendes Problem. Ich kann mir nicht vorstellen, wie es sonst dort zu einer positiven Entwicklung kommen kann.

Sebastian Edathy (SPD): Eine letzte Frage, Herr Minister: Wir hören von deutschen Auslandsvertretungen zunehmend, dass jetzt bei der Vergabe von Besuchervisa eine gewisse Übervorsicht - so will ich es mal mit meinen eigenen Worten nennen - an den Tag gelegt wird. Haben Sie zum Beispiel aus der Ukraine, von der dortigen Regierung, Rückmeldungen angesichts der Tatsache, dass offenkundig mittlerweile Praxis ist, dass wir alleinstehenden Frauen unterhalb eines gewissen Alters zunächst einmal nicht ohne weiteres ein Visum geben? Ist das nicht auch dann eine Form von Diskriminierung, die gewissermaßen auch eine Folge der etwas hysterisch geführten Debatte ist, die wir hier zulande führen?

Zeuge Fischer: Es gehört alles zu diesen Konsequenzen; aber ich konnte mich bei der Diskussion mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Kiew davon überzeugen, dass sie sich dieser Herausforderung bewusst sind und dass sie eigentlich in einer Verfassung sind, dass sie diese Abwägung wirklich leisten wollen. Ich sehe nicht, dass dort eine Übervorsicht herrscht. Dass die notwendige Vorsicht da ist, das ist richtig.

Sebastian Edathy (SPD): Vielen Dank.

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, dürfte ich Sie um fünf Minuten oder drei Minuten

Pause bitten, aus Gründen, die Sie sich denken können?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich wollte Sie ohnehin schon fragen, wann Sie die nächste Pause wünschen, weil ich eine größere Rednerliste habe.

Zeuge Fischer: Jetzt.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wenn es beliebt, machen wir Pause. Fünf Minuten, zehn Minuten?

Zeuge Fischer: Wegen mir fünf; aber die brauche ich.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Fünf Minuten. Einverstanden.

Zeuge Fischer: Vielen Dank.

(Unterbrechung von 18.25 bis
18.40 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Meine Damen und Herren, so sieht es aus, wenn wir fünf Minuten Pause machen.

Wir fahren fort mit der Befragung.

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Fischer

Ich habe auf der Rednerliste die Kollegen Binninger, Frau Hoffmann, Herrn Königshaus, Frau Noll, Frau Granold, Herrn Grindel und Herrn von Klaeden.

Ich möchte aber Ihnen, Herr Zeuge, vorher noch kurz eine Geschichte nicht vorenthalten, auch aus dem Protokoll, weil sie eine Antwort auf die Frage gibt, die Sie Herrn Edathy gestellt haben. Sie haben gesagt, Sie verstehen auch nicht, wie man dem Angeklagten in Köln einen Strafrabatt geben konnte. Das habe ich doch richtig verstanden?

(Zuruf: Das hat er nicht gesagt,
nein!)

Zeuge Fischer: Das verstehe ich sehr gut.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das verstehen Sie?

Zeuge Fischer: Ja ... (akustisch unverständlich)

(Zuruf: Mikro! - Jerzy Montag
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der
Minister hat gesagt, dass er sich
dazu nicht äußert!)

Aber ich habe gesagt, dazu äußere ich mich nicht. Verstehen Sie das mit dem „das glaube ich“ nicht falsch, sondern das bezieht sich auf meine vorherige Äußerung. Ich habe da - - Bei Memmingen will ich gerne darauf antworten. Das habe ich in der Zeitung gelesen und ich würde Sie bitten, Herr Vorsitzender, da Sie mir hier ja immer gerne vorlesen - - Ich meine, diese Aussage würde mich auch interessieren, sie vorgelesen zu bekommen. Aber ich habe es zur Kenntnis genommen, dass man das in Memmingen so sieht. Ich selbst habe ja auch aus der Zeitung zitiert, etwa aus Offenburg, wie der Staatsanwalt dieses dort sieht, und insofern, Herr Vorsitzender - ich meine, wir sind doch heutige Hasen; wir wissen doch, worauf das abzielt -, kann ich nur sagen: Ich habe meine Meinung in diesem Punkt, Sie haben Ihre. Ich glaube nicht, dass wir uns hier, was die Sicht der Dinge betrifft, einigen werden. Lassen wir das so stehen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Also lassen wir das so stehen, Ihre Meinung. Aber Sie sollten sich vielleicht doch noch die Meinung des Angeklagten in Köln mit zwei Sätzen anhören. Der Angeklagte in Köln hat in der Hauptverhandlung gesagt:

Ich weiß gar nicht, was Sie wollen.

- Das sagt der Angeklagte, der Schleuser. -

Das ist doch von dem Herrn Joseph Fischer genau so gewollt gewesen.

(Lachen des Zeugen Fischer)

Wir sollten doch so die Leute reinlassen.

Daraufhin hat der Staatsanwalt Büles gesagt, so was Dummes und Absurdes habe er noch nie gehört, und hat beim Gericht beantragt, man möge den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersuchen. Das hat der Angeklagte dann aber abgelehnt. Er hat sich nicht untersuchen lassen. Das sollten Sie hier vielleicht noch als Erklärung zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf des Abg. Michael Hartmann
(Wackernheim) (SPD))

Jetzt würde ich gerne in der Rednerliste fortfahren.

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, gestatten Sie mir, da Sie mich ja jetzt wieder klüger gemacht haben - - Es fällt mir auf, dass Sie in Ihrer sozusagen fast schon gnadenlosen Objektivität

(Heiterkeit bei der SPD)

mir immer nur Dinge vorlesen, die aus Ihrer Sicht gegen mich sprechen. Lesen Sie doch mal positive Sachen vor!

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich bemühe mich, in den Akten was zu finden. Wenn ich was gefunden habe, lese ich es vor, und zwar zur Gänze. Einverstanden?

(Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Auch der Angeklagte!)

Zeuge Fischer: Gut.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut.

Zeuge Fischer: Darauf werden wir aber lange warten müssen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das kann sein, aber dann sind die Akten schuld. - Herr Binniger, bitte.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Herr Minister, kennen Sie die Sonderauswertung des BKA, den so genannten Wostok-Bericht?

Zeuge Fischer: Den habe ich vor einigen Wochen teilweise gelesen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Dann wissen Sie - ganz oder in Teilen -, dass das Bundeskriminalamt in der Zeit von 2001 bis 2003 auf 172 Seiten ein Schleusernetzwerk identifiziert hat und auch sagt: Hier haben im Zusammenhang mit den Reiseschutzpässen vor allen Dingen Visaerschleicherungen in bislang ungekanntem Ausmaß stattgefunden. Mehr als 360 Vertriebspartner dieser Reiseschutz AG wurden da identifiziert, Berlin als regionaler Brennpunkt erkannt. Und neben dem Bericht hat der BKA-Vizepräsident sogar gesagt, hier gehe es auch um eine moderne Form der Sklaverei.

Ist Ihnen bekannt, dass die Reiseschutz AG - also die Firma, die diese Reise-

schutzpässe vertrieben hat - in diesem Bericht auch einen breiten Raum einnimmt?

Zeuge Fischer: Ich nehme an.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also Sie wissen es nicht, aber - -

Zeuge Fischer: Nein. Wenn Sie mir das sagen - - Es ist nicht so, dass Sie jetzt den Wostok-Bericht - - Sie lesen da gerade ab. Den Wostok-Bericht habe ich zu weiten Teilen gelesen. Ich nehme an, dass das Unternehmen des Herrn Kübler darin auch vorkommt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Warum wurde denn diese Firma, diese Reiseschutz AG, als sie den Reiseschutzpass einführen wollte, nicht näher überprüft? Es ist doch ungewöhnlich, wenn quasi in Konkurrenz zum großen Unternehmen ADAC nach Jahren der Alleinstellung auf einmal eine weitere, kleine Firma kommt, die sagt: Ich möchte so was auch machen. - Warum wurden die nicht näher überprüft?

Zeuge Fischer: Ich war bei der Überprüfung und bei der - - Mir war die Frage nicht vorgelegt worden, schlicht und einfach. Meine erste Reaktion wäre gewesen: Sind wir denn dafür zuständig, dass wir eine solche Prüfung vornehmen? Weil ich natürlich meine Erfahrungen gemacht habe, dass man Dinge in Rechtsgebieten hat, auf denen man als Behörde aber in dem Sinne nicht zuhause ist. Aber mich hat das nicht erreicht. Insofern kann ich Ihnen zu der Entscheidungsgrundlage und der Prüfung keine weiteren Erläuterungen machen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Diese Firma hatte ja auch zwei Geschäftsführer, wohl von Herrn Kübler so bestellt, eine Art Gebietsverwalter im osteuropäischen Raum und jemand hier, und er hat dann recht früh das Auswärtige Amt, das zuständige Referat, darüber informiert oder gewarnt, dass er sich von diesen beiden Herrn wohl getrennt hat, weil er damit den Bock zum Gärtner gemacht hätte. Wissen Sie von dieser Warnung?

Zeuge Fischer: Wissen Sie, wenn Sie so wollen, im Nachgang mag das sein, dass ich in den Akten, in der Vorbereitung jetzt darüber Kenntnis bekommen habe. Aber dieser

ganze Bereich hat - das habe ich Ihnen heute Morgen schon gesagt - die Leitungsebene nicht erreicht. Zumindest ist das aus heutiger Erinnerung meine Erkenntnis und insofern werde ich Ihre Frage hier so beantworten müssen, wie ich sie gerade beantwortet habe.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Diese beiden Geschäftsführer - so nenne ich sie mal - haben dann eine eigene Reisebürofirma gegründet - die Itres - und tauchen dann auch im Wostok-Bericht auf. Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Fischer: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie sagen - das war ja zentral heute mehrfach von Ihnen zu hören -, Sie hätten in den Jahren 2000 bis 2003 viele Informationen nicht erhalten; wenn Sie heute die Dinge wüssten, vor allen Dingen über die Anfälligkeit der Reiseschutzversicherungen und auch andere Erkenntnisse, dann hätten Sie anders reagiert. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Fischer: Schauen Sie, die Idee der Reiseschutzversicherung, wie sie ursprünglich im Carnet de Touriste angelegt war, war ja angesichts der Herausforderungen, vor denen die Vorgängerregierung und auch wir gestanden sind, nicht dumm. Zu sagen, die Bonitätsprüfung, Schwierigkeiten mit den Ausländerbehörden - - Es sollen auch Leute reisen können, die keinen Einlader haben respektive wo wir nicht die Kapazität haben, die Bonitätsprüfung vorzunehmen, und zwar nicht nur im Sinne, dass die Unterschrift des Einladers überprüft wird, wie es oft der Fall war, oder gestempelt wird, keine Bonitätsprüfung - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche. Sinn und Zweck habe ich verstanden. Mir ging es nur noch einmal darum: Wenn Sie alles gewusst hätten - -

Zeuge Fischer: Ich wollte Ihnen doch bei der Frage - - Gestatten Sie, Herr Abgeordneter: Ich möchte schon so auf Ihre Frage antworten, wie ich meine, dass es notwendig und richtig ist.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann frage ich im Zweifel halt noch einmal nach.

Zeuge Fischer: Unbezweifelt; aber ich würde gerne schon so antworten, wie ich es für notwendig und richtig halte.

Sie haben die Frage nach der Sinnhaftigkeit gestellt und ob man im Rückblick anders entscheiden würde. Da muss ich schon etwas ausholen dürfen. Denn die Vernünftigkeit des Instruments als solche und die Plausibilität hat sich eben dann an der Frage der Glaubwürdigkeit und der Kontrollfähigkeit der Partner gebrochen. An dem Punkt war einer der entscheidenden Schritte, dass diese beiden an und für sich vernünftigen Instrumente abgeschafft wurden, um in Kiew wieder die Situation zu stabilisieren. Das war das Reisebüroverfahren und das war der Reiseschutzpass und generell dann weltweit und ich finde, diese Konsequenz ist richtig nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, dass es heute eigentlich nur noch darum geht: Wenn du nach Deutschland reisen willst, brauchst du eine Krankenversicherung. Das halte ich nach wie vor für einen ganz zwingenden Grund. Das habe ich Ihnen heute Morgen auch schon erläutert.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, das Wissen bei Ihnen um die Sensibilität, so wie Sie sie jetzt beschrieben haben - - Kann man sagen, die war umfänglich - vielleicht in Teilen auch schon vorher; wir haben uns ja mehrfach gefragt, warum die Innenminister schreiben oder auch das Schreiben des belgischen Kollegen da keine größeren Spuren hinterlassen haben - spätestens im Februar oder Anfang März 2003 - bevor Sie dann das weltweite quasi Abschaffen durchgesetzt haben - dort vorhanden? Kann man das so sagen? Also ab Februar/März 2003?

Zeuge Fischer: Legen Sie mich jetzt nicht auf Februar/März so fest.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Im März 2003 haben Sie die Reiseschutzpässe ja dann wieder weltweit einkassiert.

Zeuge Fischer: Richtig. Aber wir sind lernende Wesen. Das ist nicht so, wie im Nachgang betrachtet. Da gibt es nicht ein Datum und danach beginnt eine völlig neue Realität, sondern man eignet sich dann Schritt für Schritt diese neue Realität an.

Insofern würde ich mich nicht auf so einen engen Zeitraum eingrenzen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das scheint mir kein enger Zeitraum zu sein: drei Jahre nach dem Beginn der Skandale. Dass Sie - wenn es in 2000 losgeht - dann im Februar 2003 sensibilisiert sind, erscheint mir eigentlich das Mindeste, was man machen kann.

Zeuge Fischer: Ich vermute ja, die Anschlussfrage wird gleich kommen. Zumindest signalisieren Sie das aus jeder Pore. Insofern kann ich Ihnen nur sagen - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): So nahe sind wir uns Gott sei Dank nicht, dass Sie meine Poren sehen können; aber ich stelle die Frage dann schon noch.

Zeuge Fischer: Na, man spürt es.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Freut mich, wenn Sie es schon spüren. Dann will ich die Frage auch gerne stellen, auf die Sie so warten.

(Zuruf von der SPD: Nämlich?)

Die Firma Itres, die im Wostok-Bericht erscheint, gegründet von den beiden Geschäftsführern der Reise-Schutz AG, wohl auch hinreichend mit polizeilichen Kenntnissen versehen - auch im Wostok-Bericht genannt - erhält im April 2003 von Ihrem Hause ein Schreiben. Da geht es um Reiseschutzversicherungen. Die Firma Itres wollte da auch für sich eine als Produkt einführen. Da schreiben Sie zwar zu Recht, dass es nicht mehr als Surrogat - also als Ersatz - akzeptiert wird; aber Sie schreiben auch dieser Firma Itres - ich sage immer nur als Stichwort: Wostok-Bericht - nach März 2003:

Das Auswärtige Amt begrüßt das aufwendige und fälschungssichere Versicherungsdokument, wie es von Ihnen

- der Firma Itres -

für die Verwendung im Visumverfahren beabsichtigt ist. Es wird gegenüber anderen Reisekrankenversicherungen eine Privilegierung im Visumverfahren darstellen. Auch wird das Auswärtige Amt unter anderem auf der eigenen Website Ihre Reiseschutzversicherung als Absi-

cherung im Visumverfahren benennen.

- Also quasi auch noch ein bisschen Werbung dafür machen.

Wie kann das sein, Herr Minister - nach all diesen Vorfällen, nach all Ihren Bekundungen, ab wann Sie sensibel waren -, dass Ihr Haus im April 2003 an eine schleuserverdächtige Firma - ich will es mal ganz vorsichtig formulieren -, die im Wostok-Bericht genannt ist, den Sie ja kennen, so einen Brief schreibt?

Zeuge Fischer: Also, Herr Abgeordneter, Sie regen sich jetzt zwar hier sehr auf; aber Sie haben natürlich, ehrlich wie Sie sind, zwar nicht mit diesem lauten Tremolo, aber schon den entscheidenden Satz gesagt und das rechne ich Ihnen hoch an. Weil natürlich in diesem Schreiben der entscheidende Satz der ist, dass die Funktion dieser Reiseschutzversicherung - ich weiß nicht; wie nannte sich das? ... (akustisch unverständlich) oder so - -

(Zuruf)

dass das nicht mehr Surrogat ist, sondern im Grunde genommen nur noch Krankenversicherung. Da können Sie bemängeln, dass man vielleicht dieses sozusagen etwas bürokratischer hätte schreiben sollen; aber der entscheidende Punkt für mich ist - - Deswegen bei allem Respekt, was man zum Stil des Schreibens sagen kann: Wir sind in einem Rechtsstaat. Ich habe mich natürlich erkundigt, warum das verfasst wurde. Daran kann man, wie gesagt, Stilkritik haben. Aber ich meine, wir sind nicht diejenigen, die über die Zulassung eines Unternehmens oder seine Schließung entscheiden.

Für mich war der entscheidende Punkt - und daran habe ich überhaupt keine Kritik zu üben -, dass dieses Dokument nicht mehr Surrogatfunktion hatte. Das heißt im Klartext, dass vorher der Erlass nach meiner Billigung raus ist und damit war es eine schlichte Versicherung, ein Versicherungsanbieter, der nicht mehr zum Surrogat führt. Nun können Sie sagen: „Bitte, ich hätte mir das in einer anderen Sprache gewünscht“; aber darüber möchte ich mit Ihnen nicht streiten.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ich will Ihnen Ihren eigenen Satz vorhalten, Herr Minister. Sie sagen: Eine zentrale Erkenntnis für Sie war auch - nach drei Jahren ja nicht

mehr zu früh -, dass die Partner nicht zuverlässig genug waren. Da muss ich Sie schon fragen: Was muss denn bei Ihnen und Ihrem Hause noch sein, wo muss denn eine Firma noch genannt werden, damit Sie die Zuverlässigkeit - zu Recht - infrage stellen und vielleicht eine Überprüfung beim Bundeskriminalamt veranlassen, als hier im April 2003 immer noch solche Schreiben - wirklich gedanken- und sorglos - zu versenden?

Zeuge Fischer: Entschuldigung, ich kann es Ihnen nur noch mal sagen. Sie regen sich hier -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Zu Recht ja wohl.

Zeuge Fischer: - aus meiner Sicht nicht - zu Unrecht über etwas auf, weil die Tatsache ist: Es handelt sich nicht mehr darum, dass hier weiter Reiseschutzversicherungen vertrieben werden konnten, die dann entsprechende Möglichkeiten eröffnet haben. Das war geschlossen; das war dicht; das war zu; das war abgeschafft. Insofern können Sie jetzt sagen: Bitte, ob der Brief in dieser Form, vom Stil her das Richtige ist. Darüber mag man reden.

Aber für mich war und ist der entscheidende Punkt: Sie insinuierten mit Ihrem Auftritt hier, dass das zu diesem Zeitpunkt - nach der weltweiten Aufhebung, das heißt der Zulassung zu dieser bestimmten Funktion, die dann die negativen Konsequenzen gehabt hätte - noch der Fall gewesen wäre. Aber es war nicht so. Das wissen Sie auch ganz genau.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ich stelle nur noch einmal fest, was das BKA schon 2000/01 gesagt hat - das erschreckt mich bei Ihren Ausführungen einigermaßen -: Es gibt kriminelle Strukturen; die machen sich jede neue Methode wieder zunutze; es hilft nichts, nur die Methoden zu ändern; man muss auch diese Strukturen lahm legen. Wenn Sie ein Verfahren abschaffen - spät genug -, dann können Sie mit diesen Strukturen, die im Wostok-Bericht genannt sind, nicht weiterarbeiten. Das halte ich für mehr als fahrlässig.

Ich will Ihnen eine letzte Frage zum Wostok-Bericht stellen, weil Sie zu Recht darauf hingewiesen haben: Die Vertrauenswürdigkeit dieser ganzen Partner muss ja

gegeben sein. Sonst können wir die im Visaverfahren - hier als Partnerunternehmen und bei den Auslandsvertretungen als Reisebüros - nicht agieren lassen, wenn wir nicht wissen, was dahinter steckt, dass das gar keine Reisebüros sind. Ich frage Sie jetzt: Können Sie mir bestätigen, dass Sie dafür gesorgt haben, dass diese Firmen im Wostok-Bericht - es sind insgesamt über 360; zu einem großen Teil liegen polizeiliche Erkenntnisse vor - bei den deutschen Auslandsvertretungen bekannt sind, dass sie erkannt sind und nicht mehr als Partner akzeptiert werden?

Zeuge Fischer: Schauen Sie - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das scheint mir eine recht einfache Frage zu sein.

Zeuge Fischer: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da müssen Sie jetzt nicht ausholen.

Zeuge Fischer: Wer sagt denn, dass ich ausholen wollte? Sie scheinen meine Antwort schon zu kennen, bevor ich sie gegeben habe.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da haben wir etwas gemeinsam. Ich sehe es auch Ihrer Körpersprache an.

Zeuge Fischer: Dass ich ausholen wollte?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Fischer: Nein. Schauen Sie, wir haben doch dieses Verfahren endgültig beendet. Was es jetzt noch gibt, ist, dass Reisekrankenversicherungen angeboten werden können. Das ist die Realität, nicht mehr und nicht weniger. Darüber reden wir. Aber wir reden doch nicht mehr darüber, - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das war nicht meine Frage.

Zeuge Fischer: Das ist auch nicht meine Antwort.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie in irgendeiner Weise dafür Sorge getra-

gen, dass die vom Bundeskriminalamt im Wostok-Bericht als Scheinreisebüros identifizierten Firmen - mehrere Hundert - den Auslandsvertretungen bekannt gemacht wurden, dass sie erkannt sind, dass man mit ihnen nicht mehr zusammenarbeitet? Das war meine Frage. Haben Sie das getan, ja oder nein?

Zeuge Fischer: Sie können fest davon ausgehen, dass vor allen Dingen im Raum Ukraine, aber auch in anderen Zusammenhängen eine beständige Überprüfung stattfindet respektive das Reisebüroverfahren dort überhaupt nicht mehr existiert. Insofern stellt sich der Hinweis in diesem Zusammenhang nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie können also nicht sagen, ob Sie das veranlasst haben?

Zeuge Fischer: Wieso soll ich etwas veranlassen, wo doch dieses Verfahren nicht mehr existiert?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Diese Firmen haben nicht nur beim Reisebüroverfahren agiert, sondern sie haben auch beim Reiseschutzpassverfahren agiert; sie haben bei jedem Verfahren agiert. Die agieren möglicherweise heute noch. Da wäre es schon von Interesse, ob Sie alles dafür getan haben, dass dieses Schleusernetzwerk nicht mehr arbeiten kann. Ich frage Sie noch mal: Haben Sie das veranlasst, ja oder nein?

Zeuge Fischer: Ich habe Ihnen gerade eine Antwort darauf gegeben, wo - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben mir keine Antwort darauf gegeben.

Zeuge Fischer: Das Reiseschutzpassverfahren, das Reiseversicherungsverfahren ist eingestellt.

Das Zweite ist: Schon lange vorher war das Reisebüroverfahren in der Ukraine eingestellt. Dort, wo wir noch mit Reisebüros zusammenarbeiten - es ist nicht in der Ukraine und in einigen anderen, die dort aufgeführt werden -, sind wir selber bei den Überprüfungen sehr engagiert, wie das Beispiel China gezeigt hat. Insofern kann ich Ihnen nur sagen: An dem Punkt sind die

Dinge abgearbeitet und werden auch in Zukunft weiter abgearbeitet werden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das heißt, wenn sie abgearbeitet sind, haben Sie die verdächtigen Firmen doch den Auslandsvertretungen mitgeteilt?

Zeuge Fischer: Wieso soll ich Reisebüros - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Verdächtig als Schleusernetzwerk! Wir reden hier doch nicht über ganz normale, einfache Reisebüros. Das müssten Sie doch mittlerweile einsehen. Wir reden hier über ein Schleusernetzwerk des BKA und ich will von Ihnen wissen - -

Zeuge Fischer: Das BKA unterhält keine Schleusernetzwerke; das muss ich zurückweisen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das BKA hat im Wostok-Bericht ein Schleusernetzwerk identifiziert. Ich möchte von Ihnen wissen, ob die identifizierten Firmen Ihren Auslandsvertretungen mitgeteilt wurden oder ob sie nicht mitgeteilt wurden.

Zeuge Fischer: Schauen Sie, es geht doch nicht darum, identifizierte Firmen den Auslandsvertretungen mitzuteilen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Doch, genau darum geht es.

Zeuge Fischer: Nein. Sie haben begonnen, mir eine Frage nach den Reisebüros aus dem Schleusernetzwerk, Schwerpunkt Ukraine, zu stellen, so im Wostok-Bericht. Da sage ich Ihnen: Das Reisebüroverfahren ist - wenn ich mich richtig entsinne - seit 2001 in der Ukraine gar nicht mehr existent. Wieso soll ich dann in Fällen, wo das Reisebüroverfahren gar nicht mehr existent ist - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Weil diese Firmen auch mit dem Reiseschutzpass agiert haben; das steht auch im Wostok-Bericht.

Zeuge Fischer: Das haben Sie dann nachgeschoben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe gedacht, Sie hätten ihn gelesen.

Zeuge Fischer: Der Reiseschutzpass ist beendet. Insofern ist die Frage - - Wenn Sie die Berichte durchgehen, ob der Reiseschutzpass noch eine Rolle spielt, etwa bei Versuchen, Visaerschleichung zu betreiben, dann stoßen Sie nicht mehr auf den Reiseschutzpass, weil der Reiseschutzpass Ihnen gar nichts mehr bringt, seitdem er - in der Ukraine übrigens, glaube ich, schon 2002 und weltweit 2003 - aufgehoben wurde. Das ist doch eine Scheinfrage, die Sie mir stellen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist keine Scheinfrage; das war eine sehr präzise Frage.

Zeuge Fischer: Warum haben Sie, obwohl das Reisebüroverfahren nicht mehr zulässig ist, das heißt, die Botschaft mit den Reisebüros nicht mehr kooperieren darf, und obwohl die Reiseschutzversicherung für Schleuser überhaupt nichts mehr bringt - außer der Krankenversicherung -, das heißt, gar kein Anreiz mehr da ist, dennoch informiert? - Das macht doch alles keinen Sinn.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann will ich Ihnen noch einmal die Erkenntnisse des BKA vorhalten, um in der Reihenfolge präzise zu sein. Das BKA sagt: Die gleichen Firmen und Netzwerke, die zunächst vom Reisebüroverfahren für ihre Schleusungen profitiert haben, haben sich, nachdem das Reisebüroverfahren abgeschafft war, auf das Reiseschutzpassverfahren konzentriert. Sie kennen die Berichte, die in den Medien, im ZDF, waren, wo klar ist: Es gibt diese Reisebüros möglicherweise immer noch und die agieren heute noch, sodass man sich Visa bestellen kann und bekommt. Die Schleusungen funktionieren wohl nach wie vor. Deshalb, glaube ich, wäre es schon entscheidend - ich weiß nicht, warum Sie sich da so schwer tun -, zu sagen, ob Sie diese der Schleusung verdächtigen, identifizierten Firmen den Auslandsvertretungen mitgeteilt haben oder nicht. Ich entnehme Ihrer Antwort: Sie wissen es nicht.

Zeuge Fischer: Nein, überhaupt nicht. Ich sage es Ihnen noch mal: Sie können hier ZDF-Berichte, die ich nicht kenne, zitieren, oder was auch immer. In der Ukraine ist das

Reisebüroverfahren seit 2001 nicht mehr in Kraft. Die Reiseschutzversicherung ist in der Ukraine seit 2002 und weltweit seit März 2003 nicht mehr in Kraft. So zumindest die Datenabfolge. Das heißt, es gibt hier seitens der Botschaft überhaupt keinen Zugang zu Reisebüros in dem Sinne, dass noch weiter im Reisebüroverfahren gearbeitet werden könnte.

Bei den Reiseschutzversicherungen ist der Anreiz weg; denn du bekommst damit das Visum nicht mehr. Es ist eine Voraussetzung, dass du, wenn du ein Visum hast, noch eine Krankenversicherung brauchst. Aber der Anreiz, der vorher mit dem Reiseschutzpass da war, ist in dem Moment weg, wo 2002 diese Entscheidung - nach dem Beginn der Ermittlungsverfahren und der Erkenntnis darüber wurde durch das Amt unverzüglich gehandelt - getroffen ist. Insofern ist es meines Erachtens eine Scheinkontroverse, die Sie jetzt hier aufbauen; seien Sie mir nicht böse.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Frau Hoffmann.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Herr Minister, zur Entspannung -

Zeuge Fischer: Vielen Dank, Frau Hoffmann.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): - möchte ich erst einmal mitteilen bzw. feststellen, dass die Erlasse, die aus Ihrem Hause gekommen sind, nicht zwingend dazu geführt haben, dass die Bonität des Einladenden nicht überprüft wurde. Wenn ich meine Mutter einladen wollte, wurde meine Bonität oder die Bonität meines Mannes immer geprüft. Es hat auch nicht immer gereicht, dass ich gesagt habe: Ich bin eine Bundestagsabgeordnete. - Das ist ein bisschen zur Entspannung.

Sie wissen, dass ich mich als Vorsitzende der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe von Dienst wegen mit Ukrainern beschäftige. Deshalb kreisen auch meine Fragen im Wesentlichen um die Ukraine und die Kiewer Botschaft.

Als ich zum letzten Mal, Anfang März, beim Gründungsparteitag von Juschtschenko in der Ukraine war, haben mich viele Leute - zum Teil sehr aufgeregt, zum Teil mit Unverständnis und sehr böse - gefragt, warum sie nicht zu uns kommen können. Nun gibt es

einen Fall, eine Absage an eine russische Frau. Sie ist seit 40 Jahren mit einem jüdischen Immigranten verheiratet. Dieser Immigrant ist 60 Jahre alt und lebt seit einiger Zeit mit seiner 84-jährigen Mutter in Deutschland. Der Frau wird die Einreise hierher versagt, weil sie nicht gleich gekommen ist. Es wird sogar angeraten - das wäre zumutbar -, mit ihrem Mann in die Ukraine zurückzukehren und so die eheliche Gemeinschaft mit ihm wieder aufzunehmen. Ein Unternehmer aus Kiew hat einmal berichtet, dass er, obwohl er schon zimal in Deutschland gewesen ist, jetzt eine Absage bekommen hat. Er besitzt aber ein Visum für acht Monate in den USA. Wir wissen, dass dort die Prüfungen sehr streng sind. Da hat man gleich gesagt, dass das auf euren Ausschuss zurückzuführen ist. Es kann passieren, dass sich das herumspricht.

Deshalb meine Frage: Sie haben darauf hingewiesen, dass jetzt eine restriktivere Visapolitik durchgeführt wird. Ist es nicht so, dass eine noch restriktivere Politik durchgeführt wird, nicht aufgrund dessen, dass der eine oder andere Erlass geändert wurde, die eine oder andere Bestimmung geändert oder abgeschafft wurde, sondern aufgrund der Arbeit dieses Ausschusses? Kann es nicht passieren, wenn es sich herumspricht - wie es mir ein ukrainischer Unternehmer einmal berichtet hat -, dass das alles - die Beziehungen zwischen unseren Ländern und auch die Hilfe von unserer Seite bei der Demokratisierung der Ukraine - gerade in dieser Zeit, wo die Ukrainer unheimlich unsere Unterstützung brauchen, ein bisschen Schaden erleiden wird? Was denken Sie darüber?

Zeuge Fischer: Ich sehe das wie Sie. Ich sehe aber auch das maliziöse Lächeln von Nachwuchsprofis hier im Raume, und zwar jedes Mal wenn dieses Thema angesprochen wird. Nun weiß ich, dass nicht nur der Ausschussvorsitzende gerne reist. Wenn der Ausschuss aber wirklich Sachaufklärung betreiben will, warum tagt er nicht einmal in Kiew? Warum reist er nicht mal dorthin? Das wäre doch unter vielen Gesichtspunkten etwas, was durchaus sinnvoll wäre, damit nicht nur ich, der Außenminister, oder eine besonders kompetente und erfahrene Abgeordnete berichten, sondern damit man die Probleme an sich heran lässt. Auch für Innenpolitiker ist es manchmal gut, die innenpolitische Lage in anderen Ländern kennen

zu lernen. Ich meine, es ist ein richtig großes Problem.

Ich habe das Lächeln gesehen: Jetzt kommt wieder Frau Hoffmann zur Entlastung, damit er sich ausruhen kann. - Nein, das ist eines der dringendsten Probleme, die wir haben. Ich sage Ihnen: Wenn es nicht gelingt, die Ukraine und - ich wiederhole das noch mal - Weißrussland Richtung Europa zu öffnen - das wird dauern -, dann werden Ihre Nachfolger oder noch der eine oder die andere von den Jüngeren viel intensiver damit zu tun haben, die Außenpolitiker auch.

Deswegen finde ich: Reisen kann manchmal bilden. In diesem Fall sollte man es sich einmal anschauen, auch was die Leute dort sagen. Ich habe es erwähnt: Da gibt es Viertel, da wohnen die Westler. Mich erinnert das sozusagen an die in Eigenarbeit errichteten Häuser bei uns im Südwesten in den 50er- und frühen 60er-Jahren. Dann soll man sich das einmal angucken; dann soll man mit den Leuten dort reden; dann soll der Ausschuss dort Beweiserhebung machen. Ich fände das sehr gut, damit es nicht immer nur so ist: Das sagen wir; das muss so sein; der weist auf die Vergangenheit hin, weil er sich entlasten will. - Nein, mir geht es hier nicht darum, mich zu entlasten, sondern ich möchte, dass die Dinge im Kontext gesehen werden.

(Eckart von Klaeden (CDU/CSU):
Das ist nicht Gegenstand des Be-
weisthemas!)

- Jetzt kommen Sie wieder mit Ihrem Beweisthema. Das ist Gegenstand des Beweisthemas; das wissen Sie so gut wie ich. Das ist kein juristisches Argument; das ist ein hochpolitisches Argument.

(Eckart von Klaeden (CDU/CSU):
Es geht hier um das Versagen Ihres
Amtes!)

- Ja, das ist das eine. Aber dass ihr das dabei in einer Art und Weise macht, mit der ihr riesigen außenpolitischen Schaden anrichtet, das sage ich nicht zu meiner Entlastung - das habe ich nicht mehr nötig -, sondern das sage ich Ihnen, Herr von Klaeden. Sie beleidigen die Menschen in der Ukraine; Sie würdigen sie herab.

(Eckart von Klaeden (CDU/CSU):
Das ist unverschämt, was Sie da
sagen!)

- Nein, es ist so. Fahren Sie doch dorthin und schauen Sie sich das an! Reden Sie mit den Menschen! Das ist doch ein Einfaches: Sie kriegen sofort eine Dienstreise nach Kiew gebucht. Wenn Sie mir sagen, dass Sie dorthin fahren wollen, dann bin ich gern bereit, alles in Bewegung zu setzen, damit Sie mit allen relevanten Leuten sprechen können. Ich erwarte nur eines: Dass Sie mir oder der Öffentlichkeit hinterher ehrlich sagen, ob das wirklich eine Unverschämtheit war, was ich zu Ihnen gerade gesagt habe.

(Zuruf des Abg. Siegfried Kauder
(Villingen-Schwenningen)
(CDU/CSU))

- Da wäre etwas los, wenn ich beim Landgericht Köln wäre. Da wäre etwas los, das kann ich mir vorstellen - halleluja!

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Ich muss jetzt wirklich noch eine Frage stellen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wollen Sie noch fragen?

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Ja, ich möchte noch eine Frage stellen. Leider kann ich nicht die Opposition fragen.

Herr Minister, können Sie verstehen, dass die Opposition nicht versteht, was für ein außenpolitischer Schaden mit dieser Befragung angerichtet wird?

Zeuge Fischer: Ich glaube, die Außenpolitiker der Union verstehen das sehr gut.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Das können sie dem Rest der Fraktion wahrscheinlich nicht erklären.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Dann hat Herr Königshaus das Wort.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich möchte gern auf das Thema „außenpolitischer Schaden“ - es wurde hier eben angesprochen - zurückkommen. Wenn wir über Missbrauch, über Betrug und über Urkundenfälschung sprechen - dabei ist vollkommen gleichgültig, ob es sich tatsächlich in den Dimensionen, wie die Opposition sie festgestellt zu haben meint, oder in den Dimensionen, die Sie einräumen, abgespielt hat - und sich das Parlament damit befasst bzw. befassen muss, dann kann es ja wohl nicht ernsthaft so sein, dass daraus ein außenpolitischer Schaden

abgeleitet wird. Ein außenpolitischer Schaden ist, wenn überhaupt, dadurch entstanden, dass Sie, Herr Zeuge, das ukrainische Volk gegen Vorwürfe in Schutz genommen haben, die niemand erhoben hat.

(Zuruf der Abg. Jelena Hoffmann
(Chemnitz) (SPD))

- Niemand hat das ukrainische Volk in den Schmutz gezogen, Frau Hoffmann.

Tatsache ist aber etwas anderes: Wir haben es hier mit einem Missbrauch zu tun. Wenn dieser Missbrauch hinterher mit Argumenten wie „Die Leute müssen doch reisen“ verharmlost wird, dann werden Reisefreiheit und Betrug quasi in Verbindung gebracht. Das hat niemand getan. Deshalb lautet meine Bitte, dass wir dieses Niveau hier verlassen. Wenn wir die Visahürden für Ukrainer niedriger machen wollen - diesbezüglich bin jedenfalls ich jederzeit Gesprächsbereit -, dann muss das Parlament darüber entscheiden. Wir dürfen nicht einfach wegschauen, wenn Schleuser schleusen. Darum geht es. Deshalb hat das mit dieser Frage nichts zu tun.

Ich möchte vor allem auf Folgendes hinweisen: Indem wir diesen Fragen nachgehen, schützen wir auch die vielen Opfer unter den Eingeschleusten. Diese Menschen wissen gar nicht, was sie hier erwartet. Auch deshalb müssen wir diesen Fragen nachgehen. Hier werden falsche Verbindungen hergestellt. - Herr Neumann, wenn Sie das lustig finden, dann erstaunt mich das.

(Volker Neumann (Bramsche)
(SPD): Wieso? Ich habe nichts gesagt!)

- Nein, aber Sie grinsen.

Ich möchte auf das eigentliche Thema zurückkommen. Wir haben hier eben noch einmal über den Erlass vom 15.10. und über den Volmer-Erlass bzw. über den Fischer-I-Erlass gesprochen. Herr Edathy hat Sie darauf angesprochen, dass der Wortlaut drei Ausschüssen - allerdings nicht den in dieser Frage relevanten - überreicht worden sei. Diese Ausschüsse wurden genauso wenig wie Sie als der verantwortliche Minister darüber informiert, dass die beiden problematischen Erlasse in dem Fischer-I-Erlass sozusagen untergepflegt waren und mittransportiert wurden. Sie wurden von einem Staatsminister Volmer erläutert, der hier erklärt hat, dass er gar nicht wusste, dass es diese Erlasse gibt, und der sie erst recht

nicht hätte erläutern können. Deshalb ist daraus nichts herzuleiten. Meine Bitte ist, dass auch daraus keine Argumente mehr abgeleitet werden.

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, jetzt sind mir gegenüber zwei Vorhalte gemacht worden, auf die ich gerne antworten würde.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Natürlich, tun Sie es.

Hellmut Königshaus (FDP): Was sagen Sie dazu?

Zeuge Fischer: Zum ersten Vorhalt will ich Ihnen sagen: Es geht hier nicht darum, dass ich das Recht bestreite, dass Fehlverhalten aufgeklärt wird. Aber das ist doch nur das eine.

Die Skandalisierung, die massiv betrieben wird - -

Hellmut Königshaus (FDP): Von wem?

Zeuge Fischer: Vor allen Dingen von Seiten der CDU/CSU. Ich könnte Ihnen jetzt Dinge vorlesen, auch von unserem hochverehrten Vorsitzenden - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Tun Sie es bitte!

Zeuge Fischer: Nein, das will ich jetzt nicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Mich interessieren Zitate und nicht Unterstellungen. Das sind falsche Vorhaltungen.

Zeuge Fischer: Ja, ja. Die Rede, wo - - Aber das ist nicht mein Punkt.

Herr Königshaus, ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn Sie mir nicht glauben, dann fahren Sie hin! Reden Sie nicht mit mir!

(Eckart von Klaeden (CDU/CSU):
Das hat nichts mit der Zeugenvernehmung zu tun!)

- Es gab einen Vorhalt gegen mich, den ich aus meiner Sicht jetzt wohl klarstellen darf. - Fahren Sie hin! Ich weiß, ich werde Sie nicht überzeugen können. Ich sage das hier jetzt nicht als Zeuge, sondern als Außenminister: Es ist so.

Hellmut Königshaus (FDP): Darf ich Sie dann einmal Folgendes fragen: Was wäre die Alternative? Wäre es eine Alternative, diese Dinge nicht abzustellen? Wäre es eine Alternative, darüber nicht zu sprechen?

Zeuge Fischer: Doch, die müssen abgestellt werden. Das ist auch nicht mein Argument.

Hellmut Königshaus (FDP): Dann sind wir uns doch einig.

Zeuge Fischer: Mein Argument lautet vielmehr, dass es eben nicht nur um Sachaufklärung geht. Die Skandalisierung zum Zwecke des parteipolitischen und des machtpolitischen Interesses ist es doch, was diesen falschen Eindruck erweckt. Nur darüber habe ich geredet.

Das Zweite, was ich in diesem Zusammenhang noch anmerken wollte, ist, dass hier niemand dieses Recht des Parlamentes infrage stellt, schon gar nicht, wenn es um Veränderungen im Visaregime geht. Auch das ist völlig klar. Ich habe ja gesagt - das gilt mehr und mehr auch für das Europäische Parlament, das ebenfalls mehr und mehr zum Beschlussorgan wird -: Wir warten auf die Vorschläge. Da wird am Parlament nichts vorbeigelenkt. Das Parlament muss nur Acht geben, weil viele Europavorlagen da recht stiefmütterlich behandelt werden.

Zum Hinweis - das war der zweite Vorhalt, dem ich entgegen wollte -, dass darauf im Erlass vom 03.03.2000 nicht hingewiesen worden sei: Mir wurde gerade gesagt: Warum hast du nicht gefragt? Etwa im Innenausschuss sitzen kompetente Juristen - zumindest dachte ich das -, die ganz anders als unsereins gewöhnt sind, juristische Texte zu lesen, und zwar mit juristischen Augen und mit einer auch juristischen Methodologie. Insofern kann ich nur nochmals sagen - das zeigt mir auch der Durchgang durch die Protokolle - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die sind gar nicht vorgelegt worden!)

Hellmut Königshaus (FDP): Im Innenausschuss war das nicht.

Zeuge Fischer: Nein, aber das hätte dort doch nachgefragt werden können.

Hellmut Königshaus (FDP): Entschuldigung, wenn man gar nicht weiß, dass ein Plurez-Erlass vom 15.10. existiert, dann kann man auch nicht danach fragen.

Zeuge Fischer: Aber Herr Königshaus, das ist doch ganz stiefmütterlich unter „ferner liefen“ gelaufen: Die streiten sich nicht mehr; also haben wir das Interesse verloren.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber Entschuldigung, darum geht es doch.

Zeuge Fischer: Aber mir wurde gleichzeitig gesagt: angesichts der massiven Vorwürfe von Landesministern, vom Bundesinnenminister. Ich meine, das ist doch gerade mal so abgehakt worden.

Hellmut Königshaus (FDP): Das ist ein anders Thema. Mir geht es nur darum, dass wir uns darauf verständigen, dass aus der Tatsache, dass der Menschenrechtsausschuss und der Petitionsausschuss und wer auch immer nicht widersprochen haben - - Wenn ihnen gar nicht mitgeteilt wird, worum es geht - dass nämlich im Hintergrund ein Plurez-Erlass existiert, der das eigentliche Problem darstellt -, dann kann man daraus keine Argumente ableiten. Das war der Vorhalt. Meine Bitte lautet, in Zukunft sauberer zu argumentieren.

Sie haben gesagt, Sie hielten es für nicht erforderlich, dass das auch mit den Schengen-Partnern formal abgestimmt wird.

Zeuge Fischer: Es ist nicht formal abgestimmt, sondern - -

Hellmut Königshaus (FDP): Es ist nicht, nein, das wissen wir.

Zeuge Fischer: Nein, das weiß ich. Es ist doch in der - wie lautet der Terminus technicus? - Schengen-Konsultation, die stattfindet - -

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Ratsarbeitsgruppe!)

- Das wurde in der Ratsarbeitsgruppe entsprechend dargestellt. Es wurde ja auch vorgelesen, in welcher Form hier im Ausschuss - nicht in der heutigen Sitzung, sondern, wenn ich mich richtig entsinne, in der Donnerstagssitzung, wo es ja sozusagen von beiden Seiten vorgelesen wurde, weswegen

ich darauf nicht mehr ausführlich eingehen muss - -

Aber ich kann Ihren Vorhalt von vorhin so nicht stehen lassen.

Hellmut Königshaus (FDP): Welchen?

Zeuge Fischer: Den, dass Sie sagten, Sie wollten, dass darauf kein Bezug mehr genommen werde. Für mich ist nicht entscheidend - -

Hellmut Königshaus (FDP): Herr Montag hat immer ausdrücklich angemerkt, dass das nicht geschehen sei, dass das gerade nicht ausdrücklich angesprochen sei.

Zeuge Fischer: Entschuldigung, ich war jetzt bei dem Vorhalt von davor.

Hellmut Königshaus (FDP): Noch einmal davor?

Zeuge Fischer: Ich kann das nämlich so nicht akzeptieren. Ich wollte das hier ordentlich ins Protokoll gebucht haben.

Zu der Sache, die Sie gerade angesprochen haben: Nein, das wurde den Schengen-Partnern dann zur Unterrichtung gegeben. Sie haben mit dem Vorhalt der Remonstration „Rabat“ darauf hingewiesen, wenn ich mich richtig entsinne, dass es da keinerlei Information gegeben habe. Daraufhin bekamen Sie den Vorhalt von der Koalitionsseite, dass es doch so war, und das wurde ausführlich dargestellt.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber genau das ist der Punkt. Es wurde dort eine Information übergeben; aber es gab in dem Sinne eben keine Abstimmung, abgesehen davon dass eine interne Aktennotiz übergeben worden ist, die übrigens auch nicht in den Akten zu finden war.

(Zuruf des Abg. Jerzy Montag
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Die übergebene Urkunde selbst war nicht dabei, Herr Montag. Da war nur der Bericht, dass sie übergeben wurde; aber was darin stand, wissen wir nicht.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Steht im Antrag!)

- Das reicht nach unserer Auffassung natürlich nicht. Aber darüber will ich jetzt nicht streiten, weil das außer uns niemanden inte-

ressieren würde. Das muss man einfach so feststellen.

Zeuge Fischer: Aber Herr Königshaus, Sie gestatten mir, dass ich hier meine andere Rechtsauffassung zu Protokoll gebe?

Hellmut Königshaus (FDP): Ich habe schon unterstellt, dass Sie eine andere Rechtsauffassung haben. Die haben Sie auch schon zum Ausdruck gebracht. Ich wollte nur noch meine zum Ausdruck bringen; sonst wird irgendwann gesagt, der Untersuchungsausschuss habe nicht widersprochen, als es um diese Frage ging.

Zeuge Fischer: Wir beide wollen, dass unsere Positionen im Protokoll für die Ewigkeit festgehalten werden.

Hellmut Königshaus (FDP): Genau. Es ging ja, wie Sie sehen, relativ schnell.

Ein letzter Punkt. Ich habe das Bedürfnis, noch einmal das Thema „Personalausstattung/Kürzungen/Haushaltsfragen“ anzusprechen, und zwar sowohl für das Protokoll als auch zu Ihrer Information. Es ist richtig - offenkundig allerdings erst für die Zeit nach dem 11. September 2001 -, dass sich auch die Koalition im Hinblick auf den Haushalt 2002 bereit gefunden hat, zumindest den RK-Bereich von den Kürzungen auszunehmen. Es war aber tatsächlich so - ich will das einfach festhalten; ich könnte es ja auch belegen und Ihnen vorhalten -, dass die entsprechenden Anträge der FDP, diese Bereiche von den Kürzungen auszuschließen, jedenfalls für den Haushalt 1999 und für den Haushalt 2000 niedergestimmt wurden und dass diese Kürzungen vorgenommen wurden, sodass weitere Kürzungen auf einem niedrigeren Niveau vorgenommen wurden. Wir freuen uns, dass sie von Ihnen von Kürzungen ausgenommen wurden; aber wir möchten schon festhalten, dass wir genau dieses Problem vorhergesehen haben und dass wir diese Bereiche ausnehmen wollten. Meine Bitte ist einfach nur, dass Sie das zur Kenntnis nehmen.

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, wenn ich mich richtig entsinne, waren im Haushaltsjahr 1998, als wir die Regierung übernommen haben, die lineare Stellenkürzung von 1,5 Prozent und der Stellenabbau unter dem von euch geführten Ressort Realität.

Hellmut Königshaus (FDP): Wir haben die Haushaltsunterlagen da. Wir könnten das näher erörtern.

Zeuge Fischer: Ich rede jetzt vom letzten Bezugsjahr, vom Haushalt 1998. Wenn ich mich richtig entsinne - ich bin darauf jetzt nicht vorbereitet; bisher hatte ich das immer so im Kopf -, war das so mit dem Haushalt 1998. Mit den Stellenkürzungen ging es ja schon vorher, als das Ressort von der FDP geführt wurde, los, dass wir dann - ich habe mich da erkundigt - im Haushaltsgesetz des Haushaltsjahres 2001 - -

Hellmut Königshaus (FDP): 2001 war es; ich bitte um Entschuldigung.

Zeuge Fischer: Ja, 2001. Sie sagten vorhin: 2003.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, ich habe mich versprochen.

Zeuge Fischer: Haushaltsgesetz 2001: Da wurden Anträge der Arbeitsgruppen „Haushalt“ der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die Sitzung des Haushaltsausschusses eingebracht. Da steht dann unter Nr. 16: In § 25 Abs. 2 Satz 1 wird hinter dem Wort „Bundeskriminalamt“ ein Komma eingefügt und das Wort „sowie“ wird gestrichen. Ich zitiere weiter:

Ferner werden an das Wort „Zollkriminalamt“ ein Komma und die Worte „sowie die Planstellen und Stellen des Rechts- und Konsulardienstes in den Vertretungen des Bundes im Ausland“ eingefügt.

Ich nehme an, das war die Bereinigungssitzung, die 55. Sitzung des Haushaltsausschusses, 12. Oktober 2000, 9.15 Uhr.

Dann steht in der rechten Rubrik:

Zur Behebung von Personalengpässen im Bereich -

Hellmut Königshaus (FDP): Unbestritten, in Bezug auf den Haushalt 2001 haben Sie Recht.

Zeuge Fischer:

- der Rechts- und Konsulardienste bei den Auslandsvertretungen soll dieser Bereich von den Stellenein-

sparungen gemäß Abs. 1 ausgenommen werden.

Damit waren die draußen. Ich weiß noch, wie stolz ich damals war. Ich nehme an, Ihre Fraktion hat sogar zugestimmt.

Hellmut Königshaus (FDP): Nicht nur das: Wir haben einen inhaltsgleichen Antrag gestellt, den Sie allerdings niedergestimmt haben. Herr Volmer hat uns erklärt: Auch gute Anträge würden grundsätzlich niedergestimmt, wenn sie von der Opposition stammen. Ich weiß nicht, ob das die Grundhaltung ist. Das hat er jedenfalls glaubhaft vermittelt. Jedenfalls ging es mir nur darum.

Was die Haushalte 1999 und 2000 angeht, hat die FDP ebenfalls beantragt, das herauszunehmen. Sie wurde daraufhin niedergestimmt. Da es hier anders dargestellt wurde, wollte ich das nur der Ordnung halber festhalten. Es macht nämlich deutlich, dass diese Probleme, die insbesondere die Personalausstattung angehen, in weiten Bereichen hausgemacht waren. Ich wiederhole: Das ist nicht vom Himmel gefallen, sondern war in weiten Bereichen hausgemacht.

Zeuge Fischer: Von uns?

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, von der Koalition, die die entsprechenden Kürzungen vorgenommen hat, und zwar gegen Anträge der FDP, die ausdrücklich etwas anderes beantragt hat.

Zeuge Fischer: Aber die Welt der FDP begann doch nicht im Herbst 1998. Sie können doch nicht allen Ernstes sagen: Da waren wir dann Opposition, dann da wurden unsere Anträge niedergestimmt und seitdem gibt es die Personalprobleme.

Hellmut Königshaus (FDP): Wir unterhalten uns nun einmal über diese Personalkürzungen, und zwar insbesondere in Bezug auf einen Zeitpunkt, über den wir hier wegen der enorm ansteigenden Belastung sprechen. Verstehen Sie das? Die Parallelität im Hinblick auf einen enormen Anstieg der Belastungen haben Sie hier vorhin sehr beredt und, wie ich finde, auch überzeugend dargestellt und beklagt. Um diese Parallelität geht es. Natürlich muss die Haushaltsausstattung am Bedarf gemessen werden. Das ist dort passiert.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Jetzt hat Frau Kollegin Noll das Wort. Frau Noll, bitte.

Michaela Noll (CDU/CSU): Herr Minister, jetzt geht es um die moderne Form der Sklaverei - das wurde zuvor schon angesprochen -, nämlich um die Zwangsprostitution. Ich glaube, es ist ein gravierender Unterschied, ob eine Handballnationalmannschaft legal nach Deutschland kommt und plötzlich spurlos verschwindet oder ob eine junge ukrainische Frau mit einem Reiseschutzpass gutgläubig hierhin kommt und in der Zwangsprostitution landet.

Sie haben heute Morgen um 10 Uhr mit Unterstellungen angefangen. Sie haben uns unterstellt, dass wir alle Ukrainer kriminalisieren. Das möchte ich so nicht stehen lassen. Deswegen spreche ich gerade die jungen ukrainischen Frauen an, die hier als Opfer - als Frischfleisch - irgendwelchen Freiern zugeführt werden. Sie wissen - das ist die Sachlage -: Gerade der grenzüberschreitende Handel ist ein ausgesprochen lukratives Geschäft. Jetzt möchte ich von Ihnen gerne wissen: Haben Sie eine Ahnung, wie hoch die Zahl der Zwangsprostituierten in Europa mittlerweile ist?

Zeuge Fischer: Ich kann Ihnen da keine belastbare Mitteilung machen. Das gilt auch für die Zahlen, die wir jetzt in Deutschland haben.

Frau Abgeordnete, nur eines, damit hier überhaupt kein falscher Eindruck entsteht - -

Michaela Noll (CDU/CSU): Ich sage - -

Zeuge Fischer: Gestatten Sie mir, dass ich Ihre Frage beantworte. - Ich teile die Meinung all derer, die dies für ein schreckliches Verbrechen halten, das nun wirklich mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, und mit allem Nachdruck bekämpft wird. Das gilt nicht nur für das Visaregime. Das gilt auch für illegalen Grenzübertritt. Das gilt vor allen Dingen aber dann auch, wenn Zwangsprostitution hier bei uns stattfindet, im Inland. Da glaube ich, dass vor allen Dingen auch Verbesserung von Zeugenschutz, von Bleiberecht, das heißt auch die Bereitschaft, gegen den Peiniger oder die Peiniger auszusagen, natürlich von ganz zentraler Bedeutung ist. Ich kann Ihnen da nur sagen: Ich bin mir über die Brutalität und auch die Furchtbarkeit dessen sehr im Klaren.

Michaela Noll (CDU/CSU): Aber man kann sie schon so verhindern, indem man die Visapraxis etwas restriktiver handhabt. Darauf komme ich gleich.

Weil Sie die Zahlen nicht kennen, will ich Ihnen gern ein paar Zahlen nennen. Das ist von den Bündnisgrünen aus Niedersachsen. Die gehen von 500 000 Opfern in Europa aus. Das Hauptzielland dabei ist Deutschland. Da muss man sich doch schon die Frage stellen: Warum gerade Deutschland? Ich sehe den Zusammenhang mit der sehr liberalen Visapraxis.

Zeuge Fischer: Nein.

Michaela Noll (CDU/CSU): Ich versuche, Ihnen das auch gleich mal ein bisschen darzulegen.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Frau Kollegin, ich hatte ein akustisches Problem. Können Sie die Quelle für diese Zahl 500 000 noch mal nennen?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Die Quelle sollte noch mal genannt werden.

Michaela Noll (CDU/CSU): Die Quelle: Infopaket Bündnis 90, Landtagsfraktion Niedersachsen, Dezember 2004. Das kann ich auch gern übergeben.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Ja, das wäre ganz schön, wenn wir das kriegen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ja, ja.

(Abg. Volker Neumann (Bramsche)
(SPD) wird ein Schriftstück
übergeben)

Michaela Noll (CDU/CSU): Gleiches auch aus der Antwort, aus einer Rededebatte von einer Grünen aus Niedersachsen.

Stichwort Rückkehr. Glauben Sie eigentlich tatsächlich, dass alle Frauen, die hier legal eingereist sind, auch wieder zurückgekehrt sind? Wir diskutieren hier zu einem Zeitpunkt - - Ich glaube nicht, dass Sie sagen können, dass alle Frauen wieder sicher zu Hause sind. Wir sitzen hier sicher und zum gleichen Zeitpunkt werden Frauen irgendwo festgehalten, ob in Berlin oder in Köln, und können sich nicht wehren; denn es ist nachweislich so: Den Frauen gelingt die Flucht nicht.

Deswegen bitte ich Sie, kurz darüber nachzudenken, ob nicht gerade die Zahlen, die hier ja oft diskutiert werden - - Ich nenne das jetzt mittlerweile „Krieg der Zahlen“. BKA sagte: 128. Aber ich habe die Anhörung von Oberstaatsanwalt Bülles im Kopf. Der sagte, er mache nichts anderes als OK-Sachen. Er sagte: Die Zahl ist lächerlich.

Auch das kann ich Ihnen erklären. Das ist die Kombination Prostitutionsgesetz in der Mischung mit Fischer-Erlass. Das hat zu einem erhöhten Sicherheitsrisiko für Frauen geführt.

Ganz einfach kann ich das erklären: Wo keine Razzien sind, können sie auch nichts aufdecken. Das ist Fakt heute.

Nur, eines verstehe ich nicht - das möchte ich Ihnen gern mal vorhalten; Sie haben es angesprochen -: Sie sagten: Visaproblematik war nicht bei mir auf dem Radarschirm. - Jeder Radarschirm - ich bin zwar keine Technikerin - hat aber ein Frühwarnsystem. Ihr Frühwarnsystem hatte anscheinend - das habe ich zumindest eben mehrfach gehört - gewisse Defizite. Darunter ist auch ein Kabelbericht. Der ist aus Bangkok. Bangkok hat als Erstes mit Hinweis auf Dringlichkeit gebeten, zum Schutz der Antragstellerin was zu machen. Haben Sie den bekommen, ja oder nein?

Zeuge Fischer: Ich habe diesen Bericht auch jetzt bei dem Studium der Akten nicht gesehen. Aber ich möchte schon auf diese infame Unterstellung, die Sie gerade hier betrieben haben - - Das passt ja ins Bild der Union, dass Sie sagen: diese Mischung aus dem Erlass und dem Prostitutionsgesetz. Dass dies Anlass für die Zwangsprostitution wäre, ist eine wirkliche Infamie und das wissen Sie! Das wissen Sie! Das wissen Sie!

Michaela Noll (CDU/CSU): Ich habe nur gesagt: Es erhöht das Sicherheitsrisiko für Frauen.

Zeuge Fischer: Da sage ich Ihnen: Wenn Zwangsprostituierte hier in diesem Land festgehalten werden, ist es zuerst und vor allen Dingen die Pflicht der Polizeibehörden - - Denn hier handelt es sich um schwersten Gesetzesbruch, um schwerste Kriminalität. Wenn Menschen gegen ihren Willen festgehalten werden, wenn sie zu sexuellen Handlungen gezwungen und ausgebeutet werden, dann brauchen Sie sozusagen gar nicht mehr ins Gesetzbuch zu

gucken; dann ist der Eingriffstatbestand, ja die Eingriffspflicht auch für einen Nichtjuristen so was von gegeben. Da kann ich nur sagen: Es ist doch nicht allen Ernstes bei meiner Partei abzuladen - ich finde das infam, was Sie da gerade tun -, sondern die Frage: Sie müssen doch offensichtlich bei bestimmten Kleinanzeigen oder Ähnlichem dem nur folgen - - sind doch die Landesinnenminister, die hier gefordert sind. Sie müssen doch hier agieren. Es bringt überhaupt nichts, wenn wir uns hier gegenseitig die Schuld zuschieben.

Michaela Noll (CDU/CSU): Ich mache keine Schuldzuweisung.

Zeuge Fischer: Nur, das, was Sie hier machen, ist genau der Punkt, Abgeordneter Königshaus: Wie kommt das jetzt in der Ukraine an? Das ist, was ich meine. Es hat nichts mit einer sachlichen Erörterung zu tun, sondern es geht ausschließlich darum, den Zuhältervorwurf von Glos in dieser Sitzung zu bestätigen.

Michaela Noll (CDU/CSU): Das stimmt nicht.

Zeuge Fischer: Da kann ich Ihnen sagen: Das ist eine Infamie sondergleichen! Machen Sie weiter so! Wir sind hier auf Übertragung. Es ist infam.

Michaela Noll (CDU/CSU): Ich habe nur gesagt, dass sich das Sicherheitsrisiko für Frauen dadurch erhöht hat.

Zeuge Fischer: Haben Sie mal gefragt, was meine Kinder davon halten?

Michaela Noll (CDU/CSU): Das Prostitutionsgesetz wird auch von ... (akustisch unverständlich) -

Zeuge Fischer: Kümmert Sie das?

Michaela Noll (CDU/CSU): - Experten als Zuhälterschutzgesetz bezeichnet, -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Könnten Sie bitte Frau Abgeordnete Noll aussprechen lassen?

Michaela Noll (CDU/CSU): - und das wird nicht ohne Grund sein.

Jetzt möchte ich hier bitte, damit Sie das auch -- Ihnen kurz vorhalten die Mail aus Bangkok. Darin steht deutlich: Die Botschaft bittet mit Nachdruck darum, diesen Zustand einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Dieser dient -- Das haben sie falsch geschrieben. - Dieses dient auch dem Schutz der Antragstellerin.

Deswegen frage ich nur: Wenn Sie die Mail nicht bekommen haben: Ist es ein Fehler der Organisation oder hätten Sie nicht eingreifen müssen? Auch wenn Sie die Mail nicht bekommen haben: Ich denke, dass in den letzten Jahren eindeutige Presseberichte vorlagen, dass die Zahl der Opfer, der ukrainischen jungen Frauen, stetig zugenommen hat. Warum haben Sie sich dieser Sache nicht angenommen?

(Jelena Hoffmann (Chemnitz)
(SPD): Das ist falsch!)

Zeuge Fischer: Entschuldigung! Ich meine, das ist etwas, was Sie behaupten. Es ist nicht so, dass ich jetzt zur Entlastung rumtelefoniert habe, sondern es gibt Fraueninitiativen, die mich angeschrieben haben, die hier und in Odessa arbeiten, in München und in Odessa, die ganz spezifisch dort in dem Bereich tätig sind und die gesagt haben: Die Zahlen sind am Sinken; am höchsten wären sie 1999, glaube ich mich aus dem Gedächtnis heraus zu erinnern -- Die Probleme - so in diesem Anschreiben; ich kann hier nur aus dem Gedächtnis zitieren - sind in anderen Ländern wesentlich größer und liegen vor allen Dingen hier, wo die Nachfrage entsprechend ist und wo die Innenbehörden dann auch entsprechend vorgehen müssen. Das ist doch überhaupt nicht streitig.

Michaela Noll (CDU/CSU): Herr Minister --

Zeuge Fischer: Aber ich sage nochmals an dem Punkt: Völlig klar. Hätte ich eine solche Mail -- Wenn ich eine solche Mail bekomme, dann nehme ich die sehr ernst. Das ist doch überhaupt keine Frage.

Michaela Noll (CDU/CSU): Herr Minister, nun erlauben --

Zeuge Fischer: Diese Unterstellung - diese Unterstellung! -, dass unsereins -- Wir sitzen auf der Ministeretage, um die Zeu-

gen -- eine Zeugenkollusion zu machen. Ich bin von der Opposition zum Zuhälter erklärt worden, jetzt vermutlich dann auch noch nicht zum Arbeiterführer, sondern zum Schwarzarbeiterführer. Ich meine, das ist doch so klar wie nur etwas, was hier abläuft: Es geht für Sie doch nur vordergründig um die Sachaufklärung. In Wirklichkeit geht es darum: Wie bringen wir den Fischer möglichst runter?

Michaela Noll (CDU/CSU): Nein, Herr Minister, das ist nicht meine Absicht.

Zeuge Fischer: Ich bitte Sie! Es geht doch nur um Dreck.

Michaela Noll (CDU/CSU): Mir geht es um die Frauen. Mir geht es um die Frauen als Opfer.

Zeuge Fischer: Nein, es geht Ihnen hier nicht -- Es geht hier um mich.

Michaela Noll (CDU/CSU): Das stimmt nicht.

Zeuge Fischer: Sonst hätten Sie diesen Vorhalt nicht so gemacht.

(Zurufe)

Michaela Noll (CDU/CSU): Ich habe den Vorhalt --

Zeuge Fischer: Die Hauptaussage war doch: der Fischer-Erlass und das Prostitutionsgesetz. Das ist doch der entscheidende Punkt.

Michaela Noll (CDU/CSU): ... (akustisch unverständlich) erhöht das Sicherheitsrisiko. Mehr habe ich nicht gesagt.

Zeuge Fischer: Ja, ja ... (akustisch unverständlich). Aber es ist unglaublich.

Michaela Noll (CDU/CSU): Sie haben gerade gesagt, Sie hätten mit verschiedenen Frauenschutzverbänden gesprochen. Das haben wir auch. Sie kennen wahrscheinlich den Namen Lea Ackermann von Solwodi. Die sagt eindeutig, dass die Zahlen, so wie sie jetzt vom BKA sind, nicht aussagekräftig sind, weil es sich hier um ein Kontrolldelikt handelt. Sie müssen wissen: Wenn ganz

normale, reguläre Bordelle geprüft werden, da finden Sie kaum Zwangsprostituierte; Zwangsprostituierte befinden sich irgendwo im häuslichen Bereich, im normalen Umfeld. Dann bedarf es einer erhöhten Razzia, um das herauszufinden.

Ich bin einfach nur froh, dass wir jetzt eine Einladerdatei haben. Die Einladerdatei ist meiner Meinung nach unsere Forderung beim Zuwanderungsgesetz gewesen.

Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Als Nächstes hat sich der Herr Montag gemeldet.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt gehen wir doch noch mal, Herr Minister, mit Ihrem Einverständnis, auf genau den Brief los, den Sie bekommen haben. Den haben wir auch in den Akten. Das ist ein Schreiben einer Organisation, die nennt sich: „Stop dem Frauenhandel“, Ökumenische gemeinnützige GmbH, mit Sitz in München. Da hat Sie die Geschäftsführerin Eleonore von Rotenhan angeschrieben.

Die Frau von Rotenhan schreibt Ihnen, dass sich diese Organisation in München, aber auch in der Ukraine, in Odessa, mit der Zwangsprostitution beschäftigt. In dem Zusammenhang schreiben sie - Zitat -:

In Odessa wurden seit Gründung unseres Hauses Assol

- das ist das Haus für diese Frauen -

rund 5 000 Frauen, die im Verdacht standen, Opfer zu sein, interviewt. Die meisten kamen mit der Fähre aus Istanbul, hatten aber oft auch lange Zeit in Israel, den Emiraten oder Saudi-Arabien „arbeiten“ müssen. Von diesen Interviewten verbrachten rund 500 Frauen Tage oder Wochen in unserem Haus Assol. Sie kamen ebenfalls aus Ländern, für die sie keine Visa brauchten. Nur vier Frauen wohnten bei uns, die in Deutschland hatten „anschaffen“ müssen.

Und dann zum Schluss:

Für uns gibt es keinen Beweis, dass die Visa-Erteilung durch überforderte und überarbeitete Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in der Ukraine erkennbar etwas mit einer Zunahme des Verkaufs von Frauen als Zwangsprostituierte zu tun hat. Die Gründe für den wohl noch immer wachsenden Menschenhandel

liegen vorrangig in der hohen Nachfrage nach Zwangsprostituierten. Mit dem Getöse über die angeblich so laxen Visa-Erteilung in Kiew werden nur die wirklich relevanten Gründe für diesen modernen Sklavenhandel verschleiert.

Unterschrift: Geschäftsführerin der Ökumenischen gemeinnützigen GmbH „Stop dem Frauenhandel“ in München, Eleonore von Rotenhan.

Ich gebe Ihnen mit dem Zitat sozusagen noch mal Gelegenheit, vielleicht dazu Stellung zu nehmen, inwieweit sozusagen diese Vorwürfe, die Politik Ihres Hauses habe zu einer Unterstützung oder Förderung von Zwangsprostitution geführt - - dazu noch mal Stellung zu nehmen.

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter Montag, ich danke Ihnen dafür. Aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Mich widert diese Form von Politik, wie sie die CDU hier betreibt, richtiggehend an. Ich muss es so sagen. Es geht hier nur um persönliche Herabwürdigung, und zwar instrumentell sollen hier Dinge benutzt werden. Ich finde diese Form von Politik - - Damit tun Sie sich und damit tun Sie uns allen keinen Gefallen. Das hat nichts mehr mit Sachaufklärung zu tun, sondern - - Das wissen Sie auch. Ich finde das widerwärtig.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann darf ich noch einmal auf die Probleme mit der Rechtsschutzversicherung zurückkommen. Das ist die Debatte oder die Fragen und die Antworten, die Sie dem Kollegen Binninger gegeben haben. Sie selber haben darauf aufmerksam gemacht, Herr Minister, dass die Rechtsschutzversicherung ab einem bestimmten Zeitpunkt 2003

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Reise!)

- Reiseschutzversicherung - - ab einem bestimmten Zeitpunkt, ungefähr Frühjahr, März 2003, nur noch als Krankenversicherung und nicht mehr als Surrogat anerkannt worden ist, als Surrogat für andere Dinge, die man bei der Visaantragstellung vorlegen muss.

Zeuge Fischer: Als Ersatz.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In dem Zusammenhang, als diese Surrogatfunktion abgeschnitten worden ist,

haben diese zugegebenermaßen ziemlich dubiosen Herren vom Auswärtigen Amt ein etwas komisches Schreiben bekommen. Das ist schon zitiert worden. Ich will nur sozusagen der Vollständigkeit halber darauf hinweisen, dass einer der Herren, die mit diesem angeblichen Geschenk beglückt worden sind, in der „Welt“ dazu interviewt worden ist und dazu gesagt hat: Danach - nachdem diese Surrogatfunktion abgeschnitten worden ist und sie dieses Schreiben da gekriegt haben - konnte ich mein Produkt als Toilettenpapier verkaufen. - Zitat Ende.

Mit anderen Worten: Zwar haben die Herren, die hier angesprochen worden sind, ein freundliches Schreiben bekommen - sie waren auch irgendwie unkoscher -, aber das, was sie unter dem Strich erhalten haben, war wert, als Klopapier verwendet zu werden.

In dem Zusammenhang auch der Wostok-Bericht, den der Kollege Binninger angesprochen hat. Da darf ich Ihnen vorhalten, was das Bundeskriminalamt zu genau diesem Problem - zu diesem Problem! - und der Verbindung zu Ihrem Ministerium, zum Auswärtigen Amt, sagt - Zitat -:

Das Bundeskriminalamt hat das Bundesministerium des Innern über diese Entwicklung unterrichtet und empfohlen, den Einsatz von Reiseschutzpässen und vergleichbaren Produkten als Ersatz für Einladungen und Verpflichtungserklärungen zu stoppen. Dieser Empfehlung wurde gefolgt. Das Auswärtige Amt hat die deutschen Auslandsvertretungen im März 2003 entsprechend unterrichtet.

Die Einstellung der Surrogate, aber auch weitere, z. B. an der deutschen Botschaft in Kiew ergriffene Maßnahmen zur Eindämmung der Visaerschleichung waren erfolgreich. Die Schleusung aus der Ukraine mittels Visaerschleichung wurde empfindlich gestört.

Dies ist der Teil des Wostok-Berichts, der sich mit dem Problem beschäftigt, über den der Kollege Binninger mit Ihnen gesprochen hat.

Jetzt bitte ich Sie da um eine Bewertung.

Zeuge Fischer: Ich kann an dem Punkt nur darauf hinweisen, dass Sie völlig zu Recht klar gemacht haben, dass das, was ich dem Kollegen Binninger gesagt habe, zutrifft und dass das durch die Auszüge, die Sie hier

zitiert haben, respektive auch das Interview - - dieses unterstreicht. Insofern war es doch richtig, dass ich diese Frage abgewartet habe, auf die er hinaus wollte.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger
(CDU/CSU))

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist richtig.

Der Kollege Binninger hat Ihnen auch mit einem großen Vorwurf in der Stimme vorgehalten, warum Sie eigentlich die fast 355, 357, 360 Firmen, die im Wostok-Bericht benannt sind, nicht im Sinne einer Warnung wohin auch immer geschickt hätten.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Nur gefragt!)

In diesem Zusammenhang hat er gesagt, es habe sich um als Scheinreisebüros identifizierte Reisebüros gehandelt. Nur, damit das richtig im Protokoll steht: Dies ist absolut falsch. Das ist absolut falsch.

Tatsache ist, dass die Polizeibehörden in der Firma des Herrn Kübler eine Hausdurchsuchung gemacht haben. Bei dieser Hausdurchsuchung haben die Polizeibehörden sämtliche Geschäftskontakte des Herrn Kübler aufgelistet, darunter die Firma Siemens und andere illustre Firmen auch. Über alle diese Firmen, die da als Geschäftsverbindungen identifiziert worden sind, hat das Bundeskriminalamt, in welchem Stadium des Verdacht es auch immer, polizeiliche Erkenntnisse gesammelt. Da steht bei etlichen: keinerlei Erkenntnisse. Bei anderen steht drin: ist uns aufgefallen in einem Verfahren XY. - Über einen Ausgang des Verfahrens steht darin natürlich nichts.

Es wäre ein grober Fehler gewesen und an der Grenze zu einer Schadenersatzpflicht, wenn man mit dieser Liste irgendwelche Aktivitäten, wie von Herrn Binninger gewünscht, unternommen hätte.

Ich komme aber noch zu einem letzten Punkt und zu einer Frage an Sie. Ich möchte gern von Ihnen wissen, nach Ihrem Fachwissen als Außenminister: In welcher Form halten Sie es für sachgerecht, dass die Schengen-Partner über den - jetzt nennen wir ihn so - Fischer-I-Erlass informiert werden? Wir haben nämlich hier einerseits - das haben wir schon in der Diskussion herausgefunden - ein Anschreiben an Sie, Herr Minister, in dem Ihr eigenes Haus Ihnen sagt: Der Erlass befindet sich völlig innerhalb des deutschen

und europäischen Rechts. Auf der anderen Seite haben wir eine Stellungnahme Ihres Hauses, Abteilung 514, über die Information der Schengen-Partner. Ich darf zitieren:

In den Sitzungen der Ratsarbeitsgruppe Visa in Brüssel haben wir dennoch unsere Partner mündlich und, sofern sie über deutsche Sprachkenntnisse verfügen, auch durch Übergabe eines detaillierten Sachstandes über die neuen Maßnahmen unterrichtet, darunter unsere französischen, italienischen und spanischen Kollegen. Von keiner Seite (Brüssel bzw. Hauptstädte) wurde uns bisher hier vorgeworfen, mit den neuen Regeln den Schengenacquis verletzt zu haben.

Meine Frage: Halten Sie das für eine ausreichende und Lege-artis-Information der Schengen-Partner oder haben Sie sich da etwas vorzuwerfen?

Zeuge Fischer: Ich habe mir da nichts vorzuwerfen und kann das nur unterstreichen, was Sie hier gesagt haben.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Nachdem der Disput zwischen dem Kollegen Montag und dem Kollegen Binniger, die Firma Itres betreffend, hier dargestellt wurde, vielleicht doch noch eine Frage, eine Verständnisfrage. Wir haben einen Erlass vom 29. Januar 2002 auch angesprochen. Es geht darum, dass mit diesem Erlass denjenigen, die Reiseschutzpässe vorlegen, das Visum fast automatisch gegeben wird, weil der Reiseschutzpass als Finanzierungsnachweis gegolten hat, als Surrogat, wie Sie es sagten. Stimmt das?

(Zuruf)

- Das war der Erlass vom 29. Januar 2002, wo dieser - -

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! Das Gegenteil! Da wurde der weltweit eingeführt, aber gleichzeitig wurde geändert: „Man musste alle Unterlagen wieder vorlegen“!)

Zeuge Fischer: Mit diesem Erlass vom 29. Januar war das Ende des Erlasses vom

15. Oktober 99. Das dürfen wir nicht vergessen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ja, so ist es. Herr Zeuge, stimmen Sie mir zu, dass mit diesem Erlass die Auslandsvertretung auf die Vorlage ergänzender Finanzierungsnachweise verzichtete?

Zeuge Fischer: Mit welchem?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Mit dem Erlass vom 29. Januar 2002 verzichteten die Auslandsvertretungen auf die Vorlage ergänzender Finanzierungsnachweise. Will sagen: Wer einen solchen Reiseschutzpass vorzeigt, muss bezüglich der übrigen Finanzierungsmöglichkeiten seiner Reise nichts mehr nachweisen. Stimmt das oder ist das falsch?

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, wenn ich mich richtig entsinne - aus den Akten -, war doch dieser Erlass so aufgebaut, dass aufgrund des Auftauchens von Konkurrenten, die über das Vertriebssystem Partner-Automobilclubs nicht verfügten, weltweit freigegeben wurde - es war natürlich in der Praxis nicht weltweit -, dass diese im Ausland verkauft werden durften. Gleichzeitig, wenn ich mich richtig entsinne, wurde aber der Erlass vom 15. Oktober aufgehoben, worin ja eine gewisse Schlüssigkeit, wenn man den Erlassen in ihrer immanenten Logik folgt, liegt; denn der Erlass vom 15. Oktober war ja nur bezogen auf die Monopolvertriebsstruktur ADAC mit dem Produkt Carnet de Touriste. Deshalb - so zumindest versuche ich die Gedanken des Erlasses vom 29. Januar nachzuvollziehen - haben sich die Autoren gedacht: Wenn wir jetzt den Schritt machen, dass auch von Konkurrenzanbietern im Ausland - vorher durfte das ja nur im Inland vertrieben werden und da war die Nachfrage sehr gering; so zumindest habe ich das verstanden -, sprich Ukraine, der Reiseschutzpass der Reise-Schutz AG vertrieben werden durfte, dann muss allerdings - ich unterstelle jetzt einmal, dass man so gedacht hat - das Element, was aufgrund des Bona-fide-Charakters des ADAC und der Partnerorganisationen möglich war, nämlich gemäß dem Erlass vom 15. Oktober keine weiteren Reisezweck und Rückkehrbereitschaft nachweisenden Dokumente mehr abzufragen, aufgehoben werden. So zumindest stellt sich das jetzt in meinem Kopf aus der Erinnerung dar.

Es wurde mit diesem Erlass vom 29.01. eben wieder eingeführt, dass auch die anderen Elemente - Sie haben mich ja vorhin bezüglich der drei Elemente examiniert, also Reiseziel, Reisezweck mit Rückkehrbereitschaft - jetzt wieder zu prüfen sind. Das heißt, dass dieses Instrument nicht mehr wie nach dem 15. Oktober das Carnet-de-Touriste-Instrument sozusagen einen gewissen Blankocharakter hatte - also: Habe ich das, sind die anderen Dinge nicht zu prüfen? -, sondern dass dann, wenn ein Reiseschutzpass in Kiew gekauft wird - ich zitiere nur den Erlass -, die Dinge geprüft werden müssen. So zumindest habe ich diesen Erlass in Erinnerung.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Man kann sich ja irren.

Zeuge Fischer: Wir sind Menschen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Deswegen frage ich noch einmal, Herr Zeuge. Ist es richtig, dass mit diesem Erlass vom 29. Januar 2002 das dritte Merkmal von den dreien, nämlich die Finanzierbarkeit der Reise, nicht mehr nachgewiesen werden musste?

Zeuge Fischer: Dann müsste ich jetzt den Erlass haben und dann müsste man - das habe ich bei den ganzen Aktenstudien gelernt - in die Erlasse eingesehen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Darf ich Ihnen noch einen Satz aus dem Erlass vorlesen?

Zeuge Fischer: Ich glaube, ich wäre nicht damit zufrieden, wenn Sie mir nur einen Satz oder so vorläsen, denn auch das habe ich gelernt.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich gebe Ihnen gleich den Erlass; Herr Neumann kann herübergehen. Aber ich lese Ihnen den entscheidenden Satz vor. Es geht darum, dass im Erlass drinsteht:

Die Reiseschutzversicherung berechtigt den Inhaber, diese im Rahmen seines Antrags auf Erteilung eines Visums für einen Kurzaufenthalt bis zu drei Monaten

ohne Aufnahme einer Erwerbstätigkeit als Finanzierungsnachweis gem. §§ 82, 84 AuslG vorzulegen.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück übergeben)

Wenn Sie dieses noch einmal lesen, es handelt sich um Ziffer 3 des Erlasses auf Seite 3.

Olaf Scholz (SPD): Aber Herr Uhl, es geht um die §§ 82, 84 Ausländergesetz; das ist die Frage Verpflichtungserklärung.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: So ist es.

Olaf Scholz (SPD): Das ist nicht die Frage Reiseziel, Reisezweck und Rückkehrbereitschaft.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das hat doch niemand gesagt.

Olaf Scholz (SPD): Ein juristisches Oberseminar sollten wir hier nicht veranstalten. Da würden hier auch einige noch einmal nachträglich durch - -

(Hellmut Königshaus (FDP): Sie aber auch!)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Also, noch einmal, wir haben herausgearbeitet, Herr Zeuge, dass es drei Voraussetzungen gibt: Reiseziel, Reisezweck und Finanzierbarkeit. Ist es richtig, dass die Finanzierbarkeit der Reise nicht mehr nachzuweisen ist?

Zeuge Fischer: Da muss ich lesen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Dann machen wir eine Lesepause.

Zeuge Fischer: Vielleicht lese ich es laut, dann können wir es gemeinsam nachvollziehen und es hier nicht so langweilig. Weil man sich ja auch den Zusammenhang genau anschauen muss, lese ich einmal die Punkte 3 und 4 vor:

Die Reiseschutzversicherung berechtigt den Inhaber, diese im Rahmen seines Antrags auf Erteilung eines Visums für einen Kurzaufenthalt bis zu drei Monaten ohne Aufnahme einer Erwerbstätigkeit als Finanzierungsnachweis gem. §§ 82, 84 AuslG vorzulegen.

Die Auslandsvertretung nimmt dabei eine Ausfertigung des Versicherungsscheins zur Visumakte und verzichtet im übrigen auf die Vorlage anderer bzw. ergänzender Finanzierungsnachweise. Davon unbenommen bleibt die Pflicht der Auslandsvertretung zur Überprüfung der übrigen Voraussetzungen zur Visumerteilung (z. B. Rückkehrberechtigung, Rückkehrbereitschaft bzw. Verwurzelung im Heimatland) entsprechend den Vorgaben der allgemeinen Runderlasse, insbesondere des RE vom 03.03.00, sowie der Grundsatz der persönlichen Vorsprache. Die Vorlage einer Reiseschutzversicherung im Rahmen des von einigen Vertretungen praktizierten sog. Reisebüro-Verfahrens führt dort nicht zu einer zusätzlichen Privilegierung. Für bona-fide-Antragsteller geltende Regelungen bleiben allerdings unberührt. Unter Vorlage - -

Ich glaube, das ist jetzt nicht mehr wichtig.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Brauchen Sie nicht mehr weiter zu lesen.

Zeuge Fischer: Jetzt 4.:

Zur Vermeidung von Missverständnissen seitens der Inhaber von Reiseschutzversicherungen werden die Auslandsvertretungen gebeten, diese auf das in Anlage 7 der GKI aufgeführte Erfordernis der Mitführung ausreichender Finanzmittel (Richtwert: EURO 25,-/Tag bar oder Kreditkarte) gesondert hinzuweisen, sowie darauf, dass diesbezüglich auch Kontrollen an den Grenzen durchgeführt werden.

(Volker Neumann (Bramsche)
(SPD): So ist das vollständig!)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Jetzt haben Sie ja vorhin das mit den Kontrollen an der Grenze und dem Zeigegehalt sehr schön selbst ausgeführt.

Zeuge Fischer: Aber nicht an der Grenze.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wer von der Botschaft ein Visum bekommt, weil die Finanzierungsvoraussetzungen nicht mehr zu prüfen sind, reist über die Grenze.

Da kann es ihm durchaus passieren, dass der Bundesgrenzschutz sagt: Zeige mir bitte diese Beträge! Dann zeigt er sein Zeigegehalt und hat das Recht, mit dem von Ihrem Amt ausgestellten Visum weiterzureisen. Ist das richtig oder falsch?

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, falsch!)

Zeuge Fischer: Ich kann diese Interpretation von Ihnen, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut. Dann machen wir das vielleicht andersherum. Wir können es uns nämlich leichter machen.

Zeuge Fischer: Warum machen wir es uns dann so schwer?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Es gibt ein Papier aus Ihrem Hause. Als der ganze Visaskandal deutlich wurde, hat man Sie mit Schreiben vom 10. Juli 2003 informiert. Das ist ein Sachstandsbericht aus dem Referat 508 über den ganzen Zustand, nachzulesen in Mat A 2/1 Ordner 9 Band 3. Da steht zu dem Thema, das wir gerade besprechen, Folgendes drin - da ist alles zusammengefasst -:

Am 29. Januar 2002 wurden die Auslandsvertretungen weltweit gebeten, das Carnet de Touriste sowie Reiseschutzpässe im Visaverfahren alternativ zu Verpflichtungserklärungen anzuerkennen.

Dann wurde alles neu geregelt. Dann heißt es:

Die Reiseschutzversicherung berechtigt demnach den Inhaber, diese im Rahmen seines Antrags auf Erteilung eines Visums für einen Kurzaufenthalt (maximal 90 Tage) als Finanzierungsnachweis gemäß §§ 82, 84 AuslG vorzulegen. Die Auslandsvertretung

- so heißt es in dem Papier des Auswärtigen Amtes -

verzichtet auf die Vorlage ergänzender Finanzierungsnachweise.

Zeuge Fischer: Ja, aber, darf ich, Herr Vorsitzender - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ist das richtig?

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, wenn ich das richtig sehe, steht die Reiseschutzversicherung im Zusammenhang mit dem Finanzierungsnachweis. Oder ich habe das völlig falsch verstanden. Das Carnet ist doch eingeführt worden - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sagen Sie es doch einmal mit Ihren Worten.

Zeuge Fischer: Ich sage es immer mit meinen Worten. Mit welchen sollte ich es sonst sagen? Aus mir heraus spricht nicht irgendein Alien -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie könnten den Erlass ja inhaltlich aufgenommen haben.

Zeuge Fischer: - ich weiß ja nicht, was Sie glauben -, höhere Mächte oder schlimme Mächte. Nichts dergleichen, Herr Vorsitzender! Ruhe, Ruhe! Keine Sorge! Es spricht nur Joschka Fischer zu Ihnen, und das, solange Sie das wünschen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Also, das Carnet de Touriste ist doch aufgrund der Schwierigkeiten eingeführt worden, die es bei der Bonitätsprüfung gegeben hat, damit schlicht und einfach die Menschen der Staatskasse, in dem Fall den Ländern und Kommunen, nicht zur Last fallen, wenn sie zurückgeführt werden müssen oder krank werden.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: So ist es.

Zeuge Fischer: Gut, dann haben wir hier schon einmal - - Wenn dem so ist, dann sind dieses Carnet, später auch der Reiseschutzpass und alle anderen - die Namen sind nur jeweils andere; aber das Instrument ist dasselbe - eingeführt worden, um dieses Bonitätsrisiko durch eine generelle Verpflichtungserklärung zu verringern. Das heißt, wenn die Ausländerbehörde XY einen Reisenden hat, den sie zurückführen muss, der vorher vielleicht noch krank war, weil er einen Unfall hatte, sagt sie der Versicherung Z: Das ist jetzt ein Schadensfall, den hat das Sozialamt in der Stadt Y übernommen und

du, Aussteller der Reiseschutzversicherung oder des Carnet de Touriste, musst jetzt mit der Höchstsumme, wenn es so viel ist, oder mit etwas weniger eintreten. Das war doch die Idee, wenn ich das richtig verstanden habe.

Wenn ich diesen Erlass richtig lese, dann halten sie daran ja fest. Oder habe ich das missverstanden? Wenn ich diesen Erlass richtig lese, dann steht hier:

Die Reiseschutzversicherung berechtigt den Inhaber, diese im Rahmen seines Antrags auf Erteilung eines Visums für einen Kurzaufenthalt bis zu drei Monaten ohne Aufnahme einer Erwerbstätigkeit als Finanzierungsnachweis gem. §§ 82, 84 AuslG vorzulegen.

War das denn bei der Einführung des Carnet de Touriste seit 1995 für die Länder, für die es damals eingeführt wurde - Rumänien, Bulgarien und die drei baltischen Staaten -, nicht so?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das war nicht so.

Zeuge Fischer: Das war doch gerade der Zweck.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Nein.

Zeuge Fischer: Sondern? Dann macht das Ganze keinen Sinn.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Doch. War das Carnet vielleicht dafür da, dass man zum Beispiel Abschiebekosten finanziert?

Zeuge Fischer: Das war doch von Anfang an das Problem mit dem Carnet.

Liebe Leute, es ist jetzt spät. Ich will nicht klagen, aber die Diskussion, die wir führen, wird nicht gerade luzider. Ich kann das bis morgen früh machen. Sie müssen doch sehen, das Carnet sollte gerade Bona-fide-Kunden über die Partnerorganisationen verkauft werden. Das war nicht der Fall. Es sind Bona-fide-Kunden darunter gewesen; aber die Probleme lagen woanders. So ging es doch weiter. Diese Carnet-Privilegierung war auch späterhin im Wesentlichen mit Problemen behaftet. Deswegen, Herr Vorsitzender, muss ich ganz ehrlich sagen, ich verstehe es nicht ganz. Das Carnet ist - ich will es zu dieser späten Stunde jetzt einmal direkt sa-

gen - Ihr Problem bei der Frage. Sie können sagen: „Den Reiseschutzpass habt ihr eingeführt“. Aber das Carnet geht nun wirklich auf Sie zurück.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Dann frage ich Sie anders. Das Carnet wurde eingeführt, um Kostenrisiken abzusichern, zum Beispiel wenn der Ausländer abgeschoben werden muss, wenn er krank wird oder Ähnliches mehr; es war niemals ein Ersatz für die Finanzierbarkeit der gesamten Reise.

Zeuge Fischer: Aber jetzt enttäuschen Sie mich, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Finanzierungsnachweis heißt, ob jemand die Reise überhaupt bezahlen kann. Ich frage Sie: Ist das mit dem Carnet abgedeckt gewesen?

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, jetzt enttäuschen Sie mich wirklich.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: War das so?

Zeuge Fischer: Schauen Sie sich doch noch einmal den Erlass vom 02.09.99 an; wir haben doch ausführlich darüber geredet. Ich will es Ihnen noch einmal sagen. Es war doch das Problem, dass sich im Erlass 99 sozusagen die Öffnung befunden hat, Bonitätsprüfung soll geändert werden. Das ist doch in diesem Erlass drin. Das heißt, wenn die Autoren damals - ich versuche ja, sie zu verstehen, zumindest unter dem Gesichtspunkt der Schlüssigkeit, Herr Abgeordneter Königshaus - - Ich sehe keine wesentliche Veränderung zu der vorhergehenden Erlasslage und die Autoren, ehrlich gesagt, auch nicht. Sie beziehen sich auf den Erlass vom 02.05.2001, den Plurez vom 15.10.99 - ganz wichtig - und dann auf den Runderlass vom 03.03.2000.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Noch einmal, Herr Zeuge. Der Abgeordnete Montag, der Ihnen ja wirklich nichts Böses will

(Olaf Scholz (SPD): Herr Uhl, Sie doch auch nicht! Sie wollen doch nur aufklären!)

- wir schaffen das schon, nur Geduld -, hat vorherhin gesagt, dass das Carnet oder der Reiseschutzpass ein Ersatz oder, fein aus-

gedrückt, ein Surrogat, für den Finanzierungsnachweis in der Zeit ab diesem Erlass vom 29. Januar 2002 bis zum 28.03.2003 war. Ist das richtig, Herr Montag? - Das ist nicht richtig. Gut, dann müssten Sie das nachher richtig stellen. Ich sage aber, dass es so war. Wer das richtig stellen will, der möge sich bitte auf die Rednerliste setzen lassen.

Der Reiseschutzpass oder das Carnet waren also ein Ersatz, ein Surrogat, für den Finanzierungsnachweis. Stimmen Sie mir zu?

Zeuge Fischer: Es steht hier, dass sich dieser Erlass auf das Carnet de Touriste bezieht, und zwar im Betreff:

hier: Reiseschutzversicherungen („Carnet de Touriste“, „Reiseschutz-Pass“) als Finanzierungsnachweis

Das steht so im Betreff. Das heißt, für beide Instrumente.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Richtig. Wie lange? Das war ab dem 29. Januar. Ist das zutreffend?

Zeuge Fischer: Dass es nur noch Finanzierungsnachweis ist, dass es keine andere Funktion mehr hat. Insofern komme ich wieder auf diese ursprüngliche Carnet-Sache zurück. Ich weiß nicht, wohin Sie wollen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Dann sind wir ja schon ein Stück weiter. Sie stimmen mir zu, es war Finanzierungsnachweis. Das steht ja so im Betreff.

Zeuge Fischer: Das war es immer.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das war es eben nicht immer, Herr Zeuge. Aber wir werden das ja noch herausarbeiten. Früher, in den Jahren 95 folgende, musste jemand, der ein Carnet hat, auch noch nachweisen, dass er die Reise finanzieren kann.

Zeuge Fischer: Aber, Herr Vorsitzender, dann lesen Sie doch einmal die Berichte, die Remonstrationen von Anfang an.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich frage Sie: Stimmen Sie mir zu, dass das so war?

Zeuge Fischer: Ich stimme Ihnen nicht zu. Es fällt mir schwer, Ihnen zuzustimmen, da ich ja als Zeuge im Gegensatz zu Ihnen zur umfassenden Wahrheit verpflichtet bin. Sie sind hier der Vorsitzende.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Also stimmen Sie mir zu?

Zeuge Fischer: Ich habe gerade das Gegenteil gesagt. Auch wenn Sie mich noch drei Stunden nageln, werde ich nicht so müde sein, dass ich Ihnen zustimme. An diesem Punkt kann ich Ihnen nur sagen: Sie entnehmen den Akten von Anfang an diese Probleme. Ich verstehe Sie an dem Punkt nicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut. - Dann wollen wir noch eines festhalten: Herr Binninger hat die Itres GmbH angesprochen, eine Gesellschaft, die von Kriminellen, so kann man sagen, geleitet wurde. Diese Gesellschaft, die Itres GmbH, hat am 25. April 2002 von Ihrem Haus das Recht zugesprochen bekommen, dass sie ihre Reiseschutzpässe vertreiben kann. Stimmen Sie dem zu?

Zeuge Fischer: Wenn Sie das so sagen. Ich habe jetzt hier sozusagen die Erkenntnisse über die Datenlage nicht da. Aber ich gehe davon aus, dass der Herr Vorsitzende mir hier wahrhaftig die Fakten zitiert. Dann will ich Ihnen nicht widersprechen; aber immer mit dem Vorbehalt, dass ich sie kenne, Herr Uhl.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Schön.

Zeuge Fischer: Das heißt, es kann so sein, wenn Sie das sagen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Dann stimmen Sie mir zu, dass die gleiche Itres GmbH, nachdem bekannt wurde, dass es sich bei den Inhabern um Kriminelle handelt, mit Erlass vom 20.09.2002, also knapp fünf Monate später, ihre Reiseschutzpässe nicht mehr verkaufen kann - bzw. verkaufen schon, aber sie wurden nicht mehr anerkannt; das hat der Kollege Montag schon herausgearbeitet. Das heißt, sie waren vom 25. April bis zum 20. September 2002 im Einsatz.

(Zuruf des Abg. Jerzy Montag
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Genau; das haben Sie wunderbar herausgearbeitet. - Stimmen Sie mir zu, dass in ebendieser Zeit diese Reiseschutzpässe der Firma Itres als Finanzierungsnachweis gegolten haben? Das heißt, wer einen Reiseschutzpass dieser Firma Itres vorlegt, bekommt sein Visum. Er muss über die Finanzierbarkeit keinerlei Nachweise bringen, er muss nur noch die anderen Voraussetzungen, Rückkehrbereitschaft - schwer prüfbar - und Reisezweck - schwer prüfbar - -

Zeuge Fischer: Na, na, Herr Vorsitzender, jetzt enttäuschen Sie mich aber! Ich bitte Sie!

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Stimmen Sie mir zu, dass es so war?

Zeuge Fischer: Also, wenn wir jetzt plötzlich das Hauptproblem bei der Finanzierbarkeit festmachen und nicht mehr bei der Prüfung von Reisezweck und Rückkehrbereitschaft, dann wären Sie ja jetzt weit links von mir, und das will ich Ihnen nicht zumuten. Ich bitte Sie! Was Sie da gerade gesagt haben: Sie sagten, es sind zwei irrelevante Dinge. Ich habe jetzt in der Beschäftigung mit diesem Thema - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich habe nicht - -

Zeuge Fischer: Sie haben zumindest den Eindruck insinuiert; das werden Sie nicht abstreiten können. Das kann man zwar dem Protokoll nicht entnehmen, aber der Fernsehaufzeichnung. Insofern kann ich da nur sagen - - Sie haben es sogar vorher gesagt und dann haben Sie es eingeschränkt: Man muss nur dieses vorweisen und dann hat man sein Visum. Gott sei Dank fiel Ihnen noch ein, dass man dann das Visum noch nicht hat, sondern dass man dann die beiden wichtigen Prüfungsgesichtspunkte, die mit dem Erlass vom 29.01. ja gerade wieder eingeführt wurden, nämlich die Prüfung des Reisezwecks und die Prüfung der Rückkehrbereitschaft, vor allen Dingen auch noch lösen muss.

Insofern, bei allem Respekt, das halte ich aber schon für zwei relevante Punkte. Es steht mir nicht an, Ihnen als Volljuristen hier Belehrungen zukommen zu lassen; aber Sie

haben mich in diesen Punkten heute Morgen examiniert. Ich hätte nicht gedacht, dass ich das so schnell zurückgeben darf.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wir haben aber heute Morgen schon festgestellt, dass beide Punkte sehr schwer nachzuweisen sind. Stimmen Sie mir da zu?

Zeuge Fischer: Nein. Es ist alles schwer in diesem Leben, das ist uns so aufgegeben. Ich bitte Sie!

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das stimmt. Auch die Wahrheitsfindung in diesem Ausschuss ist schwer.

Zeuge Fischer: Aber ich kann an dem Punkt, Herr Vorsitzender, nur nochmals unterstreichen - ich meine das jetzt im gebotenen Ernst vor dem Hintergrund der Erfahrungen jenseits aller Ironie -: Diese Prüfungen sind gegenwärtig sehr, sehr wichtig. Was ich weiß aus dem Problemhorizont, was an Umgehungsversuchen gemacht wird, das geht in einem hohen Maße natürlich auch über Schlüssigkeitsprüfungen, über Dokumentenprüfungen, Schlüssigkeitsprüfungen in Verbindung mit Dokumentenprüfungen -- Da bitte ich Sie, im Lichte der Realität -- Wir wollen ja die Konsequenzen nicht vergessen. Ich finde, Sie sollten als Vorsitzender dieses Ausschusses hier nicht sagen: Das ist schwer zu prüfen. Das ist eine der Hauptarbeiten, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen und dieses auch mit einigem Erfolg machen. Insofern muss ich das zurückweisen, sorry.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut. - Können Sie sich vorstellen, dass in den fünf Monaten diese Firma Itres, diese Kriminellen sehr gute Geschäfte mit dem Segen des Auswärtigen Amtes gemacht haben?

Zeuge Fischer: Das war doch nicht der Segen des Auswärtigen Amtes für Kriminelle, sondern --

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Die Zulassung.

Zeuge Fischer: Ich bitte Sie! Das ist doch jetzt wieder diese perfide -- Dass sie Geschäfte gemacht haben, weil sie zugelassen waren, die Sie als kriminelle bezeichnen --

Ich kann Ihnen da nur aus meiner Sicht sagen: In dem Moment, wo klar war, dass es sich hierbei sozusagen um ein Unternehmen handelt, das so nicht akzeptabel ist, wurde ja dann auch entschieden, dass das eingestellt wurde, und es wurde dann auch eingestellt.

Ich bitte Sie! Das ist doch nicht das Niveau, auf dem wir hier verhandeln sollten: „mit dem Segen“. Im Übrigen segnet das Auswärtige Amt nicht. Als Katholik kann ich Ihnen nur sagen: Das wäre eine blasphemische Tat. Segnen, das tut bei uns nur die allein selig machende Mutter Kirche, und zwar die, die dazu berufen sind; sie müssen dazu berufen sein. Wir segnen nicht und schon gar nicht Geschäfte.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wir kommen zum Prüfungsthema zurück. Frau Granold hat das Wort.

Ute Granold (CDU/CSU): Herr Minister, ich möchte noch mal auf das zurückkommen, was Ursache der erleichterten Visapolitik gewesen war. Da Sie uns vorhin aufgefordert haben, vielleicht auch mal nach Kiew zu gehen, um sich vor Ort ein Bild von der Situation zu machen, möchte ich doch eingangs einige Sätze sagen, bevor ich Ihnen einige Fragen stelle.

Ich selbst arbeite seit vielen Jahren im Bereich des Menschen-/Frauenhandels und der Zwangsprostitution. Ich war zusammen mit dem Kollegen Kauder an der tschechischen Grenze und auch in Tschechien gewesen, wo man das kleine Las Vegas findet, das größte Bordell Europas mit 40 Bordellen und ungefähr 800 Prostituierten, eine Sammelstelle der Prostituierten aus Südosteuropa, das heißt der Frauen und Mädchen aus Südosteuropa, die dort eingearbeitet werden, die vor Ort für 50 Euro aufgekauft, eingearbeitet und dann verkauft werden; sie bringen zwischen 500 und 800 Euro. Wenn sie an Ort und Stelle mit ihren Freiern zusammen sind, bringen sie in der Woche 22 000 Euro. Wir haben mit Prostituierten gesprochen, mit Verbänden, mit Opferhilfsorganisationen. Wenn die Frauen gut sind, werden sie verkauft, quer durch Europa, auch nach Deutschland. Wenn sie schlecht sind, wenn die Ware Fleisch schlecht geworden ist, werden sie in die Heimat zurücktransportiert.

Wir haben uns das angeschaut und haben auch eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt - die letzte war vergangene

Woche - zur Lage der Zwangsprostitution in Deutschland. Wir haben auch einige Vorschläge unterbreitet, wie wir das bekämpfen können. - Das so weit zur Einführung.

Ich denke, der Kollege Kauder und ich, gerade wir können zum Thema Zwangsprostitution ziemlich gesichert aus eigener Erfahrung sehr viel sagen, und zwar lange bevor der Visa-Untersuchungsausschuss überhaupt ein Thema gewesen war. Uns geht es wirklich um die Situation der Frauen.

Wenn man sich die Lagebilder des BKA im Zeitraum 1999 bis 2003 anschaut, dann fällt auf, dass sich in diesem Zeitraum die Zahl der legalen Einreisen umgekehrt hat. Während es früher die illegalen waren, die die Überhand hatten, sind es in diesem Zeitraum die legalen geworden. Das heißt, die legale Einwanderung der Frauen und der Zwangsprostituierten nach Deutschland ist in dem Zeitraum, als die Reiseerleichterungen stattgefunden haben, diejenige gewesen, die das Bild bestimmt hat.

Wenn man auch weiß, dass die Freizügigkeit, die Reisefreizügigkeit, die Bewegungsfreiheit ein Teil, ein Mosaikstein der organisierten Kriminalität ist, dann meine Fragen zunächst zu diesem Punkt. Es gibt ja viele Zahlen über Zwangsprostituierte, Prostituierte in Deutschland, über gehandelte Frauen, auch europaweit. Wenn Sie jetzt hören, dass sich genau mit dem Visaerlass, mit den Erleichterungen die Zahl der Frauen, die zwangsgehandelt werden, legalisiert hat, können Sie dann nicht doch sagen, dass es hier einen Zusammenhang gibt zwischen Visaerleichterungen, Bewegungsfreiheit, die erleichtert wird, und der Zahl der legal eingereisten und dann in Zwangsprostitution geführten Frauen?

Zeuge Fischer: Hören Sie, Frau Abgeordnete, ich habe Ihnen mit großem Interesse zugehört und habe den Eindruck, dass Sie diese Probleme wirklich sehr ernsthaft und sehr engagiert angehen. Deswegen möchte ich an Sie appellieren, das nicht sozusagen so zu diskutieren, wie das vorhin diskutiert wurde. Denn das Thema ist sehr ernst. Wir werden uns überlegen müssen, wenn wir - - Da spielen ja viele Gründe hinein: das soziale Gefälle, die Not, auch die Versprechungen, die Träume, die mobilisierbar sind, um junge Frauen dann in die Hände dieser Menschenhändler - sagen wir ruhig: dieser Verbrecher - zu bringen. Wenn wir auf der einen Seite Reisefreiheit und den Schen-

gen-Raum haben - Sie haben gerade über eine Region gesprochen, die ich nicht kenne, in einem anderen Land, außerhalb der Bundesrepublik Deutschland -, dann werden wir doch darüber - ich bin der Erste, der dazu bereit ist - ernsthaft reden müssen. Dabei wird das Visaregime nur ein Element sein.

Sie weisen ja zu Recht darauf hin: Solange die Nachfrage - ein schlimmes Wort in diesem Zusammenhang - so ist, wie sie ist, und auch die Gewinnmöglichkeiten, die Sie gerade geschildert haben, durch kriminelles Handeln, durch schwer kriminelles Handeln, ohne Rücksicht - das ist zutiefst inhuman, wie Frauen zu leiden haben und wie sie als Ware missbraucht werden -, müssen wir uns doch, anstatt hier sozusagen auf der Ebene „Du bist der Zuhälter“, weil da was falsch gelaufen ist, auf der Ebene: Was kann man gemeinsam tun, um es möglichst effizienter zu machen, mit den Partnern, aber auch im Inland - -

Schauen Sie, ich habe das vorhin gesagt; nicht, um irgendwie abzulenken. Aber wenn sie hier sind, sind sie doch ein Innen-, sozusagen ein polizeiliches Problem, wo wir dringend Lösungen anbieten müssen. Ich bin da kein Experte, aber ich weiß von den Mitgliedern meiner Fraktion in der Vergangenheit, die sich ebenso intensiv damit beschäftigt haben, dass etwa die Frage des Zeugenschutzes für Prozesse, um diesen Menschenhändlern das Handwerk zu legen, ganz wichtig ist, dass die Frage des Bleiberechts - denn oft ist es ja so, wenn dann diese Frauen abgeschoben werden, dass sie dann - - oder die Familien zu Hause werden brutal unter Druck gesetzt.

Wenn ich mich richtig entsinne, hat sich meine Partei, meine Fraktion immer sehr stark dafür eingesetzt. Ich bin gerne bereit - ich meine das jetzt nicht sozusagen in dem unernsten Sinne: das sagt man mal so -, über jeden Vorschlag, über jeden konstruktiven Vorschlag, wie wir exakt dieses Element verbessern können - gerade wo ich jetzt mit Ihnen spreche, kommt mir schon einer, den ich hier aber nicht weiter erörtern will -, eine ernsthafte Diskussion zu führen. Ernsthafte Diskussion heißt bei mir nicht, ich lade Sie mal ein, sondern ernsthaft Vorschläge diskutieren, die man, wenn sie machbar sind, auch umsetzt.

Wenn das der Ansatz ist, dann, glaube ich, wird wirklich Hilfe geleistet. Wir haben ein Problem. Solange die Armut, solange das soziale Gefälle so ist, wie es ist - - Das wis-

sen Sie doch auch aus den Akten. Es sind die Länder, die sich dann verändern. Wenn es morgen das eine Land ist, dann geht das weiter und es sind andere Länder. Solange der Markt hier ist für die Ware Fleisch, so lange werden wir dieses furchtbare Problem nicht loswerden.

Worum es gehen muss, sind effiziente Instrumente, und zwar nicht nur bei dem Visa-Regime, nicht nur an der Grenze, nicht nur bei der Bekämpfung des illegalen Grenzübertritts, sondern vor allen Dingen auch im Aufbrechen dieser Menschenhändlernetzwerke und hier im Inland mit einer besseren Kooperation zu schaffen, gesetzliche Änderungen zu schaffen, dass wirklich Hilfe möglich ist. Dazu bin ich gerne bereit.

Ich bin der Letzte, der sagt: Ich mache keinen Fehler. Sie dürfen auch nicht glauben -- Nur, was mich einfach empört: zu unterstellen -- Es sind viele Frauen, auch gerade bei uns in der Visaabteilung, die eine hervorragende Arbeit machen. Da kann ich Ihnen nur sagen -- Alle bei uns wissen das. Aber Sie müssen auch sehen - ich will mich hier noch mal für die Mitarbeiter einsetzen -: Sie werden halt teilweise auch mit sehr viel konfrontiert. Es ist ein Posten, den viele nicht machen wollten und würden. Nur, ich bin gerne bereit, hier auf jeden, wirklich jeden Vorschlag einzugehen.

Ute Granold (CDU/CSU): Ja, Herr Minister, das ist gut. Ich denke, die Grünen können es auch bald zeigen. Sie haben ja ein Gesetz eingebracht oder gefordert, dass die Freier in der Zwangsprostitution bestraft werden. Das wäre eine Gelegenheit, ein Mosaiksteinchen von vielen: Zeugenschutz, Aufenthaltsrecht etc. Es würde den Rahmen sprengen, das hier zu diskutieren, was sicherlich sehr wichtig wäre und auch zeitnah erfolgen sollte und vielleicht auch schon hätte erfolgen können.

Aber hier geht es um ein ganz anderes Thema. Festgestellt ist durch den Lagebericht des BKA, dass seit den Visaerleichterungen die Frauen überwiegend legal einreisen. Es gibt viele Zahlen, wie viele Prostituierte sich in Europa aufhalten, in Deutschland aufhalten, wie viele davon zwangsprostituiert sind. Wenn ich hier einige Quellen nenne, unter anderem auch die Grünen oder das internationale Institut für Migration, dann kann man davon ausgehen, einigermaßen gesichert, dass wir in Deutschland 250 000 Prostituierte haben und davon

150 000 in der Zwangsprostitution. Wenn ich auf der einen Seite die Zahl aus dem Jahr 2003 des BKA sehe, wo es heißt, etwa 1 000 Zwangsprostituierte - also Opferzahlen - gibt es in Deutschland, auf der anderen Seite aber 150 000 Zwangsprostituierte sehe, wie erklären Sie sich diese Diskrepanz? Weil es ja immer heißt, es gab keinerlei Veränderungen in den Zahlen seit den Visaerleichterungen.

Da möchte ich gerade in diesem Zusammenhang auch noch die alte schleswig-holsteinische Landesregierung zitieren - das ist ein Lagebericht, Drucksache 15/2562 -:

Während vor zehn Jahren vor allem Polinnen und Tschechinnen nach Deutschland kamen, sind es jetzt Frauen aus Russland, Weißrussland und der Ukraine.

Meine Frage. Ich gebe Ihnen Recht, dass jede Zwangsprostituierte eine zu viel ist. Aber meine Frage geht dahin: Wie erklären Sie sich die Diskrepanz zwischen 1 000 Opfern nach BKA-Lagebericht und 150 000? Das ist die Zahl, die einigermaßen gesichert ist, wenn man den Verbänden, auch Ihren eigenen Verbänden, Glauben schenkt. Wie ist das zu erklären?

Zeuge Fischer: Frau Abgeordnete, wenn die Zahl 150 000 richtig ist und wenn Sie das dann mal zusammenrechnen mit dem Betrag, den Sie vorhin genannt haben, und wenn das dann sozusagen der Gewinn dieser Menschenhändler aus Zwangsprostitution ist, dann, glaube ich, haben wir hier aber ein massives innenpolitisches Problem, -

Ute Granold (CDU/CSU): 10 Milliarden Euro; das ist bekannt, ja.

Zeuge Fischer: - ein massives innenpolitisches Problem. Ich meine, seien Sie mir nicht böse, aber das scheint mir dann wirklich ein massives innenpolitisches Problem zu sein. Bei allem Respekt: Dann wird man das auch so diskutieren müssen.

Insofern: Ich kann Ihnen da sicher nicht mehr erklären, als Sie sich selbst erklären können, was die Zahlendifferenz anbetrifft. Ich bin kein Experte für Lagebilder. Ich muss die Zahlen so hinnehmen, wie Sie sie gesagt haben. Ich kenne, wie gesagt, auch den Brief, auch andere Briefe; Herr Montag hat ihn aus den Akten vorgelesen und ich kenne auch andere. Insofern, Frau Abgeordnete - -

Aber dann sollte der Fokus hier wirklich in der Innenpolitik liegen.

Ute Granold (CDU/CSU): Ich bin überrascht, dass Sie das jetzt nicht wissen. Es ist bekannt, dass der Menschenhandel weltweit das profitabelste Geschäft mit 60 Milliarden Euro ist, in Deutschland auch um die 10 Milliarden Euro. Das ist bekannt.

Zeuge Fischer: Ja, ja!

Ute Granold (CDU/CSU): Aber das ist jetzt momentan nicht so sehr das Thema, sondern mir geht es einfach darum, wie man diesen Missstand in den Griff bekommen kann. Wenn also jetzt klar ist, dass die legalen gehandelten Frauen in der Überzahl sind, wenn klar ist, dass wir in Deutschland etwa 150 000 Zwangsprostituierte haben, dann möchte ich auf das zurückkommen, was vor Ort, in Kiew zum Beispiel oder in Moskau, diskutiert wird. Dort heißt es von einer Mitarbeiterin bei der OSZE - da gab es diese Schulungen, die schon mehrfach angesprochen wurden -: Wir müssen vor Ort schauen und sensibilisieren. Das Hauptproblem bei der Bekämpfung des Menschenhandels bzw. des Frauenhandels ist, dass die Frauen ein gültiges Visum haben, nicht geschmuggelt werden, nicht entführt werden und viele auch verschollen sind.

Dieses Problem ist also da. Deswegen müssen wir die Mitarbeiter vor Ort, die Entscheider sensibilisieren. Da werden eine Reihe von Vorschlägen gemacht, ob das nun von den Botschaftern selbst kommt, ob das Treffen auf Polizeiebene sind oder Ausländerreferatsbesprechungen. Es gibt da eine Vielzahl von Unterlagen auch aus den Akten. Dann wird eine Erhöhung des Prüfungsmaßstabes gefordert. Dann wird gefordert, dass jeder, der ein Visum beantragt, auch persönlich im Konsulat vorstellig wird. Und es wird auch gefordert, dass eine Datei angelegt wird.

Die Union hat nun in der vergangenen Woche den Antrag eingebracht, eine Warndatei einzuführen. Sie verweisen darauf, dass das auf EU-Ebene eingerichtet werden soll, was sicherlich richtig ist. Nun ist es aber so, dass der Missstand seit Anfang des Jahres 2000 bekannt ist und Deutschland der Verursacher war. Wäre es da nicht angezeigt gewesen, wenn man weiß, es geht hier um gehandelte Frauen, die wie ein Stück Vieh behandelt werden, die teilweise lebenslanges

Leid ertragen, dass man ob dieser Kenntnis sagt: Wir führen zunächst für uns alleine eine Datei ein, um festzustellen, wer lädt ein, wer geht nach Deutschland, wer kommt zurück, wer kommt nicht mehr zurück, dass man da ansetzt? Der Vorschlag wurde jetzt unterbreitet. Ich denke, datenschutzrechtliche Gründe vorzutragen ist ein Stück weit vorgeschoben. Ich lasse das gelten, wenn es darum geht, zu prüfen, ob beim Vorsorgeregister, bei den Betreuungsverfügungen der Datenschutzbeauftragte gehört wird. Ich möchte den Datenschutz nicht runterspielen. Aber ich denke, wenn es um Menschenleben, um Zwangsprostituierte geht - Sie haben selbst vorhin gesagt, dass es das größte Leid ist, das es gibt -, dann hätte doch hier ein Engagement erfolgen sollen, was nachweislich nicht geschehen ist.

Ich denke, diese Warndatei ist ganz wichtig. Sie haben diese Frühwarndatei bei sich im Auswärtigen Amt eingeführt. Das ist gut, wenn auch zu spät; aber es ist gut. Es hätte aber auch längst vor Ort in den Botschaften, in den Konsulaten eingerichtet werden müssen.

Ich möchte eine Frage konkret stellen. Sie haben gesagt, im Jahr 2003 wurden die Missstände eingestellt. Der Kollege Kauder hat vorhin von einem Verfahren beim Landgericht Frankenthal gesprochen. Ich möchte dieses Verfahren aufgreifen, das noch nicht abgeschlossen ist.

Da ist ein Entscheider aus dem Konsulat in Kiew, dessen Telefonat mit einem Angeklagten vom BKA abgehört wird, der Tipps gegeben hat, wie man die Tänzerdiplome, deren Echtheit angezweifelt wird, fälschungssicher machen kann. Das heißt also, vor Ort in den Konsulaten und Botschaften werden - sicherlich nicht viele, aber immerhin - doch Fälle bekannt, wo Mitarbeiter noch dazu beitragen, dass man erleichtert einreisen kann.

Das Ausländeramt in Kaiserlautern hat gefordert, dass die Diplome erst verifiziert werden, bevor es einen Sichtvermerk gibt. Es wurde mitgeteilt, sie können nicht verifiziert werden. Es ist bekannt, dass es keine Tanzdiplome gibt und auch keine Diplome für Stripteasetänzerinnen als Künstlerinnen. Dies ist bekannt. Dennoch solle im Zweifel ja dann nach Ihren eigenen Regeln, wie entschieden wird, diese Visa nicht erteilt werden. Aber es wurde erteilt.

Es gibt einen zweiten Fall, und zwar aus dem Jemen. Auch da wurde von Mitarbeitern

der Botschaft vorgeschlagen, fingierte Hotelbuchungen vorzulegen - die dann nach Erteilung der Visa storniert werden -, um ein Visum zu erhalten. Dies sind gesicherte Fälle, die es auch in den Akten gibt.

Meine Frage: Sind Ihnen diese Fälle bekannt? Wenn ja: Wurden Maßnahmen gegen solche Mitarbeiter ergriffen?

Zeuge Fischer: Punkt eins. Ich meine, was Sie da zitieren, ist zu bedauern. Bezogen auf das abgehörte Gespräch - Gott sei Dank wurde es abgehört -: Ein solches Verhalten ist nicht hinnehmbar und nicht entschuldigbar. Aber daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die übergroße Mehrzahl unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich hier an illegalen Praktiken oder Ähnlichem beteiligen würden - -

Ute Granold (CDU/CSU): Das habe ich nicht gesagt.

Zeuge Fischer: Nein, das unterstelle ich Ihnen nicht. Aber ich muss das hier, weil wir in öffentlicher Sitzung sind, doch zweifelsfrei klarstellen. Im Gegenteil: Wir hören in letzter Zeit immer wieder, dass es eher Probleme gibt gerade bei Einreise von jüngeren Frauen, aber auch von jüngeren Männern, weil die Prüfungen eben so sind, wie sie heute sind.

Der zweite Fall im Jemen. Ich habe sofort - - Sie sehen ja, es erreicht einen dann via Öffentlichkeit. Das war der Fall, wo die Druckerschwärze noch nicht trocken war. Journalisten, die da hinten sitzen, wissen, von welcher Partei das weitergereicht wurde. Es spricht sich ja alles rum. Es bleibt ja nicht wirklich geheim, nicht im gerichtsverwertbaren Sinne. Aber man kriegt gesagt, es kam von der CDU-Fraktion.

Da hat der Staatssekretär sofort um Stellungnahme gebeten. Und der Botschafter hat auch klar versichert, dass dies nicht die Praxis ist, wobei es sich hier nicht um einen zweifelhaften Fall gehandelt hat, sondern um einen schon mehrfach gereisten, seriösen, was seine finanziellen Voraussetzungen wie auch seine Seriosität betrifft, hoch angesehenen jemenitischen Geschäftsmann, der - ich nehme an - auch unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung - wovon unser Land ein gütiges Schicksal bewahren möge - hier willkommen wäre. Aber darauf hat der Staatssekretär sofort reagiert und der Botschafter hat entsprechend geantwortet, dass

es sich dabei nicht um gängige Praxis handelt. Ich finde, das ist die richtige Herangehensweise.

Ute Granold (CDU/CSU): Ein ganz anderes Thema. Ich gehe davon aus, dass Sie - wenn Sie schon nicht im Auswärtigen Amt über die katastrophalen Zustände vor Ort informiert wurden - sich doch über die Medien informiert haben über Einzelschicksale von Zwangsprostituierten, die teilweise auch zu Tode kamen. Wenn Sie weiter sagen, dass ein zentraler Punkt der grünen Politik die Bekämpfung des Frauenhandels und der Zwangsprostitution ist, dann möchte ich auf die OSZE-Konferenz vom Oktober 2001 hier in Berlin zurückkommen. Dort haben Sie gesagt, dass Berlin die Drehscheibe für den Menschenhandel ist.

Meine Frage ist: Welche Mittel haben Sie 2001 als Außenminister und als Vizekanzler unternommen, um diesem Missbrauch hier in Deutschland Einhalt zu gebieten?

Zeuge Fischer: Schauen Sie: Hier in Deutschland ist es Innenpolitik. Darauf habe ich vorhin schon hingewiesen. Die OSZE-Initiative haben wir unterstützt. Ich kriege es um diese Uhrzeit nicht mehr zusammen; aber ich meine, dass wir einigen internationalen Initiativen - aber ich weiß es nicht mehr genau - gefolgt sind. Für uns war und ist dies ein wichtiges Thema.

Nochmals: Aus damaliger Sicht war die Perzeption auf die Probleme, über die wir hier im Ausschuss verhandeln, eine andere. Aber das habe ich am heutigen Tag schon mehrfach dargestellt.

Frau Abgeordnete, ich möchte mich bei Ihnen bedanken, weil ich glaube, dass zumindest der Teil des Untersuchungsausschusses Konsequenzen haben wird.

Ute Granold (CDU/CSU): Ich habe noch eine weitere Frage. Sie haben eben ein UN-Übereinkommen angesprochen und haben gesagt, dass es für Sie wichtig ist, es auch umzusetzen und zu unterstützen. Es gibt einige, die den Bereich des Menschenhandels betreffen: den Rahmenbeschluss der EU zum Beispiel zur Bekämpfung des Menschenhandels aus dem Jahr 2002, leider erst verspätet nach Ablauf der Umsetzungsfrist eingebracht und verabschiedet. Es gibt weiter die UN-Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität sowie Zusatzprotokolle gegen Menschenhandel

etc. und Schleusungen von Migranten aus dem Jahr 2000.

Bezeichnend ist, dass sehr viele Staaten - Skandinavien, Russland, Ruanda, Ukraine - ratifiziert haben. In Deutschland ist erst im März der Gesetzentwurf eingebracht. Es gibt noch eine ganze Reihe anderer Beispiele. Sie können jetzt sagen, das ist Justizressort. Aber ich denke, das ist die Bundesregierung. Es gibt Kabinettsitzungen, wo man, wenn einem das Thema wichtig ist, diese Punkte - da geht es um praktische Politik, den Frauen zu helfen - umsetzen kann. Warum dauert das bei uns so lange?

Zeuge Fischer: Frau Abgeordnete, ich kann Ihnen jetzt hier keine präzise Antwort geben. Aber die will ich Ihnen gerne zukommen lassen, weil ich auf dieses spezifische Thema, was jetzt im Kabinett hängt und woran es hängt - - Ich kann Ihnen da nur sagen: Es gibt auch eine andere Konvention. Ich glaube, es ist die Konvention gegen Kindersoldaten, die auch sehr lange gegangen hat, weil es da einen Grundsatzdissens gab. Ich glaube, es war sogar im Zusammenhang mit dem Bundesverteidigungsminister, ob das Alter 17 ausgeschlossen werden soll oder nicht. Bis hier ein Einigungsprozess erreicht war, hat es bedauerlicherweise sehr lange gedauert. Aber das lag nicht an meinem Ressort, nicht an dem Auswärtigen Amt.

In diesen Fragen will ich mich gerne kundig machen, was diese Konvention betrifft und woran es hängt. Es ist oft ein einzelnes Element, woran es hängt. Aber um eine kompetente Antwort zu geben - das werden Sie verstehen -: Ich kann nicht alle Themen, schon gar nicht so spezifische Themen, die nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrags sind, aus dem Stand beantworten, sondern meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hier im Raum sind - wenn auch in anderer Funktion; aber die hören ja mit -, werden Ihnen diese Antwort unverzüglich schriftlich zukommen lassen.

Ute Granold (CDU/CSU): Ich habe noch eine letzte Frage. Sie haben sehr heftig reagiert, als Kollegin Noll die Erleichterungen im Zusammenhang mit der Visapolitik und die Tatsache, dass die Frauen verstärkt legal nach Deutschland kommen, dann verschwinden und nicht mehr gefunden werden können, ansprach. Vor dem Hintergrund, dass wir - auch das ist eine gesicherte Zahl - 1 Million Männer haben, die täglich mit einer

Art Prostituierten zu tun haben, wenn wir weiter wissen - was auch gesichert ist -, dass in der Regel die Zwangsprostituierten vorgezogen werden, weil sie williger sind, und da sehr viel Leid erfahren, muss man auch einmal das Prostitutionsgesetz hinterfragen dürfen. Das ist seit 2002 in Kraft und es wird zurzeit sehr intensiv über die Wirkungen dieses Gesetzes diskutiert.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Frau Kollegin, darf ich einmal auf den Untersuchungsauftrag hinweisen, -

Ute Granold (CDU/CSU): Es geht um den Zusammenhang zwischen Erleichterungen und der Visapolitik.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: - der nicht zum Inhalt hat, Debatten über das Prostitutionsgesetz zu führen. Es geht nur um die Frage, ob die Visaerteilungspraxis und die Erlasse das in der Vergangenheit gefördert haben. Angesichts der Uhrzeit würde ich darum bitten, dass wir uns auf diesen Untersuchungsauftrag beschränken.

Zeuge Fischer: Ich habe nichts dagegen, das zu beantworten.

Ute Granold (CDU/CSU): Es geht darum, dass durch die Visapolitik die Bewegungsfreiheit erleichtert wurde, was ein Mosaikstein der organisierten Kriminalität ist, dass weiterhin die Möglichkeit nicht mehr besteht, durch Razzien Zwangsprostituierte aufzufinden. Auch das ist gesichert. Weil durch die Liberalisierung im Prostitutionsgesetz jetzt mittlerweile nur noch die ausbeuterische Zuhälterei strafbar ist, besteht keine Möglichkeit mehr, gerade in diesem Bereich, wie es früher möglich war, die Frauen aufzufinden. Deshalb ist der Einwand zu Recht erfolgt, dass auch das Prostitutionsgesetz dazu beigetragen hat, insgesamt die Situation der Zwangsprostituierten in Deutschland zu verschlechtern.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Würden Sie bitte eine Frage stellen?

Ute Granold (CDU/CSU): Ich möchte von dem Außenminister wissen, ob er diese Aufassung teilt.

Zeuge Fischer: Frau Abgeordnete, diese Auffassung teile ich nicht. Aber Sie werden von mir bitte akzeptieren, dass ich dieses nicht in der Kompetenz des Außenministers sage. Ich kann Ihnen nur sagen: Für mich und für uns war es wichtig, dass es eine gewisse Absicherung von Prostituierten gibt. Sie kennen die tragischen Fälle dann im Alter. Es ist nicht nur in der Zwangsprostitution so. Sie kennen diese Fälle und werden sich damit beschäftigen.

Ute Granold (CDU/CSU): Nicht eine hat sich nach dem Gesetz versichert.

Zeuge Fischer: Ich kann Ihnen an dem Punkt als Außenminister darauf keine kompetente Antwort geben. Ich kann Ihnen meine Meinung als Fraktionsangehöriger von Bündnis 90/Die Grünen sagen, wo ich da eine andere Auffassung habe. Aber ich denke, Sie werden bei den Grünen genügend Partnerinnen und Partner finden für jede sinnvolle Initiative in diesem Bereich. Das kann ich Ihnen versichern. Davon gehe ich fest aus oder ich würde meine Partei nicht kennen.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Nachdem der Herr Vorsitzende mir den Vorsitz überlassen hat, will ich leichtfertigerweise einmal darauf hinweisen, dass der Zeuge nach Tatsachen gefragt werden soll und nicht nach Bewertungen oder Einschätzungen. Wenn er trotzdem auf solche Fragen Antwort gibt, ist das seine Sache. Aber im Grunde genommen ist er hier für Tatsachen zuständig.

Ich finde - jetzt nicht nach Ihrem Beitrag, sondern ganz allgemein -, dass es wenig hilfreich ist, hier Debattenbeiträge zu machen, die wir später, wenn wir den Bericht vorlegen, dann gemeinsam im Plenum machen, was unsere Bewertung unserer Ausschussarbeit angeht. Ich sage das nur im Hinblick auf die Uhr und auf die Tatsache, dass wir letzte Woche bis 2.30 Uhr getagt haben. Sie hatten ja gesagt, Sie haben Zeit, so viel wir wollen, bis morgen Früh.

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, wir kommen hier in den Bereich anderer Konventionen. Da wir Menschen sind, gibt es bestimmte Konventionen, denen wir uns so langsam annähern. Ich meine, wenn es sein muss, muss es sein.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Außenminister, Sie wissen, dass ich auch im Menschenrechtsausschuss war. - Herr Scholz.

Olaf Scholz (SPD): Ich wollte den Herrn Vorsitzenden fragen, ob wir an dieser Stelle eine kurze Pause machen sollen.

Zeuge Fischer: Das wäre gut.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Vielleicht darf ich einmal die Liste vorlesen. Das erleichtert uns vielleicht den Entschluss zu einer Pause: Herr Scholz, Herr von Klaeden, Herr Königshaus, Herr Grindel - ich selbst streiche mich von der Liste, weil ich glaube, dass alles gefragt wurde -, Herr Binninger, Herr Montag und Herr Kauder. Sollen wir eine Pause machen? Einverstanden?

(Zurufe)

Zeuge Fischer: Der Zeuge bittet im Auftrag des Ausschusses um eine Pause.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Gut. Dann machen wir fünf Minuten Berliner Pause.

(Unterbrechung von 20.42 bis
20.57 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wir können weitermachen.

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Fischer**

Jetzt hat das Wort der Kollege Scholz. - Bitte.

(Volker Neumann (Bramsche)
(SPD): Er ist im Augenblick nicht da! Dann müssen wir mit Herrn von Klaeden anfangen!)

- Dann müssen wir zu Herrn von Klaeden übergehen.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Herr Minister, ich habe noch zu zwei Komplexen Fragen.

Ich möchte noch einmal auf die Angelegenheit von heute Vormittag zurückkommen, auf die Frage, ob die Auseinandersetzung um den Erlass vom 03.03.2000 im Kabinett angesprochen worden ist. Ich wäre Ihnen

dankbar, wenn Sie diese Sache noch einmal nachprüfen könnten und dem Ausschuss dies gegebenenfalls als schriftliche Zeugenaussage mitteilen würden. Ist das in Ordnung?

Zeuge Fischer: Was im Kabinett - - Nach meiner Erinnerung habe ich nicht gesagt, dass das im Kabinett angesprochen wurde.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Nein, Sie konnten heute Morgen die Frage nicht beantworten, ob der Erlass vom 03.03.2000 im Kabinett angesprochen worden ist.

Zeuge Fischer: Meiner Erinnerung nach: Nein.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Mir kommt es eben darauf an, ob er angesprochen worden ist oder nicht, und nicht nur auf das, an das Sie sich erinnern können. Sie haben ja die Möglichkeit, was uns nicht möglich ist, dies im Kabinettsprotokoll nachzusehen und die Frage zu beantworten.

Zeuge Fischer: Mit dem Vorbehalt, dass ich mich hier nicht in einem Bereich bewege - - Ich sage es ganz offen: Ich über schaue das als jemand, der juristisch - - Ich meine, Sie als Jurist haben dazu einen anderen Zugang.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Deswegen habe ich - -

Zeuge Fischer: Deswegen sage ich, Herr von Klaeden: mit dem Vorbehalt - -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ja, das ist ja klar. Zu dem, was Sie nicht tun dürfen, können Sie sich hier auch nicht verpflichten.

Wir können die Diskussion auch abbrechen. Ich wäre Ihnen nur dankbar, dass zugestanden wird, dass Sie das mitteilen würden. Okay?

Zeuge Fischer: Meine Mitarbeiter nehmen das auf. Ich werde mit dem Chef BK darüber sprechen.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Zweiter Punkt. Ich wollte noch einmal auf die Frage der Zwangsprostitution zurückkommen, weil dieser Aspekt in dem Wostok-Bericht erwähnt wird. Der Wostok-Bericht hat ja gerade

die Ursache in dem Missbrauch der Reiseschutzpässe in den Staaten der GUS gehabt; denn die Überschrift lautet: „Sonderauswertung Wostok“ und dann heißt es weiter:

Bericht des Bundeskriminalamtes über Schleusungen aus dem Gebiet der GUS ... und die damit im Zusammenhang stehende, mißbräuchliche Verwendung von Reiseschutzpässen

Wie Sie sicherlich wissen, ist Anlass eine Sonderinspektion gewesen, an der der Beamte des Bundeskriminalamts teilgenommen hat, der diesen Bericht geschrieben hat.

Im ersten Absatz wird gleich auf die Frage der Zwangsprostitution hingewiesen, nämlich in dem Zusammenhang mit der Schilderung der Täterstruktur:

Zum einen kontrollieren sie die Täterstrukturen in der GUS und in Deutschland. Zum anderen ist die Logistik der Visaerschleichung - in Deutschland wie im Ausland - in der Hand der Netzwerke. Zum dritten werden aber auch viele der Migranten unter der Kontrolle der Gruppierungen in den Zielländern der Migrationsströme ausgebeutet, indem sie beispielsweise in unerlaubte und unbezahlte Arbeitsverhältnisse vermittelt oder zwangsweise der Prostitution zugeführt werden.

Ihr Botschafter aus der Ukraine berichtet in seinem Kabel vom - ich muss eben das Datum finden - 04.12.2003 - ist Ihnen das bekannt, wo er über die Menschenrechtssituation in der Ukraine schreibt? -:

... darunter erhebliche Menge junger Frauen, die durch Vermittlungsagenturen, erwandte und Bekannte als „exotische Tänzer“ rekrutiert, nach Ankunft im Westen zur Prostitution gezwungen und physisch, psychisch und finanziell ausgebeutet werden. Nach Schätzung deutscher Experten sind Hälfte aller geschätzten 500 000 Prostituierten in Deutschland Migrantinnen, überwiegend aus Europa. Hier oft Verbindung zur national und international organisierten Kriminalität:

Dann wird geschildert:

Rekrutierung, Beschaffung Visum, „Anstellung“.

Meine Frage ist jetzt: Nachdem dieser Wostok-Bericht und auch der Bericht Ihres Botschafters nun zweifelsfrei den Zusammenhang herstellen zwischen dem Missbrauch der Visa - ich sage ausdrücklich: dem Missbrauch der Visa -, der Erschleichung der legendierten Schleusung und der Ausbeutung der Frauen durch Zwangsprostitution, haben Sie da in Ihrem eigenen Haus einmal eine Untersuchung anstellt oder angeregt, wie man diesem Phänomen begegnen könnte? Sie haben sich ja bisher in erster Linie auf offene Briefe bezogen oder auf die Statistik des BKA, was Ihnen zugetragen worden ist.

Zeuge Fischer: Sie meinen, dass wir eigene statistische Erhebungen - -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Nein, dass Sie sich dem Phänomen in Ihrem Haus widmen und die Frage untersuchen lassen, was das Auswärtige Amt tun kann, um das zu verhindern. Dass Sie darauf hinweisen, dass es natürlich ein Problem auch der Innenbehörde ist, wenn die Frauen hier sind, ist völlig klar. Aber der erste Schritt ist doch - jedenfalls wenn man dem BKA traut und dem, was hier auch der Botschafter schreibt -, dass sie mittels Visaerschleichung nach Deutschland oder in den Schengen-Raum gebracht werden. Da müsste man sich doch einmal überlegen, wie man das bekämpfen kann.

Zeuge Fischer: Schauen Sie, selbstverständlich ist es Aufgabe der Visaerteilung, als Element sozusagen abzuwehren auch kriminelle Absichten und Aktivitäten. Wir haben ja heute den ganzen Tag darüber gesprochen.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): So ist es.

Zeuge Fischer: Aber mein Eindruck in dem Gespräch in Kiew war auch der, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darüber sehr bewusst sind und dass es eher sozusagen von der anderen Seite her Druck gibt, weil natürlich die Unterscheidung zwischen völlig legitimen und legalen Reiseabsichten und der Gefahr oder - - Am schlimmsten ist es ja: Wie wollen Sie das auseinander halten, wenn eine völlig legitime und legale, aber vielleicht etwas naive Rei-

seabsicht dann im Inland entsprechend endet? Es ist ja nicht immer gleich erkennbar, schon gar nicht von der Auslandsvertretung, dass unter Vortäuschung falscher Tatsachen, dem Ausbeuten von bestimmten Sehnsüchten, Illusionen, der Naivität - - was alles eine Rolle spielt, damit sich eine junge Frau auf völlig legale Art und Weise um ein Touristenvisum bemüht, wogegen eigentlich erst einmal gar nichts spricht, wenn der Einlader nicht entsprechend enttarnt werden kann. Auch diese Fälle sind bekannt. Das ist ohne jeden Zweifel etwas, worauf das Augenmerk der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ruht.

Die Konsequenz wird nur sein, dass natürlich eine Schwierigkeit besteht bei der Eingrenzung bestimmter Altersgruppen, weil dort sofort, auch unter dem Hinweis - - Es sind ja nicht nur Tänzerinnen, sondern es gibt da viele andere Dinge, die erst einmal gar nicht verdächtig oder Ähnliches aussehen. Aber mein Eindruck ist der - ich will das nochmals unterstreichen -, dass es hier doch eine hohe Sensibilität gibt. Aber man kann nie ausschließen, Herr Abgeordneter.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Das steht völlig außer Frage. Ich hatte Sie bloß bisher so verstanden - ich sage ausdrücklich „so verstanden“, damit Sie nicht den Eindruck haben, ich wolle Ihnen hier etwas unterstellen -, dass der Zusammenhang zwischen legendierter Schleusung mittels Visaerschleichung und Zwangsprostitution von Ihnen geleugnet wird.

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, da muss ich Ihnen - -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ich frage. Ich habe ausdrücklich gesagt: Ich habe Sie so verstanden.

Zeuge Fischer: Da müssen Sie mich völlig falsch verstanden haben. Wogegen ich mich gewandt habe, war sozusagen diese Skandalisierung. Das ist es, wogegen ich mich gewandt habe. Wenn wir jetzt auf der Ebene miteinander reden würden, dann hätte ich diese Äußerung nie getan, weil dann ein vernünftiges Gespräch möglich wäre.

Aber so, wie Sie die Skandalisierung vorgenommen haben - mit „Sie“ meine ich jetzt ganz bewusst Ihre Fraktion und Partei, auch hier im Ausschuss -, muss ich Ihnen sagen: Das kann ich nicht akzeptieren und das werde ich nicht akzeptieren. Deswegen - -

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Das ist ja auch eine Frage der politischen Auseinandersetzung. Mir ist es jetzt einfach um die Fakten gegangen.

Zeuge Fischer: Ja, ja. Aber die Fakten werden hier immer der politischen Auseinandersetzung zugeordnet, gerade in diesem Fall.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Vielleicht können wir uns wenigstens um diese Uhrzeit bemühen, auch um Zeit zu sparen, auf den Rattenschwanz der politischen Auseinandersetzung zu verzichten.

Meine dritte Frage ist - -

Zeuge Fischer: Ich würde die politische Auseinandersetzung nicht als Rattenschwanz bezeichnen.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Meine dritte Frage ist die Frage nach der Prüfung der Erlasse durch die Europäische Union. Ist es korrekt, dass der zuständige Kommissar Frattini in Ihrem Haus die Erlasse angefordert hat, insbesondere die Erlasse aus 1999 und 2000?

Zeuge Fischer: Mein Kenntnisstand ist der, dass sie ihm zugeleitet wurden.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Er hat sie also mittlerweile bekommen?

Zeuge Fischer: Mein Kenntnisstand ist der, dass er sie bekommen hat. Mein Kenntnisstand zuvor war auch nicht, dass er sie nicht bekommen sollte oder, was ich in einer Zeitung gelesen habe - - Wir haben das nachgeprüft. Meine Leute, die für die Übermittlung zuständig sind, haben mir gesagt, dieser Sachverhalt wäre nicht richtig.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Okay. - Das war es dann.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Scholz, bitte.

Olaf Scholz (SPD): Schönen Dank, Herr Minister. - Ich habe zu dem Komplex, der vorhin so intensiv erörtert wurde, der Frage des Zustandekommens des Carnet de Touriste, noch einmal zwei Fragen.

Wenn wir uns dies rückwirkend anschauen, dann gibt es ein Rundschreiben, einen Drahterlass vom 16.08.1995. Darin steht:

... das CdT

- also das Carnet de Touriste des ADAC -

auch als eine Einladungs- und Verpflichtungserklärung nach § 84 Abs. 1 Ausländergesetz anzuerkennen.

Zeuge Fischer: Wann war der Erlass?

Olaf Scholz (SPD): Aus 1995.

Zeuge Fischer: 1995. Das war - -

Olaf Scholz (SPD): Da haben Sie, falls ich Sie darauf hinweisen muss, noch nicht registriert.

Zeuge Fischer: Leider.

Olaf Scholz (SPD): Es gab ein weiteres Schreiben, das vom 22.04.1997 stammt; da war dieser bedauerliche Umstand auch noch der Fall. Darin stand auch, dass es sich bei der Ausweitung um eine pauschale Verpflichtungserklärung gemäß § 84 Ausländergesetz handelt. - Das spricht natürlich dafür, dass das Carnet de Touriste von Anfang an so etwas wie ein Ersatz für diese Verpflichtungserklärung war.

Mir ist aufgefallen, dass für diesen Umstand relativ früh das Wort „Finanzierungsnachweis“ in den Formulierungen auftaucht. Könnten Sie sich vorstellen, dass im Späteren, ob nun in der Verwaltungspraxis oder bei den Nachfragen des Vorsitzenden dieses Ausschusses, die Frage des Finanzierungsnachweises, die für Verpflichtungserklärungen in Bezug auf das Ausländergesetz gemeint ist, verwechselt wird mit den weiteren Fragen, die sich im Zusammenhang mit den Prüfschritten für eine Visumerteilung verbinden?

Zeuge Fischer: Ja, das - - Ich hatte ja vorhin mit dem Vorsitzenden hier dieses Rechtsgespräch. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass meine Interpretation die richtige war, und sehe mich durch Ihren Vorhalt darin bestätigt.

Olaf Scholz (SPD): Wir wollen uns weiter in der Vergangenheit bewegen, und zwar beim 25. Mai 1998; da waren Sie auch noch nicht im Amt. Da gibt es ein Schreiben aus Kiew in Bezug auf das Carnet de Touriste von der dortigen Botschaft. Darin heißt es:

Die Angaben in Visumanträgen mit Carnets sind noch schwerer überprüfbar als in sonstigen Visumanträgen. Die Entscheidung über einen Visumantrag ist daher im Verhältnis zu anderen Visumanträgen schwerer.

Legt das bei Ihnen den Eindruck nahe, dass das Problem älteren Datums ist?

Zeuge Fischer: Der Eindruck ist richtig. Ich habe versucht, das heute darzustellen. Ich möchte noch mal unterstreichen: Wenn man unvoreingenommen, Herr Abgeordneter Scholz, die Akten prüft und die ganzen partei- und machtpolitischen Implikationen beiseite lässt, sondern sozusagen mit dem Auge des Historikers und des Rechtshistorikers, dann würde man feststellen, dass im Grunde genommen der Regierungswechsel auf dieser Ebene, auf der diese Erlasse verhandelt wurden - auch mit den Akteuren -, faktisch nicht stattgefunden hat, sondern dass diese Arbeitsebene weiter gearbeitet hat, und zwar nicht unter Rücksicht auf irgendwelche neuen Überlegungen der politischen Leitung, sondern schlicht und einfach um pragmatische, scheinbar nur administrative Probleme im Interesse der beteiligten Behörden und der Antragsteller zu lösen.

Es war ja meine Grundthese. Mir selber war das so einfach gar nicht klar. Mir ging das erst auf, als ich die Bezugserlasse, die auf dem Erlass vom 02.09. vorne enumerativ aufgeführt sind, mir habe raussuchen lassen und gelesen habe. Und da begriff ich überhaupt erst und, je mehr ich dann reinging - und, wie gesagt, nicht um irgendwelche Verantwortung weg zu schieben -, war mir klar, dass auf dieser Ebene - ich sage jetzt mal: der technischen Erlasse mit Folgewirkung - hier die Kontinuität ungebrochen existierte. Und deswegen habe ich ja auch unterstrichen, dass es einen Maßstab geben muss, den man nicht am Parteibuch festmachen kann, wenn man das Handeln von Bundesregierungen bewerten will, was das gute Recht des Parlamentes, sogar seine Pflicht ist.

Olaf Scholz (SPD): Wir haben uns vorhin schon über den Erlass vom 29. Januar 2002 unterhalten. Da wurde wechselseitiges Vorlesen geübt und insbesondere noch mal der Satz angesprochen:

Davon unbenommen bleibt die Pflicht der Auslandsvertretung zur Überprüfung der übrigen Voraussetzungen zur Visumerteilung (z. B. Rückkehrberechtigung, Rückkehrbereitschaft bzw. Verwurzelung im Heimatland) entsprechend den Vorgaben der allgemeinen Runderrlasse ...

Nun ist darüber diskutiert worden, ob das die Frage Finanzierungsnachweis mit beinhaltet. Es muss, auch an anderer Stelle, diese Diskussion gegeben haben, die Nachfrage, ob das etwa so gemeint ist oder anders, wie der Vorsitzende sie hier auch dargestellt hat. Und deshalb gibt es zum Beispiel unter dem Datum vom 19.03.2002 eine Aussage, in der insbesondere der Botschaft in Kiew in Bezug auf diese Frage mitgeteilt wird:

Anders als bisher geregelt, legt der Bezugs-RE fest,

- das ist der, über den wir vorhin geredet haben -

dass die AVen die volle Prüfhöhe hinsichtlich der Erfüllung der übrigen ausländer- und visumrechtlichen Voraussetzungen, insbesondere zu Reisezweck

- und jetzt kommt ein Klammersatz, der sehr interessant ist -

(inkl. Überprüfung, ob Antragsteller über die zur Erfüllung des Reisezwecks erforderlichen Finanzmittel verfügt), Rückkehrwilligkeit und Verwurzelung im Heimatland, behalten.

Spricht das, auch aus Ihrer Sicht, dafür, dass die Vorstellung der Erlassschreiber gewesen ist, dass der Finanzierungsnachweis im Sinne der §§ 82 und 84 Ausländergesetz neben den anderen drei Fragestellungen zu prüfen ist?

Zeuge Fischer: Ja. Also, der Text lässt eine andere Interpretation nicht zu.

Olaf Scholz (SPD): Und sind Sie deshalb sehr verwundert, wenn Sie in einem weiteren

erläuternden Schreiben vom 21.11.2002 lesen?

Wird eine Reiseschutzversicherung für eine touristische Reise vorgelegt, muss durch intensive und flexible Befragung der Antragsteller der Reisezweck und das -ziel (Programm, Besuchsstätten, Grund der Reise nach D. etc.), möglichst zum Teil mit Unterstützung durch Entscheider, überzeugend dargelegt und durch Belege nachvollziehbar sein, bevor ein Visum erteilt wird.

Die Last zur Glaubhaftmachung ... einer touristischen Reise liegt allein beim Antragsteller.

Er muss nicht nur durch die Vertretung - wie in dem Schreiben, auf das hier reagiert wird, unter Punkt 5 erwähnt wird - widerlegt werden, sondern er muss seinerseits diese Dinge hinkriegen.

Bei touristischen Reisen gibt es im Gegensatz zu privaten Verwandtschaftsbesuchsreisen ... kein schutzwürdiges Privatinteresse des Antragstellers.

Würden Sie das auch für etwas halten, was noch mal versucht, das zu erläutern, wo der Vorsitzende so sorgfältig nachgefragt hat?

Zeuge Fischer: Das klingt sehr, sehr schlüssig. Und ich meine: Ich kann Ihnen an dem Punkt nur beipflichten, dass die Interpretation, die der Vorsitzende vorhin geleistet hat, mir schlicht und einfach nicht schlüssig erschien vor dem Hintergrund dessen, was ich über die Entwicklung dieses Instrumentes nun nachvollziehbar in den Akten gefunden habe.

Olaf Scholz (SPD): Und wundern Sie sich nach all diesem noch, dass folgender hartherziger Satz in einem Erlass Ihres Hauses steht?

Zur Beurteilung der Glaubwürdigkeit des touristischen Reisezwecks ist auch auf das Verhältnis der Kosten einer touristischen Reise zum Monatseinkommen (kein Vielfaches!) abzustellen. Kosten und Einkommen dürfen in keinem außergewöhnlichen Verhältnis stehen, wenn nicht anderweitiges Vermögen vorhanden ist. Ein Antragsteller, der über keine Mittel für eine Reise

nach DEU. verfügt, kann auch mit einer RSV nicht reisen.

Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich will jetzt, um 21.16 Uhr, in der zwölften Stunde, keine Erlasseexegese heraufbeschwören. Ich möchte nur der guten Ordnung halber zu Protokoll geben, dass die Ausführungen des Kollegen Scholz, soweit sie das Thema Finanzierungsnachweis betreffen, nach dem Schreiben vom 10. Juli 2003 II 5 aus meiner Sicht falsch waren, ein falscher Vorhalt.

So viel von mir. Jetzt Herr Königshaus, bitte.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, vielen Dank. - Der Kollege Scholz schloss mit dem Satz: Wundert es Sie dann, dass da so ein hartherziger Satz drinsteht? Ich frage mal, da der Kollege Scholz etwa fünf Minuten brauchte, um zu erläutern, was der Entscheider überhaupt alles prüfen muss: Wundert es Sie dann, dass wir der Auffassung sind, dass zwei Minuten, die im Durchschnitt zur Verfügung stehen, dies faktisch eben nicht erreichen, faktisch nicht reichen?

Zeuge Fischer: Schauen Sie, Herr Königshaus: Diese errechneten Minuten -- Errechnet waren das in Warschau in der Endphase 30 Sekunden.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich habe Sie jetzt akustisch nicht verstanden.

Zeuge Fischer: In Warschau, in der Endphase waren das errechnet 30 Sekunden.

Hellmut Königshaus (FDP): Und das rechtfertigt das jetzt?

Zeuge Fischer: Nein, es geht doch nicht um Rechtfertigung, sondern um eine Erläuterung. Von einer Rechtfertigung sind wir noch weit entfernt. Ich habe mich jetzt auch mit den Kolleginnen und Kollegen unterhalten: Natürlich wird ja die Frage der Entscheidung, des Entscheiders -- Aber hier finden ja Interviews statt; hier finden ja auch Vorarbeiten statt. Das darf man ja bei alledem nicht vergessen. Und es ist eine errechnete Zahl, die wiederum aus personalwirtschaftlichen Gründen so errechnet wird. Das muss ich Ihnen weiter nicht erläutern. Aber es ist nicht

so, dass da nur ein Fall von zwei Minuten bleibt.

Ich habe jetzt jüngst die Diskussion gehabt. Wenn ein Antrag eingeht, wenn das Interview am Schalter geführt wird, wenn der Dokumentenprüfer, ein Dokumentenprüfer, mit dem ich konkret gesprochen habe, zum Beispiel Telefonarbeit macht, was er auch mit seinen Sicherheitskontakten etc. macht - das ist schon eine beachtliche Leistung, die dort gemacht wird.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, eben. Das ist ja unser Reden.

Zeuge Fischer: Ja, ja. Ich würde mir wünschen - wünschen! - und es wäre im Interesse aller, wenn wir natürlich im nächsten Haushalt Personalaufwuchs bekämen, überhaupt keine Frage. Nur, ich hoffe nicht, dass Sie in das Vergnügen kommen, dann Ihren oppositionellen Schwur auch Ernst machen zu müssen. Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist unter den obwaltenden Haushaltsbedingungen alles andere als einfach. Wenn ich mir den ganzen Wunschkatalog der Oppositionsparteien anschau und hochrechne, was der kostet - wir waren auch lange in der Opposition, Grüne und Sozialdemokraten; wir haben auch solche Anträge gestellt -, dann werden Sie mit einem Donnerschlag von den finanzpolitischen Realitäten eingeholt. Insofern: Die Spielräume sind nicht sehr groß. Wir werden weiter an der Effizienzverbesserung arbeiten; wir werden weiter daran arbeiten, auch andere Dinge noch zu nutzen, um unsere vorhandenen Personalressourcen besser einsetzen zu können. All das werden wir tun. Aber ich würde mir wünschen, dass wir mehr an Personal bekämen.

Hellmut Königshaus (FDP): Sie werden sich nicht wundern, wenn ich der Auffassung bin: Es ist einfacher, vor Ort, bevor hier möglicherweise Straftäter einreisen, dass man sie vorher aussiebt, weil es einfacher ist, sie vorher auszusieben als hinterher einzusammeln.

Aber ich habe noch einen zweiten Punkt. Wir sind ja hier um Aufklärung bemüht. Sie fragten ja vorhin, wo eigentlich der Unterschied bei der Erlasslage liegt, und haben das am Beispiel dieses Bonitätsregelungsvermerks gemacht. Zunächst mal: Sie werden sich wahrscheinlich auch gefragt haben: Warum macht man einen neuen Erlass,

wenn er nichts ändert? Denke ich mal. Es hat sich natürlich etwas geändert; sonst hätte man ihn ja nicht. Ich sage Ihnen, was der Unterschied ist: In dem Erlass, den Sie zitiert haben, aus dem Jahre 97, steht drin:

Eine Verpflichtungserklärung ist entbehrlich, wenn der Antragsteller über ein Carnet de Touriste verfügt.

In dem Erlass, der in Ihrer Zeit gemacht wurde, vom 02.09. - deshalb haben Sie ihn wahrscheinlich auch - - Sie haben ja gesagt, es seien zwei, die problematisch sind. Damit meinten Sie den ja, vermutlich deshalb. Dort steht nämlich nichts vom Carnet de Touriste drin; da steht nur drin:

Wird im Rahmen eines Visumsverfahrens für einen Kurzaufenthalt eine Verpflichtungserklärung ohne Bonitätsprüfung vorgelegt, so soll die Auslandsvertretung in der Regel auf die Vorlagen von weiteren Unterlagen im Zusammenhang mit der Bonität des Einladenden verzichten.

Da steht nichts mehr von Carnet de Touriste, Reiseschutzversicherung, Absicherung. Das ist ja wohl das Gegenteil.

Zeuge Fischer: Ich danke für Ihren Hinweis. Der erste Erlass, den Sie vorgelegt haben - habe ich den missverstanden, jetzt zu dieser späten Stunde, den von 97?

Hellmut Königshaus (FDP): Der erste Erlass sagte: wenn ein Carnet de Touriste vorgelegt ist. Das heißt, das sichert ja die Bonität.

Zeuge Fischer: Aber das war doch in der Entgegnung mit dem Vorsitzenden - -

Hellmut Königshaus (FDP): Ich rede ja nicht über Ihre Entgegnung mit dem Vorsitzenden. Ich wollte Ihnen helfen, zu verstehen, weshalb Sie oder Ihr Amt den Erlass vom 02.09. gemacht haben. Denn es wird Ihnen ja auch aufgefallen sein, dass auch das Auswärtige Amt unter Ihrer Regierung keine Erlasse macht, die nichts ändern. Wäre ja unsinnig. Und das war die Änderung und das wollte ich nur - -

Zeuge Fischer: Das wollen wir nur hoffen, respektive manchmal wäre es vielleicht nicht falsch gewesen, wenn das eingetreten

wäre, was Sie gerade gesagt haben. Aber bitte!

Hellmut Königshaus (FDP): Na gut, ich will ja nicht despektierlich werden; aber ich sage mal: Das ist Ihre Einschätzung.

Zweite Frage. Sie haben vorhin gesagt und auch noch mal Bezug genommen auf die Statistiken und auf die Frage: Wo sind die Spuren? - Ich will mal ganz allgemein sagen: Da wird ja teilweise immer mit den Erkenntnissen von Professor Pfeiffer argumentiert. Der Professor Pfeiffer hat an alle Obleute oder sogar an alle Mitglieder des Ausschusses am 7. März einen Brief geschrieben, nachdem er zunächst einmal gesagt hat, es gebe keine Spuren, also so schlimm kann das nicht gewesen sein; es erscheine - in seinen Vorbemerkungen steht das schon - sehr unwahrscheinlich, dass die große Mehrheit der eingereisten Ukrainer Deutschland als Touristen besucht hat. - Das heißt, es erscheint auch ihm sehr unwahrscheinlich.

Die Frage, warum das dann in der Statistik nicht auftaucht, ist auch relativ leicht zu beantworten: Straftaten nach dem Ausländergesetz, die durch legendierte, durch falsche Erklärungen in der Botschaft abgegeben werden, werden als Auslandstaten eben nicht in die Kriminalstatistik aufgenommen, was erstaunt, weil der BND uns immer erklärt, Botschaften seien Inland und demzufolge -- Aber das will ich jetzt nicht weiter vertiefen.

Der zweite Punkt. Wir haben dann die Frage: Warum kann man, wenn es tatsächlich - und in der Tat: Auch unsere Erkenntnisse sind so - solche großen Zahlen bei den Zwangsprostituierten gibt, die in der Statistik nicht feststellen? Ich will nicht, weil ich hier irgendetwas provozierend in einen Zusammenhang stellen will, sondern weil wir uns gemeinsam, wenn ich es recht verstanden habe, um dieses Thema kümmern wollen und müssen -- Es gibt einfach schlicht drei Dinge: Das Prostitutionsgesetz macht die Prostitution rechtlich weitgehend zu einem Beruf wie jeden anderen; deshalb hat die Polizei gar keine Möglichkeit, dort irgendwelche Feststellungen zu treffen. Es gibt auch - und das ist nun wiederum auch eine Neuerung von Rot-Grün, die ich gar nicht kritisieren will; ich stelle das einfach nur mal fest - das Infektionsschutzgesetz, das neu gestaltet wurde: Prostituierte werden auch nicht

mehr von den Gesundheitsämtern erfasst und belästigt.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine alte FDP-Forderung!)

- Ja, ich sage doch: Ich will das gar nicht kritisieren. Ich stelle nur fest, warum die in der Statistik nicht auftauchen. Darum geht es, dass das Problem nicht negiert wird. Ich sage doch gar nicht, dass dieses alles falsch ist. Es ist aber eben so.

Das Dritte ist, dass natürlich Zwangsprostituierte in aller Regel gar nicht die Möglichkeit haben, zu einer Hilfsgruppe zu gehen, weil sie unter Zwang stehen.

Ich glaube, diese Punkte muss man schon zusammenhalten. Wenn wir uns da gemeinsam in diese Richtung bewegen, dann haben wir wirklich eine wichtige Aufgabe. Deshalb bin ich Ihnen auch sehr dankbar für diese Anmerkung, dass Sie das auch annehmen wollen.

Aber ich habe hier ja eine Frage zu stellen, sonst kritisiert das wieder der Vorsitzende; er ist ja immer sehr streng mit mir. Ich würde sehr gerne von Ihnen wissen, wie es denn mit der Umgestaltung, mit der Umorganisation des Auswärtigen Amtes gelaufen ist. Der Herr Pleuger hat uns nämlich erklärt - und ich sehe da schon einen gewissen Zusammenhang zu unserem Thema -, dass gerade in der Zeit, die für uns hier relevant ist, also Anfang 2000, 2001, etwa in diesem Bereich, das Auswärtige Amt so neu geordnet wurde, dass man viel mehr Verantwortung, größere Selbstständigkeit in die mittleren Ebenen gegeben hat. Und ich sehe jetzt - und meine Frage ist, ob Sie dort einen Zusammenhang sehen -, dass die tatsächlich größere Selbstständigkeit wahrgenommen haben, nichts mehr oder wenig an die Leitung gegeben haben und die Leitung dann in Person des zuständigen Bundesministers hier auftritt und erklären muss, was auf Referatebene abgelaufen ist. Also im Grunde genommen ein organisatorisches Fiasko, muss man mal sagen. Denn ich sage mal: Ein Erlass, der weltweit wirkt -- Und er hat nicht nur in Kiew gewirkt - wenn ich jetzt den Fischer-I-Erlass nehme -, sondern weltweit, wie wir an den Beispielen aus Accra und sonst wo, wo der Erlass vom 15.10. nicht galt -- Wir könnten auch Tirana, Pristina und andere nehmen. Dort hat er eben seine Wirkung entfaltet und das Ganze ist mehr oder weniger auf der Ebene von Referatsleitern

erarbeitet und auch fast schon verantwortet worden.

Zeuge Fischer: Welcher Erlass?

Hellmut Königshaus (FDP): Wie bitte?

Zeuge Fischer: Welcher Erlass?

Hellmut Königshaus (FDP): Wir haben zuerst mal den vom 15.10. Fangen wir mit dem an! Von dem haben Sie ja nicht mal was erfahren.

Zeuge Fischer: Ich habe ja schon im Zusammenhang mit der Vernehmung von Herrn Pleuger gehört, dass Sie auf dieser Spur sind.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja.

Zeuge Fischer: Gestatten Sie mir angesichts der -

Hellmut Königshaus (FDP): Sie haben da keine Antwort gegeben.

Zeuge Fischer: - fortgeschrittenen Stunde, dass ich meine, dass Sie hier auf einer falschen Spur sind. Ich verstehe zwar, warum Sie darauf sind; aber meine Einschätzung ist die - und zwar jetzt seriös und ohne jeden Vorbehalt -, dass die Spur völlig falsch ist, weil die eigentlichen Probleme - - Wenn Sie etwa die 99er-Erlasse nehmen: Da haben wir ja gar nichts geändert.

Hellmut Königshaus (FDP): Wir haben doch gerade darüber gesprochen, dass dort Erhebliches verändert wurde.

Zeuge Fischer: Nein, 99 doch noch nicht. Sondern dieses Reformpaket, das war zu Beginn des Jahres 2001.

Hellmut Königshaus (FDP): Also, Sie meinen jetzt die organisatorische Veränderung?

Zeuge Fischer: Die organisatorischen. Und, verstehen Sie, Ihre These ist doch - - Ich verstehe das; wenn Sie das hören, dass Sie dann gleich sagen: Aha; die wollten die Hierarchien abschaffen und deswegen ist das nicht mehr nach oben durchgelaufen. Nur, wir haben in dem Bereich, wo sozusa-

gen die ganze Sache auch erlassmäßig angelaufen ist, diese Änderung gar nicht gehabt.

Hellmut Königshaus (FDP): Jetzt verstehe ich nun wiederum Ihren Einwand. Klar, natürlich, als das angelaufen ist - da haben Sie Recht. Aber wir beklagen ja das fehlende Controlling.

Zeuge Fischer: Nein, nein.

Hellmut Königshaus (FDP): Das fehlende Controlling - -

Zeuge Fischer: Das hat andere Gründe. Herr Königshaus, ich würde es Ihnen ja sagen, wenn es anders wäre. Aber wirklich: Ich glaube, dass diese Debatte - - Wenn Sie die weiter führen wollen, dann können Sie sie weiter führen.

Hellmut Königshaus (FDP): Nein, ich frage ja nur.

Zeuge Fischer: Aber ich sage es Ihnen wirklich, auch der Zeitökonomie wegen: Was abgeschafft wurde - und das hat gar nichts mit dem fehlenden Controlling zu tun - - Es hat sich einfach gezeigt, dass diese, untechnisch gesprochen oder in Beamtendeutsch übersetzt, lange Hühnerleiter sich eher als vorlagenhemmend erwiesen hat. Das heißt, dass sozusagen der Stellvertreter als eine zusätzliche Position, der Stellvertreter des Abteilungsleiters und dann noch mal der Abteilungsleiter und der Staatssekretär nach oben raus im B-Bereich das, was man eine überlange Hühnerleiter nennt, dargestellt haben. Und die Frage war auch unter dem Gesichtspunkt des besseren Ressourceneinsatzes, ob hier die Dirigenten, die DGs, nicht wesentlich besser eingesetzt werden können, wenn sie dann nicht mehr Teil dieser Hühnerleiter sind. Aber das hat eher die Durchlässigkeit nach oben gefördert.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, das mag ja so sein. Nur, die Hühnerleiter bzw. eben diese Instanzen, die jetzt abgeschafft sind, waren eben mehr oder weniger auch Controllinginstrumente. Wenn man in der Linie sozusagen die Filter herausnimmt, muss man irgendwo einen zentralen Filter einbauen. Der hat eben gefehlt.

Zeuge Fischer: Nein, in diesem Zusammenhang den zentralen Filter ja, aber nicht aufgrund dieses Zusammenhangs. Bei diesem zentralen Filter - das habe ich Ihnen ja dargestellt - muss klar sein, dass in den Bereich, in die Leitungsebene hier der direkte Kontakt besteht, und zwar nicht nur im üblichen Vorlagenlauf, sondern dass es zeitlich sozusagen getaktet ist, es also nicht nur einmal stattfindet. - Sie müssen wissen, beim Außenminister ist immer auch so: Plötzlich taucht eine Krise auf, -

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, ja.

Zeuge Fischer: - plötzlich schlägt irgendwas hoch, was Sie nicht wissen. Es muss genau der Takt da sein, dass immer wieder sozusagen der Vierteljahresbericht dann zum Ministergespräch führen muss. Das halte ich für ganz entscheidend. Aber das hat hier nichts damit zu tun, wirklich nicht.

Hellmut Königshaus (FDP): Es fällt eben auf, dass diese - ich nenne sie jetzt einmal so - Katastrophen eigentlich in einem Bereich aufgetreten sind, der von all diesen Ausnahmereischeinungen wie Tsunami bis hin zu dem, was wir hier von Herrn Kobler gehört haben - was war das: Hochwasser in Mosambik -

(Zurufe)

- ja, Entführung und Ähnliches - nicht betroffen war, sondern genau dort hat sich das eben entwickelt, wo eigentlich - -

Zeuge Fischer: Beim Tsunami waren die Auslandsvertretungen sehr betroffen. Das möchte ich - -

Hellmut Königshaus (FDP): Tsunami war später.

Zeuge Fischer: Ich sage das nur, weil Sie das sagten. Beim Tsunami waren die Auslandsvertretungen sehr betroffen.

Hellmut Königshaus (FDP): Okay, das nehme ich zurück. Das wissen Sie besser. Aber jedenfalls diese ganzen von Kosovo bis sonst was, was in dieser Zeit ablief, davon waren die ja gerade so nicht betroffen. Deshalb ist das eigentlich auffällig.

Deshalb meine abschließende Frage: Wann und wo ist denn nun dieser Filter in-

stalliert worden? Wir sollen uns ja auch mit der Frage befassen, ob die Probleme behoben sind und ob vor allem für die Zukunft weitere Probleme dieser Art ausgeschlossen sind.

Zeuge Fischer: Ich habe es vorhin gesagt: Erstens. Es ist völlig klar, dass alle Unregelmäßigkeiten, die auftauchen, oder irgendwelche Informationen jenseits der üblichen Berichtspflicht unverzüglich über den Staatssekretär auch an den Minister weitergeleitet werden. Der dafür zuständige Beamte in meinem Ministerbüro weiß dies und hält hier auch permanenten Kontakt.

Aber das eigentliche Instrument ist hier der Frühwarnbericht. Dieser Frühwarnbericht ist die Zusammenführung der Berichte, die vierteljährlich durch die Problemauslandsvertretungen zu erstellen sind. Dieser Frühwarnbericht gibt eine klare Übersicht, auch eine so genannte Kurzübersicht in einem Schaubild, wo verschiedene Tabellen drin sind und wo jeweils drinsteht: Hier gibt es ein Steuerungsproblem, ist aufgetaucht aufgrund der Berichte. Diese Berichte werden ausgewertet von dem Referat und in dem Frühwarnbericht erstellt. Dieser Frühwarnbericht wird dann diskutiert.

Darüber hinaus gibt es diese Gruppe, die wir eingerichtet haben, die eben anders als langfristig vorbereitete Inspektionen - die sind langfristig vorbereitet - ad hoc als Unterstützungsgruppe arbeitet. Diese Visastellenunterstützungsgruppe macht einerseits Vorschläge und Überprüfungen, will andererseits aber auch ins Praktisch-Operative voranbringen. Aufgrund dieser Berichte ist der Kontakt mit den Problembotschaften ein dauerhafter und wird im Grunde genommen in einem permanenten Evaluierungsprozess gehalten. Das schließt aber nicht aus, dass wir dennoch Probleme bekommen. Das wissen Sie.

Hellmut Königshaus (FDP): Klar, das will Ihnen auch keiner vorwerfen.

Zeuge Fischer: Aber der große Vorteil ist, dass es keine Zeitlücke diesbezüglich mehr geben kann. Ich glaube, Zeitraum Vierteljahr ist ein Zeitraum, innerhalb dessen man nun in der Tat zeitnah unterrichtet wird. Dazu gibt es die andere Informationsschiene.

Das sind aus meiner Sicht die wichtigen Instrumente. Aber wir arbeiten weiter, wie wir hier sozusagen noch weitere Optimierungsinstrumente einführen können. Ich sage

nochmals: Ich gehe hier - ich hätte es nicht gedacht - auch mit einer Idee nach Hause.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Wir auch nicht!)

Hellmut Königshaus (FDP): Darf ich noch einmal fragen: Seit wann sind jetzt diese Controllinginstrumente sozusagen installiert?

Zeuge Fischer: Das ist im letzten Herbst - ich glaube, im Oktober - eingeführt worden und zum 01.01. begann dann die Berichtspflicht. Wir haben jetzt den ersten Vierteljahresbericht vorliegen. Den finde ich sehr gut. Darüber werden wir uns demnächst dann auf der Leitungsebene mit den Fachreferaten und der Abteilung unterhalten.

Hellmut Königshaus (FDP): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Nachdem es jetzt 21.35 Uhr ist, wollte ich einmal fragen, wie wir mit der Rednerliste verfahren. Ich habe auf meiner Liste noch fünf Redner. Besteht der Wunsch von weiteren Kollegen, Fragen zu stellen? - Dann könnten wir die Rednerliste nach den fünf Rednern schließen. Einverstanden? - Das wären dann Herr Grindel, der Kollege Montag, Herr Binninger, Herr Kauder und Herr Schröder macht dann den Abschluss. Einverstanden? - Gut.

Herr Grindel, bitte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich würde gerne zu einem Sachverhalt fragen, der bei Ihren öffentlichen Stellungnahmen auch eine große Rolle gespielt hat, nämlich dass Sie sagen: Seit 2003 sind die Missstände beseitigt. Wie würden Sie - Sie haben ja die Berichte angesprochen, die es jetzt gibt - die aktuelle Lage in der Ukraine eigentlich bewerten, was die Frage Visa-missbrauch angeht?

Zeuge Fischer: Da brauche ich nicht einmal den Bericht. Ich kann mich da auf meinen eigenen Besuch beziehen. Ich war ja jüngst in der Ukraine. Ich war das erste Mal im neuen Botschaftsgebäude, das - wenn ich das nebenbei erwähnen darf - mich sehr beeindruckt hat. Es ist eine sehr schöne Architektur. Das macht sich Gott sei Dank dann auch beim Klima bemerkbar. Das spielt eine Rolle.

Ich hatte da eine intensive Diskussion mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Mein Eindruck ist der - so wurde mir das auch übermittelt -: Die Lage ist nach wie vor herausfordernd. Es ist keine einfache Position aufgrund der objektiven Bedingungen, mit denen wir es zu tun haben. Aber sie sind auf einem Level, auch was Ausstattung, was Management und Organisation anbetrifft, wo sie sagen: Damit können wir arbeiten.

Ich nehme an, Sie werden jetzt gleich auf den Beschwerdebrief von den drei Herren zu sprechen kommen. Das entnehme ich Ihrer Frage, Herr Grindel, oder nicht?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sagen Sie etwas dazu, wenn Sie mich einladen. Sagen Sie etwas zu dem Beschwerdebrief, wie Sie ihn bewerten.

Zeuge Fischer: Herr Grindel, ich habe mir das natürlich auch gleich angeschaut. Es gibt ja auch einen Antwortbrief. Kennen Sie den?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich frage Sie ja. Ich bin hier nur für Fragen zuständig.

Zeuge Fischer: Ich will ja nicht, dass Sie Ihre Zuständigkeitskompetenz überschreiten. Aber wenn Sie den Antwortbrief kennen, dann wird meine Antwort natürlich wesentlich kürzer. Ich beziehe mich auf diesen Antwortbrief. Ich finde, der erläutert sehr klar, worum es im Sachverhalt geht, und ist nicht von der Leitung hier in Berlin inspiriert oder Ähnliches, sondern - - Sie kennen den Sachverhalt. Darauf will ich mich beziehen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wie schätzen Sie denn dort den auf der einen Seite nach wie vor bestehenden Migrationsdruck ein und das, was wir an kriminellen Strukturen rund um die Botschaft noch haben?

Zeuge Fischer: Ich denke, die Lage ist einerseits nicht vergleichbar mit der Zeit, die wir erörtert haben. Auf der anderen Seite haben mir die Mitarbeiter gesagt: Der Druck ist nach wie vor groß. Aber es gibt auch eine nicht unerhebliche Aufklärungsquote, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten. Das finde ich hervorragend. Aber schauen Sie, das ist dieser Begriff aus der Innenpolitik: der Immigrationsdruck. Wir tun alles, um der

Ukraine eine Entwicklung zu ermöglichen, dass dieser Druck abnimmt. Wir haben ja auch Erfahrungen.

Wenn Sie die Berichte aus Polen Anfang der 90er-Jahre vergleichen, durchaus noch in den 90er-Jahren, und wenn Sie heute die Verhältnisse sehen, dann müssen Sie auch unter dem Gesichtspunkt der inneren Sicherheit feststellen, dass sie hier doch bedeutende Fortschritte gemacht haben, was wiederum an der wirtschaftlichen Entwicklung, an der politischen Integration liegt.

Mit diesem Europa ist es einfach so: Wir werden der Konsequenz des Einigungsprozesses - auch wenn viele Menschen bei uns gegenwärtig aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und großer Fragezeichen an die Zukunft ein Mehr an Skepsis entwickeln -, wir werden letztendlich der Konsequenz der europäischen Innenraumöffnung nicht entkommen können. Diese Konsequenz bedeutet, dass wir einerseits, und zwar nicht auf utopischer Grundlage, sondern realistisch Schritt für Schritt, diesen Erweiterungs- und damit auch Öffnungsprozess vorantreiben müssen, wenn wir diesen Druck nicht noch wesentlich erhöht bekommen wollen. Auf der anderen Seite werden wir auch unsere strategischen Beziehungen mit Russland so fortentwickeln müssen, dass auch hier eines Tages ohne Sicherheitsbedenken, Arbeitsmarktbedenken oder auch die anderen Fragen, die wir hier erörtert haben, ein Mehr an Reisefreiheit möglich wird. Das steht bei Russland ganz oben auf der Agenda. Das ist keine einfache Frage. Darüber sind sich alle im Klaren.

Es gibt ja nicht nur Deutschland; auch ein Land wie Finnland oder Ähnliches hat hier entsprechende Erfahrungen aufgrund der Nachbarschaft. Insofern, Herr Grindel, kann ich Ihnen da nur sagen: Wir werden hier noch eine lange Wegstrecke schwieriger Abwägungen haben; aber das Ziel muss sein, dass diese Länder ihren Entwicklungsweg - das heißt ein Näher-ran an Europa - tatsächlich realisieren können. Sonst bleibt dieser Druck bestehen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist das Ihre Meinung oder eine abgestimmte Position der Bundesregierung, was Sie gerade gesagt haben?

Zeuge Fischer: Das ist abgestimmte Position der Bundesregierung. Aber ich dachte bisher - - Also, wenn jetzt Helmut Kohl hier

im Saal wäre, würde der vermutlich voll zustimmen.

(Heiterkeit)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann möchte ich Ihnen gerne vorhalten - -

Zeuge Fischer: Ich meine das im Ernst. Ich meine das völlig im Ernst.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde trotzdem gern Ihnen nicht Helmut Kohl vorhalten, -

Zeuge Fischer: Das dürfen Sie ruhig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - sondern den Abteilungsleiter Dr. Lehnguth aus dem Bundesinnenministerium, der mit Datum vom 11. November 2004 - das ist noch nicht allzu lange her - einen besorgten Brief an den von Ihnen bereits lobend erwähnten Politischen Direktor Schaefer geschrieben hat. Ich würde das gerne auch für die Öffentlichkeit im Zusammenhang vorlesen. Da geht es um die Frage Visaerleichterungen für die Ukraine:

In dem Abstimmungsprozess für die Position der Bundesregierung in den entsprechenden Gremien hat das Bundesministerium des Innern die Gewährung von Visumerleichterungen für ukrainische Staatsbürger immer abgelehnt. Leider ist diese Position in der letzten Zeit nicht mehr vonseiten des Auswärtigen Amtes berücksichtigt worden. Die Ukraine ist als Herkunfts- und Transitland unerlaubter Migration von hoher Bedeutung. Nach bisher noch inoffiziellen Zahlen nimmt die Ukraine im Jahr 2004

- weil der Brief im November 2004 erst geschrieben worden ist, also inoffizielle Zahlen -

Platz eins bei den unerlaubten Einreisen und den geschleusten Personen ein sowie Platz zwei bei den unerlaubten Aufenthalten. Das ist ein deutlicher Anstieg gegenüber den Vorjahren. Ferner ist die Ukraine Transitland grenzüberschreitender organisierter Kriminalität und des Drogenhandels. Die Beurteilung der Einwanderungs- und Sicherheitsrisiken sowie die mangelnden Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption lassen

derzeit keinen Spielraum für Visum erleichterungen.

Wohlgemerkt, das ist nicht CDU oder CSU, das ist das Bundesministerium des Innern. Stimmen Sie mir zu - nicht 2002, sondern 2004 im November?

Zeuge Fischer: Nein, da stimme ich nicht zu.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Stimmen Sie mir zu, wenn ich das lese, dass ich besorgt sein muss, dass Ihre Äußerung, dass diese Missbräuche überwunden sind, nicht richtig ist, und dass ich mir auch Sorgen mache, ob das wirklich die abgestimmte Position der Bundesregierung ist zum Thema Visaerleichterung, die Sie gerade vorgetragen haben?

Zeuge Fischer: Aber ja, ich kann Sie an beiden Punkten nur noch weiter sozusagen in Ihre Sorge vertiefen - oder in dem einen, dem zweiten. Im ersten kann ich Sie beruhigen.

Schauen Sie, dieses Schreiben haben wir in der Bundesregierung diskutiert. Damit komme ich jetzt, da dieser Prozess nicht abgeschlossen ist, natürlich in den Arkanbereich. Aber ich kann Ihnen sagen: Die Bundesregierung hat in Brüssel - - Ich war selbst bei diesem Rat dabei, ich habe selbst an dem Kompromiss gearbeitet. Wir vertrauen voll auf Frau Ferrero-Waldner. Was Sie angesprochen haben - Transit, Sicherheitslücken im Grenzregime, und zwar nicht nur östliche Grenze oder südliche Grenze, sondern es wurde von Präsident Juschtschenko eben auch die Grenze zu Moldawien angesprochen, auch bei seinem Besuch hier; die Ukrainer wissen, dass das ein ganz wichtiger Gesichtspunkt ist -, steht so auch im Beschluss drin. Aber was soll ich mit Ihnen hier über diesen Brief eines Abteilungsleiters zu dieser fast mitternächtlichen Stunde reden, der den Gesichtspunkt - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Glauben Sie nicht, dass das auch die Auffassung des Ministers ist?

Zeuge Fischer: Das ist bei mir keine Glaubensfrage.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): So, wie ich die beiden erlebe, haben die ein sehr eng

abgestimmtes Verhältnis. Der wird das mit Sicherheit nicht schreiben, wenn das nicht im Sinne seines Ministers wäre.

Zeuge Fischer: Aber schauen Sie, wir haben eine gemeinsame Position in die EU eingebracht. Insofern weiß ich gar nicht, worüber wir hier reden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann lassen Sie uns darüber reden, dass Herr Dr. Lehnguth sagt - -

Zeuge Fischer: Gerade Sie als ehemaliger Pressekorrespondent des ZDF müssten das doch aus dem Effeff kennen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde gerne danach fragen, was Herr Dr. Lehnguth hier sagt. Das zeigt, dass wir hier die Ukraine nun wirklich nicht in ein schlechtes Licht rücken, sondern dass es Probleme gibt, dass sie auf Platz eins bei den unerlaubten Einreisen von geschleusten Personen ist. Welche Konsequenzen hat denn das heute für das Visumverfahren? Sie haben sicherlich gehört, was Herr von Kummer hier ausgesagt hat: In Einzelfällen, aber doch sei es schon so in der Botschaft, dass Ortskräfte an entsandten Kräften vorbei Visa erteilen würden. Meinen Sie nicht, dass es insofern eine Herausforderung - -

Olaf Scholz (SPD): Er hat nicht das Präsens benutzt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Bitte?

Olaf Scholz (SPD): Das Präsens benutzen Sie.

(Sebastian Edathy (SPD): Allerdings! Das hat er so nicht gesagt!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das können wir im Protokoll gern noch einmal überprüfen. Mir ist das deswegen so gegenwärtig, weil das diese besonders beeindruckende Passage war, wo Herr Edathy mir eine bestimmte Äußerung in der „Kreiszeitung Syke“ hier vorgehalten hat. Deswegen habe ich das natürlich noch sehr im Gedächtnis und ich hatte es vor dieser Vernehmung noch einmal durchgelesen. Ich bin davon ausgegangen, dass er einen durchaus bis heute geltenden Zeitraum beschreibt, weil er ja auch beschreibt, wie es nach wie vor im Umfeld - das

hat er beschrieben - der Botschaft organisierte Kriminalität gibt.

Also die Frage: Ist Ihnen bekannt, dass dort immer noch die Problematik der Ortskräfte sehr virulent ist? Ich kann es gleich noch um einen anderen Gesichtspunkt erweitern. Ist Ihnen bekannt, dass andere Schengen-Partner Interviews gerade mit Risikogruppen - das heißt mit Personenkreisen, die besonders häufig das Visum missbrauchen - grundsätzlich mit entsandten Kräften - das heißt etwa Frankreich mit französischen oder Großbritannien mit britischen Staatsangehörigen - führen und nicht mit Ortskräften? Sehen Sie da nicht nach wie vor einen missbrauchsfälligen Tatbestand in unserer Botschaft?

Zeuge Fischer: Sie werden verstehen, dass ich mir nicht vorliegende wörtliche Äußerungen des von mir sehr geschätzten Kollegen Kummer hier nicht auf Hörensagen kommentieren kann.

Zum Zweiten: Ich finde die Zusammenarbeit mit Ortskräften, vor allen Dingen im Interviewbereich, wo es auch um Sprachkompetenz geht, eine ganz erhebliche Sache. Das läuft ja nicht so ab: Die machen die Interviews und Entsandte sind überhaupt nicht dabei. Vielmehr es gibt natürlich auch hier sozusagen flexiblere Handhabungen. Aber hier einen Generalverdacht gegen Ortskräfte auszusprechen, das fände ich alles andere als fair. Ich kann Ihnen sagen: Wir sind darauf angewiesen. Es geht gar nicht, gerade - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber bei anderen Ländern geht es ja anders. Bei Frankreich und Großbritannien läuft es so.

Zeuge Fischer: Aber Sie blenden jetzt wieder aus, -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, es geht um Schengen.

Zeuge Fischer: - nein -, dass Frankreich und Großbritannien nicht über zehn Jahre hinweg eine Zuwanderung in dieser Größenordnung gehabt haben und deswegen natürlich auch sozusagen der Kontakt nach Deutschland ein ganz anderer ist. Ich meine, das können andere wesentlich kompetenter darstellen als ich.

Großbritannien hat vermutlich in einem Visabereich, wo wir weniger Probleme haben, Probleme. Das betrifft den indischen Subkontinent. Ich kenne das Visaregime nicht so genau. Sie sind ja nicht Teil von Schengen. Was Frankreich betrifft, wird dort die Orientierung der Visaproblematik auf die Ukraine garantiert nicht das Hauptproblem sein, sondern auch da gibt es garantiert Probleme in andere Horizonte, Bereiche hinein.

Nur, Sie als CDU/CSU können sich hier doch nicht hinsetzen und dauernd unterschlagen, dass wir aufgrund des starken - - Ich weiß gar nicht, wie viele es mittlerweile sind; aber es ist eine beachtliche Zahl. Damit ich nicht missverstanden werde: Ich habe mich immer dafür ausgesprochen. Ich gehörte nie zu denen. Es gab eine Zeit, wo das kritisiert wurde: die russlanddeutsche Zuwanderung. Ich gehörte nie dazu.

(Zuruf der Abg. Jelena Hoffmann
(Chemnitz) (SPD))

- Ich glaube, 3,4 oder so etwas. - Ich gehörte nie dazu. Ich fand das immer - - Ich habe da auf meinen eigenen biografischen Hintergrund verwiesen und auf meinen Besuch in Kasachstan. Ich habe das immer vertreten, aus der Opposition heraus, auch in Wahlkämpfen.

Aber wenn ich euch hier zuhöre heute, dann tut ihr gerade so, als wenn es da nicht einen Zusammenhang gäbe, der verdammt noch mal eben auch in den familiären Beziehungen liegt. Dem kann man sich nicht entziehen. Daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, sozusagen die Zustände seien da nicht - - Ich war doch jüngst da und habe mit den Kolleginnen und Kollegen geredet, und zwar lang und intensiv.

Ich kann Ihnen nur sagen zu dem, was Sie hier darstellen, auch mit Herrn Dr. Lehnguth: Sie wissen so gut wie ich, wenn ich im Allgemeinen Rat eine deutsche Position einbringe, dann ist das nicht abhängig von der Zustimmung von Herrn Dr. Lehnguth, wohl aber vom Kabinett. Es ist nichts, was Fischer sozusagen aus der Lamäng - - Ich bin jetzt mal gerade in Europaseligkeit, da geben wir jetzt mal ein bisschen in dem Bereich dran.

Sie wissen doch nur zu gut - im Gegensatz zu allen Ihren anderen Kollegen -, wie die Verfahrensabläufe sind und dass die deutsche Bundesregierung sich dort im Na-

men der Bundesrepublik Deutschland positioniert und nicht das Auswärtige Amt allein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe den Brief von Herrn Dr. Lehnguth nur deswegen hier zitiert, weil er die großen Schwierigkeiten zeigt, die wir offenbar immer noch mit illegaler Zuwanderung aus der Ukraine haben. Denn wenn er sagt, die sind auf Platz eins, dann heißt das doch: Das meiste an illegaler Zuwanderung, das uns bis ins Jahr 2004 bedrückt - um nicht zu sagen: bedroht -, ist das, was aus der Ukraine kommt. Würden Sie mir zustimmen, dass das insofern unsere besondere Aufmerksamkeit verdient?

Zeuge Fischer: Wir sind immer besonders aufmerksam.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Auch bei Entscheidungen über Visaerleichterungen?

(Eckart von Klaeden (CDU/CSU):
Dann hätten wir diesen Untersuchungsausschuss nicht!)

Zeuge Fischer: Ja. Dennoch bleibe ich bei meiner Behauptung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann würde ich gerne nach Moskau fragen. Wissen Sie, wie viel Prozent der Antragsteller in Russland im Augenblick ohne persönliche Vorsprache in der Botschaft oder einem unserer Generalkonsulate ein Visum bekommen?

Zeuge Fischer: Wenn ich es richtig sehe, liegen wir im Bereich des Reisebüroverfahrens gar nicht sehr hoch, im Notenstellenverfahren allerdings in einer entsprechenden Größenordnung. Nur kann ich Ihnen da sagen - das wird Sie weniger treffen, Herr Grindel -: Da sitzen einige junge Nachwuchshoffnungen auf der Juristinnen- und Juristenbank, die durchaus auch einmal Syndikus in einem Unternehmerverband werden wollen. Das ist natürlich etwas, woran die deutsche Wirtschaft ein hohes Interesse hat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber auch andere Länder machen mit Russland, wenn ich das richtig sehe, gute Geschäfte.

Zeuge Fischer: Ja, Sie putzen das gerade mal schön souverän auf die Seite: „auch

andere Länder machen“. Na gut! Aber wir machen da schon sehr gute Geschäfte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Mir geht es um die Frage, ob Sie mir sagen können - weil Sie das Notenverfahren angesprochen haben -, mit wie viel Firmen, Reisebüros, anderen Partnern wir denn dort das Notenverfahren durchführen. Welche Größenordnung?

Zeuge Fischer: Das Notenstellenverfahren.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Fischer: Das Notenstellenverfahren bezieht sich darauf - - nicht Reisebüros.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, nein.

Zeuge Fischer: Das hat damit nichts zu tun.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe danach gefragt.

Zeuge Fischer: Das Notenstellenverfahren bezieht sich darauf, dass es eine Absprache gibt - ich meine, mich zu erinnern - mit der Auslandshandelskammer, der deutsch-russischen Handelskammer, dass Bona-fide-Firmen - darunter sind deutsche und russische Firmen -, dass staatliche Stellen, Regierungsstellen und die in Russland noch immer sehr bedeutsamen Kulturverbände und Wissenschaftsinstitutionen ein erleichtertes Visaverfahren über diese Notenstelle bekommen. Der Prozentsatz ist unseres Erachtens steuerungsbedürftig. Das hat der Besuch dort ergeben. Er ist noch nicht im kritischen Bereich.

Aber ich kann Ihnen nur sagen: Sie werden dort die deutsche Wirtschaft auf die Barrikaden bringen und Sie werden auch unseren Beziehungen zu Russland einen Tort antun. Dennoch wird in diesem Bereich nachgesteuert. Nur, daraus abzuleiten, das sei irgendetwas mit Kiew früher Vergleichbares - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein.

Zeuge Fischer: Sie werden Probleme - - Ich könnte Ihnen auch sagen: Fragen Sie in

anderen Bereichen, wo wir auch nachsteuern werden. Das ist ja jetzt das Prinzip - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, es geht um die Frage Ihrer Aussage: Seit 2003 sind Missstände und Missbräuche beseitigt.

Wir haben 900 Partner, mit denen dieses Notenverfahren, wie das heißt - -

Zeuge Fischer: Notenstellenverfahren.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. In den Papieren der Botschaft Moskau, die ich Ihnen auch gleich vorhalten werde, steht „Notenverfahren“. Da wollen wir uns nicht streiten.

Es sind 900. Der Kollege Jerzy Montag möge mir durch Nicken bestätigen, dass auf seiner Internetseite steht, dass bei großen Botschaften im Schnitt 70 üblich sind.

(Widerspruch des Abg. Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

900 und 70, das ist schon einmal - -

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Grindel, die Information auf meiner Homepage bezieht sich auf Reisbüros.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wie viele sind es beim Notenverfahren? Na?

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu habe ich auf meiner Homepage keinerlei Zahlen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Jedenfalls sind 900 - -

Zeuge Fischer: Herr Kollege Grindel - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, nein. Ich bin noch nicht mit meiner Frage fertig.

Herr Zeuge, -

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - aus Anlass der Fragestunde des Bundestages hat der Gesandte Keil an den jetzigen Botschafter am 16. März 2004 einen Vermerk genau zu diesem Problem gemacht. Er schreibt, dass zwar unsere Fragen grundsätzlich eine

Überprüfung des Visaverfahrens an der Deutschen Botschaft in Moskau nicht zwingend machen. Aber er schreibt dann auch:

Kritisch wird allerdings das in diesem Ausmaß praktizierte Notenverfahren (massives Abweichen vom Prinzip der persönlichen Vorsprache) gesehen. Hier bewegt sich die Visastelle schon jetzt am Rande der Legalität.

Ich möchte von Ihnen vor dem Hintergrund dieser Aussage des Botschaftsrates Keil, des Gesandten dort, wissen, wie sich das mit Ihrer Äußerung verträgt, dass alle Missstände und Missbräuche seit 2003 beseitigt sind, wenn hier selbst die Botschaft sagt, man bewege sich „am Rande der Legalität“.

Zeuge Fischer: Ich will Ihnen was sagen: Wir hatten dort einen Besuch. Wenn ich richtig informiert bin - aber legen Sie mich darauf nicht fest -, war sogar der von Ihnen vorher genannte Beamte des BMI mit dabei, auch der von Ihnen hier als Zeuge vernommene Herr von Kummer, wenn ich mich richtig entsinne. Anlässlich dieses Besuches wurde dies auch erörtert. Es steht, wie ich gelesen habe, im aktuellen Frühwarnbericht als Nachsteuerungsaufgabe, aber nicht in dem Sinne, dass hier etwas aus dem Ruder gelaufen ist. Es wird auch darauf hingewiesen, dass es ein sehr sensibles Thema für die deutsche Wirtschaft und für die deutsch-russischen Beziehungen ist. Dennoch wird hier nachgesteuert werden.

Nur, Herr Grindel, Sie sind doch - Entschuldigung, Herr Abgeordneter - Sie sind doch ein erfahrener Journalist. Sie wissen doch: Interviews - - Ich habe das auf Kiew und die Situation bezogen, die hauptsächlich zu diesem Ausschuss geführt hat. Sie können mir doch nicht unterstellen, dass ich gesagt habe: Wir haben keine Probleme mehr. Die Probleme werden wir immer haben. Solange es ein Visaregime gibt, kann ich mir nicht vorstellen, dass es diese Probleme nicht gibt. In dem Moment, wo Sie die Visafreiheit geben, verschwinden die Probleme. Aber die Herausforderungen, die Sie dann hinter dem Problem sehen, sind dennoch da. Das wissen Sie doch auch. Unter diesem Gesichtspunkt jetzt dauernd zu kommen und zu sagen: Da haben wir noch etwas und da haben wir noch etwas - - Dann

könnten Sie sagen: Da müssen wir im Reisebüroverfahren nachschauen.

In Peking haben wir nachgeschaut und gefunden und nachgesteuert. So wird das immer weitergehen. So wird das auch unter einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger weitergehen, weil sich die Dinge verändern und weil es ein beständiges Hin und Her ist wie zwischen Straftätern und Polizei oder zwischen Steuerhinterziehern und Finanzamt. Ein ewiges Hin und Her. Das heißt aber nicht, dass man sich der Aufgabe entziehen darf - damit ich hier nicht missverstanden werde. Nur, zu behaupten, wir werden das problemfreie Visaregime schaffen - - Das werden Sie nur schaffen, wenn Sie es abschaffen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wie bewerten Sie denn den Vorgang, dass wir in keinem Bereich so sehr steigende Asylbewerberzahlen haben wie bei Asylbewerbern aus den GUS-Staaten, vor allen Dingen aus Russland - einmal ganz davon abgesehen, dass es natürlich ein bisschen merkwürdig ist, dass wir Asylbewerber aus Russland haben, wo Herr Putin - was sagt der Kanzler immer? - ein lupenreiner Demokrat ist. Aber das nur nebenbei. Ist das hier nicht auch ein Einfallstor, wenn wir die Frage einer Visavergabe mit steigenden Asylbewerberzahlen sehen?

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie! Sie können doch dieses in Moskau existente Notenstellenverfahren dafür nicht verantwortlich machen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Warum das nicht?

Zeuge Fischer: Weil ich Sie nochmals dringend darauf hinweisen möchte: Wenn Sie mit der Kettensäge an die deutsch-russischen Beziehungen und an die Wirtschaftsinteressen der Bundesrepublik Deutschland gehen wollen, dann reden Sie so weiter! Dann kann ich nur sagen: Good luck! Good luck!

Ich bestreite gar nicht, dass wir hier der Meinung sind. Das muss nachgesteuert werden. Aber grundsätzlich möchte ich jetzt wirklich an die Fraktionen appellieren: Bedenken Sie bitte die Folgen!

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich halte Ihnen einen Drahtbericht aus dem Konsulat St. Petersburg vor, wo am 14. April übermittelt wird:

Es hat den Anschein, dass selbst ansonsten seriös arbeitende Firmen von ihren Geschäftspartnern unter Druck gesetzt werden und so genannte Gefälligkeitseinladungen auch für solche Personen ausstellen, die nicht unter die Kategorie Geschäftsreisende fallen.

Es ist ja nicht so, dass man sagen kann, hier haben wir keine Einfallstore, die sich am Ende auch bei uns in dieser Weise bemerkbar machen.

Zeuge Fischer: Herr Grindel, wenn Sie so weitermachen, kommt bald keiner mehr. Ich bestreite das doch gar nicht. Woher kommen denn diese Erkenntnisse? Die Erkenntnisse kommen von unseren Mitarbeitern. Das heißt doch, die sind präsent.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, gut.

Zeuge Fischer: Die stellen das auch fest. Aber ich bitte Sie jetzt nochmals in allem Ernst - das hat jetzt nichts mit mir zu tun -: Bedenken Sie doch, was Sie jetzt gerade tun! Wir können gerne darüber reden: Reicht das etc.? Aber was Sie jetzt gegenwärtig tun: „Auch seriöse Firmen werden unter Druck gesetzt“.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Schreibt Ihre Vertretung.

Zeuge Fischer: Wenn man diese Logik fortspinnt, dann sind wir - - Dieser Bericht zeigt nur: Da ist ein Problem; an diesem Problem arbeiten wir; das haben wir identifiziert. Das ist sozusagen Ausdruck der Wachheit. Daran müssen wir weiter arbeiten.

Wir können es nicht verschwinden lassen, weil der Preis dafür, diesen Mechanismus sozusagen abzustellen - - Wenn wir jetzt auch noch bei seriösen Firmen - - Da sprechen wir auch von vielen vor allem in Baden-Württemberg beheimateten kleinen und mittleren Unternehmen, die nicht den großen Apparat von Großunternehmen haben, oder die in Nordrhein-Westfalen zu Hause sind, vor allen Dingen in Ostwestfalen - viele Unternehmen, die dort tätig sind. Dann sprechen wir auch von großen Unternehmen.

Wenn Sie meinen, dass wir in diesem Zusammenhang sozusagen den Vertrauensschutz wesentlich reduzieren sollten, dann sagen Sie das hier, vor laufender Kamera! Jetzt!

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben gesagt, Sie haben nachgesteuert beim Notenstellenverfahren.

Zeuge Fischer: Ich habe gesagt: Wir sind dabei, nachzusteuern.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was wollen Sie denn da machen?

Zeuge Fischer: Nachsteuern.

(Heiterkeit)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Meinen Sie - weil Sie gerade die Fernsehkameras ansprechen -, das ist eine überzeugende Antwort auf meine Frage?

Zeuge Fischer: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann danke ich dafür.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Als Nächster Herr Montag.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister, mal wieder einige kleine Klarstellungen,

(Heiterkeit)

damit das Protokoll vollständig ist.

Der Kollege Grindel hat sich auf eine Befragung des Zeugen von Kummer bezogen. Es ging um die Frage, ob es in Kiew vorkommt, dass die Ortskräfte an den Entscheidern vorbei Visa erteilen würden. Da ging es um die Frage, ob es jetzt noch so ist oder früher so war. Ich darf Ihnen die Stelle aus dem Protokoll - 14.04., Seite 120 - einmal vortragen:

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aha.

Zeuge Fischer: Ich muss sagen, das klingt glaubwürdig!

(Heiterkeit)

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigen Sie, das steht so drin.

Zeuge Fischer: Aber auch der Ton! Sehr glaubwürdig!

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich habe das im Ohr.

Aha. Dann haben also Ukrainer darüber entschieden, dass Ukrainer nach Deutschland kommen.

Zeuge von Kummer: Das heißt, das sind kriminelle Formen. Da spreche ich aber die Vergangenheit an.

Ein zweiter Punkt: der interessante Disput mit dem Vorsitzenden im Sinne dieses - wie soll ich sagen? - in Worte gekleideten Vorwurfs. Es ging um die Firma Itres und es ging darum, dass diese Firma von April 2002 bis 20. September 2002 - ich sage es einmal etwas salopp - im Geschäft war. Der Vorwurf des Herrn Vorsitzenden war: Da hat das Auswärtige Amt Arbeit mit Kriminellen abgesegnet. „Kriminelle“ war das Wort von Ihnen, Herr Dr. Uhl.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Seinen Segen gegeben.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich darf darauf hinweisen, dass das Bundeskriminalamt uns darüber in Kenntnis gesetzt hat, dass das Verfahren gegen diese Herren eingestellt worden ist. Das bedeutet nicht, dass sie vielleicht Saubermänner oder Ehrenmänner waren. Aber diese Feststellung mit fester, schneidiger Stimme: „Das waren Kriminelle“ - - In einem Ausschuss des deutschen Parlaments sollte man da auch zum Schutze von Persönlichkeitsrechten etwas vorsichtiger formulieren.

Ich komme zu der Frage - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Aber vorbestraft waren sie schon.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Kollege Montag, ich muss Sie doch unterbrechen, weil Sie einen falschen Vorhalt gemacht haben.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, ich hoffe, Sie regen sich jetzt nicht mehr so - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe gerade das Protokoll noch einmal überprüft. Der Zeuge von Kummer hat vor dem zitierten „Aha“ von mir auf meine diesbezügliche Frage die Äußerung gemacht:

Erst einmal gibt es die Möglichkeit oder hat es die Möglichkeit gegeben, dass Ortskräfte die Entscheidung komplett umgangen haben.

Das heißt, er hat sowohl Präsens als auch die Vergangenheit benutzt. Nur um darzustellen --

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, natürlich! Und daraufhin haben --

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Er hat gesagt:

Erst einmal gibt es die Möglichkeit oder hat es die Möglichkeit gegeben ...

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Beide Formen hat er angesprochen.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und daraufhin --

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich will Ihnen eines sagen: Wenn Sie schon zitieren, dann wäre es ganz freundlich, wenn Sie es auch vollständig zitieren würden.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Daraufhin haben Sie nachgefragt: Ist das also jetzt so? Dann hat er gesagt: Nein, ich spreche von der Vergangenheit. - Okay.

Sie, Herr Minister, haben sich heute mehrfach und sehr engagiert gegen die Kriminalisierung, gegen die Skandalisierung des Visaproblems insbesondere in Richtung auf die Ukraine hin verwahrt - wie ich finde, mit guten Argumenten. Das hat etwas zu tun mit unserer Diskussion hier über die Statistik. Der Vorwurf der Union lautet seit Monaten: Hunderttausende von Verbrechern und Zwangsprostituierten sind in dieses Land gekommen. Herr Rüttgers hat im NRW-Wahlkampf die These aufgestellt, es handle sich um den größten Verstoß gegen die Menschenwürde, das größte Menschenwürdeverbrechen seit 1945 in Deutschland.

Nun stellen wir fest, dass es in der Statistik keine Spuren dieser hunderttausendfachen Fälle gibt. Der Einwand mag ja berechtigt sein. Es gibt Gründe, warum bestimmte Sachen in der Statistik nicht so auftauchen. Aber aus der Tatsache, dass sie nicht auftauchen, ist noch kein Beweis geführt, meine Herren, dass es so ist.

Es bleibt also deswegen die Frage: Woher kommt dieser Wunsch nach der Skandalisierung mit den großen Zahlen, mit den Zehntausenden und Hunderttausenden von Verbrechern, von Schwarzarbeitern, von Zwangsprostituierten? Das ist der Zusammenhang mit der Statistikdiskussion, die wir immer führen. Ich möchte Sie bitten, dass Sie dazu noch einmal Stellung nehmen.

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter Montag,

(Eckart von Klaeden (CDU/CSU):
Jerzys Gruselgeschichten! - Jerzy
Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ihre Gruselgeschichten!)

ich kann Ihnen da nur zustimmen.

(Lachen bei der CDU/CSU und der
FDP)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das kommt jetzt überraschend.

Zeuge Fischer: Ich kann Ihnen da nur zustimmen, auch was Herrn Rüttgers betrifft. Der hat ja im Moment ein anderes Problem. Herr Rüttgers ist ja etwas überschäumend von der Überlegenheit des katholischen Menschenbildes überzeugt und ringt jetzt hier mit sich selbst. Er hat eine Neigung dazu. Er hat diese Behauptung - sie ist unsinnig - aufgestellt. Wie ich diese ganzen Skandalisierungen -- Ich finde, man tut sich damit keinen Gefallen. Es wird auch nicht funktionieren. Es wird meines Erachtens nur die Gefahr, dass Politik etwas Verächtliches ist, vergrößert.

In diesem Zusammenhang: Wenn deutsche Sprache einen Sinn macht, haben Sie natürlich mit Ihrem Vorhalt gegenüber dem Abgeordneten Grindel völlig Recht. In der Zeitabfolge -- Ich bin kein Jurist. Aber ich glaube, was Textexegese in der deutschen Sprache anbetrifft, davon verstehe ich etwas. Wenn es um Frage und Antwort geht, dann ist natürlich die Abfolge von ganz entscheidender Bedeutung, um den Text zu verste-

hen. Sie haben auf die Erläuterung von Herrn Kummer dann in die Präsensform gewechselt. Daraufhin hat er noch einmal geantwortet, in dem er auf die Vergangenheitsform hingewiesen hat. Mit Ihrer Interpretation würden Sie durch jeden Grammatik- und auch Deutschtest fallen. Herr Grindel, das schockiert mich bei einem Journalisten schon etwas.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wenn Sie gesehen hätten, wie oft Herr von Kummer sich verzweifelt an Frau Flor gerichtet hat und die Weisungen sozusagen visuell entgegengenommen hat, dann wissen Sie ganz genau, wieso er diese Aussage dann so gemacht hat. Das ist abwegig. Er hat das gesagt bezogen auf beide: jetzt die Situation und die Vergangenheit.

Zeuge Fischer: Herr Grindel, einigen wir uns doch darauf: Er kannte Sie nicht, ich kenne Sie; deswegen wende ich mich nicht an Frau Flor.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist auch ein bisschen schwierig.

Zeuge Fischer: Oh, das ginge schon.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Ich habe noch eine letzte Frage an Sie. In der Diskussion, die wir jetzt über das Problem der Zwangsprostitution führten, ist von den Kolleginnen der Union der Begriff verwendet worden als Vorwurf gegenüber dem Erlass Fischer I; dadurch sei die Bewegungsfreiheit von Menschen ausgeweitet worden. Natürlich, denklogisch: Wo die Bewegungsfreiheit von Menschen ausgeweitet wird, da besteht auch die Möglichkeit, dass Frauen zur Prostitution nach Deutschland kommen. Natürlich sind auch die entsetzlichen Fälle möglich, in denen sie hier in Deutschland unter Zwang als Opfer des Menschenhandels gezwungen werden.

Wir haben - weil Sie gefragt worden sind, was eigentlich nach Ihrer Rede 2001 im OSZE-Prozess geschehen ist - eine Mitteilung der Botschaft - ich glaube, vom RK-Referenten Schissau - vom 23.07.2004. Da berichtet die Botschaft Kiew, dass es in Kiew ein OSZE-Projektkoordinatorenbüro mit Visastellenmitarbeitern gibt. Er berichtet davon, dass in diesem Koordinatorenkreis der OSZE in Kiew mit Visastellenmitarbeitern aus

30 Botschaften an der Frage gearbeitet wird: Wie identifiziert man Opfer von Menschenhandel im Visumverfahren? Ich will Ihnen den letzten Satz oder den Satz, der das zum Ausdruck bringt, unter Sechstens in diesem Bericht vorhalten - Zitat -:

Botschaftsvertreter wiesen darauf hin, wie schwierig es in der Praxis für die Mitarbeiter in der Visastelle ist, potenzielle Trafficking-Opfer zu erkennen. Zwar wird die Möglichkeit, von den genannten Hilfsorganisationen Informationsmaterial zur Verteilung zu erhalten, begrüßt. Es bleibt aber dabei, dass eine inhaltlich ergiebige Befragung von weiblichen Visakunden, die zugleich diesen nicht den Eindruck vermittelt, jede Frau stehe unter einem Prostitutions-Generalverdacht, ein sehr schwieriger Balanceakt ist.

Meine Frage an Sie ist - um noch einmal die Frage der Union aufzugreifen -: Ist die Ausweitung der Bewegungsfreiheit tatsächlich ein Indikator oder gar ein Grund dafür, dass es zu Fällen des Menschenhandels von der Ukraine nach Deutschland kommt?

Zeuge Fischer: Nein, sondern ich glaube, da spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Wenn die Faktoren, die wir vorher in sachlicher Atmosphäre erläutert haben, nämlich hohe Nachfrage und auch hohe finanzielle Anreize in einem, perverserweise muss man dazu sagen: Markt, verbunden werden mit einem starken sozialen Gefälle, dann ist sozusagen der Druck und auch der Gewinnanreiz für Kriminelle, Schwerkriminelle, Zuhälterei natürlich enorm hoch. Es wird ja darauf hingewiesen, dass es hier auch andere Wege gibt, etwa polizeiliche Praktika, die sich damit beschäftigen, vor allen Dingen auch im internationalen Bereich, auch auf dem Balkan. Sie kennen das nur zu gut, dass die üblichen Grenzkontrollen hier kein Hemmnis sind. Tatsächlich, solange Mauer und Stacheldraht waren - die waren ja nicht nur zwischen Ost und West direkt an der Konfrontationslinie, sondern es waren ja befestigte Grenzen auch innerhalb der Staaten der Warschauer Paktes, die nicht ohne Weiteres durchlässig waren -, war die Möglichkeit so nicht gegeben, zumindest nicht in diesem Ausmaß.

Diese Faktoren müssen alle zusammenkommen. Deswegen glaube ich, dass sich auch diese Sache oder diese These - mehr

Bewegungsfreiheit ist gleich ... - nicht halten lässt. Natürlich, je weniger Bewegungsfreiheit, ist dies ein eingrenzender Faktor. Aber wir alle wollen in einer offenen Gesellschaft in einem freien Europa leben. Das ist aber kein Europa ohne Regeln. Insofern werden wir hier dieses Abwägen nun hinzubekommen haben.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Dann der Kollege Binninger, bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Minister, Sie hatten mehrfach darauf abgehoben, wie schwierig die Arbeitsbedingungen in den Visastellen vor Ort sind; da sind wir sicher nicht im Streit. Ich glaube auch, diese Schwierigkeit der Arbeitsbedingungen gilt ganz besonders für die Visastelle in Pristina. Deutschland war 2003, 2004 das erste und einzige EU-Land, welches in Pristina eine Visastelle eröffnete. Sind Ihnen die Probleme, die es in Pristina offensichtlich gibt,

(Zeuge Fischer: Gab!)

bekannt, und ist Ihnen auch der Vermerk Ihres Hauses vom 16. Juli darüber bekannt?

Zeuge Fischer: Schauen Sie, als wir von den Problemen in Pristina erfahren haben -- Die sind aber völlig anders gelagert als im Zusammenhang mit Kiew. Ich war auch in der Vertretung in Pristina. Es ist ein sehr, sehr schwieriges Umfeld um Pristina, auch, Leute dort hinzubekommen. Auch da hat sich wieder gezeigt, dass der Druck und die Schnittstelle zu den Ortskräften ein Problem waren. Die Ursache für die Probleme, die wir dort vorgefunden haben, war meines Erachtens die Frage Personaleinsatz - einer der Gründe, warum wir ebenfalls in der Frage Personaleinsatz einen wichtigen Punkt sehen. Das heißt, dass die Kombination, die Mischung des Teams stimmt: Erfahrung und jung. Rotationsmodelle von Ortskräften, dass es keine Auswahl mehr gibt bei Ortskräften, sondern -- All diese Dinge. Bauliche Veränderungen, all das spielt eine Rolle. Aber es geht hier im Wesentlichen um die Frage Personaleinsatz. In dem Moment, wo das bei uns aufgelaufen ist, wurde auch ich informiert. Ich habe sofort gesagt: Hin, schaut euch an, worum es da geht, löst das Problem, berichtet! - Ich kann Ihnen nur sagen:

Mein Eindruck, den ich dort gewonnen habe, ist, dass es aber unklug wäre - wir würden die Probleme damit nicht lösen -, Pristina zu schließen. Warum?

Ähnliches Problem, wie ich es vorhin im Zusammenhang mit der Ukraine angesprochen habe. Wir haben hier, glaube ich, 200 000 oder 250 000 legal lebende Kosovaren - völlig legal -, die hier seit vielen Jahren leben, arbeiten und Steuern bezahlen, hier also völlig legal leben. Die Familienkontakte spielen natürlich eine große Rolle. Hinzu kommt, dass zwar kein anderes EU-Land, aber die Schweiz ebenfalls, wurde mir gesagt, eine Konsulatsabteilung dort unterhält, auch aufgrund der Tatsache, dass sie über eine starke kosovarische Zuwanderungsgruppe in der Schweiz verfügen. Ich kann nur sagen, dass wir hier die notwendige Nachsteuerung im Prozess sind und dass Pristina eine ganz schwierige Position ist, nicht nur jetzt im Visabereich. Es ist nicht einfach, das in Pristina hinzubekommen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen einen Vorhalt aus dem Vermerk Ihres Hauses über die Missstände dort mache. Wenn Sie sagen, Sie haben Probleme vorgefunden, muss man, glaube ich, schon einmal klarstellend darauf hinweisen: Sie haben diese Visastelle 2003 eingerichtet. Das heißt, Sie hätten damals mit den Erfahrungen, die Sie jetzt zum Thema Visamissbrauch haben, eigentlich auch diese Stelle so einrichten können, dass sie optimal ausgestattet ist. Ihr eigenes Haus schreibt hier:

Angesichts der Größe der logistischen und personellen Herausforderungen sowie den Missbrauchs- und Korruptionsgefahren wäre eine Sturmwarnung und eine kurzfristige Abordnung organisationserfahrener Kollegen zur Bewältigung des ersten Ansturms nötig gewesen. Größter Schwachpunkt der Visastelle war und ist die ...

- dann kommt ein längerer Satz über organisierte Kriminalität und den Druck -

... mangelhafte Besetzung mit entsandtem Personal.

Weil da wohl Personal ist, die am Anfang ihrer Berufslaufbahn stehen. - Da frage ich mich schon, was Sie diesen Leuten zumuten, in ein so schwieriges Feld zu gehen, warum Sie nicht von Beginn an erfahrene Kräfte

finden, warum das Kind immer erst in den Brunnen fallen muss und Sie dann sagen: „Wir steuern nach“, wenn Sie 2003 eine Visastelle hier eröffnen.

Mir kommt ein weiterer Punkt aus diesem ganzen Umstand bekannt vor. Der Ursprungskonflikt 2000 - so haben wir heute Morgen um 10 Uhr bzw. nach Ihren langen Ausführungen um 12 Uhr begonnen - war die mangelhafte Abstimmung mit dem BMI über Missstände oder Neuerungen oder andere Dinge. Bei diesen Missständen, die Sie im Sommer 2004 festgestellt haben, verursacht, weil Sie nicht genügend und nicht erfahrenes Personal, unter anderem ... (akustisch unverständlich) oder begünstigt, hingesandt haben, meldet sich ein halbes Jahr später das Bundesministerium des Innern bei Ihnen im Hause bei Ihrem Staatssekretär. Ich will nur einen Satz vorlesen, der beschreibt, wie wenig Sie bereit sind, aus allen Erfahrungen, die Sie gemacht haben, zu lernen - Zitat; den müssen Sie sich schon noch anhören -:

(Zeuge Fischer: Ja, gerne!)

Obwohl Ihrem Hause die brisanten Informationen zu den Zuständen im deutschen Verbindungsbüro in Pristina spätestens seit dem 16. Juli 2004 vorlagen, unterblieb leider jegliche Unterrichtung des Bundesministeriums des Innern.

Dieser Brief stammt vom Dezember 2004. Das BMI wüsste bis heute nichts davon, wenn es nicht zufällig von einer anderen Bundesbehörde diesen vertraulichen Bericht aus Ihrem Hause zugespielt bekommen hätte. Wenn Sie weiterhin so zusammenarbeiten, mache ich mir mehr Sorgen, als dass ich mich sicher fühle bei der Visapolitik.

Zeuge Fischer: Schauen Sie, an dem Punkt, Herr Abgeordneter Binninger, glaube ich, können Sie sich wirklich entspannen. Es waren von Anfang an nachgeordnete Behörden des BMI. Ich nehme an, unsere Leute gingen davon aus, dass die Informationen über den Kanal BKA, das dort mit eingespant war - ich meine mich zu erinnern: auch BGS; ich kann es jetzt aber nicht hundertprozentig aus dem Gedächtnis sagen -, das BMI erreichen. Das war der Sachstand, der mir mitgeteilt wurde.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also wieder einmal eine Informationspanne, auch vier Jahre später noch.

Zeuge Fischer: Nein, überhaupt keine Informationspanne vier Jahre später. Es waren - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das BMI beschwert sich hier massiv!

Zeuge Fischer: Herr Abgeordneter, wollen Sie eine Antwort von mir oder wollen wir uns zu dieser späten Stunde noch mal hochbringen?

Clemens Binninger (CDU/CSU): So spät ist es ja gar nicht.

Zeuge Fischer: Naja, gut, Sie sind ein junger Mann. Für einen älteren Herrn wie mich ist das etwas anders.

Ich kann da nur sagen - - Schauen Sie, ich habe es Ihnen doch gesagt: Diese Personalsteuerung ist von entscheidender Bedeutung. Genau dafür tragen wir Sorge - ich habe Ihnen die Maßnahme auch schon genannt. Ich war jetzt dort. Da war ein junges Team. Ich habe festgestellt: hoch motiviert. Wir haben jetzt die Maßnahmen getroffen zur Versetzungsrunde 01.07. Da werden wir diese Kombination haben. Aber ich sage Ihnen: Wir haben Posten - Sie können sich ja selber einmal davon überzeugen -, wo es wirklich schwer ist. Pristina ist ein solcher Posten. Sie wissen, unsere Leute müssen rotieren, sie können sich nicht verweigern. Man kann aber nicht jemanden dahin zwingen. Sie haben das Recht, sozusagen unter verschiedenen Optionen auszuwählen. Ich kann keinen dazu zwingen, eine solche Aufgabe anzunehmen.

Ich möchte hier auch noch einmal die Gelegenheit nutzen, zu begreifen, wie wichtig für uns die Auslandszulage ist. Sie ist eine leistungsunabhängige Zulage, aber genau diese - - Nehmen Sie das mal so ernst, wie ich das sage.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich nehme das schon ernst. Auch das Personal, das von Ihnen entsandt wurde.

Zeuge Fischer: Sonst bekommen wir auf bestimmte Posten sozusagen überhaupt niemanden mehr. Das muss man wissen. An

dem Punkt kann ich hier nur noch einmal zum wiederholten Male sagen: Die Dinge sind nun wirklich hier geändert. Das ganze Besetzungsverfahren ist geändert, damit nicht mehr nur jung, sondern jung und erfahren kombiniert wird, dass sehr sorgsam darauf geachtet wird. Ich selbst bin aus Kiew - ich habe es heute schon einmal gesagt - zurückgekommen mit der Erkenntnis, dass der Botschafter das Besetzungstableau rekonstruierte, was ich sehr gut fand, dass er das im direkten Gespräch gemacht hat. Ich kam also zurück und habe sofort meinem Büro den Auftrag gegeben: Klärt mir, stimmt das denn? Darf das denn wahr sein? Sie kamen zurück und sagten: Nein, nein, das war die ursprüngliche, von der Personalabteilung vorgelegte Intention; aber das ist schon längst eine andere. Mir wurde dann dieses andere Personaltableau vorgelegt, und zwar nicht innerhalb von Tagen, sondern innerhalb von Stunden; es war also bereits geändert worden. Genau so wünsche ich mir das.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Man hätte das von Anfang an machen können. Sie haben das erst getan, nachdem die Fehler aufgetreten sind. Das BMI war nicht informiert. Ich denke, für die Zukunft gibt es da noch einiges an Potenzial zum Verbessern.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wir kommen zum letzten Fragesteller. Herr Kollege Kauder, bitte.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Herr Außenminister, ich kann Ihnen einen Nachklapp zum Kölner Schleuserverfahren leider nicht ersparen, und zwar deshalb nicht, weil der Kollege Montag glaubte, Ihnen als Zeugenbeistand unterstützend beitreten zu müssen. Er hat einen alten Verteidigertrick angewendet, der manchmal funktioniert und manchmal nicht, er hat nämlich versucht, Nebelkerzen zu zünden.

(Zeuge Fischer: In geschlossenen Räumen ist das strafbar!)

Er hat erklärt, alle meine Vorhalte seien rundweg falsch, hat sich dann aber damit begnügt, sich mit einem einzigen Vorhalt auseinander zu setzen, nämlich mit dem, ob das Gericht Informationen und Akten beim Auswärtigen Amt angefordert habe. Dieser

Vorhalt war schon falsch; denn ich habe nicht von einem Schreiben des Gerichts, sondern von einem Schreiben der Staatsanwaltschaft gesprochen.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es auch nicht!)

Auf dieses Schreiben der Staatsanwaltschaft vom 20. September 2002 hat dann Ihr Mitarbeiter Herr Dr. Michael Schaefer am 13.11.2002 geantwortet. Jetzt muss man sehen: Die Anfrage der Staatsanwaltschaft war von einem gewissen Zeitdruck geprägt, wie sich aus dem Schreiben auch eindeutig ergeben hat. Da steht nämlich im Verfahren 100 Js:

Der Hauptverdächtige, der seit mehreren Monaten in Untersuchungshaft einsitzt, wird um eine baldgefällige

- furchtbares Wort -

Stellungnahme gebeten.

Die Stellungnahme kam in Form des vorerwähnten Schreibens des Herrn Schaefer, in dem dieser sagte: Wenn du etwas willst, sag mir erst einmal, was du willst, und die Aussagegenehmigung erteilen wir so schnell auch nicht.

Jetzt muss ich Ihnen vorhalten aus den Angaben des Staatsanwalts Bülles hier beim Untersuchungsausschuss, wie er darauf reagiert hat:

Ich habe den Brief als Abwatschen empfunden. Der Brief ist Mitte September eingegangen.

Jetzt bitte ich genau darauf zu achten, was als nächster Satz kommt; denn der Kollege Montag hat die Brisanz dieses Satzes sehr wohl verstanden, deswegen ist er Ihnen beigesprungen:

Das Oberlandesgericht drängte auf Anklageerhebung.

Juristen wissen, was das heißt; das ist nämlich ein Hinweis auf die Strafprozessordnung. Sitzt ein Zeuge sechs Monate in Untersuchungshaft und kann die Staatsanwaltschaft nicht belegen, dass das Verfahren gefördert wird, läuft die Staatsanwaltschaft Gefahr, dass der Untersuchungshäftling, weil das Verfahren nicht betrieben wird, aus der Untersuchungshaft entlassen wird. Das heißt, Staatsanwalt Bülles stand unter einer Zeitnot, die hervorgerufen worden ist durch die Blockadepolitik des Auswärtigen Amtes.

Nun sagt der Kollege Montag, er habe von Herrn von Kummer gehört, dass es gar keine Aufforderung, Akten vorzulegen, gegeben habe. Ist die Aktenvorlage eines Amtes zur Förderung eines Strafverfahrens eine Holschuld des Staatsanwaltes oder eine Bringschuld? Darüber sollten Sie sich einmal Gedanken machen. Es gibt Amtshilfe.

Das müssen Sie mir jetzt einfach abnehmen: Nachdem Herr Staatsanwalt Büllers erkannt hat, dass er mit Ihrem Mitarbeiter Dr. Schaefer nicht weiterkommt, hat er sich Hilfe suchend im Frühjahr 2003 an den Amtsbeistand Professor Dahs gemeldet, hat dort mehrfach gebeten, dass ihm die notwendigen Unterlagen zur Führung des Prozesses vorgelegt werden. Natürlich kann er nicht nach einer konkreten Akte verlangen, sondern nach Unterlagen. Die hat er auf mehrfaches Anfordern dann, nachdem alle Zeugen vernommen waren, am 18. November 2003 bekommen.

Ist es vor diesem Hintergrund nicht dringend geboten, dass Sie selbst oder durch Ihre Mitarbeiter jetzt endlich einmal die Erkenntnisse aus dem Kölner Schleuserprozess aufarbeiten? Sonst könnte es Ihnen im nächsten Verfahren in der Tat passieren, dass ein Untersuchungshäftling nach sechs Monaten, weil das Verfahren nicht vorangetrieben wird, auf freien Fuß kommt.

Zeuge Fischer: Ich kann im Grunde genommen nur meine Äußerungen von vor einigen Stunden wiederholen, dass ich Ihnen nur sagen kann, dass wir jedes Interesse an der Aufklärung haben, auch, dass die Justiz Ihre Arbeit tun kann. Ich hätte mir hier mehr Neutralität in den öffentlichen Verlautbarungen gewünscht; aber bitte, das ist nun einmal so, wie es ist. Aber aus unserer Sicht haben wir jedes Interesse, dass wir zwei Dinge leisten, nämlich Aufklärung auf der einen Seite und dafür die notwendige Unterstützung und auf der anderen Seite, dass wir auch unseren Fürsorgepflichten gegenüber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachkommen. Genau das ist die Linie. Die werden wir umsetzen und vertreten.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Es gibt keine weiteren Fragen mehr. Kaum sind zwölfteinhalb Stunden um, Herr Zeuge, und schon ist die Vernehmung beendet.

Zeuge Fischer: Herr Vorsitzender, es ging ja überraschend schnell. Sie werden mir fehlen.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie bekommen ein Protokoll zur Durchsicht. Bitte aufmerksam drübergehen und dann wieder zurückschicken.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 22.30 Uhr)